

EUROPA-ARCHIV

Zeitgeschichte · Zeitkritik · Verwaltung · Wirtschaftsaufbau

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

Jahr

JANUAR 1947

7. Folge

Politisches Archiv

Die Außenministerkonferenz in New York

vom 4. November bis zum 11. Dezember 1946

In der Einleitung zu unserem ersten Bericht über den Weg zur europäischen Friedensordnung wiesen wir darauf hin, daß die europäischen Friedensprobleme nur ein Teilgebiet der weltweiten Auseinandersetzung über die künftige Friedensordnung bilden. Sie müssen immer in dem weiteren Rahmen der Gesamtpolitik Großbritanniens, der Sowjet-Union und der Vereinigten Staaten gesehen werden, die in gleichem, oft sogar in stärkerem Maße durch die Verhältnisse der östlichen Hemisphäre bestimmt sind. Auf diese Fragen des Mittleren und Fernen Ostens werden wir, soweit sie für europäische Zusammenhänge von Bedeutung sind, in der nächsten Folge des Archivs näher eingehen.

Überblickt man die weltpolitischen Zusammenhänge der Gegenwart in ihrer Gesamtheit, so erscheint die Politik der allein als Weltmächte zu bezeichnenden Großen Drei, denen sich in europäischen Fragen Frankreich, in Fragen des Fernen Ostens China als Großmächte zugesellen, deutlich abgesetzt gegenüber der Politik der übrigen Vereinten Nationen, während die unterlegenen Feindmächte des zweiten Weltkrieges und ihre Satellitenstaaten in mannigfacher Abstufung nur mehr als Objekte der Weltpolitik in Erscheinung treten.

Die Sonderstellung der Weltmächte zeigt sich vor allem in den ungleich größeren praktischen Auswirkungen der Entscheidungen des Rates der Außenminister im Vergleich zu den Ergebnissen der Beratungen der Organisation der Vereinten Nationen. Aber auch in den Fragen, die auf lange Sicht die Gestalt der internationalen Ordnung bestimmen werden, nehmen die Weltmächte als die „Patenmächte“ der Organisation der Vereinten Nationen und als ständige Mitglieder des Weltsicherheitsrates eine zwar theoretisch angefochtene, praktisch aber unbestrittene Vormachtstellung ein. Wir verweisen in diesem Zusammenhang besonders auf unseren Beitrag über die Konferenz von San Franzisko und die Grundzüge der neuen Weltorganisation auf Seite 337 dieser Folge.

Durch die New Yorker Außenministerkonferenz, über die wir nunmehr berichten, wurden die Beratungen über die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland im wesentlichen abgeschlossen. Sie begannen am 10. September 1945 in London, wurden in Moskau im Dezember 1945 fortgesetzt und in Paris zwischen April 1946 und Juli 1946 so weit vorangetrieben, daß eine Konferenz von einundzwanzig Vereinten Nationen am 29. Juli 1946 in Paris mit der Prüfung der von den Außenministern entworfenen Vertragsentwürfe beginnen konnte (vgl. Europa-Archiv I Seite 50, 51, 98—109 und 187—208).

Die New Yorker Konferenz diente nun der endgültigen Beschlußfassung der Außenminister über die Änderungsvorschläge der Pariser Friedenskonferenz und der Fertigstellung der Verträge, die am 10. Februar 1947 ratifiziert werden sollen.

Gegen Ende der Konferenz wurde durch die Festlegung der Tagesordnung für die Behandlung der deutschen Frage auf der 10. März 1947 festgesetzten Außenministerkonferenz eine neue Phase der Verhandlungen eingeleitet. Der Gedankenaustausch der Weltmächte zur deutschen Frage, über den wir an anderer Stelle schon berichteten, trat nunmehr in das Stadium konkreter Verhandlungen (vgl. Europa-Archiv I/174—186 und 257—272).

Die Lage bei Beginn der New Yorker Konferenz

Nach Abschluß der Pariser Konferenz von 1946, der Konferenz der 21 Nationen (vgl. Europa-Archiv I/187—208), trafen die Außenminister der vier Großmächte am 4. November 1946 erneut in New York zusammen, um die endgültige Fassung der Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland auf Grund der Empfehlungen der Pariser Konferenz festzulegen und in Vorverhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland einzureten. Um zu einer Lösung dieser Probleme zu kommen, einigten sich die vier Außenminister auf einstimmige Beschlüsse ein.

Teilnehmer der Konferenz waren:

die Vereinigten Staaten: Außenminister James Byrnes,
die Sowjet-Union: Außenminister Wjatscheslaw Molotow,
Großbritannien: Außenminister Ernest Bevin und
Frankreich: Stellvertretender Außenminister Maurice de Murville.

Eines der Hauptprobleme der New Yorker Außenministerkonferenz bildete die Frage der Verwaltung des Freistaates

von Triest. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien waren dafür eingetreten, einen Gouverneur der Vereinten Nationen mit großen Machtbefugnissen einzusetzen und diesen dem Weltsicherheitsrat zu unterstellen. Die Sowjet-Union andererseits hatte die Einsetzung eines Gouverneurs begünstigt, der der Volksversammlung des Freistaates von Triest verantwortlich sein und dem Sicherheitsrat lediglich Bericht erstatten sollte. Die britisch-amerikanischen Vorschläge waren von der Pariser Konferenz mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden.

Die italienisch-jugoslawische Grenzregelung war bei Beginn der Konferenz gleichfalls ein noch ungelöstes Problem. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien befürworteten die Annahme der französischen Linie (vgl. Europa-Archiv I/200) unter der Bedingung, daß von den Außenministern eine zufriedenstellende Regelung des Statutes von Triest gefunden werde. Auch die Sowjet-Union war bereit, der französischen Linie zuzustimmen, falls die endgültige Entscheidung über die Form der Verwaltung von Triest den

sowjetischen Wünschen entgegenkäme. Die Pariser Konferenz hatte den französischen Kompromißvorschlag mit Zweidrittelmehrheit gebilligt.

Die Frage der *Donauschißfahrt* hatte auf der Pariser Konferenz einen breiten Raum eingenommen, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Der britisch-amerikanische Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Donaukonferenz wurde von der Sowjet-Union abgelehnt. Die Sowjet-Union vertrat den Standpunkt, daß das Problem der Donauschißfahrt lediglich Sache der Anliegerstaaten sei und die Erwähnung der Donauschißfahrt in den Friedensverträgen sich erübrige. Die Pariser Konferenz hatte mit 15 gegen 6 Stimmen eine Empfehlung angenommen, daß die Donaufrage in den Friedensverträgen mit den Balkanländern berücksichtigt werden sollte und der britisch-amerikanischen Empfehlung auf Einberufung einer Donaukonferenz stattgegeben werden möge.

In der Frage der *Interpretierung der Verträge* hatten die Westmächte die Ansicht vertreten, etwaige Streitigkeiten durch den Internationalen Gerichtshof entscheiden zu lassen,

während die Sowjet-Union als letzte Instanz für die Entscheidung solcher Streitfragen einen Rat der Botschafter vier Großmächte in der Hauptstadt des jeweils betroffenen Landes vorgeschlagen hatte. Der sowjetische Vorschlag wurde von der Pariser Konferenz abgelehnt worden.

In der Frage der Höhe der *Wiedergutmachungen* an die gehörige der Vereinten Nationen und über die endgültigen Summen, die von den Feindstaaten als *Reparationen* zu leisten werden sollen, bestanden bei Beginn der New Yorker Konferenz ebenfalls noch Meinungsverschiedenheiten.

Eines der heikelsten Probleme, das der *griechischen Grenze mit Albanien und Bulgarien*, hatte auf der Pariser Konferenz von 1946 keine Lösung gefunden. Weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten noch die Sowjet-Union hatten sich in diesen Grenzfragen festgelegt. Bei 12 Stimmenthaltungen wurden nur 9 Stimmen zugunsten der Beibehaltung der griechisch-bulgarischen Grenze abgegeben. Die Streitigkeiten zwischen Griechenland und Albanien waren von der Pariser Konferenz nicht behandelt worden.

Der chronologische Verlauf der Konferenz

4. November 1946

Beginn der Außenministerkonferenz um 22.05 Uhr deutscher Zeit in den Räumen des Waldorf-Astoria-Hotels in New York. Nach Festlegung der Tagesordnung Beginn der Behandlung des italienischen Friedensvertrages.

Bulgarisches Memorandum an die Außenministerkonferenz überreicht. In diesem Memorandum fordert Bulgarien eine Herabsetzung der Reparationslasten. Ferner wünscht es, daß die Präambel des Friedensvertrages das bulgarische Volk als „mitkriegführend“ gegen Deutschland anerkennt. Das Datum des Beginns des Eingreifens bulgarischer Streitkräfte in den Kampf gegen Deutschland soll auf den 10. September 1944 festgelegt werden, um der historischen Wahrheit zu genügen. Der Vertragsentwurf hatte dafür den 29. Oktober 1944 genannt, an dem der bulgarische Waffenstillstand unterzeichnet wurde.

Bulgarien bittet die vier Großmächte, die griechischen Gebietsansprüche zurückzuweisen und den bulgarischen Anspruch auf einen Zugang zur Ägäis und auf Westthrazien zu erwägen.

Weiter ersucht Bulgarien um Änderung der Entwaffnungsklauseln des Vertragsentwurfes, insbesondere fordert es die Erlaubnis, seine Flotte mit Schnellbooten auszurüsten. Die Einfügung eines besonderen Artikels zum Schutze der Juden in dem Vertragsentwurf wird von dem Memorandum als ein ungerechtfertigter Vorwurf angesehen, da die bulgarischen Juden das gleiche Recht wie die anderen Staatsbürger haben.

Note der griechischen Regierung an die Außenministerkonferenz über die Berichtigung der griechisch-bulgarischen Grenze.

Eine italienische Note an die Außenminister führt aus:

- 1.) Der Friedensvertrag als Ganzes stimme nicht mit den Grundsätzen der Atlantik-Charta sowie mit den Prinzipien, für die die Vereinten Nationen in den Krieg eingetreten seien, überein. Außerdem werde die Teilnahme Italiens am Kriege auf seiten der Alliierten praktisch nicht berücksichtigt.
- 2.) Bei der Festsetzung der Ostgrenze zwischen Italien und Jugoslawien und der Westgrenze zwischen Italien und Frankreich berufe sich der Vertrag auf Erwägungen, die den nationalen Bestrebungen des italienischen Volkes zuwiderliefen. Ferner sehe er keinerlei Garantien für den Schutz der Minderheiten vor.
- 3.) Die italienische Regierung bestehe darauf, daß das bestimmende jugoslawische Grenzprinzip der ethnischen Linie mit einem Volksentscheid in den umstrittenen Gebieten verbunden werden müsse.
- 4.) Der Verzicht auf die italienische Oberhoheit über die

Kolonien stehe im Gegensatz zu jeder objektiven Anerkennung des Beitrages Italiens zu ihrer Entwicklung.

5.) Die Entmilitarisierung der Grenzen und die militärischen Klauseln des Vertrages ließen Italien unverteidigt und in einem Zustand der Unterwerfung, der seine Unabhängigkeit gefährde.

6.) Die wirtschaftliche und finanzielle Bürde der Reparationen übersteige jedes vernünftige Maß der wirtschaftlichen Zahlungsfähigkeit Italiens und bedrohe die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes.

„Die italienische Regierung unterstreicht“, so heißt es in der Note an die Außenminister weiter, „die nicht in Frage zu stellende Notwendigkeit einer erheblichen Verringerung der Reparationszahlungen, um die Gefahr eines Zusammenbruchs der italienischen Wirtschaft zu vermeiden.“ Die Note schließt: „Die italienische Regierung hat bereits gegen die Bedingungen des Vertragsentwurfes protestiert, der jeder gerechten Grundlage entbehrt. Die italienische Regierung erneuert ihren Appell an die Außenminister, die von der italienischen Delegation in Paris formulierten Vorschläge nochmals in Erwägung zu ziehen.“

6. November 1946

Stellungnahme Italiens und Jugoslawiens zum italienischen Friedensvertragsentwurf vor der Außenministerkonferenz.

In Belgrad unterbreitet Marschall Tito dem italienischen Kommunistenführer Togliatti den Vorschlag, Triest Italien zu überlassen, wenn Jugoslawien Görz behalte.

7. November 1946

Besprechungen zwischen dem amerikanischen Außenminister Byrnes und dem jugoslawischen Außenminister Simits in New York.

Die italienische Regierung lehnt den Austauschvorschlag Titos ab.

8. November 1946

Hundertste Sitzung des Außenministerrates. Besprechungen zwischen Außenminister Bevin und Außenminister Simits in New York.

Italien nimmt in einem Schreiben an den Außenministerrat Stellung zu dem jugoslawischen Vorschlag über die italienisch-jugoslawische Grenze.

Die Kommunistische Partei Italiens fördert die Aufnahme direkter Besprechungen zwischen Italien und Jugoslawien über die strittigen Grenzprobleme.

9. November 1946

Die italienischen Sozialisten begrüßen die Möglichkeit zu direkten Verhandlungen mit Jugoslawien.

11. November 1946

Behandlung der Friedensverträge für Bulgarien, Rumänien und Ungarn, insbesondere der Reparationsfragen. Byrnes gibt die Rückgabe von Donauschiffen an die Balkanstaaten bekannt.

12. November 1946

Die italienische Regierung unterbreitet den Außenministern eine Note, daß Italien direkten Verhandlungen mit Jugoslawien mit großem Interesse entgegenstehe.

Die Außenminister beschließen, die Triester Frage selbst zu lösen und sich nicht auf das Ergebnis der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen zu verlassen.

Molotow erklärt, daß die sowjetische Delegation an den durch den französischen Kompromiß festgelegten Grenzen festhalten werde.

Auf Empfehlung der Stellvertretenden Außenminister nimmt die Konferenz folgende Artikel des Friedensvertrages mit Italien an:

1.) Die Rechte der in abgetretenen Gebieten lebenden Bevölkerung sollen mit den Gesetzen des Landes übereinstimmen.

2.) Die italienische Regierung darf nicht pro-alliierte Italiener belästigen oder verfolgen.

3.) Die italienische Regierung soll Maßnahmen ergreifen, um die Organisation italienischer Widerstandsbewegungen zu verhindern.

Der ungarische Außenminister Janos Gyöngyössi gibt die Überreichung einer ungarischen Note an die Außenministerkonferenz bekannt. Die Note fordert die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien über das Transylvanische Minderheitenproblem.

Rumänien protestiert gegen die Annullierung deutscher Schulden in Rumänien.

Endgültige Festsetzung der finnischen Reparationen auf 100 Millionen Dollar.

13. November 1946

Der Außenministerrat berät erneut über das Problem Triest. Außenminister Molotow unterbreitet 13 Zusatzanträge zu der vorgeschlagenen Verwaltung des Freistaates von Triest.

14. November 1946

Diskussion der sowjetischen Zusatzanträge zur Verwaltung von Triest.

15. November 1946

In einer Geheimsitzung der Außenminister werden Fortschritte in der Triester Frage gemacht.

16. November 1946

In einigen Punkten der Triester Frage wird Einigung erzielt.

Zur Beschleunigung einer Lösung des Triester Problems treten die Stellvertretenden Außenminister zusammen.

Britische Note an Italien über ein eventuelles italienisch-jugoslawisches Abkommen.

18. November 1946

Weitere Einigung in Fragen der Verwaltung Triests. Molotow drängt auf Festlegung eines Termins zum Abzug der alliierten Truppen aus Triest.

Zwei bulgarische Memoranden über die griechischen Gebiets- und Reparationsforderungen dem Außenministerrat überreicht.

19. November 1946

Der italienische Botschafter in Washington, Tarchiani, erhält Weisungen aus Rom zu direkten italienisch-jugoslawischen Verhandlungen.

Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich stimmen direkten italienisch-jugoslawischen Verhandlungen zu.

Die Sowjet-Union begrüßt in einem Schreiben an die ita-

lienische Regierung den Vorschlag zu direkten Verhandlungen mit Jugoslawien.

20. November 1946

Italienisch-jugoslawische Besprechungen in New York. Die Verhandlungen über das deutsche Problem bis auf weiteres verschoben.

Weitere Fortschritte über das Problem Triest.

21. November 1946

Molotow besteht auf jugoslawischen Sonderrechten in Triest, läßt jedoch den Plan für eine Zollunion fallen.

22. November 1946

Byrnes unterbreitet einen neuen Vorschlag über den Abzug alliierter Truppen aus Triest.

Molotow erklärt sich unter gewissen Bedingungen zur Aufnahme des österreichisch-italienischen Abkommens in den Friedensvertrag mit Italien einverstanden.

25. November 1946

Sonderbesprechungen Molotow-Byrnes. Bis auf wenige Punkte wird Einigung über den endgültigen Text des italienischen Friedensvertrages erzielt.

Unterbrechung der italienisch-jugoslawischen Besprechungen.

26. November 1946

Weitere Einigung der Außenminister über noch ausstehende Fragen. Die Sowjet-Union macht mehrere Zugeständnisse.

27. November 1946

Ungarn protestiert in einer Note an die Außenminister in New York und an die tschechoslowakische Regierung gegen die Verfolgung ungarischer Volksgruppen in der Tschechoslowakei.

Einigung über die Meistbegünstigungsklausel im italienischen Friedensvertrag.

Kompromißvorschlag Molotows zur Frage der freien Donauschifffahrt. Einigung über den Abzug der ausländischen Truppen aus Triest.

28. November 1946

Gegenseitige Zugeständnisse der Außenminister bringen weitere Einigung in der Frage der Donauschifffahrt.

29. November 1946

Erörterung der Reparationszahlungen Italiens und Bulgariens.

2. Dezember 1946

Molotow erklärt sich bereit, das italienisch-österreichische Abkommen über Südtirol in den italienischen Friedensvertrag aufzunehmen. Diskussion über die griechisch-bulgarische Grenze. Die Außenminister einigen sich über nachstehende Klauseln der respektiven Verträge:

Italien wird seine Verpflichtungen und seine Zugehörigkeit zu dem früheren internationalen Finanzausschuß in Griechenland für nichtig erklären.

Auf Antrag Molotows wird Albanien als alliierter Staat betrachtet werden, um Nutznießer des italienischen Friedensvertrages werden zu können.

Rumänien und Ungarn werden sich bereit erklären, keine diskriminierenden Handlungen gegen die Juden oder andere Personen aus rassischen oder religiösen Gründen vorzunehmen. Das Eigentum von Juden und anderen Opfern rassischer und religiöser Verfolgung, die bei ihrem Tode keine Nachkommen hinterließen, wird an örtliche Hilfsorganisationen übertragen werden, sofern dieses Eigentum während des Krieges von der rumänischen oder ungarischen Regierung beschlagnahmt wurde.

3. Dezember 1946

Einigung über die Auslegung der Verträge, über die Behandlung feindlichen Eigentums in alliierten Ländern und über die bulgarisch-griechische Grenze.

5. Dezember 1946

Weitgehende Einigung über die endgültigen Friedensverträge mit den fünf Vasallenstaaten. Festlegung der Reparationen an Jugoslawien und Griechenland. Übereinstimmung über das Problem der freien Donauschiffahrt. Einigung über eine Klausel, derzufolge den Flotten aller Feindstaaten die Verwendung von Schnellbooten verboten ist.

Das Problem Deutschland wird auf die Tagesordnung gesetzt.

7. Dezember 1946

Als amtlicher Text für die Friedensverträge werden nur die englische und die russische Fassung gelten.

Beginn der Deutschlandbesprechungen. *Molotow* erklärt sich einverstanden, die österreichische Frage in die Tagesordnung aufzunehmen.

9. Dezember 1946

Endgültige Einigung der Außenminister über die noch offenen Probleme der fünf Friedensverträge.

Die Beratungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland werden auf den 10. März 1947 in Moskau, die Tagung der Stellvertretenden Außenminister auf den 14. Januar 1947 in London festgelegt.

10. Dezember 1946

Die Unterzeichnung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland soll am 1. Februar 1947 in Paris stattfinden. Die Redigierung der Texte der Friedensverträge soll durch einen Sonderausschuss in New York bis zum 10. Januar 1947 beendet sein.

Als Vorsichtsmaßnahme gegen Selbstversenkung wird die Verteilung der italienischen Kriegsschiffe an die einzelnen Siegermächte geheim gehalten.

11. Dezember 1946

Festlegung der Tagesordnung für die Deutschland-Konferenz am 10. März 1947 in Moskau.

Ende der New Yorker Außenministerkonferenz.

Das Kernproblem der Konferenz: Triest

Vor Beginn der Außenministerkonferenz in New York hatten sowohl Italien als auch Jugoslawien die von der Pariser Konferenz empfohlene Lösung für den Freistaat Triest abgelehnt. Am 16. Oktober 1946 hatte Marschall *Tito* erklärt, Jugoslawien könne die Triester Frage so, wie die augenblickliche Lage sei, nicht annehmen, und am 25. Oktober hatte sich der neuernannte italienische Außenminister *Pietro Nenni* gegen die Internationalisierung von Triest ausgesprochen.

Am ersten Tage der Außenministerkonferenz in New York wurde beschlossen, die schwierige Frage des Statuts für den vorgeschlagenen Freistaat Triest erneut zu überprüfen und einen italienischen und einen jugoslawischen Sprecher hierzu zu hören.

Am 6. November 1946 sprach zuerst der Vertreter Jugoslawiens. Außenminister *Simitsch* gab bekannt, daß Jugoslawien bereit sei, zwei neue Zugeständnisse in Bezug auf das Gebiet und die Regierungsform des Freistaates Triest zu machen. *Simitsch* erklärte sich damit einverstanden, das Gebiet des Freistaates von Triest um 44 Quadratkilometer zu vergrößern, was einer Vergrößerung um ein Drittel gleichkommen würde. *Simitsch* stimmte ebenfalls zu, daß Tarvisio bei Italien verbleiben soll. In einem weiteren Zugeständnis zog *Simitsch* die Forderung zurück, daß der Gouverneur von Triest ein Jugoslawe sein solle, und gab das Einverständnis Jugoslawiens bekannt, den Gouverneur durch den Sicherheitsrat zu ernennen. Auch von der Forderung, jugoslawische Truppen in Triest zu unterhalten, ging *Simitsch* ab. Er gab weiterhin zu, daß jugoslawische Vertreter nicht das Recht hätten, die Durchführung von Entscheidungen der Triester Behörden zu verhindern. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wiederholte der jugoslawische Außenminister den Standpunkt seines Landes, daß die „französische Linie“ als Grenze des Freistaates Triest für Jugoslawien nicht annehmbar sei. Die französische Linie verschaffe Italien auf Kosten Jugoslawiens große strategische Vorteile.

Der jugoslawische Außenminister widersetzte sich entschieden der Gewährung „diktatorischer Machtbefugnisse“ an den Gouverneur von Triest. Dies würde, so sagte er, dem Ansehen der Vereinten Nationen widersprechen und einem Volk die Diktatur auferlegen, das gerade den Faschismus besiegt habe.

„Wir sind der Ansicht, daß ein Land, in dem Demokratie durch Faschismus vernichtet wurde, am besten durch Demokratie geheilt werden kann.“

Als Vertreter Italiens sprach der Botschafter in Washington, *Alberto Tarchiani*. Er beschränkte sich in seinen Darlegungen hauptsächlich auf die Triester Frage. Nach Ansicht der italienischen Regierung hätte die Frage der italienisch-jugoslawischen Grenze am besten auf der Grund-

lage einer Volksabstimmung in den betreffenden Gebieten geregelt werden können. Sie könne auch jetzt noch auf dieser Grundlage gelöst werden. Es müsse eine Regelung gefunden werden, die die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung finde und mit den Grundsätzen der Atlantik-Charta und den Statuten der UNO in Einklang stehe.

Tarchiani wandte sich gegen die französische Linie, die, wie er sagte, große Teile der italienischen Bevölkerung unter Fremdherrschaft stellen würde.

Zu dem Plan über den Freistaat von Triest sagte *Tarchiani*, dieser Plan sei ein gefährlicher Kompromiß. Es sei fraglich, ob die neue internationale Verfassung die notwendige wirtschaftliche und politische Lebensfähigkeit und Unabhängigkeit besitzen werde. Die gegenwärtige Arbeitsweise des Sicherheitsrates gebe nicht die notwendigen Garantien gegen eine direkte oder indirekte Einmischung in die Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit des Freistaates. Das Vetorecht der Großmächte könne jede Maßnahme zur Abwendung oder Zurückweisung einer solchen Einmischung unterbinden.

Italien sei der Ansicht, daß der Gouverneur des Freistaates mit den notwendigen Machtbefugnissen ausgestattet werden müsse, um die internationale Verfassung des Freistaates zu garantieren. Der Friedensvertrag solle lediglich die allgemeinen Grundsätze für die Verfassung des Freistaates vorschreiben. Der wichtigste Grundsatz, so erklärte der italienische Sprecher, sei die Garantie für einen ungestörten und unbeschränkten Verkehr zwischen dem Hafen Triest und den Industriegebieten Österreichs, der Tschechoslowakei, Ungarns und anderer interessierter Länder.

Die italienische Delegation, so schloß *Tarchiani*, könne nicht ihr Mißtrauen gegen eine aktive Mitarbeit an der Festlegung der italienischen Ostgrenze überwinden, an die Italien nicht glaube und die Italien nicht freiwillig annehmen könne.

Außenminister *Molotow* erklärte sich am 6. November 1946 einverstanden, die Entscheidung über die Frage, ob eine Gefahr oder eine Bedrohung der Verfassung des Freistaates bestehe, dem Gouverneur von Triest zu überlassen. Die Außenminister kamen überein, daß der Gouverneur als Hüter der Freistaatsverfassung anzusehen sei.

Der französische Delegierte *Couve de Murville* wurde beauftragt, für die weiteren Verhandlungen über das Triester Problem eine Arbeitsgrundlage auszuarbeiten.

Das Problem der italienisch-jugoslawischen Grenze war Anfang November in eine neue Phase getreten. Nachdem Marschall *Tito* am 27. Oktober in Belgrad erklärt hatte, er hoffe auf eine Revision der Pariser Beschlüsse über die Grenzziehung zwischen Jugoslawien und Italien, traf am 4. November 1946 der Führer der italienischen Kommunistischen Partei, *Togliatti*, zu Besprechungen über den ita-

enischen Friedensvertrag mit Marschall Tito in Belgrad n.

Bei seiner Rückkehr veröffentlichte Togliatti am 7. November in einem exklusiven Interview mit der kommunistischen Zeitung L'Unita den Vorschlag Marschall Titos, Triest ei Italien zu belassen, wenn Jugoslawien Görz behalte. Weiter führte Togliatti aus, Tito wünsche die strittigen ragen durch ein zweiseitiges Abkommen zu lösen, um en nutzlosen Streit zu beenden.

Am 7. und 8. November hatten die Außenminister Byrnes und Bevin Besprechungen mit dem jugoslawischen Außenminister Simitsch in New York. Ein amtlicher Austauschvorschlag über Triest und Görz wurde nicht unterbreitet. Der italienische Botschafter richtete lediglich am 8. November 1946 ein Schreiben an die Mitglieder der Außenministerkonferenz, in dem er den italienischen Standpunkt zu dem Angebot Titos darlegte. Das italienische Kabinett habe den Vorschlag zurückgewiesen, erblicke jedoch in dem Plan neue Elemente, die die Grundlage für direkte Verhandlungen bilden könnten. Auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers Byrnes vertagten die Außenminister am gleichen Tage die Beratungen über das Triester Problem auf unbestimmte Zeit.

Über die Aussichten des Austauschvorschlages Marschall Titos erklärte ein Reuterkorrespondent aus Washington, daß diese nur gering seien, da weder Jugoslawien noch Italien in derartiges Angebot dem Rat der Außenminister vorgelegt hätten. Das italienische Kabinett habe die Vorschläge Togliattis verworfen. Außerdem laufe eine Abtretung von Görz an Jugoslawien den Entscheidungen der Außenminister und der Pariser Konferenz von 1946 zuwider, und letztlich erhalte Italien seinen Anspruch auf Görz weiterhin aufrecht und fordere die Festlegung der Grenze nach ethnographischen Gesichtspunkten. In Italien sah man in der Verschiebung der Besprechungen der vier Außenminister über die Triester Frage eine Aufforderung zu direkten Verhandlungen zwischen Jugoslawien und Italien.

Am 12. November teilte die italienische Regierung den Außenministern mit, daß sie die Hoffnung hege, durch direkte Besprechungen mit Jugoslawien eine Einigung zu erzielen.

Die vier Großmächte ließen Italien wissen, daß sie es Italien und Jugoslawien freistellten, direkte Verhandlungen aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die von den Außenministern bereits getroffenen Entscheidungen zugrunde gelegt würden.

Am 12. November beschlossen die Außenminister, die Triester Frage selbst zu lösen und sich nicht auf ein eventuelles Ergebnis der italienisch-jugoslawischen Verhandlungen zu verlassen.

Die Konferenz wandte sich dann am 13. November erneut dem Triester Problem zu.

In der Frage der Verwaltung für Triest hatte man sich in Paris auf einen französischen Kompromiß geeinigt, eine aber dabei die Zustimmung der Sowjet-Union zu haben. Dieser Vorschlag sah folgende Punkte vor:

- 1.) Der Weltsicherheitsrat soll die Unverletzbarkeit und Unabhängigkeit des Freistaates gewährleisten. Er muß darauf achten, daß die Bestimmungen des Statuts eingehalten und die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht erhalten werden.
- 2.) Der Freistaat wird entmilitarisiert. Keine bewaffneten Streitkräfte dürfen sich ohne Genehmigung des Weltsicherheitsrates auf Triester Territorium aufhalten.
- 3.) Triest wird ein Parlament erhalten, dessen Mitglieder auf Grund allgemeiner, direkter und geheimer Wahlen gewählt werden, ferner einen Regierenden Rat, der vom Parlament gebildet wird und ihm verantwortlich ist.
- 4.) In Anbetracht der dem Gouverneur übertragenen Rechte werden die Machtbefugnisse des Parlaments und des Regierenden Rates begrenzt sein.

- 5.) Der Gouverneur wird vom Weltsicherheitsrat nach Beratungen mit Jugoslawien und Italien ernannt. Er muß als Vertreter des Weltsicherheitsrates besonders auf die Innehaltung der Bestimmungen des Statutes achten.
- 6.) Der Gouverneur hat das Recht, Gesetze vorzuschlagen, die im Zusammenhang mit seiner Verantwortlichkeit gegenüber dem Weltsicherheitsrat stehen. Er kann gegen Gesetze, die gegen das Statut verstoßen, sein Veto einlegen.
- 7.) Der Gouverneur kann in allen Sitzungen des Regierenden Rates seinen Standpunkt vortragen.
- 8.) Der Gouverneur übt die Kontrolle über Ordnung und Sicherheit des Freistaates Triest aus. Er ernannt und entläßt die Richterschaft Triests.
- 9.) In Ausnahmefällen kann der Gouverneur den Belagerungszustand verkünden, muß dann aber sofort dem Weltsicherheitsrat Bericht erstatten.
- 10.) Die Staatsbürgerschaft für Triest soll denen zuerkannt werden, die am 10. Juni 1940 im Gebiet des Freistaates wohnten. Die Bedingungen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft für andere Personen sollen vom Parlament festgelegt werden.
- 11.) Triest soll einen Freihafen erhalten, in dem für andere Staaten freier Transit besteht.
- 12.) Der Weltsicherheitsrat wird die Termine festlegen, zu denen die ausländischen Streitkräfte zurückgezogen werden müssen.

Bei der Wiederauflösung des Problems unterbreitete Außenminister Molotow bei einer Geheimsitzung des Außenministerrates dreizehn Zusatzanträge zu der vorgeschlagenen Verwaltung des Freistaates von Triest. Die Sowjet-Union suchte damit die Stellung des Gouverneurs von Triest ihren Gesichtspunkten anzupassen, denen zufolge das politische Schwergewicht der Triester Verwaltung bei dem lokalen Parlament und bei dem Regierungsausschuß liegen soll, den dieses Parlament nach dem französischen Plan zu ernennen hat. Nach den sowjetischen Plänen sollte die Polizei nicht dem Gouverneur, sondern dem Regierungsausschuß unterstellt werden.

Außenminister Molotow stellte die Bedingung, daß die ausländischen Truppen aus Triest nicht später als vier Monate nach Inkrafttreten des Friedensvertrages zurückzuziehen seien.

Im weiteren Verlauf der Triester Debatte vom 14. November einigte man sich auf einen sowjetischen Zusatzantrag, wonach das Vetorecht des Gouverneurs von Triest erst nach Beratung mit dem Regierungsausschuß ausgeübt werden soll.

Am 18. November erzielten die Außenminister eine grundlegende Einigung über die Stellung des Gouverneurs zu dem Leiter der Polizeiverwaltung. Der Chef der Triester Polizei soll aus einer Bewerberliste ausgewählt werden, die dem Regierungsausschuß des Freistaates vorgelegt wird. Der Polizeichef kann nach Befragen des Regierungsausschusses entlassen werden. Der Gouverneur hat die Vollmacht, den Regierungsausschuß aufzufordern, Verwaltungsmaßnahmen aufzuheben, die in Widerspruch zu seinen eigenen Befugnissen stehen, weil sie in der Triester Verfassung festgelegt sind. Sollte der Regierungsausschuß Einwendungen erheben, steht es dem Gouverneur offen, die Angelegenheit dem Weltsicherheitsrat zu unterbreiten.

Nachdem die Sowjet-Union während der New Yorker Außenministerkonferenz die frühere Forderung einer Zollunion zwischen Jugoslawien und dem Freistaat von Triest nicht erwähnt hatte, stellte Außenminister Molotow diesen Punkt am 18. November erneut zur Debatte. Gleichzeitig verlangte Molotow für Italien und Jugoslawien eine besondere Vorrangzone in dem zu errichtenden Freihafen von Triest. Bei einer erneuten Diskussion über den Abzug der ausländischen Truppen aus Triest widersetzte sich Außenminister Byrnes dem sowjetischen Standpunkt, ein genaues Datum festzusetzen, und schlug vor, den Zeitpunkt durch

den Weltsicherheitsrat bestimmen zu lassen. Am 19. November erhielt der italienische Botschafter in Washington Anweisungen aus Rom, mit den jugoslawischen Vertretern in New York Fühlung zu nehmen. Am folgenden Tag traf dann der italienische Botschafter in Moskau, Pietro Quaroni, in New York mit dem jugoslawischen Außenminister Simitsch zu Verhandlungen über ausstehende italienisch-jugoslawische Fragen zusammen. Außenminister Molotow hatte in diesem Zusammenhang am 19. November in einem Schreiben an die italienische Regierung erklärt, daß die Sowjet-Union den Vorschlag auf direkte Verhandlungen unterstütze.

Im Anschluß an die italienisch-jugoslawischen Besprechungen, an denen auch der stellvertretende jugoslawische Außenminister Alexander Bebler teilnahm, wurde eine gemeinsame Erklärung herausgegeben, die besagte, daß der Zeitpunkt für direkte jugoslawisch-italienische Verhandlungen gekommen sei, um diese in den Friedensvertrag einzubauen. Bei den erneuten Zusammenkünften der Außenminister am 20. November und 21. November zog Außenminister Molotow seine Forderungen auf Zollunion zwischen Jugoslawien und dem Freistaat Triest zurück. Dadurch wurde die Voraussetzung zu weiteren Übereinkünften geschaffen. Die Außenminister einigten sich, eine vorläufige Verfassung für Triest zu schaffen, die vom Weltsicherheitsrat gebilligt werden soll.

Am 22. November machte Außenminister Byrnes über den Abzug amerikanischer, britischer und jugoslawischer Truppen einen neuen Vorschlag: „Alle ausländischen Truppen sollen gleichzeitig innerhalb von 45 Tagen, nachdem der Gouverneur den Sicherheitsrat benachrichtigt, daß die Sicherheitskräfte des Freistaates in der Lage sind, Ruhe und Ordnung ohne die Hilfe ausländischer Truppen aufrecht zu erhalten, zurückgezogen werden.“

Außenminister Molotow konnte diesem Vorschlag jedoch nicht zustimmen.

Am 23. November war über die Befugnisse des Gouverneurs, die Staatsbürgerschaft, den Freihafen und die vorläufige Regierung noch keine Einigung erzielt worden.

Nach einer längeren Sonderbesprechung zwischen Molotow und Byrnes am 25. November 1946 kamen die Außenminister am 26. November zu einer Verständigung über die Fragen des Freihafens und der Staatsbürgerschaft des Freistaates. Die Bestimmungen über die Vollmachten des Gouverneurs in Friedenszeiten wurden gemäß den Pariser Vorschlägen angenommen. In allen Fragen schränkte die Sowjet-Union ihre Einwände ein oder zog sie ganz zurück.

Am 27. November erzielten die Außenminister erhebliche Fortschritte. Hinsichtlich der Zurückziehung der Truppen einigte man sich dahin, daß der Gouverneur 90 Tage nach seinem Amtsantritt entscheiden solle, ob die Truppen zu diesem Zeitpunkt ohne Schwierigkeiten zurückgezogen werden können. Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages mit Italien würden dem Gouverneur von Triest 5000 Mann britische, 5000 Mann amerikanische und 5000 Mann jugoslawische Truppen zur Verfügung stehen. Falls der Gouverneur entscheidet, daß die Truppen im Freistaatsgebiet bleiben sollen, werden diese dort so lange stationiert bleiben, bis der Gouverneur ihre Zurückziehung empfiehlt. Die Zurückziehung durch die drei beteiligten Mächte soll gemeinsam erfolgen.

In der Frage der vorläufigen Regierung des Freistaates Triest einigte man sich, diese durch den Gouverneur aus den Reihen der Einwohnerschaft des Freistaates zu ernennen, nachdem der Gouverneur sich vorher mit den Regierungen Italiens und Jugoslawiens in Verbindung gesetzt hat. Die Wahlen im Freistaatsgebiet werden dem Beschluß

der Außenminister zufolge innerhalb von vier Monaten nach der Amtsübernahme des Gouverneurs erfolgen.

In der vom Rat der Außenminister ausgearbeiteten Klausel heißt es weiter:

„Der Gouverneur wird die Wahlen gemeinschaftlich mit der vorläufigen Regierung durchführen . . . Wenn bis zur Amtsübernahme des Gouverneurs längere Zeit verstreichen sollte, wird die alliierte Militärregierung die einzelnen Angelegenheiten weiterverwalten . . . Die vier Mächte werden sich bemühen, die Zustimmung des Weltsicherheitsrates zu der Ernennung des Gouverneurs schon vor der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages von Italien zu erhalten. Wenn der für den Posten vorgesehene Gouverneur zufriedenstellend arbeitet, wird er ständiger Gouverneur des Freistaates werden.“

Am 2. Dezember wurde die Klausel des italienischen Friedensvertrages angenommen, derzufolge keine Nation, die sich weigert, den italienischen Vertrag insgesamt zu unterschreiben, Anspruch auf territoriale oder finanzielle Nachteile aus dem Vertrag haben wird. Die Annahme dieses Punktes durch die Sowjet-Union kann möglicherweise bedeuten, daß Jugoslawien seine Drohung, den italienischen Vertrag nicht zu unterzeichnen, nicht wahr machen wird. Um die direkten italienisch-jugoslawischen Verhandlungen war es seit dem ersten Zusammentreffen in New York so still geworden. Das italienische Außenministerium hatte am 25. November dementiert, daß in New York die jugoslawischen Vorschläge besprochen worden seien. Die italienische Delegation habe sich lediglich auf eine vorläufige Prüfung der Verhandlungsgrundlagen beschränkt. In New York verlautete, daß Außenminister Simitsch bei den italienisch-jugoslawischen Besprechungen das Angebot machte, wonach Triest gegen Görz ausgetauscht werden soll, wiederholt habe. Der Vorschlag sehe auch die Abtretung Monfalcons an Jugoslawien vor. Die jugoslawische Delegation habe ferner vorgeschlagen, einen schmalen Korridor an Italien abzutreten, der Triest mit Italien verbinden werde. Von jugoslawischer Seite wurde in New York darauf hingewiesen, daß ein Abkommen bald erreicht werden könnte, wenn man Italien und Jugoslawien sich selber überlassen würde.

Anfang Dezember berichtete der amerikanische Rundfunk, daß die italienisch-jugoslawischen Verhandlungen seit dem 25. November unterbrochen seien. Hieraus ergibt sich auch, daß Jugoslawien am 2. Dezember der Außenministerrat einen neuen Vorschlag für die jugoslawisch-italienische Grenze und für den geplanten Freistaat von Triest unterbreitete. Dieser Vorschlag soll die etwa 25 Kilometer nordwestlich von Triest gelegene Werftstadt Monfalcone bei Italien belassen. Die Grenze sollte etwa 16 Kilometer süd-südwestlich von Görz verlaufen. Dieser Plan wurde von den Außenministern nicht mehr berücksichtigt. Am 5. Dezember kam die New York Konferenz zu einer fast völligen Einigung über alle Artikel des Triester Statuts.

Zu klären blieb noch die Frage, ob das Defizit, mit dem der Freistaat in den ersten Jahren arbeiten wird, von der Organisation der Vereinten Nationen getragen werden soll.

Am 9. Dezember lösten die Außenminister die noch ausstehenden Fragen des Triester Statuts. Mit Ausnahme einer Klausel wurde der endgültige Verfassungsentwurf gebilligt. Bei dieser Klausel handelt es sich um die Frage der zivilen Luftfahrt. Eine weitere Klausel wurde dem Statut hinzugefügt, derzufolge eine ausschließliche Union Triests mit anderen Ländern untersagt ist. Damit wurde das Kernproblem der Verhandlungen abgeschlossen.

Das Statut für Triest bedarf noch der Billigung durch den Weltsicherheitsrat.

Das Problem der freien Donauschifffahrt

Die Pariser Konferenz von 1946 hatte für den Friedensvertragsentwurf für Rumänien, und zwar als Präzedenz für die weiteren Verträge mit den Balkanländern, die Auf-

nahme des Grundsatzes der Freiheit der Donauschifffahrt empfohlen.

Auf Vorschlag des amerikanischen Außenministers By-

es hatte der Generalsekretär der Vereinten Nationen während des Verlaufes der Pariser Konferenz die Regierungen Großbritanniens, der Sowjet-Union, Frankreichs, der Vereinigten Staaten, der Tschechoslowakei, Griechenlands und Jugoslawiens gefragt, ob sie bereit seien, an einer internationalen Konferenz über die Donauschifffahrt teilzunehmen.

Am 1. November hatten die Sowjet-Union, die Tschechoslowakei und Jugoslawien diese Einladung abgelehnt, während Frankreich sich nur zur Teilnahme bereit erklärte, falls sich alle Donaustaaten beteiligten. Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten die Einladung angenommen. Zu der wirtschaftlichen Seite des Donauproblems schrieb das im französischen Sektor Berlins erscheinende Blatt „Der Kurier“:

„Lehrreich zum Verständnis der Entwicklung ist die Kontroverse von 1940, die *Gafencu*, der frühere rumänische Außenminister und Gesandte in Moskau, in seinem „Vorspiel zum russischen Feldzug“ beschrieben hat. Anfang 1940 forderte Deutschland zu einer Konferenz in Wien auf, um eine provisorische Verwaltung der oberen Donau einzurichten. Rußland wurde nicht eingeladen, obgleich es weniger als drei Monate vorher durch die Besetzung des südlichen Bessarabiens eine Anrainermacht geworden war. Rußland protestierte gegen den Ausschluß von der Konferenz in Berlin und erklärte sich für die Zukunft an allen Donauproblemen interessiert. Drei Tage später versuchte Ribbentrop, eine vernünftige Taktik anzuwenden mit der Behauptung, die Konferenz habe nur die Aufgabe, die „Internationale Kommission“, deren Mitglied Rußland nie gewesen war, zu liquidieren. Aber Deutschland erkannte Rußlands Recht auf einen Sitz in der „Europäischen Kommission“ an. Molotow antwortete, daß beide Kommissionen, die von 1856 und 1920, liquidiert werden sollten und eine neue Körperschaft zur Kontrolle der Donau von Preßburg bis zur See — Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Slowakei, Rußland und Deutschland umfassend — gebildet werden sollte.

Schon die erste europäische Donau-Kommission, die 1856 durch den Pariser Frieden geschaffen wurde, hat neben den Vertretern der Anliegerstaaten auch solche von Nichtanliegerstaaten umfaßt. In den zwanziger Jahren wurden verschiedene Kommissionen gebildet, die für verschiedene Strecken zuständig waren, zum Beispiel für die Verwaltung der Strecke am Eisernen Tor.

Die einzelnen Statuten der verschiedenen Kommissionen bestimmten: Freiheit der Schifffahrt und der Hafenbenutzung für die Fahrzeuge, Güter und Angehörigen aller Staaten der Erde; Erhaltung und Verbesserung des Fahrwassers durch die Uferstaaten unter Aufsicht der Kommission, nötigenfalls durch die Kommission selbst zu Lasten der Uferstaaten; Aufbringung der laufenden Unterhaltungskosten aus allgemeinen Mitteln, in besonderen Fällen der Kosten der Neubauten durch Schifffahrtsab-

gaben; Freiheit für das Schifffahrtsgewerbe; keine höheren Zölle als über die trockenen Grenzen, über See oder andere Wasserstraßen. Die Kommission überwacht die Durchführung dieser Bestimmungen, prüft und entwirft die Bauprogramme, beschließt über die Schifffahrtsabgaben und erläßt die gemeinsamen strompolizeilichen Vorschriften.“

Die Bekanntgabe der Rückgabe von mehreren hundert Donauschiffen an Ungarn, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien durch Außenminister Byrnes in New York und die amerikanischen Militärbehörden in Deutschland am 11. November 1946 eröffnete für die Behandlung des Problems der Donauschifffahrt neue Wege. Am 27. November erklärte sich der sowjetische Außenminister Molotow bereit, einer internationalen Donaukonferenz zuzustimmen, an der die Sowjet-Union, die Ukraine, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich teilnehmen sollten. Molotow erklärte sich ebenfalls bereit, Österreich an dieser Konferenz teilnehmen zu lassen, sobald die Frage eines Vertrages mit Österreich geregelt sei.

Ein britischer Vorschlag, auch Griechenland an der Donaukonferenz teilnehmen zu lassen, wurde von den Außenministern nicht angenommen, da sich die sowjetische Delegation dem widersetzte. Die Donaukonferenz wird laut Beschluß der Außenminister nicht durch die UNO, sondern durch den Rat der Außenminister einberufen werden.

Am 28. November stand das Problem der freien Donauschifffahrt weiter zur Debatte. Auf Wunsch von Außenminister Molotow wurde der nachfolgende Paragraph in die Erklärung über die Donauschifffahrt eingefügt: „Die Donauschifffahrt soll den Angehörigen aller Nationen sowie Handelsschiffen und dem Güterverkehr jeder Nationalität offen stehen. Hierbei gilt als Voraussetzung, daß Hafen- und Schifffahrtsgebühren sowie die Bedingungen der Handelschifffahrt im Rahmen der üblichen Handelsbeziehungen für alle gleich sind.“

Die Außenminister einigten sich, die internationale Donaukonferenz in den Friedensverträgen nicht zu erwähnen. Über die Aufnahme des Prinzips der Freiheit der Donauschifffahrt in die Friedensverträge mit den Balkanstaaten bat sich Molotow noch Bedenkzeit aus.

Am 5. Dezember stimmte die Sowjet-Union dann der Aufnahme der von Molotow vorgeschlagenen und vom Außenministerrat einstimmig gebilligten Klausel in die Friedensverträge mit den Balkanstaaten zu.

Das Problem der Interpretierung der Verträge

Die Frage der Auslegung der Verträge beschäftigte die Außenministerkonferenz in New York in verschiedenen Debatten. Wie in so vielen anderen Problemen wurde auch hier Einigung durch die Annahme eines Kompromißvorschlages erzielt.

Am 3. Dezember einigten sich die Außenminister auf den Text der nachfolgenden Klausel, die in die Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn aufgenommen werden soll:

„Der Rat ist übereingekommen, daß Meinungsverschiedenheiten, die aus der Auslegung der Verträge entstehen,

von den Botschaftern der vier Großmächte in dem betreffenden Feindland behandelt werden. Sind die Botschafter innerhalb von zwei Monaten nicht in der Lage, die Schwierigkeiten zu lösen, so wird das Problem einem Schlichtungsausschuß überwiesen. Dieser Ausschuß wird aus einem Vertreter des Feindstaates, einem Vertreter des alliierten Staates und einem durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu ernennenden Schiedsrichter bestehen.“

Der amerikanische Vorschlag, den Internationalen Gerichtshof einzuschalten, wurde fallen gelassen.

Wiedergutmachung und Reparationen

Nach Abschluß der Pariser Konferenz von 1946 hatten verschiedene Feindstaaten die Hoffnung geäußert, daß die Friedensbedingungen insbesondere bezüglich der Reparationen noch gemildert werden würden. Bei Beginn der Außenministerkonferenz in New York beantragte Außenminister Molotow für Jugoslawien einen Reparationsbetrag in doppelter Höhe der für Griechenland festzusetzenden Entschädigung. Diesem Begehren widersetzte sich Großbritannien. Außenminister Bevin verwies auf die von der Pariser Konferenz getroffenen Empfehlungen. Molotow erklärte sich jedoch nicht bereit, den Empfehlungen der Pariser Konferenz in diesem Punkte zuzustimmen. In der Frage der ita-

lienischen Reparationsleistungen aus der laufenden Produktion zog Außenminister Bevin am 5. November die Vorbehalte der britischen Regierung zurück. Außenminister Molotow machte daraufhin Konzessionen zur Frage der Transferierung deutschen Eigentums in Italien. Nach einem amerikanischen Zugeständnis einigten sich die Außenminister, daß literarisches Eigentum und bestimmte Kunstwerke Italiens nicht in die Reparationen einbezogen werden sollen.

Die Außenminister kamen ebenfalls darüber überein, Italien zu gestatten, falls es dies wünscht, die Reparationszahlungen schon vor Ablauf des gewährten zweijährigen Moratoriums zu beginnen.

Über die Höhe des Prozentsatzes für Wiedergutmachungen an alliierte Personen konnte keine Einigung erzielt werden. Gegenüber der russischen und amerikanischen Argumentierung, daß Italien nur 25 Prozent des fremden Staatsbürgern in Italien zugefügten Schadens ersetzen soll, wiederholte Bevin erneut die britische Forderung auf Wiedergutmachung in Höhe von 75 Prozent.

Am 11. November verlangte Außenminister *Molotow* eine Herabsetzung der bulgarischen Reparationsleistungen von 125 auf 30 Millionen Dollar, dagegen verlangte Außenminister *Byrnes* eine Herabsetzung der Ungarn auferlegten Reparationen. Die von Finnland an die Sowjet-Union zu leistenden Reparationen wurden nach kurzer Debatte am 12. November in einer Höhe von 300 Millionen Dollar endgültig festgesetzt.

Zu einer bereits von den Außenministern in Paris getroffenen Entscheidung über die Annullierung der deutschen Schulden in den Feindstaaten überreichte der rumänische Botschafter in der Sowjet-Union, *Frasna Sovici*, am 12. November 1946 dem Außenministerrat in New York ein Memorandum, das die Entscheidung über die Annullierung der deutschen Schulden gegenüber Rumänien, die während des Krieges entstanden, als eine für die rumänische Wirtschaft nicht vertretbare Last anfieht.

Am 18. November protestierte Bulgarien in einem Memorandum an die Außenminister gegen die Bulgarien auferlegten Reparationen.

Am 28. November wurde von den Außenministern zu dem Artikel des rumänischen Friedensvertrages, der sich auf die Petroleumgesellschaften bezieht, der Beschluß gefaßt, daß Rumänien nötigenfalls benachteiligende Gesetze gegen Ölinteressen von Mitgliedstaaten der UNO außer Kraft setzen soll.

Über feindliches Eigentum auf alliiertem Boden beschloßen die Außenminister eine Klausel anzunehmen, die besagt, daß Bulgarien genau so wie Italien, Rumänien und Ungarn behandelt wird. Dies bedeutet, daß das Eigentum dieser

Staaten in fremden Ländern zur Befriedigung alliierter Ansprüche in fremden Ländern verwendet werden kann.

Mit der fast vollständigen Einigung der Außenminister am 5. Dezember in allen noch ausstehenden Fragen Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland wurden auch die endgültigen Reparationssummen festgelegt. Italien wird 125 Millionen Dollar, Jugoslawien, 105 Millionen Dollar an Griechenland und 5 Millionen Dollar an Albanien zahlen. Dies sind insgesamt 235 Millionen Dollar, also 35 Millionen Dollar mehr als von der Pariser Konferenz vorgeschlagen wurden. Für die Sowjet-Union vorgesehene Leistung von 100 Millionen Dollar blieb unverändert. Bulgarien wird an Griechenland 45 Millionen Dollar und an Jugoslawien 25 Millionen Dollar zahlen, dies sind insgesamt 70 Millionen Dollar oder 55 Millionen Dollar weniger als der von der Pariser Konferenz empfohlene Betrag.

Bulgarien hat an die Sowjet-Union keine Reparationen zu zahlen.

Nachdem die Westmächte in diesen Fragen nachgegeben hatten, gab die Sowjet-Union ihre Zustimmung, die Höhe der Entschädigung für an alliiertem Eigentum in Feindstaaten entstandene Schäden mit 66% Prozent festzusetzen. Die Sowjet-Union hatte ursprünglich nur 33% Prozent vorgeschlagen.

In der Frage der Bezahlung des aus in ausländischem Besitz befindlichen Erdölquellen als Reparationen an die Sowjet-Union gelieferten Erdöls wurde von der Außenministerkonferenz eine Kompromißlösung gefunden. Es sollen direkte diplomatische Verhandlungen eingeleitet werden, dem gegebenenfalls eine abschließende Entscheidung des amerikanischen, britischen und sowjetischen Botschafters in Rumänien folgen soll. Sollten diese Schritte zu keiner Regelung führen, soll das Problem einem Schlichtungsausschuss unterbreitet werden, dessen Schiedsrichter vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt werden soll. Außenminister *Molotow* knüpfte an diese Entscheidung den Vorbehalt, daß die Reparationslieferungen unabhängig von der zu treffenden Entscheidung fortgesetzt werden.

Die griechische Grenze mit Bulgarien und Albanien

Nach Abschluß der Pariser Konferenz von 1946 hatte der bulgarische Außenminister *Kulischeff* geäußert, er glaube, daß die vier Außenminister bei der endgültigen Formulierung der Friedensverträge den bulgarischen Anspruch auf einen Zugang zur Ägäis erneut überprüfen würden.

Der griechische Ministerpräsident *Tsaldaris* hatte ebenfalls der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Rat der Außenminister in New York die griechischen Ansprüche auf Nordepirus und auf eine Grenzberichtigung gegenüber Bulgarien erneut überprüfen werde.

Die griechische Regierung ließ der Außenministerkonferenz Anfang November eine Note zugehen, in der Griechenland verringerte Grenzansprüche geltend machte, die nur ein Zehntel der ursprünglichen Forderungen auf eine Berichtigung der griechisch-bulgarischen Grenze darstellten.

Die griechische Forderung auf rund 850 qkm bulgarischen Bodens mit 45 000 Einwohnern wurde gleichzeitig in London, Washington, Moskau und Paris von den griechischen Botschaftern bekannt gegeben. Griechenland betonte, daß die Hälfte der Bewohner des beanspruchten Gebietes Muslime seien, die bereits an die Pariser Konferenz von 1946 den Wunsch richteten, von der bulgarischen Herrschaft befreit zu werden. Die bulgarische Regierung richtete hierauf ein Memorandum an die Außenminister, dem erklärt wurde, Griechenland habe kein Recht, die griechisch-bulgarische Grenze zu verschieben, sondern forderte Grenzberichtigungen zu verlangen.

Die Außenminister einigten sich Anfang Dezember, den Verlauf der griechisch-bulgarischen Grenze unverändert zu lassen.

Nach der Ratifizierung des Friedensvertrages sollen an keiner Seite der Grenze Befestigungen angelegt werden.

Vorbesprechungen über einen Vertrag mit Deutschland

Über die ursprünglich für den 20. November vom Rat der Außenminister angesetzten Vorbesprechungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland stellten die Weltpresse und die Weltöffentlichkeit zahlreiche Prognosen und Betrachtungen. Die Bedeutung, die man den Besprechungen zumäßte, zeigte sich aus der Berufung des stellvertretenden britischen Militärgouverneurs, General Sir Brian Robertson, und dessen politischen Beraters, Sir William Strang, nach New York. Der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Lucius D. Clay, und der amerikanische politische Berater Robert Murphy wurden ebenfalls nach New York berufen. Von französischer Seite bemühte

man sich, die Besprechungen der deutschen Frage durch den Rat der Außenminister zu verschieben, da die innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich noch nicht geklärt waren. Die französische Regierung wandte sich jedoch nicht dagegen, das Programm für die zukünftigen Besprechungen mit Deutschland festzulegen.

Als Berater des französischen Delegierten im Außenministerrat, Maurice Couve de Murville, begab sich der politische Berater General Koenigs, des Oberbefehlshabers der französischen Besatzungszone in Deutschland, Jacques Tarbès de Saint Hardouin, nach New York.

Am 7. Dezember begannen die Deutschlandbesprechungen.

gen. Der sowjetische Außenminister *Molotow* erklärte sich einverstanden, auch die österreichische Frage, das heißt den Abschluß eines Vertrages mit Österreich in die Tagesordnung aufzunehmen.

Am 9. Dezember faßten die Außenminister der vier Großmächte den Beschluß, ihre nächste Zusammenkunft am 10. März 1947 in Moskau abzuhalten, um dort den Entwurf des Friedensvertrages für Deutschland auszuarbeiten.

Außenminister *Byrnes* machte auf der Abrüstungsdebatte den Vorschlag einer allgemeinen Herabsetzung der alliierten Truppen in Deutschland um ein Viertel bis ein Drittel. Am 11. Dezember legte der Außenministerrat nach Prüfung der verschiedenen Vorschläge die Tagesordnung für die am 10. März 1947 in Moskau beginnende Behandlung der deutschen Frage fest:

1. Teil: Beratungen über den Bericht des Alliierten Kontrollrates, der aufgefordert werden soll, über die seit seiner Einsetzung geleistete Arbeit Bericht zu erstatten im Hinblick auf

a) Demobilisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Wirtschaftspolitik und Reparationen;

b) Einsetzung von Zentralverwaltungen und die Probleme, die mit der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Situation in Deutschland unter der Vier-Mächte-Regierung verbunden sind;

c) die Liquidierung Preußens.

2. Teil: Gestalt und Ausdehnung einer provisorischen politischen Organisation in Deutschland.

3. Teil: Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland:

a) Beratungen über den Bericht der für Deutschland eingesetzten Stellvertreter der Außenminister sowie über den Standpunkt der anderen in Frage kommenden Regierungen und über das einzuschlagende Verfahren.

b) Grundlegende Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland, darunter Grenzfragen und die Vorschläge zur Abtrennung des Ruhr- und Rheingebietes, sowie weitere Fragen.

4. Teil: Behandlung des Entwurfes der Vereinigten Staaten für einen Entwaffnungs- und Entmilitarisierungsvertrag und andere Maßnahmen für die politische, wirtschaftliche und militärische Kontrolle Deutschlands.

5. Teil: Beratungen über den bereits vorgelegten Bericht der Kohlensachverständigen.

6. Teil: Behandlung des Friedensvertrages für Österreich und damit verbundene Fragen.

Nach anfänglichem Einspruch hat Außenminister *Molotow* der Einsetzung von Stellvertretern zur Vorbereitung des deutschen Friedensvertragsentwurfes zugestimmt. Diese Stellvertreter werden am 15. Januar in London zusammenzutreten, um die deutschen und österreichischen Probleme zur Berichterstattung in Moskau vorzubereiten.

Die von vielen der kleineren Nationen, vor allem der Nachbarstaaten Deutschlands, geäußerten Standpunkte sollen bei dieser Tagung der Stellvertretenden Außenminister behandelt werden.

Mit dem Abschluß der vorbereitenden Besprechungen über das Problem Deutschland ging die Außenministerkonferenz in New York am 11. Dezember zu Ende.

Hermann Volle

Das Problem Südtirol

In der ersten Folge des Europa-Archivs brachten wir zu dem Problem Südtirol das Memorandum der österreichischen Regierung, das am 20. April 1946 der Pariser Außenministerkonferenz vorgelegt worden war, und kündigten damals an, daß wir das Problem zu einem späteren Zeitpunkt auf breiterer Grundlage behandeln würden. Durch das Abkommen zwischen dem österreichischen Außenminister Dr. *Gruber* und dem italienischen Außenminister *de Gasperi* ist nun ein gewisser Abschluß in den Verhandlungen über diese Frage erreicht worden. Der amerikanische Außenminister *Byrnes* bemerkte dazu in einem Brief an den österreichischen Außenminister, er hoffe, daß der Erfolg dieser Verhandlungen auch andere Regierungen dazu veranlassen werde, an die Lösung ihrer Probleme mit einem ähnlichen Geist der Verständigung und internationalen Zusammenarbeit heranzugehen. Zur Erläuterung der besonderen psychologischen und politischen Schwierigkeiten, die sich einer Lösung dieses Problems entgegenstellten, gehen wir in dieser Folge ausführlich auf die einzelnen Phasen der langwierigen Verhandlungen ein.

Österreichs Vorstoß an die Weltöffentlichkeit

Österreichischerseits wurde die Diskussion um Südtirol im Sommer 1945 durch einen offenen Brief von Prof. Dr. *Reut-Nicolussi* im *Berner Bund* an den italienischen Außenminister Dr. *Alcide de Gasperi* eröffnet. Der Brief hatte folgenden Wortlaut:

Onorevole!

Am Fuße des Dante-Denkmal in Trient las ich als Knabe schon nach der Enthüllung und später noch manches Mal das schöne Wort: „Verneigen wir uns, Italiener, verneigt euch, ihr Fremden, wohlan, erheben wir uns gemeinsam verbrüder in der Gerechtigkeit!“ Im Geiste dieses „*affratellati nella giustizia*“ möchte ich heute einen Appell an Sie richten. Anlaß hierzu gibt mir die Tatsache, daß wir beide nach dem ersten Weltkriege im römischen Parlament gesessen sind, Sie als Vertreter von Trient, ich als solcher von Bozen. Gemeinsam führten wir damals den Kampf gegen den Faschismus, und beide hat uns der Faschismus aus unserer Heimat vertrieben, aus der wir fast zwei Jahrzehnte verbannt blieben. Nun, nach dem Sturze des italienischen und seines Schülers, des deutschen Diktators, stehen wir beide wieder im politischen Leben, beide als Demokraten mit demselben Weltbilde. Sollten wir uns da nicht verstehen können in einer Frage, die mir und meinen Landsleuten besonders am Herzen liegt, in der Südtiroler Frage?

Als Trientiner wissen Sie aus eigener Anschauung, daß Südtirol nie italienisches Land war. Nach der Volkszählung von

1910 lebten dort neben 224 000 deutschsprachigen und 16 000 ladinischen Tirolern nur wenig mehr als 6000 Italiener. Die erste von der italienischen Regierung vorgenommene Volkszählung ergab im wesentlichen dasselbe Bild, und bei den ersten Parlamentswahlen von 1921 wurde auch nicht eine einzige Stimme für einen italienischen Kandidaten abgegeben. Erst die zwanzigjährige faschistische Unterdrückungspolitik in Südtirol hat dort eine italienische Minorität geschaffen, durch die dabei angewandten Methoden aber auch die Beziehungen zwischen Österreich und Italien vergiftet. Dieses Verhältnis zu entgiften, ist heute noch eine der edelsten Aufgaben, die uns europäischen Demokraten gestellt sind. Wir können sie lösen „*affratellati nella giustizia*“, im Geiste jener Gerechtigkeit, welche auf egoistische Scheingründe verzichtet und jedem das Seine gibt.

In der Südtiroler Frage bedeutet eine solche gerechte Haltung den Verzicht Italiens auf die sogenannte „strategische“ Brennergrenze. Als das Königreich vor seinem Eintritt in den ersten Weltkrieg im Jahre 1915 die heutige Grenze verlangte, rechnete keine der beteiligten Großmächte mit dem Zerfall der Donaumonarchie. Gegen diese glaubte Italien eine militärischen Grenze zu bedürfen. Heute ist Österreich ein Kleinstaat. Und es klingt beinahe beleidigend, daß die Großmacht Italien gegen dieses auf ein Minimum reduzierte Österreich eine strategische Grenzlinie brauchen sollte. Solche Linien — das weiß heute auch ein leidenschaftlicher Militarist — entscheiden im Zeitalter der Lufteroberung keine Kriege mehr. Selbst der Ozean vermochte den

siegreichen Einbruch amerikanischer Streitkräfte in die Reiche Mussolinis und Hitlers nicht mehr zu verhindern. In der Tat ist der strategische Wert der Brennerlinie nur ein Scheingrund gewesen, dessen sich die nationalistische und faschistische Gruppe in Italien bedienten, um imperiale Politik zu treiben. Da sich Italien innenpolitisch von den Machtbestrebungen des Faschismus abwendet, kann es an dessen außenpolitischen Konzepten nicht festhalten. Als Österreicher kann ich nur wünschen, daß Italien gerade auch in der Tiroler Frage eine demokratische Lösung vorzieht.

Auch uns Österreichern und Tirolern wird dabei eine Gerechtigkeitspflicht obliegen bei der Frage, wie die vom Faschismus geschaffene italienische Minderheit nach dem Anschluß des Landes an den österreichischen Staat zu behandeln sei. Wir meinen nun allerdings, daß die von Mussolini zur Entnationalisierung Südtirols eingeleitete Subventionspolitik nicht weiter fortgesetzt werden kann. Sollte aber nach der Wiedervereinigung Südtirols mit Österreich in unserem Lande eine beachtliche Zahl von Italienern zurückbleiben, so bietet schon allein die gute Tradition der österreichischen Verwaltung dafür eine Garantie, daß sie sich weitgehender kultureller Freiheit erfreuen werden. Dem italienischen Volke können darüber hinaus internationale Sicherheiten in diesem Punkte volle Beruhigung geben. Selbstverständlich wird auch das von den Italienern rechtmäßig erworbene Eigentum gerade nach den Grundsätzen des nun neugeschaffenen Rechtsstaates unangetastet bleiben. Ebenso ist die Berücksichtigung des Interesses Italiens an den Wasserkraften Tirols in den Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens Tirols selbst sicher begründet. So wenig wie der übrige Warenaustausch ist heute der Export elektrischer Energie durch Staatsgrenzen behindert.

Onorevole, die Argumente zugunsten der Brennergrenze halten einer aufrichtigen und gerechten Prüfung im Geiste der Demokratie nicht stand. Freilich aber kämpfen, wie in jedem Individuum, auch in jeder Nation zwei Seelen um die Herrschaft. Wir Tiroler haben während der zwanzig Jahre faschistischer Unterdrückungspolitik die dem Machtgedanken zugekehrte Seite der italienischen Seele kennen gelernt. Wir wissen aber auch, daß dem italienischen Charakter großmütige Freiheitsliebe nicht fremd ist. Geben Sie dieser moralischen Kraft des italienischen Charakters freie Bahn, indem Sie das Selbstbestimmungsrecht der Südtiroler anerkennen. Sie werden Ihrem Vaterlande dadurch einen Triumph verschaffen, der mehr wiegt als die Herrschaft über einige Hunderttausend unglücklicher Zwangsbürger. Dieser Triumph wird die alte Spannung an der Tiroler Grenze beseitigen, und eine schmerzhaft Wunde am Körper unseres gequälten Kontinents wird sich für immer schließen.

Genehmigen Sie, Onorevole de Gasperi, meinen ergebenen demokratischen Gruß

Ihr

Dr. E. Reut-Nicolussi

Ende August 1945 richtete der Fürstbischof von Brixen, Johannes Geisler, im Namen aller Südtiroler Geistlichen eine Petition an die Alliierten. Im Brief an den britischen Ministerpräsidenten Attlee hieß es unter anderem:

„Die Südtiroler hoffen nunmehr, daß sie bei der Neugestaltung Europas von Italien getrennt und mit dem befreiten Mutterland Österreich vereinigt werden. Von größtem Vertrauen erfüllt, überreichen sie der großen demokratischen britischen Nation und ihrem Führer drei Bitten:

1. daß den Südtirolern gestattet würde, sich in freier Wahl darüber zu entscheiden, ob sie es vorziehen, in Zukunft zu Österreich oder zu Italien zu gehören;

2. daß diese Wahl unter dem Schutze und unter der Kontrolle der Alliierten sowie unter Ausschluß von italienischen Militär- oder Polizeistreitkräften vor sich gehen möge, damit die volle Freiheit des Volksentscheides gewährleistet ist;

3. daß das Unrecht, das der Faschismus Südtirol zufügte, so weit als möglich wiedergutmacht würde, indem nur diejenigen Italiener als Wahlberechtigte erklärt würden, die bereits vor der Machtergreifung des Faschismus — also vor dem 28. Oktober 1922 — sich im Lande befanden, und daß nach Möglichkeit alle Südtiroler, die das Land auf Grund des Vertrages von Berlin vom 23. Juni 1939 verließen, in ihr Mutterland zurückkehren könnten, bevor der Volksentscheid stattfindet. Falls dies aber unmöglich sei, so möge das Wahlrecht nur den in Südtirol Geborenen zuerkannt werden.

Auf Grund der Bitten der Geistlichkeit erlaube ich mir, diese Bitten Eurer Exzellenz zu unterbreiten.

Ich habe die Ehre, Eure Exzellenz, mit dem Ausdruck der größten Hochachtung

zu verbleiben.“

Ihr sehr ergebener
Johannes Geisler,
Fürstbischof,

Neben dem Südtiroler Klerus wandte sich auch die Nord- und Osttiroler Geistlichkeit an die Alliierten mit der Bitte um Wiedervereinigung des Landes Tirol.

Nachdem der damalige Landeshauptmann von Tirol, Dr. Karl Gruber, anlässlich der Konferenz von Potsdam im Juli 1945 sich an die drei dort versammelten Mächte gewandt hatte, um eine Wiedervereinigung Südtirols zu erreichen, trat er am 4. September 1945 anlässlich einer von der französischen Militärregierung genehmigten Großkundgebung für Südtirol mit einer Rede in Innsbruck an die Öffentlichkeit:

„Die Tiroler Bevölkerung im Norden und Süden des Brenners erhebt am heutigen Tage ihre Stimme, um dem Rufe nach Wiedervereinigung der beiden Landesteile Ausdruck zu geben. Als der Süden Tirols abgetrennt wurde, konnten die Siegerstaaten des ersten Weltkrieges diesen Entschluß mit strategischen Gründen motivieren. Die technische Entwicklung der letzten Jahre, die Einrichtung der strategischen Luftwaffe, der fernwirkenden Waffen und schließlich die technische Krönung durch die Erfindung der Atombombe, hat die strategische Bedeutung von vorgeschobenen Landesgrenzen entwertet. Dieser Krieg hat uns gelehrt, wie sinnlos es geworden ist, natürliche Hindernisse als Schutzwall gegen Angriffe anzusehen. Schutz kann heute nur noch in der Organisation der Weltsicherheit liegen.

Als die alliierten Mächte nach dem ersten Weltkrieg diesen Grenzziehung zustimmten, um dem Wunsch der Italiener nach mehr Sicherheit Rechnung zu tragen, haben sie der italienischen Nation gleichzeitig ein Mandat übertragen: die Sorge für das politische und wirtschaftliche Wohlergehen der Südtiroler.

An Stelle der Erfüllung dieser Aufgabe aber ist die schrankenlose Willkür getreten, der staatliche Terror gegen die Südtiroler Bevölkerung, verbunden mit der Schädigung ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Das italienische Volk hat den Faschismus besiegt und die Demokratie wiederhergestellt. Wir appellieren an die italienischen demokratischen Parteien, den Faschismus auch auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen zu liquidieren und sich nicht gegen die Rückgliederung Südtirols zu wenden, die dem einigem Willen der Südtiroler Bevölkerung entspricht. Wenn diese schwärende Wunde, die die Beziehungen zwischen Österreich und Italien dauernd vergiftet hat, geheilt ist, steht einer möglichst engen wirtschaftlichen und politischen Verbindung der beiden Länder nichts mehr im Wege.

Das Völkerleben wird in den nächsten Jahrzehnten in völlig neuen Bahnen und Organisationsformen verlaufen. Es wird sich daher als ein Akt weit vorausschauender Staatskunst erweisen, wenn die Führer der italienischen demokratischen Parteien zur Bereinigung dieser einzigen, aber unausweichlichen Schwierigkeit zwischen Österreich und Italien beitragen. Nordtirol und Südtirol brauchen einander, der Verbindungsweg nach Osttirol führt durch dieses Land. Uralte wirtschaftliche Beziehungen verbinden dieses Gebiet mit seinem Stammland. Die Bevölkerung war und ist österreichischen Ursprungs und österreichischer Gesinnung. Niemals wird eine bloße Autonomie für Südtirol eine Lösung seiner politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeit bedeuten. Südtirol würde ein dauernder Unruheherd im italienischen Volkskörper sein und würde stets nur den internationalen Ruf des wieder aufstrebenden Italiens belasten.

Soweit Italien in diesem Gebiet wirtschaftliche Investitionen getätigt hat, ist Österreich zu einer Ordnung bereit, die den Interessen der italienischen Wirtschaft voll Rechnung trägt.

Österreich ist die Brücke zwischen Ost und West. Soll es diese Funktion voll erfüllen, so muß diese Brücke tragfähig sein. Heute ist Tirol das schwächste Glied dieser Brücke. Als die beiden Diktatoren in Nord und Süd den Entschluß faßten, Österreich zu liquidieren, konnten sie sich hier in Tirol am leichtesten die Hände reichen, weil die Brücke nach dem Westen auf einen zu schmalen Gebietsstreifen zusammengeschrunpft war. Die Erfahrung dieser Jahre möge daher den alliierten Mächten vor Augen stehen, wenn sie ihre Entscheidung treffen.

Wenn heute auf diesem Platz, der schon so viel Tiroler Geschichte gesehen hat, die Vertreter aller politischen Parteien gemeinsam mit den Kämpfern der Widerstandsbewegung den Willen der Tiroler Bevölkerung repräsentieren, so kann die internationale Öffentlichkeit daraus den brennenden Wunsch ermessen, mit dem die Tiroler und mit ihnen alle Österreicher eine gerechte Lösung der Südtiroler Frage erwarten.

Ich möchte diese Kundgebung nicht vorübergehen lassen, ohne den französischen Besatzungsbehörden den Dank des Tiroler Volkes abzustatten, daß sie ihm die Möglichkeit gegeben haben, sei-

nem einheitlichen Willen Ausdruck zu verleihen, und daß sie uns die Vertretung unserer berechtigten Interessen ermöglichen.

Wir appellieren heute aber auch an die Einsicht der alliierten Mächte. Österreich, dessen Kernbevölkerung nunmehr seit zwölf Jahren einen blutigen und energischen Kampf gegen die nazistische Unterdrückung geführt hat, Österreich, das diesen Kampf unter sehr schweren Bedingungen führen mußte, ohne jede Ermunterung, wie sie vielen anderen Ländern durch die Vereinten Nationen zuteil geworden ist, Österreich, dessen Existenz für die europäische Stabilität so notwendig ist, braucht auch hier die alliierte Hilfe. Diesem Staat, dessen Lebensbedingungen mit zu den schwersten in Europa gehören und von dessen Bevölkerung alle Welt immer wieder den Aufbauwillen voraussetzt, muß das Gefühl gegeben werden, daß seine gerechten Ansprüche von den alliierten Mächten unterstützt werden. Die alliierten Mächte werden damit in eindeutiger Weise klarstellen, daß nicht die Macht auch das Recht ist, sondern daß sie entschlossen sind, dem Recht die Macht zu geben.

Um dieses Ziel wurde vornehmlich dieser schwere Krieg geführt, und wenn in dieser Stunde die neuen Bausteine für den künftigen Frieden gelegt werden, so darf der Ruf nach Gerechtigkeit nicht verhallen — der Ruf nach Gerechtigkeit für Südtirol!

Im Anschluß hieran fanden in ganz Österreich Kundgebungen für die Wiedervereinigung Österreichs mit Südtirol statt. Von italienischer Seite wurde der Gedanke einer Rückgabe Südtirols an Österreich abgelehnt. Dagegen gab die italienische Regierung bekannt, daß sie bereit sei, den Minderheiten besondere Rechte zu gewähren. Im Anschluß an einen Bericht des damaligen Ministerpräsidenten Ferugio Parri nahm die italienische Nationalversammlung am 16.

Juli 1945 folgende Bestimmung über die fremdsprachige Bevölkerung an:

„Die italienische Regierung bekräftigt erneut, daß die demokratische Neuordnung des Staates notwendigerweise einen Komplex besonderer Garantien für die fremdsprachige Bevölkerung mit sich bringen muß.“

Der italienische Vorschlag einer Autonomie für Südtirol fand in Österreich jedoch keine Zustimmung.

Am 21. Dezember 1945 forderte die neugebildete österreichische Regierung vor dem Nationalrat in ihrer ersten Erklärung in aller Form die Rückkehr der deutschsprachigen Teile Südtirols zu Österreich. Diese Rückkehr sollte in dem Friedensvertrag für Italien als territoriale Bedingung zugunsten Österreichs aufgenommen werden.

Anfang 1946 beauftragte die italienische Regierung den Präfekten von Bozen, Staatsrat *Innocenti*, mit der Ausarbeitung eines Autonomieentwurfes zur Lösung der Südtiroler Frage. Der Entwurf wurde Ende Juli 1946 der italienischen Regierung vorgelegt. Dieser Entwurf, der für Südtirol und das Trentino eine gemeinsame Regional-Autonomie vorsah, wurde von Österreich für unannehmbar erklärt.

Vor Beginn der Außenministerkonferenz in Paris fanden in Österreich erneut Kundgebungen zugunsten Südtirols statt, die ihren Höhepunkt auf der Kundgebung in Innsbruck am Ostermontag, den 22. April 1946, mit einer Rede des österreichischen Bundeskanzlers Dr. *Figl* und der Anwesenheit des österreichischen Außenministers Dr. *Gruber* fanden.

Die Pariser Verhandlungen

Das Problem Südtirol auf den Außenminister-Konferenzen

Österreich vertrat seine Forderungen in Paris in einem durch den Gesandten *Bischoff* den Mitgliedstaaten der UNO überreichten Memorandum. Italien legte seinen Standpunkt zur Südtiroler Frage ebenfalls in einer Note fest, die die österreichischen Ansprüche ablehnte und deren Begründungen widerlegte. (Vgl. Europa-Archiv I/9—12.)

Am 30. April 1946 beschloß die Außenministerkonferenz, die Forderung Österreichs auf Südtirol abzulehnen. Die Möglichkeit für kleinere Grenzberichtigungen wurde jedoch offengelassen. In Tirol kam es daraufhin zu Protestkundgebungen und am 2. Mai zu einem halbtägigen Generalstreik.

Die Weltöffentlichkeit beschäftigte sich hierauf eingehender mit der Südtiroler Frage. Von amerikanischer Seite wurde angeregt, das Problem Südtirol erneut zu diskutieren. Frankreich und auch Großbritannien standen diesem Vorschlag wohlwollend gegenüber. Die Sowjet-Union nahm zu dieser Frage nicht Stellung. Am 22. Mai 1946 erklärte der britische Außenminister *Bevin* zum Thema Südtirol, daß es sich nicht um ein rein politisches, sondern auch um ein wirtschaftliches Problem handle. *Bevin* gab zu verstehen, daß die britische Regierung den Entschluß der Außenminister, Südtirol bei Italien zu belassen, unterstützen werde. Der zweiten Pariser Außenministerkonferenz wurde die österreichisch-italienische Grenzfrage erneut vorgelegt. Ende Mai stellte der österreichische Vertreter, Außenminister Dr. *Gruber*, vor den Stellvertretenden Außenministern in Paris in der Einleitung seiner Darlegungen fest, daß seine Ausführungen über kleine Grenzberichtigungen keine Aufgabe des österreichischen Standpunktes in der Regelung der Südtiroler Frage bedeuteten. Die einzelnen Forderungen Österreichs wurden in einer Denkschrift überreicht.

Das italienische Außenministerium überreichte der zweiten Pariser Außenministerkonferenz ein Memorandum, in dem es hieß: Nachdem die vier Außenminister ihre Vereinbarung bezüglich einer geringfügigen Abänderung der italienisch-österreichischen Grenze getroffen haben, hat die österreichische Regierung ihre Forderung bekanntgegeben, die von noch größerer Bedeutung ist als die frühere.

Das italienische Memorandum weist die österreichischen Ansprüche, wonach bestimmte Gebiete südlich der Brenner-Grenze zur Aufrechterhaltung der wichtigsten Eisenbahnverbindungen zwischen Ost- und Westtirol durch das Pustertal unerlässlich seien, zurück, da bereits eine doppelgleisige Verbindung zwischen Innsbruck und Spittal bestehe. Es wurde dargelegt, daß die von Österreich vorgeschlagene Regelung von den 7000 qkm der Provinz Bozen 3000 qkm mit 78 000 Einwohnern von Italien an Österreich bringen würde. Das italienische Memorandum wies vor allem darauf hin, in welche schwere wirtschaftliche Lage die norditalienische Industrie durch den Wegfall der Hauptquellen der Kraftstromversorgung versetzt würde. Botschafter *Carandini*, der das Memorandum überreichte, wies besonders auf die italienischen Maßnahmen zur Herstellung einer Autonomie Südtirols hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Autonomie zu einem Muster freier Zusammenarbeit und einträchtigen Zusammenlebens von Bevölkerungen verschiedener Abstammungen führen werde. Die zweite Außenministerkonferenz verwarf am 24. Juni die im Rahmen kleiner Grenzberichtigungen eingereichten österreichischen Forderungen. Die Entscheidung, das umstrittene Gebiet bei Italien zu belassen, wurde damit begründet, daß es sich bei dem österreichischen Anspruch nicht um kleinere Grenzberichtigungen handle (vgl. Europa-Archiv I/103).

Südtirol auf der Pariser Konferenz von 1946

Die Pariser Konferenz von 1946 sah sich trotz der Ablehnung der österreichischen Forderung durch die beiden vorangegangenen Außenministerkonferenzen erneut dem Problem Südtirol gegenüber, nachdem von österreichischer Seite und auch aus Südtiroler Kreisen erneute Vorstellungen bei den Großmächten erhoben worden waren.

Am 12. August nahm der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* vor der Vollversammlung der Pariser Konferenz von 1946 Stellung zu dem Friedensvertragsentwurf für Italien. Bei dieser Gelegenheit gab *de Gasperi* das Versprechen einer weitgehenden kulturellen Autonomie für Südtirol, eine Deklaration, die Italien damit zum erstenmal in feierlicher Form vor einer internationalen Instanz abgab. Am 14. August ersuchte Österreich formell um Gehör in der

Frage der österreichisch-italienischen Grenze vor der Pariser Konferenz.

Auf britischen Antrag beschloß die Konferenz, auch Österreich als Nichtmitglied der Konferenz zu Worte kommen zu lassen (vgl. Europa-Archiv I/197).

Am 21. August hielt Außenminister Dr. Karl Gruber vor der Konferenz der 21 Nationen im Palais Luxembourg eine Rede, in der er das Selbstbestimmungsrecht für die Südtiroler forderte, und ersuchte die Konferenz, die Lage durch eine Entscheidung zu klären. Er sagte:

„Die Früchte einer gerechten Entscheidung dieser Konferenz werden nicht nur Österreich zugute kommen, sondern ebenso Italien und dem friedlichen Fortschritt der ganzen Völkerfamilie.“

Dr. Gruber wandte sich dann der Triester Frage zu und erklärte:

„Unsere Forderung ist keine andere, als daß man uns den freien Zugang zu Triest gewährt und daß man uns im Triester Hafen selbst die notwendigen Erleichterungen zur Abwicklung unseres überseeischen Handels einräumt.“

Am 27. August nahm Außenminister Gruber in Paris erneut zum Problem Südtirol Stellung. Er erklärte, die österreichische Regierung sehe in einer freien und geheimen Volksabstimmung über das künftige Schicksal Südtirols die einzige gerechte Lösung.

Außenminister Gruber machte dann zum ersten Male einen Vorschlag für den Fall, daß Südtirol bei Italien verbleibe, und forderte die Einräumung vollster wirtschaftlicher und kultureller Freiheit an die Südtiroler. Namens der österreichischen Regierung verlangte Gruber die Errichtung einer autonomen Verwaltung in Südtirol, eine Beschränkung der Einwanderung von Italienern und Zollfreiheit für die Ein- und Ausfuhr von Südtirols von und nach Österreich. Gruber wies darauf hin, daß die österreichische Regierung die autonome Regierung in Südtirol international garantiert zu sehen wünsche, um willkürliche Änderungen in Zukunft auszuschließen. Gruber bemerkte ferner, daß die österreichische Regierung gebeten habe, bei der Ausarbeitung des künftigen Regimes für den Freihafen von Triest zu Rate gezogen zu werden. Diese Vorschläge Österreichs fanden ihren Niederschlag in einem am 30. August der Pariser Konferenz von 1946 durch die österreichische Delegation überreichten Vorschlag auf Abänderung der Artikel X und XIV des italienischen Friedensvertragsentwurfes. In diesem Antrag auf Regelung der Südtiroler Frage hieß es:

Die österreichische Delegation sieht die natürliche Lösung der Südtiroler Frage darin, daß die Bevölkerung jenes Gebietes selbst über die künftige Zugehörigkeit beziehungsweise Ordnung ihres Wohngebietes befragt wird. Wenn die Konferenz glaubt, dieser aus dem Geist der Charta der UNO hergeleiteten Lösung nicht zustimmen zu können, so sollen doch wenigstens alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß das Südtiroler Volk beim Verbleiben im italienischen Staatsverbande alle jene Sicherungen erhält, die notwendig sind, um seine ungestörte wirtschaftliche Existenz und die freie Ausübung seiner sprachlichen und kulturellen Gewohnheiten zu gewährleisten. Detaillierte Abmachungen sollen zwischen Italien und Österreich getroffen werden, die ihren Niederschlag in der italienischen Gesetzgebung finden müßten. Um jedoch die Durchführung dieser Abmachungen nicht allein vom guten Willen der jeweiligen italienischen Regierung abhängig zu machen, sollen sie durch eine allgemeine Klausel im Friedensvertrag gesichert werden. Der meritorische Inhalt dieser allgemeinen Klausel soll umfassen:

1. Eine Verwaltungsautonomie, wie sie zum Beispiel durch die italienische Regierung den Bewohnern des Tales Aosta gewährt wurde. Diese Autonomie soll der Provinz Bozen und einigen zugehörigen Gemeinden, also dem deutsch- und italienischsprachigen Gebiet gewährt werden, nicht aber dem ganzen früheren österreichischen Gebiet, das heißt den Provinzen Bozen und Trento gemeinsam, um eine Majorisierung der deutschsprachigen Bevölkerung durch das italienische Element zu verhindern. Gleichzeitig möge die Möglichkeit geschaffen werden, die durch das Hitler-Mussolini-Abkommen eingeleitete Bevölkerungsver-schiebung rückgängig zu machen.

2. Die wirtschaftliche Existenz der Südtiroler Bevölkerung wurde bisher insbesondere durch die von der italienischen Regierung systematisch geförderte Zuwanderung von Altitalienern ge-

fährdet, denen sowohl in den staatlichen Diensten als auch in der privaten Wirtschaft eine Vorzugsstellung gegenüber den Tirolern eingeräumt worden war. Gegen die Fortsetzung dieser Politik soll die Tiroler Bevölkerung dadurch gesichert werden, daß der weitere Zustrom von italienischer Bevölkerung in dieses Gebiet an die Zustimmung der autonomen Regionalverwaltung gebunden wird.

3. Das Gebiet der Regional-Autonomie soll unter ein besonderes Zollregime gestellt werden, derart, daß die Einfuhr von Gütern sowohl aus Italien als auch aus Österreich frei von Zöllen und Abgaben erfolgen kann und daß die Ausfuhr von Südtiroler Landesprodukten in beide Staaten gegen Ursprungszeugnis ebenfalls frei ist.

4. Zwischen Italien und Österreich soll ein Vertrag nach den unter 1. bis 3. bezeichneten Grundsätzen geschlossen werden, der den Vereinten Nationen mitgeteilt wird und dessen Erfüllung durch eine internationale Körperschaft garantiert wird.

Der italienischen Regierung möge eine Frist gestellt werden um geeignete Vorschläge zur Erfüllung dieser Garantien auszuarbeiten, die auch die Zustimmung der österreichischen Regierung finden können. Bei mangelnder Einigung soll jedoch der österreichischen Regierung die Berufung an die Vereinten Nationen offenstehen, durch deren Spruch die unbereinigten Differenzen geschlichtet werden.

Aus den vorstehenden Erwägungen heraus beantragt daher die österreichische Regierung, sofern die Konferenz dem der Außenministerkonferenz ursprünglich vorgelegten Vorschlag, ein Plebiszit in Südtirol durchzuführen, nicht zuzustimmen in der Lage ist, die Abänderung des die österreichisch-italienischen Grenzbeziehungen regelnden Artikels 10, so daß er lauten möge:

Artikel 10

Italien wird mit Österreich innerhalb eines Jahres Verträge abschließen, um

ohne Berücksichtigung des Vertrages Hitler-Mussolini von 1939 der einheimischen Bevölkerung der Provinz Bozen und der im angeschlossenen Annex aufgezählten Gemeinden die Freiheit ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung durch Gewährung einer regionalen Autonomie zu garantieren und Freizügigkeit im Personen- und Güterverkehr zwischen dem genannten Gebiet und Österreich hinsichtlich der in diesem Gebiet erzeugten Produkte und seines normalen Einfuhrbedarfes zu sichern.

Annex zum Artikel 10

Die zur Provinz Trentino gehörigen Gemeinden:

Proveis (Proves), Laurein (Lauregno), Unsere Liebe Frau im Walde (Senale), St. Felix (San Felice), Aldein (Valdagno), Altret (Anterio), Auer (Ora), Branzoll (Bronzolo), Gfrill (Caoria di Salorno), Kurtatsch (Cortaccia), Kurtinig (Cortina all'Adige), Margreid (Magré all'Adige), Montan (Montagna), Neumarkt (Egna), Salurn (Salorno), Tramin (Termeno), Truden (Trodona), Unterfennberg (Favogna di Sotto), Canazei, Vigo di Fassa und Moena

sowie die zur Provinz Belluno gehörigen Gemeinden:

Cortina d'Ampezzo, Colle S. Lucia und Buchenstein (Livinalongo).

Artikel 14

Italien wird alle Maßnahmen treffen, um allen seiner Souveränität unterstehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion den Genuß der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, einschließlich der Rede- und der Pressefreiheit, des Veröffentlichungsrechts, der Freiheit des Kultus, der Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit zu sichern.

Italien gewährleistet insbesondere der einheimischen Bevölkerung von Südtirol nördlich der Salurner Klausel die Freiheit der Existenz auf allen Lebensgebieten, insbesondere kulturelle Freiheit ohne jegliche Schlechterstellung sowie die Möglichkeit, durch einheimische und gewählte Funktionäre für alle ihre kulturellen Bedürfnisse zu sorgen, die sich aus ihrer besonderen ethnischen Lage ergeben.

Ein anderer Vorschlag zur Lösung des Problems erschien in der Wiener kulturpolitischen Wochenschrift *Die Furchen* (Nr. 32 vom August 1946). In der Einleitung dieses Vorschlages hieß es:

„Der im nachstehenden dargelegte Plan kommt als letzter Vorschlag dann in Betracht, wenn das in der Denkschrift der österreichischen Regierung ausgesprochene Verlangen nach einer Volksabstimmung trotz seiner Begründung in der Atlantik-Charta auf der Pariser Konferenz keine Erfüllung finden sollte.“

Das Blatt ging von dem Ausweg eines Kompromisses in der Form einer Zollunion zwischen Italien und Österreich

aus und erinnerte an einen solchen Versuch durch den damaligen österreichischen Bundeskanzler Ignaz Seipel im Jahre 1922.

Das Blatt fuhr fort:

„Eine italienisch-österreichische Zollunion würde auch heute den ökonomischen Inhalt des Südtiroler Problems erfassen, doch nicht dessen innersten Kern.“

Das Blatt schlug zur Lösung der Südtiroler Frage eine vertragliche Herrschaftsgemeinschaft über Südtirol zwischen Italien und Österreich in der Form eines *Kondominiums* vor.

„Österreich wäre die Verwaltung und Rechtsprechung, die Münz- und Währungsfreiheit und die Nutzung des Landes im allgemeinen zuzusprechen.“

Italien würde das Recht zukommen, das Land, insbesondere den Brenner, militärisch zu befestigen und besetzt zu halten. Vom Kriegsdienst wären die Südtiroler auszuschließen. Wirtschaftlich behielte Italien das Eigentum und die Nutzung seiner dort errichteten Kraft- und Aluminiumwerke sowie seiner sonstigen Industrien. Der italienischen Bevölkerung stünde das Recht zu, vor allen Behörden und Gerichten in italienischer Sprache Recht zu suchen und Recht zu finden, auch Schulen für die italienischen Kinder in italienischer Sprache und mit italienischen Lehrkräften zu unterhalten. Südtirol würde künftig auf Grund der unter Vermittlung der UNO zustande gekommenen Staatsverträge ein *Corpus separatum* darstellen, das nach einverständlich festgesetzten Grundsätzen selbständig verwaltet wird und als gesetzgebende Körperschaft einen Landtag besitzt, der in zwei nationale Kurien mit einer Brückenverbindung geteilt ist. Die Durchführung der nationalen Autonomie hätte so weit zu gehen, daß die Bevölkerung des italienischen wie des deutschsprachigen Teiles ein freies politisches Eigenleben führen kann. Eine etwa zehnjährige Befristung des Vertrages würde dem Erproben des neuen Zustandes dienen.“

In Beantwortung des österreichischen Entwurfes vom 30. August zur Regelung des Südtiroler Problems unterbreitete die italienische Delegation nach einem Besuch des Grafen *Carandini*, des Hauptsprechers Italiens in der Südtiroler Frage, in Rom der Pariser Konferenz einen Gegenvorschlag für einen Zusatz zu Artikel X des italienischen Friedensvertrages. Von österreichischer Seite war inzwischen der Vorschlag eines Zusatzes zu Artikel XIV zurückgezogen worden. Der italienische Vorschlag hatte folgenden Wortlaut:

1. Die italienische Regierung wird in der Provinz Bozen und den zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient besondere Vorkehrungen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der deutschsprachigen Bevölkerung treffen.

Insbesondere wird den deutschsprachigen italienischen Staatsbürgern folgendes gewährt werden:

- a) deutschsprachige Volks- und Mittelschulen;
- b) Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden wie auch bei

den zweisprachigen Ortsbezeichnungen in jenen Ortschaften und Örtlichkeiten, in denen die deutsche Sprache vorherrscht;

c) das Recht, die deutschen Namen, die in den letzten Jahren italienisiert wurden, wiederherzustellen;

d) die Gleichstellung der italienischen und deutschsprachigen Staatsbürger hinsichtlich aller Rechte, mit besonderer Berücksichtigung der Ernennung zu öffentlichen Ämtern und Anstellungen.

2. Der Bevölkerung der Provinz Bozen und der zweisprachigen Gemeinden der Provinz Trient wird — selbst für den Fall einer Erweiterung der Verwaltungsgrenzen — in der Ausübung einer regionalen Gesetzgebung und Exekutivgewalt im Einklang mit Bestimmungen, die in Beratung mit der einheimischen deutschsprachigen Bevölkerung auszuarbeiten sind, eine Autonomie zugesichert.

3. Die italienische Regierung ist bereit, die Hitler-Mussolini-Abkommen vom Jahre 1939 zu revidieren, um den Optanten für Deutschland die italienische Staatsbürgerschaft zurückverleihen zu können. Zu diesem Zweck wird sich die italienische Regierung mit der österreichischen Regierung beraten und erklärt ihre Bereitwilligkeit, diese Frage im Geiste der Weitherzigkeit erneut zu prüfen.

4. Die italienische Regierung wird in Beratung mit der österreichischen Regierung ein Übereinkommen zur Erleichterung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Österreich und der Provinz Bozen und des Eisenbahn- und Straßen-Durchgangsverkehrs von Personen und Waren zwischen Nord- und Osttirol ausarbeiten.

5. In der Absicht, zur bestmöglichen Lösung zu gelangen, ist die italienische Regierung bereit, alle Vorschläge aufmerksam in Betracht zu ziehen, welche die österreichische Regierung über die im vorliegenden Artikel X angeführten Gegenstände zu machen wünscht.

Am 2. September wurden von österreichischer Seite zu diesem Entwurf verschiedene Zusätze vorgeschlagen. Österreich wünschte, daß die in Absatz 1 erwähnten Maßnahmen auch auf die ladinische Bevölkerung Südtirols Anwendung finden. In Bezug auf den dritten Absatz betonte Österreich, daß diejenigen Südtiroler, die im Jahre 1939 für Deutschland optierten, ihre früheren Rechte zurückerhalten müßten.

Gleichfalls am 2. September erklärte der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* in einem Interview:

„Die regionale Autonomie des Ober-Enns-Gebiets kann das ethnische Problem nur dann lösen, wenn diese Autonomie auf das Gebiet von Trient ausgedehnt wird. Im übrigen darf diese Autonomie nicht nur verwaltungsmäßiger Natur sein, sie muß sich vielmehr auch auf den politischen Sektor erstrecken.“

In Bezug auf die Minderheiten erklärte der italienische Ministerpräsident, er wisse nicht, ob der Friedensvertrag eine Klausel enthalten werde, durch die der Schutz der Minderheiten garantiert werden soll. Er fügte hinzu:

„Sollte jedoch eine derartige Entscheidung getroffen werden, so würde die italienische Regierung keinen Nachteil dabei erblicken, wenn dieser Schutz auch von der UNO garantiert werden würde.“

Das italienisch-österreichische Abkommen

Im Verlaufe von weiteren österreichisch-italienischen Besprechungen wurde dann der Text festgelegt, der zu Artikel X des Friedensvertragsentwurfes für Italien zugefügt werden soll. Nach einer Aussprache zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten *de Gasperi* und dem österreichischen Außenminister Dr. *Gruber* kam es am 5. September zur Unterfertigung des Originalantrages, der von Dr. *Gruber* und *de Gasperi* unterschrieben wurde:

„Vorschlag für einen Zusatz für Artikel X des Entwurfes zum Friedensvertrag mit Italien.“

1. Den deutschsprachigen Einwohnern der Provinz Bozen und der benachbarten zweisprachigen Ortschaften der Provinz Trient wird vollständige Rechtsgleichheit mit den italienischsprachigen Einwohnern im Rahmen besonderer Maßnahmen zum Schutze des Volkscharakters und der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des deutschsprachigen Bevölkerungsteils zugesichert werden. Im Einklang mit einer schon eingeleiteten oder in Vorbereitung befindlichen Gesetzgebung wird den deutschsprachigen Staatsbürgern insbesondere folgendes gewährt werden:

- a) Volks- und Mittelschulunterricht in der Muttersprache;

b) Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache in den öffentlichen Ämtern und amtlichen Urkunden, wie auch bei den zweisprachigen Ortsbezeichnungen;

c) das Recht, die deutschen Familiennamen, die in den letzten Jahren italienisiert wurden, wiederherzustellen;

d) Rechtsgleichheit hinsichtlich der Einstellung in öffentliche Ämter, um ein angemesseneres Anstellungsverhältnis zwischen den beiden Volksgruppen zu erzielen.

2. Der Bevölkerung der oben erwähnten Gebiete wird die Ausübung einer autonomen regionalen Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt gewährt werden. Der Rahmen für die Anwendung dieser autonomen Einrichtungen wird in Beratung auch mit einheimischen deutschsprachigen bevollmächtigten Persönlichkeiten festgelegt werden.

3. In der Absicht, gutnachbarliche Beziehungen zwischen Österreich und Italien herzustellen, verpflichtet sich die italienische Regierung, in Beratung mit der österreichischen Regierung innerhalb eines Jahres von der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages an:

a) in einem Geist der Billigkeit und Weitherzigkeit die Frage der Staatsbürgerschafts-Optionen, die sich aus dem Hitler-Mussolini-Abkommen von 1939 ergeben, zu revidieren;

b) zu einem Abkommen der wechselseitigen Anerkennung der Gültigkeit gewisser akademischer Grade und Universitätsdiplome zu gelangen;

c) ein Abkommen für den freien Personen- und Güter-Durchgangsverkehr zwischen Nord- und Osttirol auf dem Schienenwege und weitestgehend auch auf dem Straßenwege auszuarbeiten;

d) besondere Vereinbarungen zur Erleichterung eines erweiterten Grenzverkehrs und eines örtlichen Austausches gewisser Mengen charakteristischer Erzeugnisse und Güter zwischen Österreich und Italien zu schließen."

Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber richtete an das Generalsekretariat der Pariser Konferenz ein Schreiben, in dem es unter anderem hieß:

„Obwohl dieses Abkommen hauptsächlich nur Italien und Österreich betrifft, scheint es eine große Bedeutung nicht nur für die Vereinten Nationen, sondern besonders auch für diejenigen Regierungen zu haben, die gegenwärtig den Friedensvertrag mit Italien besprechen. Wir hoffen, daß dieses Abkommen eine der größten Schwierigkeiten beseitigen wird, die bei der Besprechung des Friedensvertrages entstanden sind.“

Auch der italienische Ministerpräsident richtete ein ähnlich lautendes Schreiben an das Generalsekretariat der Konferenz.

Am 13. September unterbreiteten die belgische und die holländische Delegation dem Präsidenten der politischen und territorialen Kommission für Italien den Text eines gemeinsamen Vorschlages hinsichtlich der Einschaltung eines Artikel Xa in den Friedensvertrag mit Italien:

Mit Schreiben vom 5. September dieses Jahres haben die österreichische und die italienische Delegation dem Generalsekretär der Konferenz bekanntgegeben, daß sie sich nach Austausch ihrer Meinungen auf einen in Beilage III wiedergegebenen Text geeinigt haben.

Da die Delegationen Belgiens und der Niederlande der Ansicht

sind, daß dieses Übereinkommen einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen Österreich und Italien darstellt, indem es gewissen Schwierigkeiten in Südtirol begegnet, halten sie es für richtig, daß es in Friedensvertrag noch besonders erwähnt werde, und schlagen zu diesem Zweck vor, die folgende Entschließung als Artikel Xa in den Friedensvertrag einzuschalten:

„Die Alliierten und Assoziierten Mächte haben die Bestimmungen des am 5. September 1946 zwischen der italienischen und österreichischen Regierung getroffenen Abkommens (deren Text diesem Vertrag beigelegt ist), die den deutschsprachigen Bewohnern der Provinz Bozen und der angrenzenden zweisprachigen Gemeinden der Provinz Trient gewisse Garantien geben, zu Kenntnis genommen.“

Der holländisch-belgische Antrag wurde am 22. Dezember mit 13 gegen 6 Stimmen angenommen. Abessinien enthielt sich der Stimmabgabe. Gegen die Aufnahme des Abkommens stimmten die Sowjet-Union, die Ukraine, Byelorussland, die Tschechoslowakei, Polen und Jugoslawien.

Aufnahme des Abkommens in den italienischen Friedensvertrag

Auf der Außenministerkonferenz in New York stand die Aufnahme des italienisch-österreichischen Abkommens in den italienischen Friedensvertrag zur Debatte. Anfänglich weigerte sich der sowjetische Außenminister, der Aufnahme des Abkommens in den Friedensvertrag zuzustimmen.

Nach mehrfachen Diskussionen erzielten die Außenminister am 2. Dezember 1946 Übereinstimmung, das Abkommen über Südtirol in den italienischen Vertrag aufzunehmen.

Dieser Einigung zufolge wird das Abkommen in dem Vertrag erwähnt werden, ohne daß jedoch der Inhalt des Abkommens von den friedensschaffenden Nationen formelle Zustimmung findet, wie es der belgisch-holländische Antrag ursprünglich gefordert hatte.

Die Interpretierungen des Abkommens

Am 7. September 1946 gab der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* eine schriftliche Erklärung zu dem Abkommen vor italienischen und österreichischen Journalisten ab:

Die Vorgeschichte des Abkommens

Der Ausgleich, den wir mit Österreich gefunden haben, krönt eine Periode langer Vorbereitungen, die dazu verwandt worden ist, eine Lösung der Probleme der völkischen Minderheiten zu finden. Diese Lösung sollte die rechtmäßigen Wünsche der betroffenen Bevölkerung erfüllen und in gerechten Schranken dem Appell unserer Nachbarn an die Forderungen des internationalen Gewissens auf der Grundlage der gegenwärtigen Grenze zwischen den beiden Staaten Genüge tun.

Wenn man zur Lösung eines solchen Problems schreitet, neigt die öffentliche Meinung leicht dazu, die Formeln der Abmachungen zu kritisieren, ohne sich Rechenschaft zu geben über die großen Gefahren, die gerade diese Formeln gebannt haben.

Es wäre sinnlos, die Tatsache zu leugnen, daß die territorialen Ansprüche Österreichs bei einem Teil der öffentlichen Meinung der Welt ein fühlbares Echo gefunden haben. Man hatte eine Atmosphäre des Mißtrauens über die wahren Absichten Italiens gegenüber der deutschsprachigen Minderheit wachsen lassen und so die Wirklichkeit in gefährlicher Weise entstellt. Alles, was wir schon getan hatten und was wir für die deutschsprachige Bevölkerung der Oberetsch zu tun versprochen hatten, reichte nicht aus, um die Anklagen zu entkräften, wir hätten die Unterdrückungsmethoden des Faschismus gegenüber den Minderheiten nicht loyal und nicht endgültig aufgegeben.

Um so viel Licht wie möglich in dieses Problem zu bringen, hat unser Vertreter, Gesandter *Carandini*, auf der Pariser Konferenz am 30. Mai in Anwesenheit der Stellvertretenden Abgeordneten eine Erklärung abgegeben; in ihr haben wir einen ins einzelne gehenden Bericht vorgelegt über die wesentlichen Maßnahmen, die schon ergriffen wurden, und über die Garantien einer allgemeinen Autonomie. Diese Maßnahmen und Garantien erlauben, die bereits erlassenen oder gerade in Kraft tretenden Einzelbestimmungen im richtigen Rahmen zu sehen. Mit viel Energie haben wir darauf bestanden, daß eine Gebietsabtrennung

unannehmbar ist, wenn es sich darum handelt, Fragen der Minderheiten zu lösen. Denn in diesen Fragen kann die sofortige und umfassende Garantie eines wirksamen Minderheitenschutzes gegeben werden, der eine wesentliche Forderung der neuen italienischen Demokratie ist.

Es war überdies nötig, unsere These mit konkreten Verpflichtungen zu stützen, um nicht einige Regierungen sofort zu dem Vorurteil zurückkehren zu lassen, mit denen sie unsere Haltung auf diesem Gebiet betrachten konnten.

Zu diesem Zwecke haben wir unsere Verpflichtungen bezüglich der regionalen Autonomie für die Oberetsch schonungslos durchgeführt im Rahmen unserer Erklärung vom 30. Mai vergangenen Jahres, welcher der heute unterzeichnete Vertrag entspricht.

Sofort nach unserer Erklärung vom 30. Mai nahm unser Vertreter, Gesandter *Carandini*, mit Minister *Gruber* direkte Verhandlungen auf über einen Plan der Verständigung in einer Atmosphäre gegenseitigen guten Willens, der — das muß anerkannt werden — schwerlich hätte größer sein können.

Unter diesen Umständen stimmten die Großen Vier zuerst der russischen These für die Beibehaltung des territorialen Status quo zu und ließen dann die sogenannten kleineren Grenzberichtigungen fallen, die sich als unwirksam und nicht geeignet erwiesen hatten.

Schließlich hat sich die österreichische Regierung von unseren guten Absichten und der Ernsthaftigkeit unserer Maßnahmen überzeugen lassen, die für die deutschsprachige Minderheit schon durchgeführt oder geplant waren. Sie hat damit einen realistischen Geist internationaler Zusammenarbeit bewiesen und sich bereit erklärt, einem Abkommen zuzustimmen, das die Frage auf die Ebene gegenseitigen Vertrauens und weitergehender Zusammenarbeit verschiebt. Diese Haltung hat ihren Ausdruck gefunden in dem von mir und Minister *Gruber* am 5. d. M. unterzeichneten Abkommen.

Ehe ich den Inhalt dieses Abkommens erläutere, habe ich die Pflicht, Minister *Gruber* und seinen Mitarbeitern zu danken für den freundschaftlichen und verständnisvollen Beitrag, den sie zu dieser Verständigung geleistet haben. Meinen lebhaftesten Dank spreche ich auch meinem Freunde, Gesandten *Carandini*, aus, der sich mehr als alle anderen der Vorbereitung dieses konstruktiven Werkes gewidmet hat.

Inhalt des Abkommens

Das Dokument besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil stellt eine feierliche Erklärung der italienischen Regierung dar über die Grundsätze und Ziele ihrer Innenpolitik gegenüber der deutschen Minderheit der Oberetsch. In feierlicher und verpflichtender Form wiederholt Italien die Zusicherung, die wir schon früher im In- und Ausland gegeben haben, über die völlige Gleichstellung der beiden völkischen Gruppen. Weiterhin führt der erwähnte erste Teil die gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen im einzelnen auf, die der italienische Staat ergriffen hat oder ergreifen wird. Ich weise darauf hin, daß die Gesetze, welche die sprachliche Gleichstellung in den Schulen, den Ämtern und den amtlichen Schriftstücken gewährleisten, schon im vergangenen Jahre erlassen wurden. Zur Durchführung der Sprachgesetze, insbesondere jenes Gesetzes, das die Amtssprache betrifft, wurde eine gemischte Kommission ins Leben gerufen, in der alle zentralen Ministerien und die einheimische Bevölkerung vertreten sind. Außerdem arbeitet ein Unterausschuß derselben Zusammensetzung in der Präfektur von Bolzano.

Die Präfektur von Bolzano ist bereits ermächtigt, alle erzwungenen Italienisierungen von Familiennamen rückgängig zu machen. Diese Reformen, die natürlich auf Grund von Erfahrungen und der rechtmäßigen Wünsche der Bevölkerung noch verbessert und vervollständigt werden können, werden auch allmählich die Zahl der deutschsprachigen Angestellten und Beamten anwachsen lassen. Inzwischen werden wir alle Anstrengungen machen, um in das Oberetsch-Gebiet zweisprachiges Personal zu senden.

Dagegen ist es bisher noch nicht möglich gewesen, auf dem Verordnungswege eine autonome Verwaltungsregelung einzuführen, für die schon mehrere Pläne vorliegen. Einer von ihnen ist von dem Präfekten von Bolzano, Staatsrat Innocenti, genau ausgearbeitet; der Verfasser hat mit der größten Sorgfalt den örtlichen italienischen und deutschen Faktoren Rechnung getragen.

Wenn dieses Gesetz nicht in Kraft trat, so ist dies sicher nicht die Schuld der italienischen Regierung. Jetzt, nach der Wahl der Verfassungsgebenden Versammlung, ist diese Frage der Gesetzgebung vorbehalten. Die Regierung wird darauf bestehen, daß die Verfassungsgebende Versammlung das Problem alsbald und nach den unter Nr. 2 des vorliegenden Vertrags niedergelegten Richtlinien erörtert und löst.

Der Inhalt dieses Artikels ist selbstverständlich allgemein gehalten. Es ist darin von einer autonomen Legislative und Exekutive die Rede; aber es ist nicht festgelegt, welche Gebiete der regionalen Legislative und Exekutive vorbehalten sind und welche dem Staat. Das Projekt Innocenti geht sehr weit und weist der regionalen Körperschaft normative Vollmachten zu auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Wasserstraßen, der Agrar- und Bodenkredite, des Tourismus und Sports und vor allem des Elementarunterrichtes und der Berufsschulen, des Weisungsrechtes an die Gemeinden usw. Aber die mehr oder weniger weit gezogenen Grenzen der regionalen Vollmachten sind noch nicht festgelegt; sie sind den Grundsätzen unterworfen, nach denen die Verfassungsgebende Versammlung vorgehen wird, wenn sie die regionale Gliederung Italiens im ganzen oder die Sonderforderungen des betreffenden Gebietes festlegt. Hierin haben uns die Österreicher in ihren Landtagen Vorbilder gegeben.

Ich weise darauf hin, daß die Frage noch offen ist, ob nur die Oberetsch zu dem strittigen Gebiet gehört oder das ganze Gebiet von Trient. Die Regierung verpflichtet sich nur, diese Frage auch mit den berufenen Vertretern der deutschen Bevölkerung zu berechnen und der in Frage stehenden Bevölkerung auf jede nur denkbare Weise eine autonome Legislative und Exekutive zuzusichern.

Der zweite Teil will zwischen Italien und Österreich gutnachbarliche Beziehungen herstellen; er ist daher auch von ausdrücklich internationalen oder besser gesagt zweiseitigem Charakter. Vor allem ist es nach unserer Meinung gerecht und angebracht, mit Österreich auch die Revision der Optionen zu erörtern; denn es handelt sich hierbei um die Reform eines internationalen Abkommens, dessen Folgen auch Österreich betreffen, da es aus der Tschechoslowakei ausgewiesene Optanten aufnehmen mußte. Wir haben bereits ein erstes diesbezügliches Dekret erlassen, aber wir sind bereit, es noch einmal zu prüfen unter Berücksichtigung der objektiven Elemente, die uns vorgetragen werden, und der politischen Erwägungen, welche sich aus der Lage ergeben können.

Wir werden auch wohlwollend die Möglichkeit prüfen, gewisse akademische Grade und Diplome wieder gegenseitig anzuerkennen. Die übrigen Absätze bedürfen keiner Erklärung. Sie wollen unsere Beziehungen zum neuen Österreich verbessern, auch in dem, was gewisse charakteristische lokale Erzeugnisse anbetrifft.

Über alle diese Fragen werden in den nächsten Monaten Verhandlungen stattfinden.

Schlußbetrachtung

1. Das vorliegende Abkommen hat folgende Wirkung und Bedeutung: es ist eine endgültige Lösung des Problems unserer Nordgrenze; diese Lösung wurde erzielt durch ein Abkommen der beiden Parteien und mit den größtmöglichen Garantien für die deutsche Minderheit.

Die Oberetsch muß eine Brücke, nicht eine Schranke werden. Unsere Mitbürger deutscher Zunge werden in der italienischen Demokratie die besten Entwicklungsmöglichkeiten finden. Die Italiener und Deutschen des Gebietes werden gemeinsam in völliger Gleichberechtigung an dem wirtschaftlichen und touristischen Aufstieg dieses schönen Landes arbeiten.

2. Wir haben ein Beispiel guten Willens und politischer Redlichkeit gegeben. Hoffen wir, daß dieses Beispiel nicht vergessen wird und daß es um so mehr unsere rechtmäßigen Ansprüche auf nationalen Schutz für unsere italienisch sprechenden Minderheitengruppen, die in Jugoslawien werden verbleiben müssen, ins rechte Licht rückt.

Eine solche Gewährung von Freiheit und Garantie an eine Minderheit kostet uns einige Opfer. Wir nehmen sie auf uns angesichts der Brüderlichkeit der Völker, und sie stellen einen Akt des Glaubens an ein neues internationales Leben dar.

Ich danke herzlich Herrn Minister Gruber und den Vertretern Österreichs, die mit uns diese Verantwortung auf sich genommen haben und die unsere großen Hoffnungen teilen.

Bezüglich der von Ministerpräsident *de Gasperi* erwähnten Abgrenzung der *Autonomen Provinz* zeigte sich die Südtiroler Delegation stark beunruhigt und machte geltend, daß eine Einbeziehung der Provinz Trient zu einer gemeinsamen Autonomie mit Südtirol das Abkommen wertlos machen würde.

Auf diese Einwände richtete der österreichische Außenminister Dr. Gruber ein Schreiben an den Führer der Südtiroler Delegation Dr. Otto Guggenberg, in dem Gruber darauf hinwies, daß *de Gasperi* ihm die Gründe für einen Versuch, eine gemeinsame Lösung mit den Trientiner zu finden, dargelegt habe. Auf österreichische Einwände hin habe *de Gasperi* erklärt, es sei jedoch klar, daß man den Südtirolern eine solche Autonomie nicht aufzwingen könne.

In dem Brief des österreichischen Außenministers heißt es dann weiter, *de Gasperi* habe versichert, daß eine Erweiterung der Autonomiegrenzen gegen den Willen der Südtiroler keinesfalls in Frage käme. *De Gasperi* halte es jedoch nicht für ausgeschlossen, daß mit Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen zwischen Trient und Südtirol irgendeine Möglichkeit der Zusammenarbeit gefunden werde.

Außenminister Gruber versicherte in seinem Schreiben an die Südtiroler Delegation auf eine italienische Karte des Autonomiegebietes, die sich mit Ausnahme von drei Belluner Gemeinden mit den Auffassungen der Südtiroler decke.

Über die Aufnahme des Abkommens in Italien berichtete die *Neue Zürcher Zeitung* am 8. September 1946:

„Die aus Paris und Rom eingetroffenen Nachrichten über eine für Italien annehmbare Verständigung mit Österreich werden — ausgenommen in einem engen Kreis unverbesserlicher Nationalisten — als Voraussetzung eines freundschaftlichen Verhältnisses zur österreichischen Republik begrüßt und als persönlicher Erfolg des Ministerpräsidenten *de Gasperi* bewertet. Ihm als dem gründlichen Kenner österreichischer Mentalität und Verhältnisse ist, wie aus den Berichten deutlich hervorgeht, in persönlichem Kontakt und Gespräch mit dem österreichischen Außenminister Gruber gelungen, was man noch vor kurzem für unmöglich hielt: das bisher hüben und drüben bestehende Mißtrauen in die ehrlichen Absichten des anderen zu überwinden und die politischen Gegensätze, kulturellen Unterschiede und wirtschaftlichen Differenzen in eine beiden Teilen nützliche Zusammenarbeit umzuwandeln.“

Was zur Zeit des Faschismus leeres Gerede zur Täuschung der politisch Unmündigen war: die Bestimmung Südtirols als einer Brücke zwischen Deutsch und Welsch, zwischen Nord und Süd, hat im italienisch-österreichischen Abkommen Inhalt und Form bekommen und mag, wie der *„Corriere della Sera“* hofft, Europa als Muster einer friedlichen Verständigung dienen. Freilich vermag, wie die hiesigen Pressekommentare zugeben, das Abkommen seinen Zweck einer endgültigen Befriedung dieses bis anhin heiß

umstrittenen Grenzlandes nur zu erfüllen, wenn Österreich für immer seine Besitzansprüche aufgibt und wenn Italien darauf verzichtet, nach irredentistisch-faschistischen Grundsätzen und Methoden Südtirol sprachlich und kulturell zu italienisieren, das heißt, wenn beide Vertragspartner ihre Politik streng dem Sinn und Wortlaut des Abkommens anpassen.

Die ehrliche Absicht des demokratischen, republikanischen Italiens steht außer Zweifel. Italien sichert sich, wie de Gasperi in seinen Erklärungen hervorhebt, mit friedlichen Mitteln die Brennergrenze. Kulturell gesehen wird Südtirol aus einer Barriere zu einer Brücke; was andere, nicht minder heikle Grenzprobleme Italiens betrifft, hat Italien den Beweis erbracht, daß mit direkten Verhandlungen Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden können, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten guter Wille vorhanden ist und beide Teile bereit sind, dem Frieden Europas einige Opfer zu bringen.

Von amerikanischer, britischer und französischer Seite wurde das Zustandekommen des italienisch-österreichischen Abkommens begrüßt. Das amtliche Organ der kommunistischen Partei der Sowjet-Union, *Prawda*, äußerte sich am 13. September kritisch zu dem Übereinkommen:

„Während der Pariser Konferenz beschlossen die österreichische und italienische Delegation, die Frage der Zukunft Südtirols durch direkte Unterhandlungen zu regeln. Die Besprechungen endeten am 5. September in Paris durch die Unterzeichnung eines Abkommens durch den italienischen Premierminister de Gasperi und den österreichischen Außenminister Dr. Gruber. Einige Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages fanden Ereignisse statt, die zeigen, daß gewisse Kreise sich bemühen, diesem Abkommen eine viel größere Bedeutung beizumessen, als es hat.“

Das Übereinkommen erwähnt nicht genau die Grenzen des Gebietes, welches autonom werden soll, da beide Parteien beschlossen, dieses später nach einem Meinungsaustausch mit ihren Regierungen festzulegen. Infolgedessen begannen diejenigen, die das Abkommen unterzeichneten, in der Öffentlichkeit widersprechende Erklärungen abzugeben. Außenminister Dr. Gruber erklärte der Presse, daß nur Südtirol autonom wird; de Gasperi dagegen erklärte den österreichischen Journalisten in Paris, daß auch das benachbarte italienische Gebiet von Trient in die Autonomie einbezogen würde. Jede dieser Lösungen ist an verschiedene politische Auffassungen gebunden. Im ersten Falle erhielte das Gebiet eine österreichische Verwaltung, wodurch es mit Wien verbunden wäre. Wenn das Gebiet von Trient miteinbezogen würde, welches eine italienische Bevölkerung von 400 000 Einwohnern besitzt (etwa 50 000 Österreicher in diesem Gebiet), erhielte das autonome Gebiet zweifellos eine italienische Verwaltung, und der entscheidende Einfluß käme aus Rom. Dieser Lauf der Ereignisse hat bei den Abgeordneten Südtirols, die nach Paris kamen, um mit Hilfe des österreichischen Außenministers die Südtiroler Frage zu lösen, Unruhe erweckt. Dagegen drückte de Gasperi anlässlich einer Pressekonferenz in Paris seine volle Befriedigung über eine solche Lösung der Südtiroler Frage aus. Er erklärte, daß nur die Vorsehung Dr. Gruber und ihm geholfen habe, diese Angelegenheit zu regeln. Bei dieser Gelegenheit soll ihn ein österreichischer Journalist gefragt haben: „Nennen Sie diese Vorsehung nicht vielleicht — den Vatikan?“ Die amerikanische Delegation auf der Pariser Konferenz drückte ebenfalls ihre volle Befriedigung über dieses Abkommen aus.

In Konferenzzirkeln bemerkt man, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien an dem zwischen Italien und Österreich vorgesehenen Zollabkommen besonders interessiert sind. In diesem Fall könnten die amerikanischen und englischen Firmen, die bereits auf verschiedene Zweige der italienischen Wirtschaft ihre Hand gelegt haben, ihren Einfluß auch auf die österreichische Wirtschaft ausdehnen. Man muß bemerken, daß ein Teil der österreichischen Presse kürzlich die Meinung aussprach, die Besprechungen über das Zollabkommen mit Italien kämen den Wünschen jener ausländischen Kreise entgegen, die darauf rechnen, daß ein solches Abkommen das erste Glied eines „anti-slawischen Blocks“ werden könnte, ein Gedanke, von dem einige Teilnehmer der Pariser Konferenz träumen.

Nach Beendigung der Pariser Konferenz erklärte der österreichische Außenminister Dr. Gruber in Innsbruck, daß vor der Ratifizierung des Abkommens das österreichische Parlament Gelegenheit haben werde, dazu Stellung zu nehmen.

Während Italien bereits Verpflichtungen eingegangen sei, habe sich Österreich noch nicht verpflichtet. Das Abkommen beruhe auf dem guten Willen beider Parteien, Gerüchte über eine Zollunion zwischen Italien und Österreich seien unbegründet. Das Ziel der österreichischen Politik in Bezug auf

Südtirol bestehe in der Durchführung des Abkommens zwischen Italien und Österreich, und die österreichische Regierung hoffe, daß die gewählte Lösung die Beziehungen zwischen Italien und Österreich verbessern würde.

Am 1. Oktober gab Dr. Gruber vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des österreichischen Parlaments ein eingehendes Referat über die Pariser Verhandlungen, wobei er dem Ausschuß den Wortlaut des italienisch-österreichischen Abkommens vorlegte. Nach einer erregten Debatte, in der Vertreter aller Parteien das Wort ergriffen, wurde eine Resolution angenommen, die das Abkommen nur mit Vorbehalt billigte. In der Resolution hieß es:

„Die Haltung Österreichs bedeutet in keiner Weise einen Verzicht auf die unveräußerlichen Rechte unseres Staates auf Südtirol. Der Ausschuß gibt der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß eine geänderte Weltlage in Zukunft den Südtirolern die Möglichkeit der Selbstbestimmung über ihre staatliche Zugehörigkeit geben wird.“

Die Südtiroler Volkspartei nahm zu dem Abkommen am 4. Oktober Stellung. In der Stellungnahme wird bedauert, daß Südtirol die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes neuerlich versagt wurde. Die Südtiroler seien jedoch bereit, sich ehrlich auf den Boden des getroffenen Abkommens zu stellen.

Die Südtiroler Volkspartei forderte abschließend die baldige Inkraftsetzung einer Überleitungsregelung bis zur Durchführung des Autonomiestatuts.

Der Autonomievorschlag Innocentis wurde von der Südtiroler Volkspartei abgelehnt.

Von der Südtiroler Volkspartei wurde am 5. November 1946 der italienischen Regierung ein Memorandum mit einem Vorschlag für das Übergangsstadium bis zum Inkrafttreten der Autonomie in Südtirol unterbreitet.

Am 15. November 1946 erließ die Südtiroler Volkspartei ein Programm, in dem es unter anderem heißt:

„Die Südtiroler Volkspartei setzt sich zum Ziele, innerhalb des italienischen Staatsverbandes das völkische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Südtiroler Volkes in seiner Eigenart zu sichern und zu fördern und die hierfür nötigen Grundlagen wiederherzustellen oder neu zu schaffen.“

Zur Erreichung dieses Zieles wird sie ihre Tätigkeit nach folgenden Grundsätzen einrichten.

Die Südtiroler Volkspartei wird tätig daran mitarbeiten, daß das italienisch-österreichische Abkommen vom 5. September 1946 seinem Geiste und seinem Sinne nach durchgeführt wird und seinen Zweck erfüllt, einerseits das Eigenleben der Südtiroler Bevölkerung zu gewährleisten, andererseits das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen anzubahnen und zu verwirklichen, eine Brücke zwischen Italien und Österreich herzustellen und dem Geiste der Völkerversöhnung zu dienen.

Hierzu ist unerläßliche Voraussetzung die Gewährung einer wirklichen Autonomie für das Land Südtirol, wie es in dem Abkommen vom 5. September 1946 bestimmt wurde, das sind die heutige Provinz Bozen, das Unterland bis einschließlich Salurn samt Truden und Altrei, die vier deutschen Gemeinden am Nonsberg und das Fassatal. Ebenso verlangen wir, daß Ampezzo und Buchenstein gemäß ihrer jahrhundertalten Verbundenheit, aus der sie erst durch den Faschismus herausgerissen wurden, und ihrem Willen entsprechend wieder mit Südtirol vereinigt werden. Die Autonomie hat im Sinne des Abkommens vom 5. September 1946 die gesetzgebende und vollziehende Gewalt für das Land Südtirol zu umfassen, soweit es sich nicht um Aufgaben handelt, die dem Staate vorbehalten bleiben müssen. Die Richtlinien für den Inhalt der Autonomie im einzelnen sind in einem gesonderten Entwurf enthalten.

Die Frage der Staatsbürgerschaft der Optanten ist nach der im Abkommen vom 5. September 1946 vorgesehenen Beratung mit der österreichischen Regierung mit der größtmöglichen Beschleunigung zu regeln, und zwar auf der Grundlage, daß die Nichtigkeit des Hitler-Mussolinischen Umsiedlungsabkommens vom 23. Juni 1939 anerkannt und den Abgewanderten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht wird.

Die Südtiroler Volkspartei sieht in der Republikanischen Staatsform Italiens die beste Gewähr für den Bestand und die Entwicklung des öffentlichen Lebens auf demokratischer Grundlage und den wirksamsten Schutz gegen Militarismus und Nationalismus, welche unvermeidlich zu neuen Kriegen führen und daher auf das entschiedenste bekämpft werden müssen.“

H. U.

Die Konferenz von San Franzisko und die Grundzüge der neuen Weltorganisation

In seiner ersten Folge brachte das Europa-Archiv eine zusammenfassende Übersicht über die Vorbereitung der Organisation der Vereinten Nationen von der Erklärung der Atlantik-Charta bis zur Konferenz von Dumbarton Oaks. Seither brachten wir verschiedene Beiträge, die auf Teilgebieten von der Tätigkeit der Organisation und ihrer Untergliederungen berichten, so den Bericht über die Finanz- und Währungsabkommen der Konferenz von Bretton Woods, den Bericht über die internationale Ernährungsorganisation, über die UNRRA und über die internationale Hygienekonferenz (vgl. Europa-Archiv I/18, 20, 21 und 74, 79, 135).

Den vorgesehenen Beitrag über die Konferenz von San Franzisko und die dort festgelegten Grundzüge der neuen Weltorganisation mußten wir aus Platzmangel immer wieder zurückstellen, ebenso die Veröffentlichung der Charta der Vereinten Nationen und verschiedener anderer einschlägiger Dokumente. Wir holen dies nun nach und haben, um die Dokumente zusammen mit dem Beitrag bringen zu können, das für das Archiv für Verwaltung und Wirtschaftsaufbau vorgesehene Material der nächsten Folge vorbehalten.

Die Vorbereitung der Konferenz von San Franzisko

Die Konferenz der Vereinten Nationen über internationale Organisation (die damals geläufige Abkürzung lautete UNCIO, *United Nations Conference on International Organization*) erwuchs aus Vorbereitungsarbeiten, die nicht nur von den Regierungen der Vereinten Nationen, sondern in großem Umfange auch von privaten Organisationen und Einzelpersonlichkeiten geleistet worden waren.

Während wir die Hauptdaten der offiziellen Verhandlungen der Regierungen der Vereinten Nationen, die schließlich zur Konferenz von San Franzisko führten, bereits in unserem ersten Bericht erwähnten, sind die Vorbesprechungen halbamtlicher und privater Natur bisher noch nicht im Zusammenhang dargestellt worden. Wir geben im folgenden einige Hinweise über Umfang und Inhalt dieser Besprechungen, müssen es jedoch späteren Untersuchungen überlassen, im einzelnen festzustellen, welchen Einfluß sie auf die endgültige Gestalt der Organisation ausgeübt haben.

Die Abteilung für Völkerrecht der Carnegie-Stiftung für Völkerfrieden hielt vom 28. Februar bis zum 1. März 1942 in Atlantic City eine Konferenz ab, die sich vor allem mit den Rechtsfragen der Nachkriegsordnung befaßte. Nach diesem ersten Zusammentreffen fanden etwa dreißig weitere Besprechungen in den Vereinigten Staaten und Kanada statt, an denen etwa 200 Richter, Rechtsanwälte, Professoren des Völkerrechts und der Rechtsgeschichte und Politiker mit internationalen Erfahrungen teilnahmen.

Eine Vorbesprechung fand am 24. April 1942 in Washington statt. Weitere Besprechungen in New York Ende Mai und Ende Juni 1942, in Washington Ende Juli 1942 und in Boston Anfang August 1942 führten zur Ausarbeitung eines ersten Entwurfes, der dann in einer Reihe neuer Besprechungen in New York, Washington, Chicago, Philadelphia und Montreal näher ausgearbeitet wurde. Neuerliche Besprechungen, die Anfang 1943 in den Vereinigten Staaten und in Kanada stattfanden, führten zur Ausarbeitung einer dritten Fassung dieses Entwurfes, der im Verlauf des August 1943 neuerlich durchgesprochen und Ende 1943 für eine Veröffentlichung der Carnegie-Stiftung zusammengefaßt wurde, welche dann im März 1944 unter dem Titel: „Das Völkerrecht der Zukunft, Forderungen, Prinzipien und Vorschläge“ („The International Law of the Future, Postulates, Principles and Proposals“) erschien.

Als sorgfältig vorbereitete Zusammenfassung des Rechtsdenkens der angelsächsischen Welt fand diese Veröffentlichung in allen Ländern der Vereinten Nationen starke Beachtung. In sechs Forderungen sind dort die wesentlichen Voraussetzungen für die Errichtung und Aufrechterhaltung einer wirksamen internationalen Rechtsordnung festgelegt:

1. Zusammenschluß der Staaten der Welt in einer gemeinschaftlichen Organisation.
2. Ständige Zusammenarbeit aller Staaten zur Bildung eines zweckentsprechenden internationalen Rechtssystems.
3. Ausrichtung der Beziehungen der Staaten untereinander

der und mit der Staatengemeinschaft nach den Grundsätzen des Völkerrechtes. Beschränkung der Souveränität der Staaten durch das Völkerrecht.

4. Verpflichtung aller Staaten, jede Verletzung des Völkerrechtes als gemeinsame Angelegenheit der Staatengemeinschaft zu betrachten.

5. Verpflichtung aller Staaten, jeden Gebrauch und jede Androhung von Gewalt als Angelegenheit zu betrachten, die die gesamte Staatengemeinschaft angeht.

6. Die Ausarbeitung eines Systems gerechter und friedlicher Staatenbeziehungen, das gegebenenfalls auf ordnungsgemäßem Wege abgeändert werden kann.

Aus diesen Forderungen werden zehn Grundprinzipien abgeleitet, die als ein Entwurf für eine internationale Erklärung über das Völkerrecht der Zukunft gedacht sind:

1. Jeder Staat ist verpflichtet, seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. Die Verfassungen der Staaten dürfen keine Entschuldigungen für die Verletzung internationaler Verpflichtungen bieten.

2. Jeder Staat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Verhältnisse innerhalb seines Staatsgebietes den Frieden der Völker nicht gefährden.

3. Jeder Staat ist verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzumischen.

4. Jeder Staat ist verpflichtet, innerhalb seines Gebietes alle Tätigkeiten zu unterbinden, durch welche Unruhen in einem anderen Staatsgebiet hervorgerufen werden können.

5. Jeder Staat ist verpflichtet, mit anderen Staaten beim Aufbau einer Organisation der Staatengemeinschaft zusammenzuarbeiten.

6. Jeder Staat ist verpflichtet, bei der Beilegung von Streitigkeiten mit anderen Staaten nur friedliche Mittel anzuwenden und sich gegebenenfalls den Lösungsvorschlägen zu unterwerfen, welche von entsprechenden Organen der Staatengemeinschaft für den betreffenden Streitfall ausgearbeitet werden.

7. Jeder Staat ist verpflichtet, sich in seinen Beziehungen mit anderen Staaten jeder Gewalttätigkeit und jeder Androhung von Gewalt zu enthalten, außer wenn er von den entsprechenden Organen der Staatengemeinschaft dazu ermächtigt wurde.

8. Jeder Staat ist verpflichtet, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten die Maßnahmen zu ergreifen, die von den zuständigen Organen der Staatengemeinschaft zur Verhinderung oder Unterdrückung von Gewaltanwendung in zwischenstaatlichen Beziehungen vorgeschrieben werden.

9. Jeder Staat ist verpflichtet, sich nach den Einschränkungen, die ihm durch zuständige Organe der Staatengemeinschaft auferlegt werden, zu richten und sich der Kontrolle dieser Organe hinsichtlich der Größe und der Waffengattungen seiner Rüstungen zu unterwerfen.

10. Jeder Staat ist verpflichtet, keinem Abkommen mit anderen Staaten beizutreten, dessen Erfüllung mit der Ausübung seiner völkerrechtlichen Pflichten unvereinbar wäre.

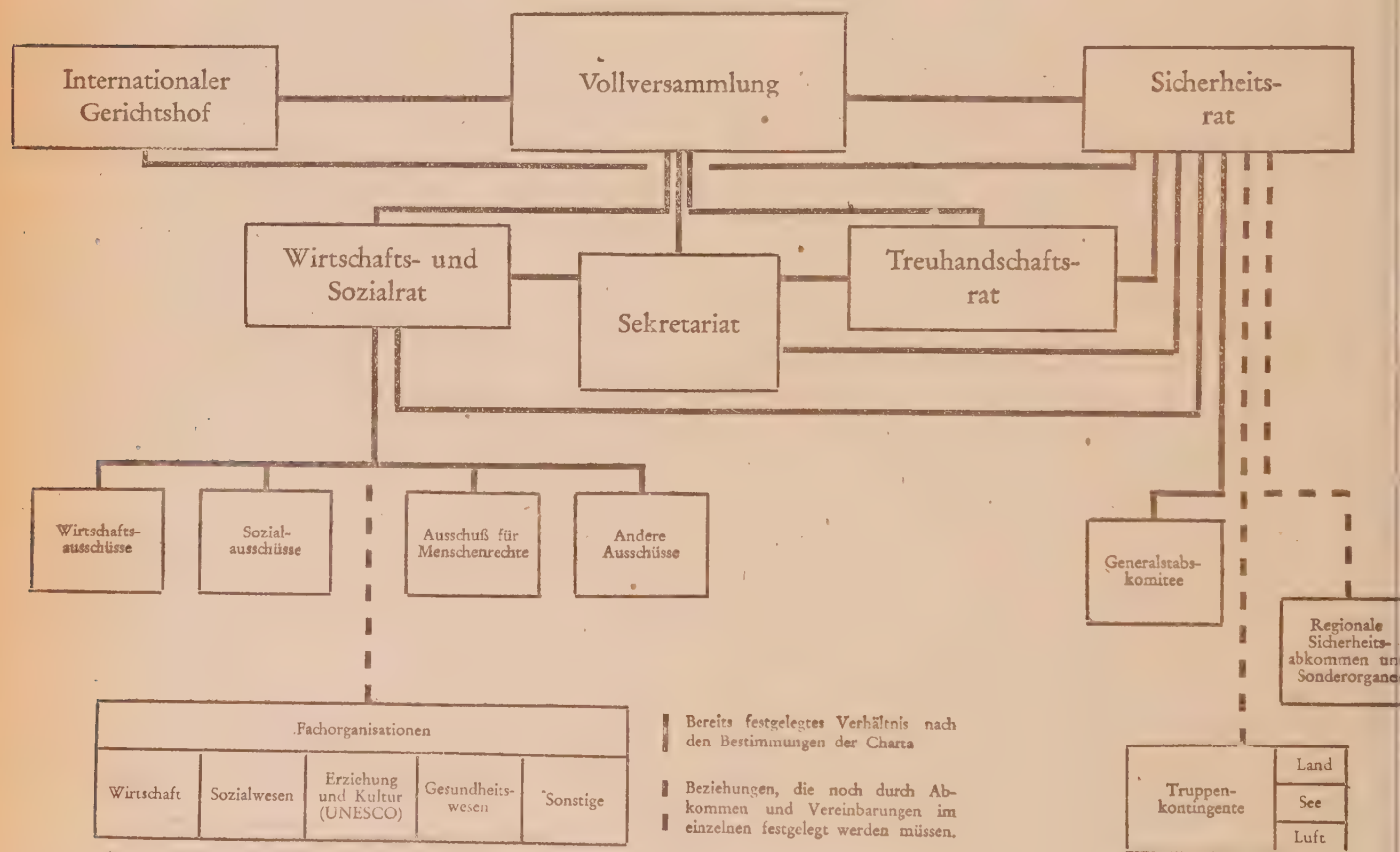
Aus diesen Prinzipien werden dann die Forderungen an eine zu bildende Weltorganisation abgeleitet. Diese Organisation soll im wesentlichen aus einer Generalversammlung der Staaten und einem Exekutivausschuß mit entsprechenden Unterorganen bestehen. Unterorgane des Exekutivausschusses werden für folgende Tätigkeitsgebiete vorgeschlagen:

1. Rüstungsbeschränkung,
2. Welthandel,
3. Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln und Rohstoffen,
4. Internationale Währungsfragen,
5. Fragen des internationalen Transportwesens, insbesondere des Luftverkehrs,
6. Internationales Nachrichtenwesen,
7. Verwaltung abhängiger Völker,
8. Hygiene,
9. Rauschgifthandel,
10. Bevölkerungsprobleme und Flüchtlingsfragen,
11. Kultureller und wissenschaftlicher Gedankenaustausch.

Im Spätsommer und Herbst 1944 fanden in Dumbarton Oaks in der Nähe von Washington Besprechungen von Vertretern Chinas, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union statt, die am 9. Oktober 1944 mit einem Einverständnis über die Grundlinien der neuen Weltorganisation beendet wurden (vgl. Europa-Archiv I/19).

Die Vorschläge von Dumbarton Oaks sahen eine Vollversammlung, einen Sicherheitsrat und einen Wirtschafts- und Sozialrat als Hauptorgane der neuen Weltorganisation vor. Auf dieser Konferenz fand eine Synthese aus den offiziellen Vorbereitungsarbeiten der Regierungen der vier Großmächte, die durch die Erklärungen von Moskau und von Teheran am 1. Dezember 1943 gekennzeichnet sind, mit den Ergebnissen der oben angeführten inoffiziellen Aussprachen statt. Ungeklärt blieb jedoch noch die entscheidende Frage des Abstimmungsverfahrens für den geplanten Weltsicherheitsrat. In diesem Punkte wurde auf der Konferenz von Jalta am 11. Februar 1945 Einigkeit erzielt. Auf der gleichen Konferenz wurde auch das Datum für das Zusammentreten einer allgemeinen Konferenz der Vereinten Nationen zur Besprechung der geplanten Weltorganisation auf den 25. April 1945 festgelegt (vgl. Europa-Archiv I/344).

Organisationsschema der Vereinten Nationen



Der Verlauf der Konferenz

Die vier Großmächte, die sich in Dumbarton Oaks über die Grundlinien der neuen Weltorganisation geeinigt hatten, traten nach der Konferenz von Jalta im Februar 1945 als „Patenmächte“ (sponsoring powers) der neuen Weltorganisation auf und versandten Einladungen an die übrigen Vereinten Nationen, die von 42 Nationen angenommen wurden. Nach Beginn der Konferenz wurden Argentinien, Dänemark und die Ukrainische und Weißrussische Sowjetrepublik zu den Beratungen zugelassen. Die Anzahl der teilnehmenden Nationen stieg damit auf fünfzig. Der einzige Mitgliedstaat der Vereinten Nationen, der nicht teilnahm,

war Polen, obwohl es mit zu den Unterzeichnern der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 gehörte. In der zweiten Sitzung der Konferenz wurde eine Resolution angenommen, die der Hoffnung Ausdruck gab, „die Aufstellung einer polnischen Regierung, die als solche die Anerkennung der Großmächte findet, werde es für eine polnische Delegation möglich machen, so bald wie möglich an den Besprechungen teilzunehmen.“ Somit waren insgesamt einundfünfzig Nationen berechtigt, die Gründungsurkunde der Vereinten Nationen zu unterzeichnen (vgl. Europa-Archiv I/343).¹⁾

Die Konferenz von San Franzisko war eine der größten, wenn nicht die größte internationale Versammlung der Weltgeschichte. Da die Konferenz sehr kurzfristig anberaumt war, stellte schon die Zusammenbringung der Delegierten beträchtliche technische Anforderungen. Zwischen dem 18. und 24. April 1945 wurden über 3500 Angehörige der einzelnen Delegationen und Mitglieder des Sekretariats der Konferenz nach San Franzisko gebracht. Etwa 80 Transportflugzeuge wurden dafür zur Verfügung gestellt. Die Teilnehmer wurden in etwa 30 Hotels in und um San Franzisko untergebracht. Im Opernhaus und im Veterans Building konzentrierte sich die Tätigkeit der Konferenz. Im Durchschnitt wurden täglich etwa 12 000 Telefonanschlüsse vermittelt, an manchen Tagen bis zu 20 000. Etwa 2500 Vertreter der Presse, des Rundfunks und des Films nahmen an der Konferenz teil. Die internationale Berichterstattung erreichte täglich etwa einen Umfang von 150 000 Worten. Allein in der ersten Juliwoche verbrauchte das Sekretariat etwa 78 Tonnen Papier, davon zwei Drittel für die Vervielfältigung von Dokumenten. Im Durchschnitt wurden täglich etwa eine halbe Million Blatt Papier für Dokumentation verwendet. An einzelnen Tagen wurden dafür bis zu zwei Millionen Blatt verbraucht. Als offizielle Sprachen wurden Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch anerkannt. Etwa 120 Dolmetscher arbeiteten in Tag- und Nachtschicht. Die allgemeinen Kosten der Konferenz beliefen sich auf etwa zwei Millionen Dollar; sie wurden von der Regierung der Vereinigten Staaten getragen. (Nach Angaben des United Nations Information Office.)

Die Grundlage der Verhandlungstätigkeit der Konferenz bildeten die Abänderungsvorschläge zum Plan von Dumbarton Oaks, welche von 40 Teilnehmern vorgelegt wurden. Die „Patenmächte“ selbst reichten gemeinsam vierundzwanzig Abänderungsvorschläge ein, die aus der Fortsetzung interner Beratungen seit Dumbarton Oaks erwachsen waren. Die Abänderungsvorschläge der übrigen Delegationen, die in Bänden zu je etwa 400 Seiten zusammengefaßt waren, bezogen sich auf insgesamt etwa 12 000 Einzelfragen, wobei allerdings viele sich überschneidende oder mehrfach eingereichte Abänderungsvorschläge mitgezählt sind.

Bei einer ersten Sichtung dieser Fülle von Vorschlägen schälten sich folgende Hauptprobleme heraus: Überprüfung des Planes von Dumbarton Oaks in seiner Gesamtheit, Prüfung von Plänen für die Errichtung eines Treuhandsystems und eines internationalen Gerichtshofes sowie kleine Zusatzanträge, auf die wir näher eingehen.

Um die Beratungen übersichtlicher zu gestalten, beschloß die Konferenz, den Vertragsentwurf von Dumbarton Oaks in vier Abteilungen aufzugliedern und zur Bearbeitung jedes Teils einen Ausschuß zu bilden. An jedem Ausschuß nahmen die für die Beratung der darin auftauchenden Fragen besonders qualifizierten Mitglieder der einzelnen Delegationen teil. So wurde es möglich, die oft sehr ins einzelne gehenden technischen Probleme jeweils im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Fragen ohne größeren Zeitverlust zu behandeln. Im Verlauf der Verhandlungen stellte sich jedoch heraus, daß auch das Arbeitsgebiet der vier Aus-

schüsse, die sich mit den allgemeinen Grundlinien, mit der Vollversammlung, mit dem Sicherheitsrat und mit dem internationalen Gerichtshof zu befassen hatten, noch zu weit gesteckt war, und es wurden entsprechende Unterausschüsse gebildet. (Wir verweisen dazu auf die graphische Darstellung auf Seite 353).

Viele der in den einzelnen Teilen der Charta vorkommenden Bestimmungen standen untereinander in sachlichem Zusammenhang. Entscheidungen, die in einem der Ausschüsse oder Unterausschüsse fielen, konnten daher nicht ohne Rückwirkung auf die Arbeit anderer Ausschüsse bleiben. Formulierungen, die einmal angenommen worden waren, mußten auf die Wortführung bei anderen verwandten Artikeln abgestimmt werden. In vielen Fällen ergaben sich Schwierigkeiten bezüglich der Zuständigkeit der einzelnen Ausschüsse. Um alle diese Punkte rasch zu klären und Überschneidungen zu verhindern, wurden eine Reihe von technischen Ausschüssen gebildet. In dem sogenannten Steuerungsausschuß traten die Führer der einzelnen Delegationen zusammen. Ihm oblag die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Ausschüsse. Da jedoch die ins einzelne gehenden Entscheidungen von einer so großen Körperschaft nicht bewältigt werden konnten, wurde ein Exekutivausschuß mit elf, später vierzehn Vertretern gebildet. Ein Koordinationsausschuß wurde gebildet, um die Entscheidungen der einzelnen Ausschüsse aufeinander abzustimmen und eine einheitliche Terminologie festzulegen.

Der Vorsitz in den Vollversammlungen wurde abwechselnd von den Delegationsführern der „Patenmächte“ übernommen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten führte als Vertreter des Gastlandes den ständigen Vorsitz im Steuerungsausschuß. Die übrigen wichtigen Ämter wurden möglichst gleichmäßig auf alle teilnehmenden Mächte verteilt. Jede Bestimmung wurde, bevor sie endgültig in den Text der Charta der Vereinten Nationen aufgenommen wurde, durch die technischen Ausschüsse und Unterausschüsse geprüft, die ihre Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit faßten. Der endgültige Text wurde dann von der Vollversammlung einstimmig angenommen²⁾.

Die Konferenz begann mit acht Vollversammlungen im Opernhaus von San Franzisko. Während dieser Eröffnungssitzungen wurden die organisatorischen Arbeiten für die Konferenz fertiggestellt, so daß unmittelbar anschließend die Arbeit der Ausschüsse beginnen konnte. Während der nächsten sechs Wochen fanden dann nahezu 400 Ausschußsitzungen statt. In der neunten Vollversammlung wurde der vollständige Text der Charta der Vereinten Nationen den Delegierten vorgelegt und einstimmig angenommen. Am 26. Juni 1945 unterzeichneten die Teilnehmer während einer letzten Vollversammlung die Urkunde. Die chinesische Delegation setzte als erste ihre Unterschrift unter die Charta, da China als erstes Land in dem soeben beendeten zweiten Weltkrieg angegriffen worden war. Im Verlauf der Schlußsitzung sprachen der Präsident der Vereinigten Staaten, die Führer der Delegationen der „Patenmächte“ und die Vertreter Brasiliens, der Tschechoslowakei, Mexikos, Saudi-Arabiens und der Südafrikanischen Union.

Die Ergebnisse der Konferenz von San Franzisko

Wenn sich auch während der Verhandlungen wesentliche Meinungsverschiedenheiten herausstellten, die in vielen Fällen zu langen und hitzigen Auseinandersetzungen führten, so nahmen doch die Patenmächte und Frankreich in allen wesentlichen Fragen eine gemeinsame Stellung ein. Durch interne Verhandlungen und Berücksichtigung der gegenseitigen Wünsche hielten sie eine gemeinsame Front. Soweit sie auf die Argumente der Vertreter der übrigen Mächte eingingen und deren Abänderungsvorschläge annahmen, geschah auch dies auf Grund gemeinsamer Abmachungen.

Vergleicht man die Vorschläge der Konferenz von Dumbarton Oaks mit der in San Franzisko angenommenen Charta der Vereinten Nationen, so zeigt sich, daß die

grundsätzlichen Vereinbarungen von Dumbarton Oaks nicht wesentlich verändert wurden. (Den vollen Text der Charta von San Franzisko bringen wir auf Seite 345. Dabei wurden diejenigen Vereinbarungen, die abweichend oder zusätzlich zu den Vereinbarungen von Dumbarton Oaks festgelegt wurden, durch Kursivschrift hervorgehoben.)

Trotz dieser grundsätzlichen Übereinstimmung zeigt doch die Charta von San Franzisko viele wichtige Zusätze, von denen manche den Gesamtcharakter der Organisation nicht unwesentlich beeinflussen. Nach einem Vorschlag der Vereinigten Staaten wurden drei neue Kapitel (XI, XII und XIII) in San Franzisko eingefügt, die sich mit der Aufstellung eines internationalen Treuhandsystems befassen.

Außerdem wurden ein neues Kapitel (XVI) mit vermischten Bestimmungen und ein weiteres (XVIII) mit Zusätzen über die Ratifizierung der Urkunde der Vereinten Nationen hinzugefügt. Im einzelnen wurden folgende wichtige Zusätze zu den Vorschlägen von Dumbarton Oaks beschlossen:

1. Die Präambel

Die Einsetzung einer Präambel zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Ziele der Charta wurde erst in San Franzisko beschlossen. Diese Präambel ging aus einem Entwurf hervor, den Feldmarschall Smuts nach Besprechungen mit Vertretern der britischen Völkergemeinschaft im April 1944 in London ausgearbeitet hatte. Die endgültige Form, die diese Präambel mit den einleitenden Worten: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“ („We the peoples of the United Nations“) erhielt, wurde in San Franzisko ausgearbeitet.

2. Zwecke und Grundsätze (Kapitel I)

Im Artikel 1/1 wurden die Worte „Grundsätze der Gerechtigkeit und des Völkerrechts“ und in Artikel 2/3 das Wort „Gerechtigkeit“ eingefügt. Diese klärenden Formulierungen waren schon in der letzten Phase der Konferenz von Dumbarton Oaks zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Chinas festgelegt worden und fanden in San Franzisko die Zustimmung der russischen Delegation. Als wichtigster neuer Punkt wurde Absatz 7 von Artikel 2 hinzugefügt, welcher jede Intervention der Vereinten Nationen in den Angelegenheiten ausschließt, die im wesentlichen unter die Landesgerichtsbarkeit irgendeines Staates fallen. Diese Formulierung, die weiter gefaßt ist als die entsprechenden Bestimmungen des Völkerbundespaktes, war häufiger Kritik ausgesetzt, wurde jedoch von vielen Delegationen, unter denen die australische besonders energisch auftrat, stärkstens unterstützt und schließlich mit großer Mehrheit angenommen.

3. Mitgliedschaft (Kapitel II)

Diese Frage war in Dumbarton Oaks noch nicht endgültig entschieden worden. Während die in Artikel 5 festgelegte Enthebung vom Gebrauch der Rechte und Privilegien der Mitgliedschaft in bestimmten Fällen allgemeine Zustimmung fand, wurde der Artikel 6, der die Möglichkeit eines Aufschlusses aus der Organisation der Vereinten Nationen vorsieht, nur gegen starke Widerstände verschiedener Delegationen durchgesetzt, die vor allem die Dauerhaftigkeit der Organisation betont sehen wollten. Die Frage des Austritts aus der Organisation wurde in der Charta nicht berührt. In den Akten des technischen Ausschusses ist jedoch die Ansicht festgelegt, daß jedem Mitglied ein Recht, aus der Organisation auszutreten, verbleibt, wenn es sich durch außerordentliche Umstände dazu gezwungen sieht, oder wenn die Organisation offensichtlich die ihr gesteckten Ziele nicht erreichen könnte.

4. Organe (Kapitel III)

Der Wirtschafts- und Sozialrat und der Treuhandschaftsrat wurden zu Hauptorganen erhoben, während sie nach den Vorschlägen von Dumbarton Oaks als Unterorgane der Vollversammlung gedacht waren.

5. Die Generalversammlung (Kapitel IV)

Die Anzahl der Vertreter jedes Mitgliedes wurde auf 5 festgelegt. Im Völkerbund waren jeweils nur 3 Vertreter zugelassen worden. In San Franzisko kam jedoch der allgemeine Wunsch zum Ausdruck, diese Zahl zu erhöhen, jedoch gleichzeitig die Anzahl der Teilnehmer zu beschränken, um die Teilnehmer an den Beratungen der Vollversammlung nicht zu zahlreich werden zu lassen. Durch die Artikel 10, 13 und 14 wurden die Vollmachten der Vollversammlung gegenüber Dumbarton Oaks erweitert, jedoch die besondere Stellung des Sicherheitsrates als einzige Körperschaft, die in Fragen der Wahrung des internationalen

Friedens und der Sicherheit die Initiative ergreifen kann, gewährleistet (Artikel 12/1).

6. Der Sicherheitsrat (Kapitel V)

In diesem Kapitel wurden in San Franzisko nur wenig Änderungen vorgenommen. Frankreich wurde auf die gleiche Stufe gestellt wie die Patenmächte. Auf Betreiben der britischen Delegation wurde die Wählbarkeit der nichtständigen Mitglieder im Sicherheitsrat näher festgelegt (Artikel 23/1). Die wichtigen Artikel 24, 25 und 43 über die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit wurden ohne wesentliche Änderung angenommen. Ihre Bestimmungen sind wesentlich eingehender als die des Völkerbundespaktes.

7. Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten (Kapitel VI)

Dieses Kapitel war in Dumbarton Oaks nach allgemeiner Ansicht nicht zufriedenstellend formuliert worden. In der neuen Fassung wurden insbesondere die Vollmachten des Sicherheitsrates geklärt. Eingehende Erörterungen in San Franzisko befaßten sich mit der Frage, auf welche Weise der Sicherheitsrat sich in einen Streitfall einschalten und ihn einer Prüfung unterwerfen sollte. Die Patenmächte gaben eine gemeinsame Erklärung heraus, in der nachgewiesen wurde, daß dieses Eingreifen des Sicherheitsrates nicht durch irgendein Mitglied der Vereinten Nationen verhindert werden dürfe, gleichgültig, ob es sich dabei um eine Partei des Streitfalles handle oder nicht. Daher können alle Streitfälle ohne Rücksicht darauf, ob die betroffenen Staaten ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, durch den Sicherheitsrat behandelt werden, wenn sich die Ansicht durchsetzt, daß die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und die Sicherheit durch diese Streitfälle bedroht werden.

8. Vorgehen bei Friedensbedrohungen, Friedensbrüchen und Angriffshandlungen (Kapitel VII)

In Artikel 40 wurde dem Sicherheitsrat die Vollmacht verliehen, provisorische Maßnahmen zu treffen, um eine Verschärfung kritischer Situationen zu verhüten. Diese Bestimmung war besonders durch Erfahrungen aus den Verhandlungen des Völkerbundes nahegelegt worden. Einen außerordentlich wichtigen Zusatz brachte Artikel 51, in dem ausdrücklich das naturgegebene Recht der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Mitgliedstaaten festgelegt wurde, ohne daß dadurch die Autorität und Verantwortung des Sicherheitsrates berührt werden sollten. In Dumbarton Oaks war man der Ansicht, daß das Recht der Selbstverteidigung keiner besonderen Erwähnung in den Bestimmungen der Charta bedürfe. In San Franzisko wurde dieser Punkt jedoch von zwei Seiten her einer näheren Prüfung unterzogen. Durch das Bestehen regionaler Staatenbünde wurde dieses Recht der Selbstverteidigung nach Ansicht mancher Staaten in gewisser Hinsicht eingeschränkt, während andere Staaten auf Grund besonderer Verteidigungsabkommen, die sie abgeschlossen hatten, auf die ausdrückliche Erwähnung des Rechtes der Selbstverteidigung besonderes Gewicht legten. Es wurde jedoch Vorsorge getroffen, daß die Entscheidung darüber, ob die Maßnahmen, die von den einzelnen Staaten oder regionalen Staatenbünden im Zuge der Selbstverteidigung eingeleitet werden, geeignet sind, den Frieden und die Sicherheit aufrecht zu erhalten, dem Sicherheitsrat vorbehalten bleibt. Sollte der Sicherheitsrat nicht in Aktion treten oder nur Maßnahmen ergreifen, die offensichtlich unzureichend sind, so bleibt jedem Mitglied das Recht der Selbstverteidigung offen, um die Maßnahmen zu rechtfertigen, die es dann ergreifen will. (Dieser Punkt ist in dem Kommentar der britischen Regierung zur Charta von San Franzisko ausdrücklich erwähnt: In the event of the Security Council failing to take any action, or if such action as it does take is clearly inadequate, the right of Self-defence could be invoked by any member or group of members as justifying any action they thought fit to take. Cmd. 6666 Miscellaneous Nr. 9, 1945.)

9. Regionale Vereinbarungen (Kapitel VIII)

Die Bedeutung regionaler Abmachungen wurde gegenüber Dumbarton Oaks noch stärker hervorgehoben, was schon daraus hervorgeht, daß sie in einem eigenen Kapitel zusammengefaßt wurden, während sie in Dumbarton Oaks als Unterabteilung (Sektion C) des Vorgehens bei Friedensbedrohungen, Friedensbrüchen und Angriffshandlungen aufgeführt waren. Neu hinzugefügt wurden Bestimmungen über die Behandlung von Feindstaaten bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Organisation der Vereinten Nationen auf die Bitte der verantwortlichen Regierungen hin mit der Verantwortung für die Verhinderung weiterer Angriffe durch einen solchen Staat betraut werden mag (Artikel 53/1 und 2). Damit wird die Behandlung der im Zuge der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte besetzten Gebiete von der Kompetenz des Sicherheitsrates ausgenommen. Diese Tatsache wird durch einen späteren Artikel in dem Kapitel über vorübergehende Sicherheitsmaßnahmen (Kapitel XVII) noch einmal besonders unterstrichen.

Diese Bestimmungen sind für Europa und Ostasien von besonderer Bedeutung, weil sie die Möglichkeit der Eingliederung derjenigen Staaten, die als Folge des zweiten Weltkrieges aus der Gemeinschaft souveräner Staaten ausschieden, in eine neue internationale Ordnung berühren. Im Falle Deutschland wird dieser Punkt durch die Erklärung der Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und der provisorischen Regierung Frankreichs über Beratung mit den Regierungen anderer Vereinten Nationen vom 5. Juli 1945 näher festgelegt. Es heißt dort (vgl. Europa-Archiv I, Seite 215): „Die Regierungen der vier Mächte verkünden hiermit, daß es ihre Absicht ist, sich mit den Regierungen der Vereinten Nationen hinsichtlich der obersten Gewalt, die sie über Deutschland übernommen haben, zu beraten.“

Es kann angenommen werden, daß damit ein innerer Zusammenhang zwischen der Stellung der genannten Großmächte als Patenmächte der Vereinten Nationen und als Besatzungsmächte des Gebietes der ehemaligen Achsenstaaten hergestellt und öffentlich bekundet wurde, der in den anderen grundlegenden Dokumenten über die internationale Ordnung der Nachkriegszeit wie zum Beispiel in der Moskauer Erklärung von 1943 und in der Erklärung der Konferenz von Jalta von 1945 nur als stillschweigend vorausgesetzt erscheint.

Die Frage nach der in Zukunft allgemein verbindlichen internationalen Rechtsordnung trifft hier an entscheidender Stelle mit der Frage nach den derzeitigen Machtbeziehungen der Großmächte zueinander, zu den Mittel- und Kleinststaaten und zu den besiegten Achsenmächten zusammen und mit der Frage nach den konkreten ethischen Verpflichtungen, die von den Großmächten als „Patenmächten“ der neuen Weltorganisation übernommen wurden. Wenn der gegenwärtige Rechtszustand in Deutschland als Kondominium der Großmächte anzusehen ist, wie Kelsen in dem von uns bereits erwähnten Aufsatz anführt, dann müßte dieses Kondominium ebenso der Organisation der Vereinten Nationen eingefügt werden wie etwa die Völkerbundsmandate aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg und die anderen Gebiete, für die die Bestimmungen über den Treuhandschaftsrat der Vereinten Nationen zur Anwendung kommen sollen. Ist jedoch eine solche Eingliederung nicht vorgesehen, so entfallen wohl die Voraussetzungen, auf Grund deren Kelsen die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907 für die Behandlung Deutschlands nicht für maßgeblich hält. Eine Entscheidung darüber wird im Rahmen der bevorstehenden Verhandlungen der Großmächte über die deutsche Frage gefunden werden müssen, um dem Zustand ein Ende zu bereiten, der die Verhältnisse in Deutschland als außerhalb der internationalen Rechtsordnung stehend erscheinen läßt. Der bereits erwähnte Kommentar der englischen Regierung zur Charta von San Francisco bemerkt zu diesem Punkt: „Das Vorgehen gegen Feindstaaten im Rahmen besonderer Verträge oder regio-

neller Abmachungen ist vom Bereich des Sicherheitsrats ausgenommen worden, es ist jedoch auf die Möglichkeit verwiesen worden, daß die Organisation letztlich die Verantwortung für die Verhinderung weiterer Aggressionen durch solche Staaten übernimmt (Artikel 53/1), die besonders definiert wurden (Artikel 53/2). Es kann jedoch angenommen werden, daß die Notwendigkeit, besondere Vorkehrungen zur Verhinderung von Aggressionen zu treffen, für die Organisation der Vereinten Nationen nicht mehr gegeben ist, wenn ein solcher Staat als Mitglied in die Organisation aufgenommen wird, da er ja nur zugelassen werden kann, wenn alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und zwei Drittel der Mitglieder der Generalversammlung davon überzeugt sind, daß er nach den Bestimmungen des Artikels 4 für die Aufnahme qualifiziert ist. Andererseits soll jedoch die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, von einem solchen Staate als Gegenleistung für die Aufnahme (in die Organisation) das Einverständnis mit dem Weiterbestehen gewisser Bedingungen zu verlangen“ (vgl. Europa-Archiv I/210, 220).

10. Internationale wirtschaftliche und soziale Zusammenarbeit (Kapitel IX und X)

Diese Frage wurde auf der Konferenz von San Francisco mit besonderer Aufmerksamkeit bearbeitet. Die Bedeutung, die man diesem Teil der Tätigkeit der Vereinten Nationen zumaß, wurde dadurch unterstrichen, daß der Wirtschafts- und Sozialrat zu einem der Hauptorgane der Organisation erhoben wurde. Die vielfältigen Besprechungen über die Schaffung eines brauchbaren Zentralorgans für internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wurden nicht im einzelnen in den Bestimmungen der Charta verankert, da man sich die Handlungsfreiheit im Aufbau geeigneter Organisationen für die Zukunft nicht beschränken wollte. Dies galt insbesondere für die vorgesehene Organisation für Erziehung und wissenschaftliche Zusammenarbeit (UNESCO), über deren Aufbau wir an anderer Stelle berichten (vgl. Europa-Archiv I/354).

11. Verwaltung abhängiger Gebiete (Kapitel XI, XII und XIII)

Diesen Bestimmungen lag ein Entwurf der Delegation der Vereinigten Staaten zugrunde. Kapitel XI enthält die erste zusammenfassende internationale Erklärung über kolonialpolitische Grundsätze, die einem internationalen Vertrag eingefügt wurde. Die Vereinten Nationen werden jedoch dadurch nicht ermächtigt, bei den verantwortlichen Mächten in Fragen, die die Anwendung dieser Prinzipien betreffen, zu intervenieren. Beim Generalsekretär der Organisation sollen jedoch für informatorische Zwecke statistische Unterlagen und anderes Material über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse in Kolonialgebieten vorgelegt werden. Die Grundsätze des in Kapitel XII entwickelten Treuhandschaftssystems beruhen im wesentlichen auf Erfahrungen, die mit den Völkerbundsmandaten gemacht wurden. Jedoch werden durch die Annahme der Charta noch keine bestimmten Gebiete diesem Treuhandschaftssystem unterstellt. Dies wird vielmehr späteren Verhandlungen überlassen. Einer der wichtigsten Punkte bezieht sich auf die Verteidigungsfragen der unter Treuhandschaft stehenden Gebiete. Durch Artikel 82 und 83 wird vorgesehen, daß in den abzuschließenden Treuhandschaftsabkommen entweder ein Teil oder die Gesamtheit des unter Treuhandschaft zu stellenden Gebietes als „strategisches Gebiet“ bezeichnet werden kann. In diesen strategischen Gebieten werden alle Funktionen der Vereinten Nationen durch den Sicherheitsrat ausgeübt. Unter Treuhandschaft stehende Gebiete, die nicht als strategische Gebiete bezeichnet werden, sollen die Möglichkeit haben, an der Aufrechterhaltung der internationalen Sicherheit und Ordnung mitzuwirken. Daher wird der Macht, die die Treuhandschaft ausübt, das Recht eingeräumt, Freiwilligenverbände aufzustellen und sonstige Hilfeleistungen aus dem Gebiet anzunehmen, um die Verpflichtung gegenüber dem Sicherheitsrat durchzuführen. Da-

mit ist eine beachtenswerte Abweichung von den Bestimmungen des Völkerbundsmandates vollzogen, welche es der Mandatsmacht nicht gestatten, in dem Mandatsgebiet Truppen auszuheben oder Befestigungsanlagen auszuführen. Der in Kapitel XIII vorgesehene Treuhandschaftsrat unterscheidet sich in mancher Hinsicht von dem ständigen Mandatsausschuß des Völkerbundes. Während die Mitglieder des Mandatsausschusses im Völkerbund als Individuen eingestellt wurden, sind die Mitglieder des Treuhandschaftsrates Vertreter der in Frage kommenden Regierungen. Im Mandatsausschuß mußten die Mitglieder, die Staatsangehörige der Mandatsmächte waren, in der Minderheit sein. Im Treuhandschaftsrat soll die Hälfte der Mitglieder aus Vertretern von Staaten bestehen, die eine Treuhandschaft ausüben. Durch die Erhebung des Treuhandschaftsrats zu einem Hauptorgan der Vereinten Nationen wurde dessen Stellung im Vergleich zum Mandatsausschuß des Völkerbundes wesentlich gestärkt.

12. Der Internationale Gerichtshof (Kapitel XIV)

Der Internationale Gerichtshof ist in der durch die Charta vorgesehenen Form eine Neuschöpfung, die auf den Statuten des bisherigen Ständigen Internationalen Gerichtshofes begründet wurde. Das Statut des Internationalen Gerichtshofes wurde der Charta als getrenntes Dokument angefügt, jedoch ist durch die Bestimmungen dieses Kapitels eine engere Verbindung des Gerichtshofes zur Organisation der Vereinten Nationen gegeben, als sie zwischen dem Völkerbund und dem früheren Ständigen Gerichtshof bestand. Sitz des Gerichtshofes bleibt Den Haag. (Das Europa-Archiv wird

das Statut des Internationalen Gerichtshofes und seine Tätigkeit in einem besonderen Beitrag behandeln.)

13. Allgemeine Bestimmungen (Kapitel XV und XVI)

Die Bestimmungen dieser Artikel wurden als Ergebnisse der Erfahrung des Völkerbundes niedergelegt. Besondere Bedeutung kommt dem Artikel 103 zu, durch den festgelegt wird, daß Verpflichtungen, die unter der Charta der Vereinten Nationen übernommen wurden, im Konfliktfalle den Vorrang gegenüber allen anderen internationalen Abmachungen besitzen. Dieser Artikel entspricht dem Artikel 20 des Völkerbundspaktes. Artikel 104 und 105 schaffen der Organisation der Vereinten Nationen die Möglichkeit, auf dem Gebiet der Mitgliedsstaaten die Rechtsstellung einzunehmen, die sie zur Durchführung ihrer Tätigkeit benötigt.

14. Schlußbestimmungen (Kapitel XVII, XVIII und XIX)

Das Kapitel XVII wird in manchen englischen Texten mit der Überschrift „Feindstaaten“ versehen, während es in anderen Texten, so unter anderem in dem uns vorliegenden Kommentar der britischen Regierung, mit der Überschrift „Vorübergehende Sicherheitsmaßnahmen“ versehen ist. Der enge Zusammenhang dieses Kapitels mit dem Kapitel VIII (regionale Vereinbarungen) läßt die letzte Überschrift als sinnentsprechender erscheinen. Durch Artikel 108 bis 111 werden die Möglichkeit einer Abänderung der Charta sowie das Verfahren bei der Ratifizierung und Unterzeichnung festgelegt. Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch werden als offizielle Sprachen der Organisation anerkannt.

Zusammenfassung

Die Grundzüge der neuen Weltorganisation, wie sie durch die Konferenz von San Franzisko formuliert wurden, entsprachen im wesentlichen den Ankündigungen der Moskauer Erklärung vom Oktober 1943 (vergleiche Europa-Archiv Seite 343). Die Souveränität der Mitgliedstaaten wird aufrecht erhalten. Die Vollmachten der einzelnen Organe der neuen Organisation sind begrenzt. Die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens liegt beim Sicherheitsrat, er allein kann in Sicherheitsfragen internationale Aktionen einleiten. Alle Mitglieder der Organisation sind verpflichtet, seinen Entscheidungen Folge zu leisten und ihre Durchführung zu unterstützen. Nur die Großen Drei, Frankreich und China sind ständige Mitglieder des Sicherheitsrates. Ihre Einstimmigkeit ist die Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken der Organisation.

Hier liegt der Kernpunkt der vielfach erörterten veto-frage. Nach der in Jalta von den Großen Drei angenommenen Abstimmungsformel genügt der Einspruch einer der Mächte, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, um diesen beschlußunfähig zu machen. Es heißt dort: „Alle anderen Entscheidungen (ausser Verfahrensfragen) erfordern

die Zustimmung von sieben Mitgliedern, unter denen alle Stimmen der ständigen Mitglieder sein müssen.“ Der Verlauf der Konferenz von San Franzisko bewies, daß die Organisation der Vereinten Nationen mit diesem Vetorecht der Weltmächte steht und fällt. Ohne deren Einverständnis und aktive Unterstützung kann keine Weltordnung zustande kommen. Das Wesen der Weltmachtstellung liegt eben gerade darin, daß, wie der schon erwähnte Kommentar der britischen Regierung sich ausdrückt, „niemand das Ergebnis voraussagen oder Verhaltensmaßregeln dafür geben kann, wenn eine Großmacht sich weigert, das Urteil der anderen Großmächte und des Sicherheitsrates anzunehmen, und entschlossen ist, der Weltmeinung, die sich in einem solchen Urteil ausspricht, die Stirn zu bieten.“

Es ist vielmehr gerade der Hauptzweck der neuen Organisation, das Entstehen solcher Situationen durch freiwillige Selbstbeschränkung der Weltmächte zu verhindern und ein internationales Forum zu schaffen, vor dem alle Streitfragen besprochen und einmütige Entscheidungen getroffen werden können.

Co.

Dokumentarischer Anhang

Sammlung von Dokumenten betreffend die Errichtung der Organisation der Vereinten Nationen

DIE VIER FREIHEITEN

(Ein Auszug aus der Jahres-Botschaft Präsident Franklin D. Roosevelts an den Kongreß am 6. Januar 1941)

„.... In der Zukunft, die wir gesichert wissen wollen, erwarten wir eine Welt, die auf vier grundlegenden Freiheiten beruht

Die erste Freiheit ist die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung — überall in der Welt.

Die zweite Freiheit ist die Freiheit jedes Menschen, auf seine eigene Art Gott zu verehren — überall in der Welt.

Die dritte Freiheit ist die Freiheit von Not — in heutige Begriffe übersetzt bedeutet diese Freiheit gegenseitiges wirtschaftliches Verständnis, das jeder Nation für ihre Einwohner ein gesundes Leben in Frieden sichert — überall in der Welt.

Die vierte Freiheit ist die Freiheit von Furcht, die, in heutige Begriffe übersetzt, eine Beschränkung der Rüstungen in der ganzen Welt bis zu einem solchen Grade und in einer so gründlichen Form bedeutet, daß keine Nation in der Lage sein wird, einen Angriff gegen irgendeinen Nachbarn zu unternehmen — irgendwo in der Welt.

Dies ist keine Vision eines in der Ferne liegenden tausendjährigen Reiches. Es ist eine feste Grundlage für eine Art von Welt, die in unseren Zeiten und von unserer Generation erreicht werden kann. Diese Art von Welt bildet die genaue Antithese der sogenannten neuen Ordnung der Tyrannei, die die Diktatoren mit Bomben zu schaffen suchen.

Dieser neuen Ordnung stellen wir den umfassenderen Begriff gegenüber — die moralische Ordnung. Eine gute Gesellschaft ist

in der Lage, Plänen der Weltbeherrschung und gleicherweise Plänen fremder Revolutionen ohne Furcht zu begegnen.

Seit dem Beginn unserer amerikanischen Geschichte sind wir mit Veränderungen beschäftigt gewesen — in ständiger friedlicher Revolution — einer Revolution, die noch immer fort dauert, die sich in aller Ruhe den wechselnden Bedingungen anpaßt — ohne Konzentrationslager oder Kalkgruben. Die Weltordnung, die wir anstreben, ruht auf der Zusammenarbeit freier Länder in freundschaftlicher, zivilisierter Gesellschaft.

Diese Nation hat ihr Schicksal in die Hände, Köpfe und Herzen ihrer Millionen freier Männer und Frauen gelegt; und ihr Vertrauen in die Freiheit unter Gottes Führung. Freiheit bedeutet die höchste Gewalt der Menschenrechte überall in der Welt. Wir gewähren unsere Unterstützung all denen, die darum kämpfen, diese Rechte zu gewinnen oder sie zu bewahren. Unsere Stärke liegt in der Eindeutigkeit unserer Absichten.

Für diese hohen Auffassungen gibt es keine Lösung als den Sieg.“

Franklin D. Roosevelt

Weisses Haus, 6. Januar 1941

DIE ATLANTIK-CHARTA

Eine grundsätzliche Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des Ministerpräsidenten des Vereinigten Königreichs vom 14. August 1941

Über die Zusammenkunft der beiden Staatsmänner wurde am 19. August in Washington ein amtliches Kommuniqué veröffentlicht:

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und der Premierminister, Mr. Churchill, als Vertreter der Regierung Seiner Majestät im Vereinigten Königreich, die sich auf einer Zusammenkunft getroffen haben, erachten es für richtig, gewisse gemeinsame Prinzipien in der nationalen Politik ihrer jeweiligen Länder bekanntzugeben, auf die sie ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft für die Welt gründen.

Erstens: Ihre Länder suchen keine territoriale oder sonstige Vergrößerung.

Zweitens: Sie wünschen nicht, daß territoriale Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.

Drittens: Sie achten das Recht aller Völker, sich diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und sie wünschen, daß Souveränitätsrechte und Selbstverwaltung denen zurückgegeben werden, denen sie gewaltsam entzogen worden sind.

Viertens: Mit gebührender Rücksicht auf ihre bestehenden Verpflichtungen werden sie sich bemühen, die Möglichkeit des Zugangs aller Staaten, großer und kleiner, von Siegen und Besiegten, zu gleichen Bedingungen zum Welthandel und zu den Rohstoffen der Welt, welche für ihr wirtschaftliches Gedeihen gebraucht werden, zu fördern.

Fünftens: Sie wünschen die vollste Zusammenarbeit aller Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen mit dem Ziel, für alle verbesserte Arbeitsbedingungen, wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Sechstens: Nach der endgültigen Vernichtung der nationalsozialistischen Tyrannei hoffen sie, einen Frieden aufgerichtet zu sehen, der allen Nationen die Möglichkeit geben wird, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben, und der Gewähr dafür geben wird, daß alle Menschen in allen Ländern ihr ganzes Leben lang frei von Furcht und Not leben können.

Siebtens: Solch ein Frieden soll alle Menschen in die Lage versetzen, ungehindert die Meere und die Ozeane zu befahren.

Achtens: Sie glauben, daß alle Völker der Erde aus realistischen sowohl wie geistigen Gründen dazu kommen müssen, die Anwendung von Gewalt aufzugeben. Da kein zukünftiger Frieden bewahrt bleiben kann, wenn Bewaffnung für den Land-, See- oder Luftkrieg weiterhin Nationen zur Verfügung steht, welche mit Angriffen jenseits ihrer Grenzen drohen oder drohen können, glauben sie, daß die Entwaffnung solcher Nationen von wesentlicher Bedeutung ist, bis ein umfassenderes und dauerndes System der allgemeinen Sicherheit aufgebaut sein wird. Sie werden gleichermaßen alle anderen praktischen Maßnahmen, welche den friedliebenden Völkern die drückende Last der Rüstungen erleichtern, unterstützen und fördern.

Franklin D. Roosevelt
Winston S. Churchill

ERKLÄRUNG DER VEREINTEN NATIONEN

*Anerkennung der Prinzipien der Atlantik-Charta
am 1. Januar 1942*

Eine gemeinsame Erklärung der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nord-Irland, der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken, Chinas, Australiens, Belgiens, Kanadas, Costaricas, Kubas, der Tschechoslowakei, der Dominikanischen Republik, El Salvadors, Griechenlands, Guatemalas, Haitis, Honduras', Indiens, Luxemburgs, der Niederlande, Neuseelands, Nicaraguas, Norwegens, Panamas, Polens, Südafrikas und Jugoslawiens.

Die unterzeichneten Regierungen haben ein gemeinsames Programm der Zielsetzungen und Prinzipien, enthalten in der gemeinsamen Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und des Ministerpräsidenten des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nord-Irland vom 14. August 1941, die als die Atlantik-Charta bekannt ist, anerkannt.

Sie sind überzeugt, daß der vollständige Sieg über ihre Feinde notwendig ist, um Leben, Freiheit, Unabhängigkeit und religiöse Freiheit zu verteidigen und die Menschenrechte und Gerechtigkeit in ihren eigenen Ländern wie auch in anderen Ländern zu erhalten. Sie sind überzeugt, daß sie sich jetzt in einem gemeinsamen Kampf gegen wilde und brutale Kräfte befinden, die die Welt zu unterwerfen suchen.

Sie erklären:

- 1.) Jede Regierung verpflichtet sich, alle ihre Hilfsmittel, und zwar militärische oder wirtschaftliche, gegen jene Mitglieder des Drei-Mächte-Paktes und seine Anhänger, mit denen sie sich im Kampf befindet, einzusetzen.
- 2.) Jede Regierung verpflichtet sich, mit den unterzeichneten Regierungen dieser Erklärung zusammenzuarbeiten und keinen gesonderten Waffenstillstand und keinen Sonderfrieden mit den Feinden zu schließen.

Andere Nationen, die in dem Kampf für den Sieg über den Hitlerismus materiellen Beistand oder Hilfe leisten oder leisten werden, können sich der vorgenannten Erklärung anschließen.

Ausgefertigt in Washington

1. Januar 1942.

(Die Unterzeichner der Erklärung der Vereinten Nationen sind die eingangs erwähnten Mächte.

Der Erklärung der Vereinten Nationen haben sich folgende Mächte an den nachstehend aufgeführten Daten angeschlossen:

Mexiko	5. Juni 1942	Ecuador	7. Februar 1945
Philippinen	10. Juni 1942	Peru	11. Februar 1945
Äthiopien	28. Juli 1942	Chile	12. Februar 1945
Irak	16. Januar 1943	Paraguay	12. Februar 1945
Brasilien	8. Februar 1943	Venezuela	16. Februar 1945
Bolivien	27. April 1943	Uruguay	23. Februar 1945
Iran	10. September 1943	Türkei	24. Februar 1945
Kolumbien	22. Dezember 1943	Ägypten	27. Februar 1945
Liberien	26. Februar 1944	Saudi-Arabien	1. März 1945)
Frankreich	26. Dezember 1944		

VIER-MÄCHTE-ERKLÄRUNG ÜBER ALLGEMEINE SICHERHEIT

Im Schluß-Kommuniqué der Moskauer Konferenz vom 1. November 1943 wurde eine Erklärung Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und Chinas über allgemeine Sicherheit abgegeben:

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens, der Sowjet-Union und Chinas sind gemäß der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 und späteren Erklärungen in der Absicht vereint, die Feindseligkeiten gegen die Achsenmächte, mit denen sie sich jeweilig im Krieg befinden, so lange fortzusetzen, bis diese Mächte auf Grund einer bedingungslosen Kapitulation die Waffen strecken.

Besagte Regierungen sind sich ihrer Verantwortung bewußt, ihre eigene Freiheit und die der mit ihnen verbündeten Völker vor der Bedrohung eines Angriffs zu schützen. Sie erkennen die Notwendigkeit, einen schnellen, ordnungsmäßigen Übergang vom Kriegs- zum Friedenszustand sicherzustellen und den internationalen Frieden und die Sicherheit mit dem Mindestaufwand an menschlichen und wirtschaftlichen Kraftquellen der Welt zu errichten und aufrecht zu erhalten.

Daher erklären sie gemeinsam folgendes:

- 1.) Daß sie ihre vereinte Tätigkeit, die der Kriegführung gegen ihre jeweiligen Feinde gewidmet war, auch fortsetzen wollen in Bezug auf die Organisation und die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Friede.
- 2.) Daß diejenigen von ihnen, die sich mit einem gemeinsamen Feind im Krieg befinden, in allen Angelegenheiten betreffs Kapitulation und Abrüstung dieses Feindes zusammenarbeiten werden.
- 3.) Daß sie alle Maßnahmen, die sie für nötig halten, ergreifen werden, um eine Verletzung der dem Feinde auferlegten Bedingungen auszuschließen.
- 4.) Daß sie die Notwendigkeit erkennen, zu einem frühestmöglichen Termin eine allgemeine internationale Organisation zu errichten, die auf dem Grundsatz souveräner Gleichberechtigung aller friedliebenden Völker basiert und die allen Staaten, ob groß oder klein, zur Aufrechterhaltung von Friede und Sicherheit zugänglich ist.
- 5.) Daß sie, um den internationalen Frieden und die Sicherheit bis zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung und bis zur Einführung eines Systems allgemeiner Sicherheit zu gewährleisten, sich untereinander und, wenn nötig, auch mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen beraten werden unter dem Gesichtspunkt einer gemeinsamen Handlungsweise gegenüber der Völkergemeinschaft.
- 6.) Daß sie nach Einstellung der Feindseligkeiten ihre militärischen Streitkräfte nicht in Gebieten eines anderen Staates einsetzen werden, es sei denn für Zwecke, die in dieser Erklärung ins Auge gefaßt wurden, und nach gemeinsamer Beratung.
- 7.) Daß sie miteinander und mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen verhandeln und zusammenarbeiten werden, um hinsichtlich der Regelung von Abrüstungen in der Nachkriegszeit eine durchführbare allgemeine Verständigung zu erzielen.

*U. Molotow, Anthony Eden,
Cordell Hull, Foo Ping-sheung*

DIE TEHERAN-KONFERENZ

*Vereinbarungen über Krieg und Frieden zwischen den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und der Sowjet-Union vom
1. Dezember 1943*

Drei-Mächte-Erklärung

Wir, der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, der Premierminister von Großbritannien und der Premier der Sowjet-Union, haben uns in den vier vergangenen Tagen hier in der Hauptstadt unseres Verbündeten getroffen und haben unsere gemeinsame Politik gestaltet und bestätigt.

Wir bringen unsere Entschlossenheit zum Ausdruck, daß unsere Nationen im Kriege und in dem ihm folgenden Frieden zusammenarbeiten werden. Was den Krieg anlangt, so haben unsere militärischen Stäbe an unseren Besprechungen am runden Tisch teilgenommen und wir haben unsere Pläne zur Vernichtung der deutschen Streitkräfte abgestimmt. Wir erreichten völlige Übereinstimmung über Ausmaß und Zeitpunkt der Operationen, die von Osten, Westen und Süden angesetzt werden sollen. Das allseitige Einvernehmen, das wir hier erzielt haben, gewährleistet, daß der Sieg unser sein wird.

Und was den Frieden anlangt, so sind wir sicher, daß unsere Eintracht ihn zu einem dauernden Frieden machen wird. Wir sind uns der hohen Verantwortung voll bewußt, die auf uns und allen den Vereinten Nationen ruht, einen Frieden zu schließen, der den überwältigenden Massen der Völker der Erde Bereitwilligkeit abnötigen und die Geißel und den Schrecken des Krieges für viele Generationen bannen wird.

Zusammen mit unseren diplomatischen Ratgebern haben wir die Probleme der Zukunft geprüft. Wir werden die Mitarbeit und aktive Teilnahme aller Nationen, der großen wie der kleinen, suchen, deren Völker sich ebenso wie unsere eigenen Völker mit Herz und Sinn der Ausrottung von Tyrannei und Sklaverei, von Unterdrückung und Intoleranz widmen. Wir werden sie begrüßen, sowie sie sich bereit finden, in die Weltfamilie der demokratischen Nationen einzutreten.

Keine Macht der Welt kann uns daran hindern, die deutschen Heere zu Lande, ihre U-Boote zur See und ihre Rüstungsanlagen aus der Luft zu zerstören. Unsere Angriffe werden erbarmungslos und mit steigender Wucht geführt werden.

Nun, da wir von diesen freundschaftlichen Besprechungen scheiden, sehen wir vertrauensvoll dem Tage entgegen, an dem alle Völker der Erde, unberührt von Tyrannei, ihren verschiedenen Wünschen und ihrem eigenen Gewissen gemäß ein freies Leben führen können.

Hoffnungsvoll und entschlossen sind wir hierher gekommen. Wir scheiden von hier als Freunde in der Tat, in der Gesinnung und im Ziel.

Gezeichnet zu Teheran am 1. Dezember 1943.

*Winston S. Churchill, Joseph Stalin
Franklin D. Roosevelt*

BERICHT ÜBER DIE KRIMKONFERENZ (JALTA)

(3. — 11. Februar 1945)

Die Abschnitte 1—3, 5 und 9 des Berichtes der Krimkonferenz veröffentlichte das EUROPA-ARCHIV im Oktober/November-Heft 1946, Seite 211 bis 212, in der amtlichen Übersetzung des alliierten Büros des Kontrollrats in Deutschland. Der ausgelassene Abschnitt 4 über die Konferenz der Vereinten Nationen sowie die Abschnitte 6, 7 und 8 sind in eigener Übersetzung wiedergegeben.

4. Die Konferenz der Vereinten Nationen

Wir sind entschlossen, mit unseren Alliierten so bald wie irgend möglich eine allgemeine internationale Organisation zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit zu gründen. Wir glauben, daß dieses sowohl zur Verhütung von Angriffen als auch zur Beseitigung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Kriegrursachen durch enge und ständige Zusammenarbeit aller friedliebenden Völker unentbehrlich ist. Der Grund dazu wurde in Dumbarton Oaks gelegt.

Allerdings wurde dort kein Einverständnis über die wichtige Frage des Abstimmungsverfahrens erreicht. Die gegenwärtig stattfindende Konferenz konnte diese Schwierigkeit beheben.

Wir sind dahingehend übereingekommen, daß eine Konferenz der Vereinten Nationen auf den 25. April 1945 nach San Francisco in den Vereinigten Staaten einzuberufen ist, um nach den in zwanglosen Gesprächen in Dumbarton Oaks vorgeschlagenen Grundsätzen die Konstituierungsurkunde (Charta) einer derartigen Organisation vorzubereiten.

Die Regierung Chinas und die Provisorische Regierung Frankreichs werden sofort hinzugezogen und aufgefordert werden, zusammen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der UdSSR Einladungen zu der Konferenz auszugeben. Sobald die Beratung mit Chida und Frankreich abgeschlossen ist, wird der Wortlaut der Vorschläge über das Abstimmungsverfahren veröffentlicht werden.

6. Polen

Wir kamen zur Krim-Konferenz mit dem Entschluß, unsere Meinungsverschiedenheiten über Polen beizulegen. Wir haben alle Ansichten zu dieser Frage ausführlich besprochen. Wir haben unseren gemeinsamen Wunsch wieder bestätigt, ein starkes, freies, unabhängiges und demokratisches Polen errichtet zu sehen.

Als Ergebnis der Besprechungen haben wir Bedingungen vereinbart, unter denen die neue Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit in einer Weise gebildet werden kann, daß sie die Anerkennung der drei Großmächte beanspruchen kann. Die getroffene Vereinbarung lautet wie folgt:

Als Ergebnis seiner vollkommenen Befreiung durch die Rote Armee ist eine neue Lage in Polen geschaffen worden.

Diese erfordert die Errichtung einer polnischen provisorischen Regierung, die auf einer breiteren Grundlage ruhen kann, als das vor der kürzlich erfolgten Befreiung Westpolens möglich war. Die provisorische Regierung, die gegenwärtig in Polen amtiert, ist daher auf einer breiteren demokratischen Basis unter Hinzuziehung von demokratischen Führern in Polen selbst und von Polen im Ausland umzubilden. Diese neue Regierung soll dann Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit genannt werden.

Molotow, Harriman und Sir Archibald Clark Kerr als Kommission sind ermächtigt, sich zuerst in Moskau mit Mitgliedern der gegenwärtigen provisorischen Regierung und mit anderen polnischen demokratischen Führern aus Polen selbst und aus dem Auslande im Hinblick auf die Umbildung der gegenwärtigen Regierung nach den obengenannten Grundsätzen zu beraten.

Diese Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit soll dazu verpflichtet werden, so bald wie möglich freie und unbehinderte Wahlen abzuhalten, und zwar auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts und der geheimen Abstimmung. Alle demokratischen und Anti-Nazi-Parteien sollen das Recht

ben, an diesen Wahlen teilzunehmen und Kandidaten aufzustellen.

Wenn die Polnische Provisorische Regierung der Nationalen Einheit gemäß den vorstehenden Ausführungen ordnungsgemäß bildet worden ist, werden die Regierung der UdSSR, die schon mit der gegenwärtigen provisorischen Regierung Polens diplomatische Beziehungen unterhält, die Regierung des Vereinigten Königreichs und die Regierung der Vereinigten Staaten mit der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit diplomatische Beziehungen aufnehmen und Botschafter austauschen, durch deren Berichte die betreffenden Regierungen über die Lage in Polen auf dem laufenden gehalten werden. Nach der Ansicht der drei Regierungschefs soll die Ostgrenze Polens entlang der Curzon-Linie verlaufen, wobei sie in einigen Gebieten fünf bis acht Kilometer zugunsten Polens davon abweichen soll. Sie erkennen an, daß Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen erhalten muß. Sie sind der Meinung, daß die Ansicht der neuen Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit über den Umfang dieser Erweiterungen zu gegebener Zeit einzuholen ist und daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens danach bis zur Friedenskonferenz zurückzustellen ist.

(The three heads of government consider that the eastern frontier of Poland should follow the Curzon Line with digressions from it in some regions of five to eight kilometers in favour of Poland. They recognize that Poland must receive substantial concessions of territory in the north and west. They feel that the opinion of the new Polish Provisional Government of National Unity should be sought in due course on the extent of these concessions, and that the final delimitations of the western frontier of Poland should thereafter await the peace conference.)

7. Jugoslawien

Wir haben abgemacht, daß wir Marschall Tito und Dr. Subasic empfehlen wollen, die zwischen ihnen getroffene Vereinbarung sofort in Kraft zu setzen und eine neue Regierung auf der Grundlage dieser Vereinbarung zu bilden. Wir empfehlen ferner, daß die neue Regierung gleich nach ihrer Bildung erklären sollte, daß

1. die Antifaschistische Versammlung der Nationalen Befreiung (Avnojo) in der Weise zu vergrößern ist, daß sie die Mitglieder des letzten jugoslawischen Parlaments (Skupschina), die nicht durch Zusammenarbeit mit dem Feinde kompromittiert

Wortlaut der Charta der Vereinten Nationen (Beschluß von San Franzisko)

(Wichtige Abweichungen der Vereinbarungen von Dumbarton Oaks sind Kursiv gesetzt)

Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, kommende Geschlechter vor der Geißel des Krieges, welche weimal zu unseren Lebzeiten der Menschheit unsagbares Leid gebracht hat, zu bewahren und

den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an die Würde und den Wert der menschlichen Person, an die gleichen Rechte von Männern und Frauen und großen und kleinen Völkern erneut zu bekunden und

Bedingungen herzustellen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen, die sich aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts herleiten, gewahrt bleiben können, und sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern und zu diesem Zwecke

Toleranz zu üben und untereinander als gute Nachbarn in Frieden zu leben und

unsere Kraft zu vereinen, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren, und

durch die Annahme von Grundsätzen und die Einsetzung von Methoden zu gewährleisten, daß Waffengewalt außer im Interesse der Allgemeinheit nicht angewandt werden soll, und

zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschreitens aller Völker internationale Einrichtungen zu benutzen, haben beschlossen, zur Verwirklichung dieser Ziele unsere Anstrengungen zu vereinigen.

Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Franzisko versammelten Vertreter, die ihre Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, vorgezeigt haben, der vorliegenden Urkunde der Vereinten Nationen zugestimmt und gründen hiermit eine internationale Organisation, die "Die Vereinten Nationen" genannt werden soll.

haben, aufnimmt und so eine Körperschaft bildet, die ein vorläufiges Parlament darstellen kann; und

2. Gesetze, die von der Versammlung der Nationalen Befreiung angenommen worden sind, späterer Ratifizierung durch eine verfassungsgebende Versammlung unterliegen.

Außerdem fand eine allgemeine Besprechung anderer Balkanfragen statt.

8. Zusammenkünfte der Außenminister

Während der gesamten Dauer der Konferenz fanden neben der täglichen Sitzung der Regierungschefs und der Außenminister auch täglich Sonderkonferenzen der drei Außenminister und ihrer Berater statt.

Diese Zusammenkünfte erwiesen sich als höchst wertvoll, und die Konferenz vereinbarte, daß eine Dauereinrichtung zu regelmäßigen Beratungen der drei Außenminister geschaffen werden soll. Sie werden sich daher so oft wie notwendig treffen, wahrscheinlich alle drei oder vier Monate. Diese Zusammenkünfte werden abwechselnd in den drei Hauptstädten abgehalten werden, und zwar wird das erste Treffen — nach der Konferenz der Vereinten Nationen über die Weltorganisation — in London abgehalten werden.

TEXT DER VERÖFFENTLICHUNG DER ABSTIMMUNGS-FORMEL FÜR DEN SICHERHEITSRAT

(Siehe Jalta-Erklärung Punkt 4)

Die Regierungen regen an, daß diese Konferenz die Vorschläge für die Errichtung einer allgemeinen internationalen Organisation, die im vergangenen Oktober als Ergebnis der Konferenz von Dumbarton Oaks veröffentlicht wurden, als Grundlage einer solchen Charta in Erwägung zieht. Diese Vorschläge sind nunmehr durch folgende Bestimmungen für den Abschnitt C des 6. Kapitels ergänzt worden:

C. Abstimmung: 1. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates soll eine Stimme haben. 2. Entscheidungen des Sicherheitsrates, die sich auf Verfahrensfragen beziehen, sollen mit Zustimmung von sieben Mitgliedern gefällt werden. 3. Entscheidungen des Sicherheitsrates über alle anderen Fragen sollen mit Zustimmung von sieben Mitgliedern einschließlich der gleichlautenden Abstimmung der ständigen Mitglieder gefällt werden, mit Maßgabe, daß bei Entscheidungen nach Kapitel 8, Abschnitt A, und nach dem 2. Satz des 1. Artikels von Kapitel 8, Abschnitt C, eine an einem Streitfall beteiligte Partei sich der Stimmabgabe enthalten soll³⁾.

KAPITEL I: ZWECKE UND GRUNDSATZE

Artikel 1: Die Zwecke der Vereinten Nationen sind:

1. den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren und zu diesem Ziele: zur Verhinderung und Beseitigung von Friedensbedrohungen und zur Unterdrückung von Angriffshandlungen und anderen Friedensbrüchen wirksame kollektive Maßnahmen zu ergreifen und mit friedlichen Mitteln und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts die Schlichtung oder Beilegung von internationalen Streitigkeiten oder Situationen zu erreichen, welche zu einem Bruch des Friedens führen könnten;

2. unter den Nationen freundschaftliche Beziehungen, die auf der Achtung vor dem Grundsatz der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker beruhen, zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu ergreifen;

3. internationale Zusammenarbeit zu erreichen bei der Lösung von internationalen Problemen wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art und bei der Förderung und Ermutigung der Achtung vor den Menschenrechten und vor den Grundfreiheiten für Alle ohne Ansehen der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion; und

4. ein Mittelpunkt zu sein, um bei dem Erreichen dieser gemeinsamen Ziele die Aktionen der Nationen in Einklang zu bringen.

Artikel 2: In Verfolg der in Artikel 1 genannten Zwecke sollen die Organisation und ihre Mitglieder den folgenden Grundsätzen gemäß handeln.

1. Die Organisation ruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit (sovereign equality) aller ihrer Mitglieder.

2. Alle Mitglieder sollen in Treu und Glauben die Verpflichtungen erfüllen, die sie der vorliegenden Urkunde gemäß auf sich genommen haben, um ihnen allen die Rechte und Vorteile, die ihnen aus der Mitgliedschaft erwachsen, zu sichern.

3. Alle Mitglieder sollen ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln auf solche Weise beilegen, daß der internationale Frieden, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. In ihren internationalen Beziehungen sollen alle Mitglieder von der Drohung mit oder der Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates oder in irgendeiner anderen mit den Zwecken der Vereinten Nationen nicht zu vereinbarenden Weise Abstand nehmen.

5. Alle Mitglieder sollen den Vereinten Nationen jegliche Unterstützung in jeder Aktion, welche diese der vorliegenden Urkunde gemäß unternehmen, gewähren und sollen davon Abstand nehmen, irgendeinen Staat zu unterstützen, gegen den die Vereinten Nationen Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen anwenden.

6. Die Organisation soll Sicherheit geben, daß Staaten, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind, in Übereinstimmung mit diesen Grundsätzen handeln, soweit es für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit notwendig sein mag.

7. *Nichts, was in der vorliegenden Urkunde enthalten ist, soll die Vereinten Nationen ermächtigen, sich in Angelegenheiten einzumischen, die im wesentlichen unter die Landesgerichtsbarkeit irgendeines Staates fallen, oder soll von den Mitgliedern fordern, daß sie solche Angelegenheiten laut der vorliegenden Urkunde zur Beilegung unterbreiten; jedoch soll dieser Grundsatz nicht die Anwendung von Zwangsmaßnahmen laut Kapitel VII beeinträchtigen.*

KAPITEL II: MITGLIEDSCHAFT

Artikel 3: Die Gründungs-Mitglieder der Vereinten Nationen sollen die Staaten sein, welche, nachdem sie an der Konferenz der Vereinten Nationen über Internationale Organisation in San Francisco teilgenommen oder früher die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben, die vorliegende Urkunde unterzeichnen und sie gemäß Artikel 110 ratifizieren.

Artikel 4: 1. Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht allen anderen friedliebenden Staaten offen, welche die in der vorliegenden Urkunde enthaltene Verpflichtung annehmen und nach dem Dafürhalten der Organisation imstande und willens sind, diese Verpflichtungen auszuführen.

2. Die Zulassung irgendeines solchen Staates zur Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen wird durch eine Entscheidung der Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates vollzogen.

Artikel 5: Ein Mitglied der Vereinten Nationen, gegen welches vom Sicherheitsrat Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergriffen worden sind, kann von der Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates von dem Gebrauch der Rechte und Privilegien der Mitgliedschaft enthoben werden. Der Gebrauch dieser Rechte und Privilegien kann durch den Sicherheitsrat wiederhergestellt werden.

Artikel 6: Ein Mitglied der Vereinten Nationen, welches die in der vorliegenden Urkunde enthaltenen Grundsätze wiederholt verletzt hat, kann durch die Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates aus der Organisation ausgeschlossen werden.

KAPITEL III: ORGANE

Artikel 7: 1. Als die Hauptorgane der Vereinten Nationen werden eingerichtet: eine Vollversammlung, ein Sicherheitsrat, ein Wirtschafts- und Sozialrat, ein Treuhandschaftsrat und ein Internationaler Gerichtshof und ein Sekretariat (General Assembly, Security Council, Economic and Social Council, Trusteeship Council, International Court of Justice, and Secretariat).

2. In Übereinstimmung mit der vorliegenden Urkunde können solche untergeordneten Organe, wie sie für notwendig angesehen werden mögen, eingerichtet werden.

Artikel 8: *Die Vereinten Nationen sollen der Wählbarkeit von Männern und Frauen, in irgendeiner Eigenschaft und unter Bedingungen der Gleichheit in ihren Haupt- und untergeordneten Organen teilzunehmen, keine Beschränkung auferlegen.*

KAPITEL IV: DIE VOLLVERSAMMLUNG

Zusammensetzung

Artikel 9: 1. Die Vollversammlung soll aus allen Mitgliedern der Vereinten Nationen bestehen.

2. Jedes Mitglied soll nicht mehr als fünf Vertreter in der Vollversammlung haben.

Funktionen und Machtbefugnisse

Artikel 10: *Die Vollversammlung kann alle Fragen oder alle Angelegenheiten erörtern, die sich im Rahmen der vorliegenden Urkunde halten oder sich auf die Machtbefugnisse und die Funktionen irgendeines in der vorliegenden Urkunde vorgesehenen Organes beziehen, und kann, außer wie in Artikel 12 vorgesehen,*

den Mitgliedern der Vereinten Nationen oder dem Sicherheitsrat oder beiden über solche Fragen oder Angelegenheiten Vorschläge machen.

Artikel 11: 1. Die Vollversammlung kann die allgemeinen Grundsätze für die Zusammenarbeit zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit, einschließlich der Grundsätze, welche die Abrüstung und die Regelung der Rüstungen betreffen, erörtern und kann den Mitgliedern oder dem Sicherheitsrat oder beiden hinsichtlich solcher Grundsätze Vorschläge machen.

2. Die Vollversammlung kann alle Fragen erörtern, die sich auf die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit beziehen und die von irgendeinem Mitglied der Vereinten Nationen oder vom Sicherheitsrat oder gemäß Artikel 35, Absatz 1, von einem Staat, welcher kein Mitglied der Vereinten Nationen ist, vor sie gebracht werden, und kann, außer wie in Artikel 12, vorgesehen, dem betreffenden Staat oder den Staaten oder dem Sicherheitsrat oder beiden Vorschläge hinsichtlich solcher Fragen machen. Eine jede solche Frage, deren Entscheidung notwendig ist, soll von der Vollversammlung dem Sicherheitsrat entworfen oder nach Erörterung überwiesen werden.

3. Die Vollversammlung kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrates auf Situationen lenken, die geeignet sind, den internationalen Frieden und die Sicherheit zu gefährden.

4. Die Machtbefugnisse der Vollversammlung, wie sie in diesem Artikel dargelegt sind, sollen den allgemeinen Rahmen von Artikel 10 nicht einschränken.

Artikel 12: 1. Solange der Sicherheitsrat hinsichtlich irgendeines Streites oder einer Situation die ihm in der vorliegenden Urkunde zugeteilten Funktionen ausübt, soll die Vollversammlung bezüglich dieses Streites oder dieser Situation keinerlei Vorschläge machen, wenn der Sicherheitsrat nicht darum bittet.

2. Mit Zustimmung des Sicherheitsrates soll der Generalsekretär der Vollversammlung bei jeder Tagung über alle Angelegenheiten unterrichten, die sich auf die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit beziehen und die der Sicherheitsrat behandelt, und in gleicher Weise soll er die Vollversammlung über die Mitglieder der Vereinten Nationen, wenn die Vollversammlung nicht tagt, sofort unterrichten, sobald der Sicherheitsrat die Behandlung solcher Angelegenheiten einstellt.

Artikel 13: 1. Die Vollversammlung soll Studien in die Wege leiten und Vorschläge machen zwecks:

A. Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf politischem Gebiet und Unterstützung der fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts und seiner Kodifikation;

B. Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet und den Gebieten der Erziehung und des Gesundheitswesens und Mithilfe in der Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ohne Ansehen der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

2. Die weiteren Verantwortlichkeiten, Funktionen und Machtbefugnisse der Vollversammlung hinsichtlich der oben in Absatz (B) genannten Angelegenheiten sind in den Kapiteln VIII und IX dargelegt.

Artikel 14: Vorbehaltlich der Bestimmungen von Artikel 15 kann die Vollversammlung Maßnahmen vorschlagen für die friedliche Schlichtung irgendeiner Situation, ohne Rücksicht auf ihren Ursprung, welche sie für geeignet erachtet, die allgemeine Wohlfahrt oder die freundschaftlichen Beziehungen unter den Nationen zu stören, einschließlich Situationen, die aus einer Verletzung der Bestimmungen der vorliegenden Urkunde, welche die Zwecke und Grundsätze der Vereinten Nationen darlegt, herrühren.

Artikel 15: 1. Die Vollversammlung soll Jahres- und Sonderberichte von dem Sicherheitsrat empfangen und erörtern: diese Berichte sollen einen Rechenschaftsbericht über die Maßnahmen einschließen, die der Sicherheitsrat beschlossen oder getroffen hat, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren.

2. Die Vollversammlung soll Berichte von den anderen Organen der Vereinten Nationen empfangen und erörtern.

Artikel 16: Die Vollversammlung soll hinsichtlich des internationalen Treuhandschaftssystems solche Funktionen ausüben, wie sie ihr laut Kapitel XII und XIII zugeteilt sind, einschließlich der Genehmigung der Treuhandschaftsabkommen für nicht als strategisch bezeichnete Gebiete.

Artikel 17: 1. Die Vollversammlung soll den Etat der Organisation erörtern und genehmigen.

2. Die Ausgaben der Organisation sollen von den Mitgliedern nach Zuteilung durch die Vollversammlung getragen werden.

3. Die Vollversammlung soll alle Finanz- und Etatvereinbarungen mit Sonderorganen, auf die in Artikel 57 Bezug genommen

st, erörtern und genehmigen und soll den Verwaltungsetat solcher Sonderorgane prüfen mit dem Ziel, den betreffenden Einrichtungen Vorschläge zu machen.

Abstimmungsfragen

Artikel 18: 1. Jedes Mitglied der Vollversammlung soll eine Stimme haben.

2. Entscheidungen der Vollversammlung über wichtige Fragen sollen durch Zweidrittelmehrheit der anwesenden und ihre Stimme abgebenden Mitglieder getroffen werden. Diese Fragen sollen einschließen: Vorschläge hinsichtlich der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit, die Wahl der *nichtständigen* Mitglieder des Sicherheitsrates, die Wahl der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates, die Wahl von Mitgliedern des Treuhandschaffsrates in Übereinstimmung mit Artikel 86, Absatz 1 (C), die Zulassung von neuen Mitgliedern zu den Vereinten Nationen, die Suspendierung der Rechte und Privilegien der Mitgliedschaft, den Ausschluß von Mitgliedern, Fragen, die sich auf die Wirksamkeit des Treuhandschaffsystems beziehen, und Etatsfragen.

3. Entscheidungen über andere Fragen, einschließlich der Bestimmung der weiteren Fragenkategorien, die durch einfache Zweidrittelmehrheit entschieden werden sollen, sollen durch einfache Mehrheit der anwesenden und ihre Stimme abgebenden Mitglieder getroffen werden.

Artikel 19: Ein Mitglied der Vereinten Nationen, welches mit der Zahlung seiner finanziellen Beiträge an die Organisation im Rückstand ist, soll in der Vollversammlung keine Stimme haben, wenn der Betrag seiner Rückstände dem Betrag der von ihm für die vorhergehenden zwei vollen Jahre fälligen Beiträge gleichkommt oder ihn überschreitet. Die Vollversammlung kann trotzdem solch einem Mitglied erlauben, seine Stimme abzugeben, wenn sie davon überzeugt ist, daß das Nichtzahlen Bedingungen zuzuschreiben ist, die das Mitglied nicht ändern kann.

Verfahren

Artikel 20: Die Vollversammlung soll in regelmäßigen jährlichen Sitzungen und in solchen Sondersitzungen, wie sie die jeweilige Lage erforderlich machen kann, zusammentreten. Sondersitzungen sollen durch den Generalsekretär auf Ersuchen des Sicherheitsrates oder einer Mehrheit der Mitglieder der Vereinten Nationen berufen werden.

Artikel 21: Die Vollversammlung soll ihre eigenen Verfahrensregeln annehmen. Sie soll für jede Tagung ihren Präsidenten wählen.

Artikel 22: Die Vollversammlung kann solche untergeordneten Organe einsetzen, wie sie sie für die Ausübung ihrer Funktionen für notwendig erachtet.

KAPITEL V: DER SICHERHEITSRAT

Zusammensetzung

Artikel 23: 1. Der Sicherheitsrat soll aus elf Mitgliedern der Vereinten Nationen bestehen. Die Chinesische Republik, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika sollen ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sein. Die Vollversammlung soll sechs andere Mitglieder der Vereinten Nationen zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates wählen, wobei besonders an erster Stelle der Beitrag der Mitglieder der Vereinten Nationen zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit und zu den anderen Zwecken der Organisation und auch die billige geographische Verteilung gebührend berücksichtigt werden sollen.

2. Die nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sollen für einen Zeitraum von zwei Jahren gewählt werden. Bei der ersten Wahl der nichtständigen Mitglieder sollen jedoch drei für einen Zeitraum von einem Jahr gewählt werden. Ein zurücktretendes Mitglied soll für sofortige Wiederwahl nicht wählbar sein.

3. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates soll einen Vertreter haben.

Funktionen und Machtbefugnisse

Artikel 24: 1. Um schnelles und wirksames Handeln durch die Vereinten Nationen zu sichern, übertragen ihre Mitglieder dem Sicherheitsrat die höchste Verantwortung für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit und kommen überein, daß der Sicherheitsrat bei der Ausübung seiner Pflichten laut dieser Verantwortung an ihrer Statt handelt.

2. Bei der Erfüllung dieser Pflichten soll der Sicherheitsrat in Übereinstimmung mit den Zwecken und Grundsätzen der Vereinten Nationen handeln. Die besonderen Machtbefugnisse, welche dem Sicherheitsrat für die Erfüllung dieser Pflichten gewährt werden, sind in den Kapiteln VI, VII, VIII und IX niedergelegt.

3. Der Sicherheitsrat soll der Vollversammlung Jahresberichte und, wenn notwendig, Sonderberichte zur Prüfung vorlegen.

Artikel 25: Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, gemäß der vorliegenden Urkunde die Entscheidungen des Sicherheitsrates anzunehmen und auszuführen.

Artikel 26: Um die Aufrichtung und Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit mit dem geringsten Zurückgreifen auf Rüstungen mit den menschlichen und wirtschaftlichen Hilfsquellen der Welt zu fördern, soll der Sicherheitsrat mit der Unterstützung des in Artikel 47 erwähnten Generalstabsausschusses für die Ausarbeitung von Plänen verantwortlich sein, die den Mitgliedern der Vereinten Nationen zur Aufrichtung eines Systems zur Regelung der Rüstungen vorgelegt werden sollen.

Wahl

Artikel 27: 1. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates soll eine Stimme haben.

2. Entscheidungen des Sicherheitsrates über Angelegenheiten, die sich auf das Verfahren beziehen, erfordern die Zustimmung von 7 Mitgliedern.

3. Entscheidungen des Sicherheitsrates über alle anderen Fragen erfordern die Zustimmung von 7 Mitgliedern, unter denen alle Stimmen der ständigen Mitglieder sein müssen, mit der Maßgabe, daß bei Entscheidungen laut Kapitel VI und laut Artikel 52 Absatz 3 eine an einem Streitfall beteiligte Partei sich der Stimme enthalten soll.

Verfahren

Artikel 28: 1. Der Sicherheitsrat soll so organisiert werden, daß er ständig in Funktion sein kann. Jedes Mitglied des Sicherheitsrates soll zu diesem Zwecke jederzeit am Sitz der Organisation vertreten sein.

2. Der Sicherheitsrat soll periodische Zusammenkünfte abhalten, bei denen jedes seiner Mitglieder, wenn es dies wünscht, durch ein Mitglied der Regierung oder durch einen anderen eigens bestimmten Vertreter vertreten sein kann.

3. Der Sicherheitsrat kann an solchen anderen Orten neben dem Sitz der Organisation Zusammenkünfte abhalten, die nach seinem Dafürhalten seine Arbeit am besten erleichtern.

Artikel 29: Der Sicherheitsrat kann solche untergeordneten Organe einsetzen, wie er sie für die Ausübung seiner Funktionen für notwendig erachtet.

Artikel 30: Der Sicherheitsrat soll seine eigenen Verfahrensregeln annehmen, einschließlich der Methode, seinen Präsidenten zu wählen.

Artikel 31: Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, welches nicht Mitglied des Sicherheitsrates ist, kann ohne Stimme an der Erörterung jeder vor den Sicherheitsrat gebrachten Frage teilnehmen, wenn dieser der Ansicht ist, daß die Interessen jenes Mitglieds speziell berührt werden.

Artikel 32: Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, welches nicht Mitglied des Sicherheitsrates ist, oder jeder Staat, der nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, soll, wenn dieser Staat eine beteiligte Partei in einem Streite ist, der dem Sicherheitsrat zur Erwägung vorliegt, eingeladen werden, ohne Stimme an der sich auf den Streit beziehenden Erörterung teilzunehmen. Der Sicherheitsrat soll solche Bedingungen niederlegen, wie er sie für die Teilnahme eines Staates, welcher nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, für gerecht erachtet.

KAPITEL VI: FRIEDLICHE BEILEGUNG VON STREITIGKEITEN

Artikel 33: 1. Die Parteien in irgendeinem Streit, dessen Fortdauer geeignet erscheint, die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu gefährden, sollen zuvörderst eine Lösung durch Verhandlungen, Untersuchung, Vermittlung, Ausgleich, Schiedsspruch oder gerichtliche Beilegung suchen oder auf regionale Einrichtungen oder Abmachungen oder andere friedliche Mittel ihrer eigenen Wahl zurückgreifen.

2. Der Sicherheitsrat soll, wenn er es für notwendig erachtet, die Parteien aufrufen, ihren Streit mit solchen Mitteln beizulegen.

Artikel 34: Der Sicherheitsrat kann jeden Streit oder jede Situation prüfen, welche zu einer internationalen Reibung führen oder einen Streit entstehen lassen könnte, um zu entscheiden, ob die Fortdauer des Streites geeignet erscheint, die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu gefährden.

Artikel 35: 1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen kann jeden Streit oder jede Situation von der in Artikel 34 bezeichneten Art vor den Sicherheitsrat oder die Vollversammlung bringen.

2. Ein Staat, welcher nicht Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann jeden Streit, in dem er Partei ist, vor den Sicherheitsrat oder die Vollversammlung bringen, wenn er im voraus im Hinblick auf den Streit die Verpflichtungen zu friedlicher Beilegung wie sie in der vorliegenden Urkunde vorgesehen sind, annimmt.

3. Das Verfahren der Vollversammlung in Bezug auf Angelegenheiten, die laut dieses Artikels vor sie gebracht werden, ist den Bestimmungen von Artikel 11 und 12 unterworfen.

Artikel 36: In jedem Stadium eines Streites von der in Artikel 33 bezeichneten Art oder einer Situation von der gleichen Art kann der Sicherheitsrat geeignete Verfahren oder Methoden der Beilegung vorschlagen.

2. Der Sicherheitsrat soll alle Verfahren für die Beilegung des Streites, die von den Parteien bereits angenommen worden sind, berücksichtigen.

3. Wenn der Sicherheitsrat laut dieses Artikels Vorschläge macht, soll er auch berücksichtigen, daß Rechtsstreitigkeiten im allgemeinen von den Parteien dem Internationalen Gerichtshof gemäß den Bestimmungen der Satzung des Gerichtshofes überwiesen werden sollen.

Artikel 37: 1. Sollte es den Parteien in einem Streit von der in Artikel 33 bezeichneten Art nicht gelingen, ihn mit den in dem Artikel genannten Mitteln beizulegen, sollen sie ihn dem Sicherheitsrat überweisen.

2. Wenn der Sicherheitsrat der Ansicht ist, daß die Fortdauer des Streites in der Tat geeignet erscheint, die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit zu gefährden, soll er entscheiden, ob er laut Artikel 36 vorgehen oder solche Beilegungsbedingungen vorschlagen soll, wie er sie als geeignet ansehen mag.

Artikel 38: Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 33—37 kann der Sicherheitsrat, wenn alle beteiligten Parteien ihn darum bitten, den Parteien mit dem Ziel einer friedlichen Beilegung des Streites Vorschläge machen.

KAPITEL VII:

VORGEHEN BEI FRIEDENSBEDROHUNGEN, FRIEDENSBRÜCHEN UND ANGRIFFSHANDLUNGEN

Artikel 39: Der Sicherheitsrat soll über das Vorhandensein irgendeiner Friedensbedrohung, eines Friedensbruches oder einer Angriffshandlung entscheiden und soll Vorschläge machen oder beschließen, welche Maßnahmen gemäß Artikel 41 und Artikel 42 getroffen werden sollen, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Artikel 40: Um eine Verschärfung der Situation zu verhüten, kann der Sicherheitsrat, bevor er die Vorschläge macht oder über die in Artikel 41 vorgesehene Maßnahme entscheidet, die betreffenden Parteien aufrufen, solchen provisorischen Maßnahmen zuzustimmen, wie er sie für notwendig oder wünschenswert erachtet. Solche provisorischen Maßnahmen sollen die Rechte, die Ansprüche oder die Lage der betreffenden Parteien nicht beeinträchtigen. Der Sicherheitsrat soll die Nichtbeachtung solcher provisorischer Maßnahmen gebührend feststellen.

Artikel 41: Der Sicherheitsrat kann entscheiden, welche Maßnahmen, die den Gebrauch von Waffengewalt nicht bedingen, angewandt werden sollen, um seine Entscheidungen zu verwirklichen, und er kann die Mitglieder der Vereinten Nationen aufrufen, solche Maßnahmen anzuwenden. Diese können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen und der Eisenbahn-, Schifffahrts-, Flug-, Post-, Telegraphen-, Funk- und sonstigen Verbindungen und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.

Artikel 42: Sollte der Sicherheitsrat zu der Ansicht gelangen, daß in Artikel 41 vorgesehene Maßnahmen unangebracht sein würden oder sich als unangebracht erwiesen haben, kann er mit Hilfe von Luft-, See- oder Landstreitkräften so vorgehen, wie es notwendig sein mag, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen. Ein solches Vorgehen kann Demonstrationen, Blockade und andere Operationen durch Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschließen.

Artikel 43: 1. Um zur Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit beizutragen, verpflichten sich alle Mitglieder der Vereinten Nationen, dem Sicherheitsrat, wenn er sie dazu aufruft und in Übereinstimmung mit einer Sondervereinbarung oder Sondervereinbarungen, Streitkräfte, Unterstützung und Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, einschließlich Durchzugsrechten, die zum Zwecke der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit notwendig sind.

2. Solche Vereinbarung oder Vereinbarungen sollen die Zahl und Arten der Streitkräfte, den Grad ihrer Bereitschaft und ihren allgemeinen Standort und die Art der bereitzustellenden Hilfsmittel und Unterstützung bestimmen.

3. Die Vereinbarung oder Vereinbarungen sollen so bald wie möglich auf Anregung des Sicherheitsrates getroffen werden. Sie sollen zwischen dem Sicherheitsrat und Mitgliedern oder zwischen dem Sicherheitsrat und Gruppen von Mitgliedern abgeschlossen

werden und sollen der Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten in Übereinstimmung mit ihren verfassungsmäßigen Prozessen unterworfen werden.

Artikel 44: Wenn der Sicherheitsrat beschlossen hat, Gewalt anzuwenden, soll er, bevor er ein nicht in ihm vertretenes Mitglied aufruft, in Erfüllung der laut Artikel 43 übernommenen Verpflichtungen Streitkräfte bereitzustellen, dieses Mitglied, wenn das Mitglied es wünscht, einladen, an den Entscheidungen des Sicherheitsrates über die Verwendung von Kontingenten der Streitkräfte dieses Mitglied teilzunehmen.

Artikel 45: Um die Vereinten Nationen in die Lage zu versetzen, dringliche militärische Maßnahmen zu ergreifen, sollen Mitglieder Kontingente der nationalen Luftstreitkräfte für gemeinsame internationale Zwangsaktionen zu sofortigem Einsatz bereithalten. Die Stärke und der Grad der Bereitschaft dieser Kontingente und Pläne für ihr gemeinsames Vorgehen sollen innerhalb der der Sondervereinbarung oder den Sondervereinbarungen, auf sich Artikel 43 bezieht, niedergelegten Grenzen durch den Sicherheitsrat mit der Unterstützung des Generalstabsausschusses bestimmt werden.

Artikel 46: Pläne für die Anwendung von Waffengewalt sollen durch den Sicherheitsrat mit Unterstützung des Generalstabsausschusses ausgearbeitet werden.

Artikel 47: 1. Zur Beratung und Unterstützung des Sicherheitsrates in allen Fragen, die sich auf die militärischen Erfordernisse des Sicherheitsrates für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit, die Verwendung von und den Befehl über ihm zur Verfügung gestellten Streitkräfte, die Regelung der stungen und mögliche Abrüstung beziehen, soll ein Generalstabsausschuß eingesetzt werden.

2. Der Generalstabsausschuß soll aus den Generalstabschefs ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates oder ihren Vertretern bestehen. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen, das nicht ständ im Ausschuß vertreten ist, soll durch den Ausschuß eingeladen werden, mit ihm in Verbindung zu treten, wenn die wirksame Ausübung der Verantwortlichkeit des Ausschusses die Teilnahme dieses Mitglied an seiner Arbeit erfordert.

3. Der Generalstabsausschuß soll unter dem Sicherheitsrat die strategische Leitung aller dem Sicherheitsrat zur Verfügung gestellten Streitkräfte verantwortlich sein. Fragen, die sich den Befehl über solche Streitkräfte beziehen, sollen später arbeitet werden.

4. Mit Ermächtigung des Sicherheitsrates und nach Beratung mit den geeigneten regionalen Einrichtungen kann der Generalstabsausschuß regionale Unterausschüsse einsetzen.

Artikel 48: 1. Das zur Ausführung der Entschlüsse des Sicherheitsrates für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit erforderliche Vorgehen soll von allen Mitgliedern der Vereinten Nationen oder von einigen von ihnen, wie der Sicherheitsrat bestimmen mag, durchgeführt werden.

2. Solche Entschlüsse sollen von den Mitgliedern der Vereinten Nationen unmittelbar und durch ihr Vorgehen in den geeigneten internationalen Einrichtungen, in denen sie Mitglieder sind, durchgeführt werden.

Artikel 49: Die Mitglieder der Vereinten Nationen sollen gemeinsam bei der Ausführung der von dem Sicherheitsrat geschlossenen Maßnahmen gegenseitig Beistand leisten.

Artikel 50: Wenn von dem Sicherheitsrat gegen irgendein Staat Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergriffen werden soll, jeder andere Staat, ob Mitglied der Vereinten Nationen oder nicht, der sich besonderen wirtschaftlichen Problemen, die aus der Ausführung jener Maßnahmen entstanden sind, gegenübergestellt sieht, das Recht haben, den Sicherheitsrat hinsichtlich einer Lösung jener Probleme zu befragen.

Artikel 51: Nichts in der vorliegenden Urkunde soll das natürliche Recht der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung beeinträchtigen, wenn ein bewaffneter Angriff gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen stattfindet, bis der Sicherheitsrat die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren. Die in Ausübung des Rechtes der Selbstverteidigung von Mitgliedern ergriffenen Maßnahmen sollen dem Sicherheitsrat unverzüglich gemeldet werden und sollen in keiner Weise die Autorität und Verantwortung des Sicherheitsrates kraft der vorliegenden Urkunde berühren, jederzeit so vorzugehen, wie er es für notwendig erachtet, um den internationalen Frieden und die Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

KAPITEL VIII: REGIONALE VEREINBARUNGEN

Artikel 52: 1. Nichts in der vorliegenden Urkunde schließt das Vorhandensein von regionalen Vereinbarungen oder Einrichtungen

n zur Behandlung solcher Angelegenheiten, die sich auf die Führung des internationalen Friedens und der Sicherheit beziehen, aus, so wie sie für ein regionales Vorgehen geeignet sind. Ausgesetzt, daß solche Vereinbarungen oder Einrichtungen und ihre Tätigkeit mit den Zwecken und Grundsätzen der Vereinten Nationen zu vereinbaren sind.

2. Die Mitglieder der Vereinten Nationen, die solche Vereinbarungen eingehen oder solche Einrichtungen gründen, sollen alles tun, um eine friedliche Beilegung lokaler Streitigkeiten durch solche regionale Vereinbarungen oder mittels solcher regionalen Einrichtungen zu erreichen, bevor sie sie dem Sicherheitsrat überweisen.

3. Der Sicherheitsrat soll die Entwicklung friedlicher Beilegung lokaler Streitigkeiten durch solche regionale Vereinbarungen oder mittels solcher regionalen Einrichtungen unterstützen, entweder auf die Anregung der betreffenden Staaten oder auf Hinweis vom Sicherheitsrat.

4. Dieser Artikel beeinträchtigt keineswegs die Anwendung der Artikel 34 und 35.

Artikel 53: 1. Der Sicherheitsrat soll, wo angängig, solche regionalen Vereinbarungen oder Einrichtungen zu Zwangsaktionen unter seiner Autorität benutzen. Jedoch soll keine Zwangsaktion unter regionaler Vereinbarungen oder mittels regionaler Einrichtungen ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates vorgenommen werden, mit Ausnahme von Maßnahmen gegen irgendeinen Feindstaat, wie in Absatz 2 dieses Artikels definiert, wie sie Artikel 107 Folge oder in gegen die Erneuerung einer Angriffspolitik von irgendeinem solchen Staates gerichteten regionalen Vereinbarungen vorgesehen sind, bis zu einem Zeitpunkt, an dem die Organisation auf die Bitte der betreffenden Regierungen hin mit der Verantwortung für die Verhinderung weiterer Angriffe durch einen Staat betraut werden mag.

2. Die Bezeichnung „Feindstaat“, wie in Absatz 1 dieses Artikels braucht, findet auf jeden Staat, der während des Zweiten Weltkrieges der Feind irgendeines Unterzeichners der vorliegenden Urkunde gewesen ist, Anwendung.

Artikel 54: Der Sicherheitsrat soll jederzeit über laut regionaler Vereinbarungen oder mittels regionaler Einrichtungen für die Führung des internationalen Friedens und der Sicherheit unternommene und beabsichtigte Unternehmungen voll auf dem laufenden gehalten werden.

KAPITEL IX: INTERNATIONALE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ZUSAMMENARBEIT

Artikel 55: Im Hinblick auf die Schaffung von Bedingungen der Dauerhaftigkeit und der Wohlfahrt, die unter den Nationen friedliche und freundschaftliche Beziehungen, die auf die Achtung des Grundsatzes der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker gegründet sind, notwendig sind, sollen die Vereinten Nationen fördern:

A. einen höheren Lebensstandard, volle Beschäftigung und Bedingungen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und der Entwicklung;

B. Lösungen der internationalen wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und verwandten Probleme; und internationale die Kultur und die Erziehung betreffende Zusammenarbeit; und allgemeine Achtung vor und Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Ansehen der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion.

Artikel 56: Alle Mitglieder verpflichten sich, zur Erfüllung des Artikel 55 dargelegten Zweckes in Zusammenarbeit mit der Organisation gemeinsam und jedes für sich vorzugehen.

Artikel 57: 1. Die verschiedenen Sonderorgane, die durch Vereinbarung der Regierungen untereinander eingesetzt worden sind, wie in ihren grundlegenden Urkunden definiert, auf wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, die Erziehung und die Gesundheit betreffenden und verwandten Gebieten weitreichende internationale Verantwortlichkeiten haben, sollen gemäß der Bestimmungen von Artikel 63 zu den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht werden.

2. Daher werden im folgenden solche Einrichtungen, die zu den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht worden sind, als „Sonderorgane“ bezeichnet (Specialised Agencies).

Artikel 58: Die Organisation soll für die Zusammenfassung der Richtlinien und der Unternehmungen der Sonderorgane Vorschläge machen.

Artikel 59: Die Organisationen sollen, wo angängig, für die Schaffung irgendwelcher neuen Sonderorgane, die zur Erfüllung des in Artikel 55 dargelegten Zweckes erforderlich sind, Verhandlungen zwischen den betreffenden Staaten einleiten.

Artikel 60: Die Verantwortung für die Ausübung der in diesem Kapitel dargelegten Funktionen der Organisation soll der Vollversammlung und unter der Autorität der Vollversammlung dem Wirtschafts- und Sozialrat zustehen, der hierzu die in Kapitel X dargelegten Machtbefugnisse haben soll.

KAPITEL X: DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALRAT

Zusammensetzung

Artikel 61: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat soll aus achtzehn Mitgliedern der Vereinten Nationen, die von der Vollversammlung gewählt werden, bestehen.

2. Vorbehaltlich der Bestimmungen von Absatz 3 sollen in jedem Jahre sechs Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt werden. Ein zurücktretendes Mitglied soll für sofortige Wiederwahl wählbar sein.

3. Bei der ersten Wahl sollen achtzehn Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrates gewählt werden, die Amtsdauer von sechs so gewählten Mitgliedern soll am Ende eines Jahres und von sechs anderen Mitgliedern am Ende von zwei Jahren in Übereinstimmung mit von der Vollversammlung getroffenen Vereinbarungen ablaufen.

4. Jedes Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates soll einen Vertreter haben

Funktionen und Machtbefugnisse

Artikel 62: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann über internationale Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Erziehungs-, Gesundheits- und verwandte Angelegenheiten Studien und Berichte machen oder in die Wege leiten und kann über solche Angelegenheiten der Vollversammlung, den Mitgliedern der Vereinten Nationen und den betreffenden Sondereinrichtungen Vorschläge machen.

2. Er kann zum Zwecke der Förderung der Achtung vor und der Beachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Vorschläge machen.

3. Er kann über Angelegenheiten, die unter seine Zuständigkeit fallen, Entwürfe für Abkommen vorbereiten, die der Vollversammlung vorgelegt werden sollen.

4. In Übereinstimmung mit den Regeln, die sich die Vereinten Nationen gesetzt haben, kann er über Angelegenheiten, die unter seine Zuständigkeit fallen, internationale Konferenzen berufen.

Artikel 63: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann mit irgendeiner der Einrichtungen, auf die sich Artikel 57 bezieht, Vereinbarungen eingehen und die Bedingungen festlegen, unter denen die betreffende Einrichtung zu den Vereinten Nationen in Beziehung gebracht werden soll. Solche Vereinbarungen sollen der Genehmigung durch die Vollversammlung unterliegen.

2. Er kann die Unternehmungen der Sonderorgane durch Beratung mit und Vorschläge an solche Einrichtungen und durch Vorschläge an die Vollversammlung und an die Mitglieder der Vereinten Nationen zusammenfassen.

Artikel 64: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann geeignete Schritte unternehmen, um von den Sonderorganen regelmäßige Berichte zu erhalten. Er kann mit den Mitgliedern der Vereinten Nationen und mit den Sonderorganen Vereinbarungen treffen, um Berichte über die Schritte zu erhalten, die getan wurden, um seine eigenen Vorschläge und die Vorschläge, welche die Vollversammlung in unter seine Zuständigkeit fallenden Angelegenheiten gemacht hat, zu verwirklichen.

2. Er kann seine Beobachtungen über diese Berichte der Vollversammlung mitteilen.

Artikel 65: Der Wirtschafts- und Sozialrat kann dem Sicherheitsrat Auskünfte erteilen und soll den Sicherheitsrat auf seine Bitte hin unterstützen.

Artikel 66: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat soll solche Funktionen ausüben, wie sie in Verbindung mit der Ausführung der Vorschläge der Vollversammlung unter seine Zuständigkeit fallen.

2. Mit der Zustimmung der Vollversammlung kann er auf die Bitte von Mitgliedern der Vereinten Nationen und auf die Bitte von Sonderorganen Dienste leisten.

3. Er soll solche anderen Funktionen ausüben, wie sie an anderer Stelle in der vorliegenden Urkunde besonders bezeichnet sind oder ihm durch die Vollversammlung zugeteilt werden mögen

Abstimmungsfragen

Artikel 67: 1. Jedes Mitglied des Wirtschafts- und Sozialrates soll eine Stimme haben.

2. Entscheidungen des Wirtschafts- und Sozialrates sollen durch eine Mehrheit der anwesenden und ihre Stimme abgebenden Mitglieder getroffen werden.

Verfahren

Artikel 68: Der Wirtschafts- und Sozialrat soll auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und zur Förderung der Menschenrechte Kommissionen einsetzen und solche weiteren Kommissionen, wie sie zur Ausübung seiner Funktionen erforderlich sein mögen.

Artikel 69: Der Wirtschafts- und Sozialrat soll jedes Mitglied der Vereinten Nationen einladen, ohne Stimme an seinen Beratungen über irgendeine Angelegenheit, die für jenes Mitglied von besonderer Bedeutung ist, teilzunehmen.

Artikel 70: Der Wirtschafts- und Sozialrat kann Abmachungen treffen, daß Vertreter der Sonderorgane ohne Stimme an seinen Beratungen und an denen der von ihm eingesetzten Kommissionen teilnehmen und daß seine Vertreter an den Beratungen der Sonderorgane teilnehmen.

Artikel 71: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat kann geeignete Abmachungen für die Besprechung mit Nicht-Regierungsorganisationen treffen, welche sich mit Angelegenheiten seiner Zuständigkeit befassen.

2. Solche Abmachungen können mit internationalen Organisationen und, wo angängig, mit nationalen Organisationen nach Besprechung mit dem betreffenden Mitglied der Vereinten Nationen getroffen werden.

Artikel 72: 1. Der Wirtschafts- und Sozialrat soll seine eigenen Verfahrensregeln annehmen, einschließlich der Methode, seinen Präsidenten zu wählen.

2. Der Wirtschafts- und Sozialrat soll, wie in Regeln gefordert, welche eine Bestimmung über die Berufung von Zusammenkünften auf die Bitte einer Mehrheit seiner Mitglieder hin enthalten sollen, zusammentreten.

KAPITEL XI: ERKLÄRUNG ÜBER TERRITORIEN
OHNE SELBSTREGIERUNG

Artikel 73: Mitglieder der Vereinten Nationen, welche Verantwortlichkeiten für die Verwaltung von Territorien, deren Völker noch kein volles Maß von Selbstregierung erreicht haben, haben oder übernehmen, erkennen den Grundsatz an, daß die Interessen der Bewohner dieser Territorien am höchsten stehen, und übernehmen als heilige ihnen anvertraute Aufgabe die Verpflichtung, innerhalb des durch die vorliegende Urkunde errichteten Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit die Wohlfahrt der Bewohner dieser Territorien so weit wie möglich zu fördern und zu diesem Ziele:

A. mit der gebührenden Achtung vor der Kultur der betreffenden Völker ihr politisches, wirtschaftliches, soziales und erziehungsmäßiges Fortschreiten, ihre gerechte Behandlung und ihren Schutz vor Mißbrauch zu sichern;

B. Selbstregierung zu entwickeln, die politischen Bestrebungen der Völker gebührend in Betracht zu ziehen und ihnen in der fortschreitenden Entwicklung ihrer freien politischen Einrichtungen beizustehen den besonderen Umständen jedes Territoriums und seiner Völker und ihren verschiedenen Entwicklungsstufen entsprechend;

C. den internationalen Frieden und die Sicherheit zu fördern;

D. konstruktive Entwicklungsmaßnahmen zu fördern, die Forschung zu unterstützen und untereinander und, wann und wo angängig, mit besonderen internationalen Körperschaften zusammenzuarbeiten im Hinblick auf die praktische Erfüllung der in diesem Artikel dargelegten sozialen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Zwecke; und

E. vorbehaltlich solcher Beschränkung, wie sie die Sicherheit und verfassungsmäßige Überlegungen fordern mögen, dem Generalsekretär für Informationszwecke regelmäßig statistische und andere Auskünfte technischer Art vorzulegen, die sich auf wirtschaftliche, soziale und erziehungsmäßige Zustände in den Territorien beziehen, für die sie jeweils verantwortlich sind, außer jenen Territorien, auf welche Kapitel XII und Kapitel XIII Anwendung finden.

Artikel 74: Mitglieder der Vereinten Nationen kommen auch überein, daß ihre Politik in Bezug auf die Territorien, auf welche dieses Kapitel Anwendung findet, nicht weniger als in Bezug auf ihre Mutterländer, auf dem allgemeinen Grundsatz der guten Nachbarschaft ruhen muß, wobei die Interessen und die Wohlfahrt der übrigen Welt in sozialen, wirtschaftlichen und kommerziellen Angelegenheiten gebührend berücksichtigt werden.

KAPITEL XII:

DAS INTERNATIONALE TREUHANDSCHAFTSSYSTEM

Artikel 75: Die Vereinten Nationen sollen unter ihrer Autorität ein internationales Treuhandschaftssystem für die Verwaltung und

Überwachung solcher Territorien einrichten, wie sie durch spätere Einzelvereinbarungen darunter gestellt werden mögen. Die Territorien werden im folgenden als Treuhandterritorien bezeichnet.

Artikel 76: In Übereinstimmung mit den in Artikel 1 der vorliegenden Urkunde niedergelegten Zwecken sollen die grundlegenden Ziele des Treuhandschaftssystems sein:

A. den internationalen Frieden und die Sicherheit zu fördern;

B. das politische, wirtschaftliche, soziale und erziehungsmäßige Fortschreiten der Bewohner der Treuhandterritorien und ihre fortschreitende Entwicklung zu Selbstregierung oder Unabhängigkeit zu fördern, wie es bei den besonderen Umständen eines jeden Landes und seiner Völker und den frei geäußerten Wünschen der betreffenden Völker geeignet sein mag und wie die Bestimmungen eines jeden Treuhandschaftsabkommens vorsehen mögen;

C. die Achtung vor den Menschenrechten und den Grundfreiheiten für alle ohne Ansehen der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu unterstützen und die Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit in der Welt zu unterstützen; und

D. allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen in sozialen, wirtschaftlichen und kommerziellen Angelegenheiten gleiche Behandlung zu sichern und letzteren an gleicher Behandlung bei der Rechtsprechung unbeschadet des Erwerbs der vorgenannten Ziele und vorbehaltlich der Bestimmungen von Artikel 80.

Artikel 77: 1. Das Treuhandschaftssystem soll auf solche Territorien folgender Arten, wie sie mittels Treuhandschaftsabkommen darunter gestellt werden mögen, Anwendung finden:

A. Territorien, die gegenwärtig als Mandate verwaltet werden;

B. Territorien, die als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges von Feindstaaten abgetrennt werden mögen; und

C. Territorien, die von für ihre Verwaltung verantwortlich Staaten freiwillig unter das System gestellt werden.

2. Es wird Sache späterer Vereinbarung sein, welche Territorien der oben genannten Arten unter das Treuhandschaftssystem und unter welchen Bedingungen gebracht werden.

Artikel 78: Das Treuhandschaftssystem soll nicht auf Territorien Anwendung finden, welche Mitglieder der Vereinten Nationen geworden sind, unter welchen die Beziehungen auf die Achtung vor dem Grundsatz der souveränen Gleichheit gegründet sein sollen.

Artikel 79: Die Bedingungen der Treuhandschaft für jedes Land, das unter das Treuhandschaftssystem gestellt werden soll, einschließlich jeder Änderung oder jedes Zusatzes, sollen von dem unmittelbar betroffenen Staaten vereinbart werden, einschließlich der Mandatarmacht in dem Fall von Territorien, die unter das Mandat eines Mitglieds der Vereinten Nationen stehen, und sollte wie in Artikel 83 und Artikel 85 vorgesehen, genehmigt werden.

Artikel 80: 1. Außer wie in individuellen Treuhandschaftsabkommen laut Artikel 77, 79 und 81 vereinbart werden kann, jedes Territorium unter das Treuhandschaftssystem stellen, bis solche Abkommen abgeschlossen worden sind, soll nichts diesem Kapitel so ausgelegt werden, als änderte es in irgendeiner Weise die beliebigen Rechte irgendwelcher Staaten oder irgendwelcher Völker oder die Bestimmungen bestehender internationaler Einrichtungen, bei denen Mitglieder der Vereinten Nationen jeweils Parteien sein mögen.

2. Absatz 1 dieses Artikels soll nicht so gedeutet werden, daß er Berechtigung zu Verzögerung oder Aufschub der Verhandlung oder des Abschlusses von Abkommen zur Stellung von Mandaten und anderen Territorien unter das Treuhandschaftssystem, wie in Artikel 77 vorgesehen.

Artikel 81: Das Treuhandschaftsabkommen soll in jedem Fall die Bestimmungen einschließen, laut derer das Treuhandterritorium verwaltet werden wird, und die Autorität angeben, welche die Verwaltung des Treuhandterritoriums ausüben wird. Eine solche Autorität, im folgenden die verwaltende Autorität genannt, kann ein Staat oder mehrere oder die Organisation selbst sein.

Artikel 82: In jedem Treuhandschaftsabkommen kann ein strategisches Gebiet oder Gebiete bezeichnet werden, welches ein Teil oder die Gesamtheit des Treuhandgebietes, auf welches sich das Abkommen bezieht, einschließen kann, unbeschadet irgendeiner Sonderabkommens oder Sonderabkommen, die laut Artikel 43 geschlossen wurden.

Artikel 83: 1. Alle Funktionen der Vereinten Nationen, die sich auf strategische Gebiete beziehen, einschließlich der Genehmigung der Bestimmungen der Treuhandschaftsabkommen und ihrer Änderung oder Ergänzung, sollen von dem Sicherheitsrat ausgeübt werden.

2. Die in Artikel 76 dargelegten grundlegenden Ziele sollen auf das Volk jedes strategischen Gebietes anwendbar sein.

3. Vorbehaltlich der Bestimmungen der Treuhandschaftsabkommen und unbeschadet von Sicherheitsüberlegungen soll der Sicherheitsrat sich der Unterstützung des Treuhandschaftrates bedienen, um laut des Treuhandschaftssystems jene Funktionen der Vereinten Nationen auszuüben, die sich auf politische, wirtschaftliche, soziale und Erziehungsangelegenheiten in den strategischen Gebieten beziehen.

Artikel 84: Es soll die Pflicht der verwaltenden Autorität sein, dafür Sicherheit zu leisten, daß das Treuhandterritorium seine Rolle in der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit spielen soll. Hierzu kann die verwaltende Autorität sich freiwilliger Hilfen und der Unterstützung des Treuhandterritoriums bedienen bei der Ausführung der Verpflichtungen dem Sicherheitsrat gegenüber, welche die verwaltende Autorität übernommen hat, sowie für die örtliche Verteidigung und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung innerhalb des Treuhandterritoriums.

Artikel 85: 1. Die Funktionen der Vereinten Nationen in Bezug auf Treuhandschaftsabkommen für alle nicht als strategisch bezeichneten Gebiete, einschließlich der Genehmigung der Bestimmungen der Treuhandschaftsabkommen und ihrer Änderung oder Ergänzung, sollen von der Vollversammlung ausgeübt werden.

2. Der Treuhandschaftrat, der unter der Autorität der Vollversammlung arbeitet, soll die Vollversammlung bei der Durchführung dieser Funktionen unterstützen.

KAPITEL XIII: DER TREUHANDSCHAFTSRAT

Zusammensetzung

Artikel 86: 1. Der Treuhandschaftrat soll aus den folgenden Mitgliedern der Vereinten Nationen bestehen:

- A. jenen Mitgliedern, die Treuhandterritorien verwalten;
- B. solchen jener in Artikel 23 namentlich genannten Mitglieder, die keine Treuhandterritorien verwalten; und
- C. so vielen anderen Mitgliedern, von der Vollversammlung auf jeweils drei Jahre gewählt, wie notwendig sein mögen, um zu sichern, daß die Gesamtzahl der Mitglieder des Treuhandschaftrates gleichmäßig geteilt ist zwischen jenen Mitgliedern der Vereinten Nationen, welche Treuhandterritorien verwalten, und jenen, welche keine verwalten.

2. Jedes Mitglied des Treuhandschaftrates soll eine besonders qualifizierte Person bestimmen, um es darin zu vertreten.

Funktionen und Machtbefugnisse

Artikel 87: Die Vollversammlung und unter ihrer Autorität der Treuhandschaftrat können in Durchführung ihrer Funktionen:

- A. von der verwaltenden Autorität eingereichte Berichte erörtern;
- B. Gesuche annehmen und sie im Benehmen mit der verwaltenden Autorität prüfen;
- C. für periodische Besuche der jeweiligen Treuhandterritorien zu mit der verwaltenden Autorität vereinbarten Zeiten Vorsorge treffen; und
- D. diese und andere Handlungen in Übereinstimmung mit der Bestimmung des Treuhandschaftsabkommens vornehmen.

Artikel 88: Der Treuhandschaftrat soll über das politische, wirtschaftliche, soziale und erziehungsmäßige Fortschreiten der Bewohner eines jeden Treuhandterritoriums einen Fragebogen ausarbeiten, und die verwaltende Autorität soll für jedes Treuhandterritorium, für das die Vollversammlung zuständig ist, an die Vollversammlung auf der Grundlage eines solchen Fragebogens einen Jahresbericht machen.

Artikel 89: 1. Jedes Mitglied des Treuhandschaftrates soll eine Stimme haben.

2. Entscheidungen des Treuhandschaftrates sollen durch eine Mehrheit der anwesenden und ihre Stimme abgebenden Mitglieder zustande kommen.

Verfahren

Artikel 90: 1. Der Treuhandschaftrat soll seine eigenen Verfahrensregeln annehmen, einschließlich der Methode, seinen Präsidenten zu wählen.

2. Der Treuhandschaftrat soll, wie seiner Regeln gemäß gefordert, welche eine Bestimmung über die Berufung von Zusammenkünften auf die Bitte einer Mehrheit seiner Mitglieder hin enthalten sollen, zusammentreten.

Artikel 91: Der Treuhandschaftrat soll, wenn angängig, sich der Unterstützung des Wirtschafts- und Sozialrates und der Sondereinrichtungen bei Angelegenheiten, mit denen sie sich jeweils befassen, bedienen.

KAPITEL XIV:

DER INTERNATIONALE GERICHTSHOF

Artikel 92: Der Internationale Gerichtshof soll das Hauptgerichtorgan der Vereinten Nationen sein. Er soll gemäß der beigefügten Satzung funktionieren, welche auf die Satzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes gegründet ist und einen integrierenden Bestandteil der vorliegenden Urkunde bildet.

Artikel 93: 1. Alle Mitglieder der Vereinten Nationen sind ipso facto Parteien nach der Satzung des Internationalen Gerichtshofes.

2. Ein Staat, welcher kein Mitglied der Vereinten Nationen ist, kann eine Partei nach der Satzung des Internationalen Gerichtshofes werden zu Bedingungen, die in jedem Streitfall von der Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates zu bestimmen sind.

Artikel 94: 1. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet sich, sich der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes in jedem Streitfall, an dem es beteiligt ist, zu fügen.

2. Wenn eine an einem Streitfall beteiligte Partei es versäumt, die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr laut eines von dem Gerichtshof abgegebenen Urteils obliegen, so kann die andere Partei sich an den Sicherheitsrat halten, welcher, wenn er es für notwendig erachtet, Vorschläge machen oder über Maßnahmen entscheiden kann, die ergriffen werden sollen, um das Urteil auszuführen.

Artikel 95: Nichts in der vorliegenden Urkunde soll Mitglieder der Vereinten Nationen daran hindern, die Lösung ihrer Differenzen anderen Gerichtshöfen anzuvertrauen auf Grund von Vereinbarungen, die schon bestehen oder die in Zukunft geschlossen werden mögen.

Artikel 96: 1. Die Vollversammlung oder der Sicherheitsrat kann den Internationalen Gerichtshof bitten, über irgendeine Rechtsfrage ein beratendes Gutachten abzugeben.

2. Andere Organe der Vereinten Nationen und Sondereinrichtungen, die jederzeit von der Vollversammlung dazu ermächtigt werden können, können gleichfalls beratende Gutachten des Gerichtshofes über Rechtsfragen, die sich im Rahmen ihrer Tätigkeiten ergeben, erbitten.

KAPITEL XV: DAS SEKRETARIAT

Artikel 97: Das Sekretariat soll einen Generalsekretär und einen solchen Stab umfassen, wie ihn die Organisation erfordern mag. Der Generalsekretär soll von der Vollversammlung auf Vorschlag des Sicherheitsrates ernannt werden. Er soll der Hauptverwaltungsbeamte der Organisation sein.

Artikel 98: Der Generalsekretär soll in jener Eigenschaft bei allen Zusammenkünften der Vollversammlung, des Sicherheitsrates, des Wirtschafts- und Sozialrates und des Treuhandschaftrates auftreten und soll solche anderen Funktionen ausüben, wie sie ihm durch diese Organe anvertraut werden. Der Generalsekretär soll der Vollversammlung einen Jahresbericht über die Arbeit der Organisation machen.

Artikel 99: Der Generalsekretär kann jede Angelegenheit, die seiner Meinung nach die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit bedrohen kann, vor den Sicherheitsrat bringen.

Artikel 100: 1. In der Ausübung ihrer Pflichten sollen der Generalsekretär und der Stab keine Instruktionen von irgendeiner Regierung oder von irgendeiner anderen außerhalb der Organisation stehenden Autorität nachsuchen oder empfangen. Sie sollen von jeder Handlung Abstand nehmen, welche auf ihre Stellung als internationale Beamte, die nur der Organisation verantwortlich sind, ein schlechtes Licht werfen könnte.

2. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen verpflichtet sich, den ausschließlich internationalen Charakter der Verantwortlichkeiten des Generalsekretärs und des Stabes zu achten und nicht zu versuchen, sie in der Durchführung ihrer Verantwortlichkeiten zu beeinflussen.

Artikel 101: 1. Der Stab soll nach von der Vollversammlung aufgestellten Richtlinien vom Generalsekretär ernannt werden.

2. Geeignete Stäbe sollen dem Wirtschafts- und Sozialrat, dem Treuhandschaftrat und, soweit erforderlich, den anderen Organen der Vereinten Nationen dauernd zugeteilt werden. Diese Stäbe sollen einen Teil des Sekretariats bilden.

3. Die vorrangigste Überlegung bei der Anstellung des Stabes und bei der Festlegung der Dienstbedingungen soll die Notwendigkeit sein, den höchsten Grad von Tüchtigkeit, Sachkunde und Unantastbarkeit zu sichern. Die Bedeutung, daß sich der Stab auf möglichst breiter geographischer Grundlage ergänzt, soll gebührend berücksichtigt werden.

KAPITEL XVI: VERMISCHTE BESTIMMUNGEN

Artikel 102: 1. Jeder Vertrag und jede internationale Vereinbarung, denen irgendein Mitglied der Vereinten Nationen beitrifft, nachdem die vorliegende Urkunde in Kraft tritt, sollen so bald wie möglich bei dem Sekretariat eingetragen und von ihm veröffentlicht werden.

2. Kein Partner in irgendeinem solchen Vertrag oder einer solchen internationalen Vereinbarung, welche nicht gemäß der Bestimmungen von Absatz 1 dieses Artikels eingetragen wurde, kann vor irgendeinem Organ der Vereinten Nationen sich auf jenen Vertrag oder jene Vereinbarung berufen.

Artikel 103: Im Falle eines Konfliktes zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder der Vereinten Nationen laut der vorliegenden Urkunde und Verpflichtungen laut irgendeiner anderen internationalen Vereinbarung sollen ihre Verpflichtungen laut der vorliegenden Urkunde den Vorrang haben.

Artikel 104: Die Organisation soll sich in dem Territorium eines jeden ihrer Mitglieder solcher Rechtsfähigkeit erfreuen, wie sie für die Ausübung ihrer Funktionen und die Erfüllung ihrer Zwecke notwendig sein mag.

Artikel 105: 1. Die Organisation soll sich in dem Territorium eines jeden ihrer Mitglieder solcher Privilegien und Immunitäten erfreuen, wie sie für die Erfüllung ihrer Zwecke notwendig sind.

2. Vertreter der Mitglieder der Vereinten Nationen und Beamte der Organisation sollen sich gleichfalls solcher Privilegien und Immunitäten erfreuen, wie sie für die unabhängige Ausübung ihrer Funktionen in Verbindung mit der Organisation notwendig sind.

3. Die Vollversammlung kann Vorschläge machen im Hinblick auf die Bestimmung von Einzelheiten bei der Anwendung von Absatz 1 und Absatz 2 dieses Artikels oder kann den Mitgliedern der Vereinten Nationen zu diesem Zwecke Verträge vorschlagen.

KAPITEL XVII: VORÜBERGEHENDE SICHERHEITSBESTIMMUNGEN (TRANSITIONAL SECURITY ARRANGEMENTS)

Artikel 106: Bis zum Inkrafttreten solcher Sondervereinbarungen, wie in Artikel 43 vorgesehen und wie sie nach der Meinung des Sicherheitsrates ihn befähigen, die Ausübung seiner Verantwortlichkeiten laut Artikel 42 zu beginnen, sollen die Parteien der Vierrächteerklärung, die am 30. Oktober 1943 in Moskau unterzeichnet wurde, und Frankreich in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Absatz 5 jener Erklärung sich untereinander und, wie es die Gelegenheit fordert, mit anderen Mitgliedern der Vereinten Nationen im Hinblick auf solch gemeinsames Vorgehen von Seiten der Organisation besprechen, wie es zum Zwecke der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit notwendig sein mag.

Artikel 107: Nichts in der vorliegenden Urkunde soll das Vorgehen ungültig machen oder ausschließen, das in Beziehung auf irgendeinen Staat, welcher während des Zweiten Weltkrieges ein Feind irgendeines der Unterzeichner der vorliegenden Urkunde war, als ein Ergebnis jenes Krieges von den für solches Vorgehen verantwortlichen Regierungen eingeschlagen oder genehmigt wurde.

KAPITEL XVIII: ZUSATZE

Artikel 108: Zusätze zu der vorliegenden Urkunde sollen für alle Mitglieder der Vereinten Nationen in Kraft treten, wenn sie, nachdem zwei Drittel der Mitglieder der Vollversammlung dafür gestimmt haben, angenommen und von zwei Dritteln der Mitglieder der Vereinten Nationen, einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Prozessen, ratifiziert worden sind.

Artikel 109: 1. Eine allgemeine Konferenz der Mitglieder der Vereinten Nationen zum Zwecke der Überprüfung der vorliegenden Urkunde kann an einem von einem Zweidrittelvotum der Mitglieder der Vollversammlung und von einem Votum von sieben Mitgliedern des Sicherheitsrates zu bestimmenden Zeitpunkt und Ort abgehalten werden. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen soll eine Stimme auf der Konferenz haben.

2. Jede Änderung der vorliegenden Urkunde, die durch ein Zweidrittelvotum der Konferenz vorgeschlagen wurde, soll wirksam werden, wenn sie von zwei Dritteln der Mitglieder der Vereinten Nationen, einschließlich aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Prozessen ratifiziert wurde.

3. Wenn solch eine Konferenz nicht vor der zehnten Jahresitzung der Vollversammlung nach dem Inkrafttreten der vorliegenden Urkunde abgehalten worden ist, soll der Vorschlag,

eine solche Konferenz einzuberufen, auf die Tagesordnung jeder Sitzung der Vollversammlung gesetzt werden, und die Konferenz soll abgehalten werden, wenn dies durch ein Mehrheitsvotum der Mitglieder der Vollversammlung und durch ein Votum von sieben beliebigen Mitgliedern des Sicherheitsrates beschlossen wird.

KAPITEL XIX: RATIFIKATION UND UNTERZEICHNUNG

Artikel 110: 1. Die vorliegende Urkunde soll von den Unterzeichnerstaaten in Übereinstimmung mit ihren jeweiligen verfassungsmäßigen Prozeduren ratifiziert werden.

2. Die Ratifikationsurkunden sollen bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt werden, welche alle Unterzeichnerstaaten sowie den Generalsekretär der Organisation nachdem er ernannt worden ist, von jeder Hinterlegung in Kenntnis setzen soll.

3. Die vorliegende Urkunde soll in Kraft treten bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch die Chinesische Republik, Frankreich, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika und durch eine Mehrheit der anderen Unterzeichnerstaaten. Darauf soll ein Protokoll über die hinterlegten Ratifikationsurkunden von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika aufgesetzt werden, welche alle Unterzeichnerstaaten Abschriften davon zukommen lassen soll.

4. Die Staaten, welche die vorliegende Urkunde unterzeichnen und sie, nachdem sie in Kraft getreten ist, ratifizieren, werden dem Tage der Hinterlegung ihrer jeweiligen Ratifikationsurkunden ursprüngliche Mitglieder der Vereinten Nationen werden.

Artikel 111: Die vorliegende Urkunde, deren chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut in gleicher Weise authentisch ist, soll in den Archiven der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika aufbewahrt werden. Gebühren beglaubigte Abschriften davon sollen von dieser Regierung den Regierungen der anderen Unterzeichnerstaaten übergeben werden.

Im Vertrauen worauf die Vertreter der Vereinten Nationen an der vorliegenden Urkunde unterzeichnet haben.

Gegeben in der Stadt San Francisco am sechszwanzigsten Tage des Juni eintausendneunhundertfünfundvierzig.

DIE 51 MITGLIEDER DER VEREINTEN NATIONEN

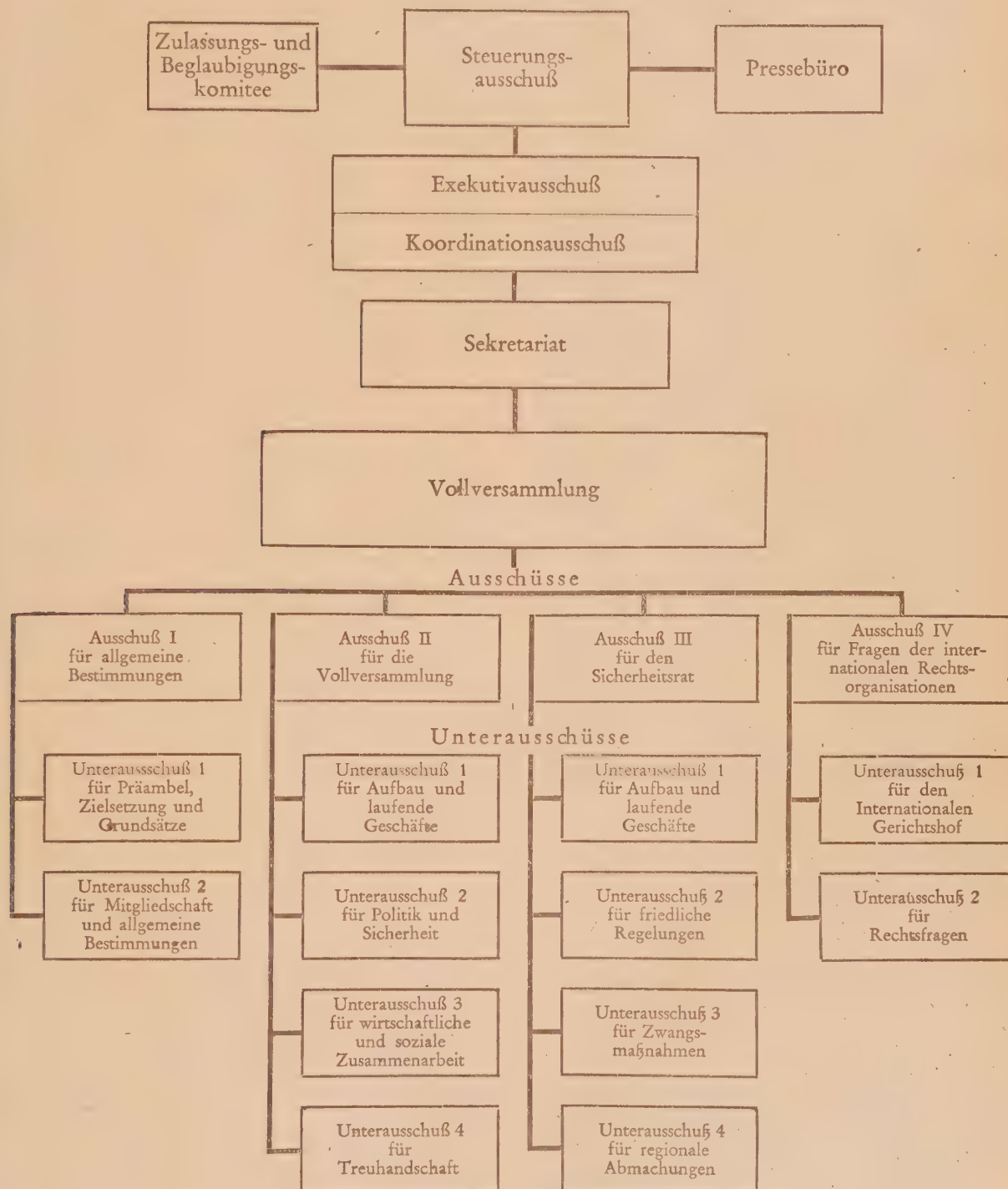
	Fläche in qkm, 1928	Bevölkerungszahl
Ägypten	979 530	16 773 000
Äthiopien	1 120 400	5 300 000
Argentinien	2 789 460	13 709 000
Australien	7 938 830	7 197 000
Belgien	30 444	8 247 000
Bolivien	1 332 800	3 596 000
Brasilien	8 511 190	41 565 000
Bjelo-Rußland*)		10 400 000
Chile	750 815	5 024 000
China	8 268 900	481 215 000
Costa-Rica	48 550	707 000
Dänemark	44 300	3 870 000
Dominikan. Republik	48 575	1 768 000
Ecuador	451 180	3 086 000
El Salvador	34 152	1 830 000
Frankreich	551 000	40 000 000
Griechenland	122 930	7 336 000
Großbritannien	242 000	47 786 000
Guatemala	109 725	3 284 000
Haiti	28 675	2 719 000
Honduras	154 305	1 201 000
Indien	4 675 620	388 998 000
Irak	371 000	3 700 000
Iran	1 627 000	15 055 000
Jugoslawien	248 990	15 920 000
Kanada	9 251 935	11 507 000
Kolumbien	1 283 400	9 390 000
Kuba	114 525	4 779 000
Libanon		1 028 000
Liberien	95 400	1 500 000
Luxemburg	2 585	301 000
Mexiko	1 965 150	19 474 000
Niederlande	34 223	9 076 000
Neu-Seeland	268 600	1 639 000
Nicaragua	118 450	1 380 000
Norwegen	143 000	3 001 000
Panama	74 520	632 000
Paraguay	453 100	1 040 000
Peru	1 355 050	7 023 000

Philippinen		16 971 000	Ukraine*)	451 700	40 200 000
Ägypten	388 390	32 390 000	Uruguay	178 700	2 185 000
Saudi-Arabien		4 520 000	Venezuela	1 020 400	3 951 000
Sowjet-Union	21 342 500	187 581 000	Vereinigte Staaten	7 820 065	138 955 000
Südafrik. Union	1 223 330	10 522 000			
Äthiopien		2 704 000			
Tschechoslowakei	140 408	14 200 000			
Frankreich	1 280 500	18 871 000			

Bei einigen Staaten sind für die Bevölkerung Vorkriegszahlen angegeben.

*) Diese Angaben sind in den Zahlen der Sowjet-Union enthalten.

Organisationsschema der Konferenz der Vereinten Nationen in San Franzisko



ANMERKUNGEN

Am 20. November 1946 unterzeichneten die Vertreter von Afghanistan, Island und Schweden die Charta der Organisation der Vereinten Nationen und gaben damit die Anzahl der Mitglieder auf vierundfünfzig.

Auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 war der Völkerbundspakt in dem Ausschuss vorbereitet worden, in dem die Großmächte unter den Alliierten Assoziierten Mächten eine Mehrheit besaßen. Trotzdem wurde damals eine Abstimmung über die strittigen Probleme nicht zugelassen. Während der beiden Versammlungen, in denen der Völkerbundspakt angenommen wurde, hatten

die Staaten, die in dem vorbereitenden Ausschuss nicht vertreten waren, keine Gelegenheit, Änderungen des Textes vorzuschlagen.

3) Die angeführten Bezeichnungen der Kapitel und Abschnitte beziehen sich auf den Vertragsentwurf von Dumbarton Oaks. Dort entsprach Kapitel VI dem späteren Kapitel V (Sicherheitsrat) der Charta von San Francisco und Kapitel VIII, Abschnitt C, dem Kapitel VIII, Artikel 52 bis 54 (regionale Abmachungen) der Charta von San Francisco.

UNESCO

Die Organisationen der Vereinten Nationen für Erziehung, Kultur und Wissenschaft

Vorgeschichte

Im Völkerbundspakt waren keine Bestimmungen über die internationale Zusammenarbeit in Fragen der Erziehung, der Kultur und der Wissenschaft vorgesehen. Bestrebungen, durch entsprechende Abmachungen eine feste Grundlage der Völkerverständigung zu schaffen, scheiterten damals am Einspruch der Diplomaten, die eine internationale Zusammenarbeit auf diesen Gebieten, insbesondere in Fragen der Erziehung, als gefährliche Beeinträchtigung der nationalen Souveränität empfanden. Der Vorschlag eines belgischen Delegierten auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919, einen internationalen Ausschuß für geistige Beziehungen im Rahmen des Völkerbundes zu gründen, wurde nicht angenommen. Ohne sich jedoch durch diese Ablehnung entmutigen zu lassen, nahm die belgische Delegation auf der ersten Vollversammlung des Völkerbundes im Jahre 1920 diese Frage wieder auf und setzte sich unter Führung des Senators *Henri La Fontaine* nachdrücklich für eine Förderung der Zusammenarbeit der Geistesarbeiter ein. Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Polen, Rumänien, Spanien und die Schweiz unterstützten diese Initiative, die auch bei den latein-amerikanischen Staaten starken Widerhall fand. Eine indirekte Unterstützung fanden diese Bemühungen durch die gleichzeitig laufenden Vorbereitungen für die Einrichtung internationaler Dienste auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Am 18. Dezember 1920 nahm die Völkerbundsversammlung eine Empfehlung an, in der die Bildung einer Organisation für geistige Zusammenarbeit vorgeschlagen wurde. Nach weiteren ausführlichen Erörterungen legte am 2. September 1921 der französische Vertreter im Völkerbund, *M. Léon Bourgeois*, den Entwurf einer Organisation für geistige Zusammenarbeit vor, die vor allem den wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch fördern und das Studium internationaler Fragen unterstützen sollte.

Dieser Entwurf wurde vom Völkerbundsrat gebilligt und am 21. September 1921 der Völkerbundsversammlung vorgelegt, die dann ihrerseits den Rat ermächtigte, einen Ausschuß zur Prüfung der Fragen der internationalen Zusammenarbeit zu bilden. So entstand der Internationale Ausschuß für Geistige Zusammenarbeit als beratende Körperschaft des Völkerbundsrates. Unter dem Vorsitz des Philosophen *Henri Bergson* gehörten diesem Ausschuß unter anderen an: *Mme. Marie Curie*, Professor *Albert Einstein*, Dr. *Robert Millikan*, Professor *Gilbert Murray*, *Gonzague de Reynold* und Senator *Ruffini*.

Der Ausschuß trat zum ersten Mal im August 1922 zusammen und legte im September dem Völkerbundsrat seine Geschäftsordnung vor. Steigendes internationales Interesse veranlaßte die Völkerbundsversammlung, die Mitgliedschaft zu erweitern. Allerdings waren zunächst die zur Verfügung stehenden Geldmittel so gering, daß der Ausschuß sich an verschiedene Regierungen mit der Bitte um finanzielle Hilfe wandte. Im Juli 1924 schlug die französische Regierung dem Völkerbund die Bildung eines Institutes für geistige Zusammenarbeit mit Sitz in Paris vor. Dieser Vorschlag fand am 23. September 1924 die Billigung der Völkerbundsversammlung. Im Januar 1926 begann das Institut seine Tätigkeit unter der Aufsicht des Ausschusses für geistige Zusammenarbeit. Erster Vorsitzender des Institutes war *Edouard Herriot*. Im September 1926 fand seine Tätig-

keit die offizielle Anerkennung durch die Völkerbundsversammlung und erhielt dadurch den gleichen internationalen Status wie andere Völkerbundsorgane, zum Beispiel das Internationale Arbeitsamt.

Der Ausschuß für geistige Zusammenarbeit und das *Harvard* Institut begannen ihre Tätigkeit in bescheidenem Rahmen. Ihre ersten Ziele waren: Förderung des Gedankenaustausches zwischen den Universitäten, Austausch von technischen Erfahrungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen zwischen Bibliotheken und kunsthistorischen und archäologischen Instituten, Vorbereitung einer internationalen wissenschaftlichen Terminologie, Vorbereitung von Unterrichtsmaterial für Schulen über die Ziele des Völkerbundes und über die Grundlagen internationaler Zusammenarbeit und Unterstützung bereits bestehender Akademien und wissenschaftlicher Gesellschaften.

Darüber hinaus nahm der Ausschuß einen groß angelegten Plan für die Bildung nationaler Unterausschüsse an. Die Unterausschüsse sollten von Vertretern aller Wissensgebiete gebildet werden und als Zwischenglied zwischen dem internationalen Ausschuß für geistige Zusammenarbeit und bedeutenden Persönlichkeiten des Geisteslebens in den verschiedenen Ländern dienen. Auch die Katholische Universität für Internationale Studien und die Interparlamentarische Union entschlossen sich, Ausschüsse für geistige Zusammenarbeit in Verbindung mit dem Völkerbunds ausschuß zu bilden. In diesen groß angelegten Plänen beschränkte sich der Völkerbunds ausschuß jedoch in erster Linie darauf, als Bindeglied zwischen bereits bestehenden wissenschaftlichen Organisationen zu dienen und deren Arbeit zu unterstützen, ohne zu versuchen, sie zu verdrängen. Mit Hilfe des *Harvard* Institutes berief der Völkerbunds ausschuß internationale Kongresse von Vertretern der nationalen Unterausschüsse ein. Die erste Zusammenkunft dieser Art, auf der bereits über 40 Unterausschüsse vertreten waren, fand 1928 Genf statt, eine weitere 1937 in Paris. Dazwischen fanden Konferenzen über Hochschulbildung, über den Schutz von Kunstwerken und historischen Gebäuden und über wissenschaftliche Zusammenarbeit statt. Ständige Unterausschüsse bearbeiteten Fragen des Urheberrechts, des Rundfunkwesens und des Schulfilms, des Museumswesens, der Dokumentation und der wissenschaftlichen, literarischen und künstlerischen Zusammenarbeit. Daneben führte der Ausschuß eine Reihe von wichtigen Aufgaben internationaler Art durch: so 1924 die Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die Verwendung des Rundfunks als Mittel zur Völkerverständigung und einer Deklaration zum Geschichtsunterricht, von der Völkerbundsversammlung zur Vorlage an alle Mitgliedstaaten angenommen wurde; im Auftrag des Internationalen Arbeitsamtes wurde eine Untersuchung über die Bedeutung der Volksbüchereien für die Freizeitgestaltung der Arbeiter durchgeführt; einer Anregung der chinesischen Regierung folgend wurde eine internationale Mission zur Reorganisation des chinesischen Schulwesens gebildet.

Der Ausbau offizieller und inoffizieller internationaler Verbindungen auf allen Gebieten des Geisteslebens erschöpfte sich jedoch nicht im Organisatorischen, sondern fand seinen geistigen Rückhalt in der aktiven Mitarbeit der führenden Köpfe der Zeit, darunter *Paul Valéry*, *Salvador de Madariaga*, *Thomas Mann*, *Gabriela Mistral*, *Alfonso Reyes*, *T'sai Yuan-Pei*, *Miguel de Unamuno* und *Thorton Wilder*.

eben dem Institut für geistige Zusammenarbeit war 1928 unter dem Titel „Internationale Studienkonferenz“ eine Körperschaft für die Koordinierung wissenschaftlicher Studien über internationale Fragen entstanden. Aus kleinen Anfängen erwuchs ein Organ für zusammenhängende internationale Untersuchungen, an denen schließlich mehr als nationale und internationale Institutionen teilnahmen. Themen dieser Studienkonferenzen waren: „Der Staat und das Wirtschaftsleben“, „Kollektive Sicherheit“ und „Wirtschaftspolitik und Erhaltung des Friedens“. Das letzte Thema wurde Ende August 1939, schon im Schatten des zweiten Weltkrieges, auf einer Konferenz in Bergen (Norwegen) besprochen²⁾. Die dort versammelten Delegierten einigten sich für die nächste Studienperiode auf das Thema „Internationale Organisation“, das in den ersten Kriegskonferenzen auf Zusammenkünften in Genf, Den Haag und Paris diskutiert wurde.

Die finanziellen Lasten der immer umfangreicheren Tätigkeit des Institutes für geistige Zusammenarbeit wurden dahin immer noch zum größten Teil von der französischen Regierung getragen. Erst 1938 entwarf der Völkerbundsausschuß für geistige Zusammenarbeit ein internationales Abkommen, das eine Verbreiterung der organisatorischen Basis des Institutes und eine Verstärkung der finanziellen Beihilfe anderer Staaten vorsah. Dieses Abkommen wurde im September 1938 vom Völkerbundsrat angenommen und fand im Dezember desselben Jahres auf einer Konferenz in Paris die Unterstützung vieler Staaten, darunter auch der Vereinigten Staaten von Amerika. Nach der Ratifizierung durch acht Staaten wurde das Abkommen am 31. Januar 1940 rechtskräftig. Es wurde von folgenden Staaten unterzeichnet: Ägypten, Albanien, Argentinien, Brasilien, Chile, China, Kolumbien, Dominikanische Republik, Ecuador, Frankreich, Litauen, Mexiko, Monaco, Niederlande, Norwegen, Paraguay, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Uruguay und Venezuela.

Kurz nachdem in Paris das internationale Abkommen über geistige Zusammenarbeit unterzeichnet worden war, trafen sich im Januar 1939 in Santiago (Chile) die Vertreter der amerikanischen Ausschüsse. Der Plan einer engeren Zusammenarbeit der amerikanischen Ausschüsse war bereits 1937 auf der Pariser Konferenz der nationalen Unterausschüsse entstanden. Eine zweite interamerikanische Konferenz trat im November 1941 in Havanna (Kuba) zusammen. In den Anschlüssen dieser Konferenz wurde die Schaffung einer neuen vorläufigen Zentrale für geistige Zusammenarbeit in Amerika gefordert. Gleichzeitig wurde die Gründung eines interamerikanischen Ausschusses für geistige Zusammenarbeit unter dem Vorsitz des Brasilianers Dr. Miguel Osorio de Almeida beschlossen. Einen Monat später griff der zweite Weltkrieg auf Amerika über. Der Interamerikanische Ausschuß trat erst im Oktober 1943 wieder zusammen. Auf einer Konferenz, die in den Räumen der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden und der Pan-Amerikanischen Union stattfand, wurde beschlossen, in Havanna (Kuba) eine Zentrale für geistige Zusammenarbeit zu schaffen und einen Exekutiv-Ausschuß mit ihrer Verwaltung zu betrauen. An Länder außerhalb des amerikanischen Kontinentes, die der Erhaltung der Prinzipien geistiger Freiheit und Zusammenarbeit interessiert waren, erging die Einladung zur Mitarbeit. Der Interamerikanische Ausschuß legte dann ein Programm mit folgenden Hauptpunkten fest:

1. Untersuchung des gegenwärtigen Standes der internationalen Zusammenarbeit.
2. Untersuchung der Rechte und Pflichten des geistigen Menschen im politischen und sozialen Kampf.
3. Eingehende Studien über die Meinungsfreiheit.
4. Übersicht über die Erziehungsverhältnisse in den von den Achsenmächten besetzten Gebieten.
5. Entwicklung erzieherischer Maßnahmen zur Förderung des Friedens.

6. Untersuchung wirtschaftlicher Einflüsse auf die geistige Arbeit und des Rechtsschutzes für geistiges Eigentum.
7. Unterstützung von Geistesarbeitern aus den besetzten Gebieten.
8. Ausarbeitung von Mitteln zur Förderung des Nachrichtenwesens.
9. Vorbereitung von Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung von Kunstwerken und historischen Bauwerken in den besetzten Gebieten.
10. Ausarbeitung von Plänen, die dem kulturellen und geistigen Ideenaustausch den gebührenden Platz in der Nachkriegswelt sichern und den Austausch von Lehrern und Studenten zwischen den Universitäten fördern sollen.

Die Gründung der UNESCO

An anderer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen (vergleiche Europa-Archiv Seite 337), welchen bedeutenden Einfluß die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden auf die Formulierung der Grundsätze der neuen internationalen Ordnung genommen hat. Die Vorschläge für das Programm der künftigen internationalen Zusammenarbeit auf geistigem Gebiet, die im Oktober 1943 in den Räumen der Carnegie-Stiftung formuliert wurden, sind eine konkrete Fassung dessen, was in der gleichzeitig fertiggestellten Veröffentlichung der Stiftung über das Völkerrecht der Zukunft als Organisation des kulturellen und wissenschaftlichen Gedankenaustausches gefordert wurde. Die Konferenzen von Dumbarton Oaks und San Franzisko legten nur die Grundzüge der neuen Organisation fest und befaßten sich nicht mit dem inneren Aufbau der Untergliederungen. Artikel 57 der Charta der Vereinten Nationen sieht vor, daß internationale Organisationen auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, erzieherischem und hygienischem Gebiet der Organisation der Vereinten Nationen angeschlossen werden können. Die organisatorische Zusammenfassung, Beratung und Überwachung solcher Körperschaften ist Aufgabe des Wirtschafts- und Sozialrates (Artikel 63). Er hat darüber an die Vollversammlung zu berichten. Der Wirtschafts- und Sozialrat hat also in wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, erzieherischen und wissenschaftlichen Fragen die Funktionen des Völkerbundsrates übernommen. Die Bedeutung dieser Fragen für die Aufrechterhaltung des Friedens wurde nun klarer erkannt als zur Zeit des Völkerbunds Paktes. Auch das Mißtrauen und der Widerstand der Regierungen gegenüber internationaler Intervention auf diesen Gebieten war geringer geworden.

Mit der Ausarbeitung des Statutes einer neuen Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft und der Übernahme der Tätigkeit des Völkerbundes auf diesen Gebieten befaßte sich zunächst ein vorbereitender Ausschuß, der am 1. November 1945 in London zusammentrat. Dort konstituierte sich ein Vorbereitungsausschuß der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Kultur und Wissenschaft. Zum Generalsekretär dieses vorbereitenden Ausschusses wurde auf dieser ersten Tagung der bekannte englische Biologe Julian Huxley berufen. Huxley, dessen Familie sich durch vielseitige geistige Tätigkeit hervorgetan hat — sein Großvater war Freund und Vorkämpfer der Ideen von Charles Darwin und sein Bruder, Aldous Huxley, gehört zu den bedeutendsten Schriftstellern der Gegenwart — hat sich neben seiner naturwissenschaftlichen Tätigkeit mit politischen und philosophischen Themen, mit der Herausgabe biologischer Lehrbücher und mit Fragen des Kulturfilms befaßt.³⁾

Das Sekretariat des vorbereitenden Ausschusses umfaßte die Abteilungen für Erziehung, Kunst, Geisteswissenschaften und Philosophie, Naturwissenschaft, Museen, Bibliothekswesen und Veröffentlichungen. Massenbeeinflussung (Radio, Film und Presse) und Wiederaufbau. Die Sowjet-Union nahm an der ersten Tagung vom 1. bis zum 16. November 1945 nicht teil. Im Juli 1946 fand eine weitere Tagung des

vorbereitenden Ausschusses in London statt, auf der besonders die geistige Unabhängigkeit der UNESCO gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen betont wurde.

Nach Abschluß der Arbeiten des vorbereitenden Ausschusses eröffnete am 19. November der französische Ministerpräsident *Bidault* im Amphitheater der Sorbonne die konstituierende Vollversammlung der UNESCO. Er bedauerte, daß die Sowjet-Union der Konferenz nicht beiwohnen werde, sprach jedoch die Hoffnung aus, daß sie sich doch schließlich zum Eintritt in die neue Organisation entschließen werde. Nach dem französischen Ministerpräsidenten sprach der stellvertretende Rektor der Sorbonne, Professor *Roussy*; er betonte vor allem: „Da der Krieg im Denken der Menschheit entsteht, muß die Verteidigung des Friedens ebenfalls beim Denken beginnen.“

Der Leiter der britischen Abordnung, *Hardman*, parlamentarischer Unterstaatssekretär im britischen Erziehungsministerium, erklärte in seiner Rede, es sei die Aufgabe dieser Zusammenkunft, für die Freiheit des menschlichen Geistes zu wirken. Archibald *MacLeish*, der in Vertretung des amerikanischen Unterstaatssekretärs *Benton* die Delegation der Vereinigten Staaten führte, erklärte, ohne Mitarbeit der Russen werde die UNESCO ihren Zweck verfehlen. Er meinte, die Russen seien nicht grundsätzlich gegen die Ziele der neuen Organisation, sie wollten nur erst abwarten, wie sie sich entwickle. Im Laufe weiterer Vollversammlungen setzten sich vor allem die Vertreter der angelsächsischen Länder für die Aufstellung eines praktischen Erziehungsprogrammes ein. Archibald *MacLeish* gab die vier Hauptpunkte des Programms der Vereinigten Staaten bekannt: internationalen Lehrer- und Studentenaustausch im großen Stil, Überprüfung der Geschichtsbücher der Welt, um einen gemeinsamen Wahrheitsnenner (a common denominator of truth) zu finden, internationalen Leihdienst der Universitäten und Rundfunkdienst der UNESCO, der in allen Teilen der Erde hörbar sein soll. Die britische Delegation setzte sich vor allen Dingen für die Bekämpfung des Analphabetentums und den Ausbau des Volksschulwesens in den kulturell weniger entwickelten Ländern ein. Der englische Schriftsteller *Priestley* wandte sich gegen die Auffassung, daß die Funktionen der UNESCO auf akademische Dinge beschränkt bleiben sollten. Er sagte: „Unsere Pläne sind vor allem rein praktischer Natur, und die Ergebnisse werden sich in den nächsten zwölf Monaten zeigen.“ Vor allem die jugoslawische Delegation übte starke Kritik an der Tätigkeit der Konferenz, die sie als antimarxistisch und zu theoretisch bezeichnete. Der niederländische Vertreter, *Eidenburg*, bedauerte die Abwesenheit Deutschlands: „Wir dürfen Deutschland nicht abkapseln, sondern sollten die Augen des deutschen Volkes öffnen.“ Der Hauptteil der umfangreichen Tätigkeit der Konferenz wurde in den verschiedenen Unterausschüssen erledigt.

Der Unterausschuß für Theater und Literatur nahm einen Vorschlag *Priestleys* zur Schaffung eines internationalen Theaterinstitutes mit nationalen Zweigstellen an. Außerdem wurde die Errichtung eines literarischen Vermittlungsdienstes erörtert, der in erster Linie kleineren Staaten zugute kommen soll, die nicht in der Lage sind, von weltbekannten Schriftstellern Verlagsrechte zu erwerben. Der Unterausschuß für Erziehung besprach einen Plan zur Revision der Schulbücher, nach dem alle Lesestücke entfernt werden sollen, die einer internationalen Verständigung abträglich sein können. Für 1947 wurde eine internationale Konferenz zur Bereinigung des Geschichtsunterrichtes vorgesehen, weiterhin die Bildung eines internationalen Erziehungsseminars und eines Ausschusses zum Studium der Lage der Volks- und Mittelschulen. Der Kunstauschuß befaßte sich mit Plänen für internationalen Kunstaustausch und für praktische Hilfeleistungen an bildende Künstler, Musiker und Schriftsteller.

Der Plan eines Welt-Copyright-Abkommens wurde besprochen. Der Ausschuß für Massenbeeinflussung beschloß die Schaffung einer Welt-Funk-Universität zur Abhaltung

von Sendereihen internationaler Autoritäten, die von Rundfunknetzen der ganzen Welt übernommen werden sollen, und die Behebung von Kriegsschäden auf dem Gebiet des Rundfunks, der Presse, des Verlagswesens und des Film in Europa und im Fernen Osten. Im Rahmen einer Diskussion regte die französische Delegation insbesondere die rechte Verteilung von Papier für Presse und Verlagswesen an. Der Unterausschuß für Wiederaufbau befaßte sich allem mit der Sicherstellung und Rückgabe der im Krieg verstreuten Bibliotheken und Kunstschatze. Von amerikanischer und holländischer Seite wurde auf den schlechten Zustand der Denkmäler und Kunstwerke und die Gefährdung wissenschaftlicher Sammlungen in Deutschland hingewiesen und beantragt, die UNESCO solle deshalb bei den Besatzungsmächten vorstellig werden. Der philosophische Unterausschuß billigte die Schaffung einer Zentralstelle zum Studium internationaler Beziehungen und einer Vermittlungsstelle für die philosophischen Institute der Welt. Der naturwissenschaftliche Unterausschuß schlug die Errichtung von wissenschaftlichen Stationen im Fernen Osten, im Mittleren Osten und in Latein-Amerika als internationale wissenschaftliche Verbindungsstellen vor.

Eines der schwierigsten Probleme für die Konferenz war die Wahl des Generaldirektors der neuen Organisation, dessen Amtszeit auf sechs Jahre vorgesehen war. Der 18 Mitgliedern bestehende Exekutiv-Ausschuß beriet über zwei Wochen hinter verschlossenen Türen über die Thema. Als Kandidaten wurden neben dem bisherigen Generalsekretär *Huxley* der frühere amerikanische Generalsanwalt *Francis Biddle*, der Professor der Harvard Universität *Dr. H. A. Wilson* und der tschechische Außenminister *Jan Masaryk* genannt. Schließlich wurde *Julius Huxley* gewählt; er erklärte jedoch, daß er nicht in der Lage sein werde, diesen Auftrag länger als zwei Jahre übernehmen. Pressemeldungen lassen darauf schließen, daß es sich dabei um eine Kompromißlösung handelte, die durch Vereinbarungen der britischen und amerikanischen Delegation zustande kam.

Für die Ausgaben der Organisation im kommenden Jahr wurden sechs Millionen Dollar vorgesehen, zuzüglich 950 000 Dollar zur Deckung der Kosten des Vorbereitungsausschusses. Über die Aufbringung dieser Summe wurde noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die Konferenz schloß am 10. Dezember 1946.

Die Bedeutung der UNESCO

Die Kommentare der Weltpresse zur Gründungsversammlung der UNESCO zeichneten sich durch überraschende Ungenauigkeit aus. Die Verantwortung hierfür wurde von den Berichterstattern der Konferenz selbst zugeschoben, die Presse gegenüber besonders zurückhaltend gewesen sei. Dies sei um so verwunderlicher, als es doch eines der wesentlichsten Ziele der Organisation sei, den freien Meinusaustausch in der Welt zu fördern. Berichterstatter wies insbesondere darauf hin, daß nicht einmal die Sitzung des Welt sicherheitsrates unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführt würden.

Die Tätigkeit der Völkerbundsorgane auf dem Gebiet der geistigen Zusammenarbeit ist in Verbindung mit der Konferenz, soweit wir wissen, nicht gewürdigt worden. Was es scheint, wurde durch die Ereignisse des zweiten Weltkriegs eine so weite Kluft gegenüber der Vergangenheit aufgerissen, daß das Gefühl für den Zusammenhang zwischen der UNESCO und ihrer Vorgängerin, der Völkerbundsorganisation für geistige Zusammenarbeit, verloren gegangen ist. Tatsächlich bedeutete ja die zeitweilige Verlegung der Zentrale geistiger Zusammenarbeit auf den amerikanischen Kontinent nicht nur eine räumliche Verschiebung. Sie führte unter dem überwiegenden Einfluß der amerikanischen Geisteswelt zu einer völligen Verlagerung Wertakzente. An die Stelle der vorwiegend von europäischen Traditionen geprägten humanistischen und intellektuell akademischen Ausrichtung trat die mehr lebenspraktische, w

legend soziale und pädagogische Haltung der angelsächsischen Welt. Es bleibt für Europa sicherlich eine große Verdichtung gegenüber der angelsächsischen Welt, daß sie die Prinzipien unserer Zivilisation wahrte, während die Flut der Barbarei den alten Kontinent überspülten. Die Tatsache, daß nun wiederum Paris Sitz der Zentrale für geistige Zusammenarbeit geworden ist, sollte jedoch nicht nur die äußere Geste bleiben, sondern auch zum Anfang einer neuen Heimkehr werden.

Als französischer Delegierter zur UNESCO schrieb Francis Mauriac im Figaro: „Das, was die Spezialisten vortragen, kann einen, je nach Temperament, rühren oder ärgern: Austausch, Forschungen, Übersetzungsbüros, Kontakte der Schulbücher, Kampf gegen das Analphabetentum. Als wenn es darum ginge! Nicht etwa, daß alle diese Dinge unnötig oder schlecht wären. Aber welche Disproportion zwischen dem Übel, das uns vernichtet, das den Kern unseres Seins zerfrißt, und diesen peripheren Heilmitteln! Wie kann man unsere großen Männer darauf aufmerksam machen, welchen neuen und wörtlichen Sinn für unsere Generation der Satz gewonnen hat: „Was nützt es den Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, und nimmt doch Schaden an seiner Seele?“

Man wird vielleicht annehmen dürfen, daß mangelnde Aufgeschlossenheit für die bleibenden menschlichen

Werte auch der tiefste Grund für die Verdunklung des östlichen Fensters dieser Konferenz ist, deren Türen nach dem Westen so weit geöffnet waren. Es wäre dies ein Grund mehr, sich um die Rückkehr einer wahrhaft europäischen Geisteshaltung zu bemühen. „Was Europa hervorgebracht hat, muß mit der Kraft, die aus Demütigung und Leiden kommt, überwunden und fortgebildet werden. Hier liegt die Chance für uns, im Leben zu bleiben“ (Karl Jaspers, vergl. Europa-Archiv I, Seite 318).

Wilhelm Cornides

ANMERKUNGEN

¹⁾ Näheres dazu in: Pioneers in World Order. Ed. Harriet Eager Davies, Columbia University Press, New York 1944.

²⁾ Als inoffizielle Zusammenfassung erschien 1941 ein Buch von J. B. Condliffe: The Reconstruction of World Trade, A Survey of international Economic Relations.

³⁾ Biographische Angaben: Geboren 22. Juni 1897 Erziehung in Eton, Oxford und am Balliol College. M. A. (Master of Arts) Dr. phil. und D. Sc. (Doctor of Science - Dr. rer. nat.) Lektor für Zoologie am Balliol College 1910/12, Assistent am Rice Institut in Houston (Texas, USA) 1913/16, Leutnant im Stab des britischen Hauptquartiers in Italien 1918, 1919 Heirat einer französischen Schweizerin (2 Söhne), Mitglied des Kollegiums des New College und Chefassistent für Zoologie an der Universität Oxford 1919/23, nahm 1921 an der Spitzbergen-Expedition der Universität Oxford teil, Professor für Zoologie am King's College in London 1925/27, Honorar-Professor am King's College 1927/35, Sekretär der Zoologischen Gesellschaft in London 1935/42, Biologischer Redakteur der Encyclopaedia Britannica, Generalinspektor für naturwissenschaftliche Kulturfilm. Mitglied der Royal Society. — Adresse: 31 Pond Street, Hampstead, London.

Der amerikanische Roman seit 1933

Kurze Biographien zeitgenössischer Autoren

Als Ergänzung zu dem in der dritten Folge des EUROPA-ARCHIVS erschienenen Aufsatz „Der amerikanische Roman seit 1933“ legen wir im folgenden eine Reihe von kurzen Biographien der wichtigsten amerikanischen Autoren vor. Von der Möglichkeit, einzelne Autoren dem Gewicht ihrer Persönlichkeit entsprechend ausführlicher darzustellen als andere, weniger bedeutende, wurde in diesem Zusammenhang abgesehen. Es wurde vielmehr versucht, insbesondere den Autoren gerecht zu werden, deren Werke den deutschen Lesern weniger bekannt sind. Schriftsteller, deren Werke in größerem Umfang übersetzt wurden und deren Persönlichkeit und Darstellungsstil als bekannt vorausgesetzt werden können, werden daher im folgenden nur in möglichst knapper Form gewürdigt werden. Die Notwendigkeit, einer ziemlich großen Anzahl viel gelebter Autoren gerecht zu werden, zwingt ganz allgemein zu stichwortartigen Angaben, die jedoch geeignet erscheinen, im Zusammenhang mit dem Aufsatz über die Entwicklung des amerikanischen Romans ein Bild von der Situation der amerikanischen Literatur zu geben.

CONRAD AIKEN

Geboren 1889 in Savannah, Georgia, übte nach Studium an der Harvard-Universität — gleichzeitig mit T. S. Eliot — und Promotion freie Schriftstellertätigkeit in Boston, Italien und England aus. Nachdem er seit 1914 eine Reihe von Gedichtbänden veröffentlicht hat, erscheint 1927 sein erster Roman, „Blue Voyage“, der die Methode von James Joyce, den Strom des Bewusstseins wiederzugeben, benutzt, um Gedanken und Empfindungen der Passagiere auf einem Ozeandampfer zu schildern. Auch die späteren Kurzgeschichten und Romane von Aiken sind stark von der Psychoanalyse bestimmt und kreisen in der Mehrzahl um Ehen und erotisch-seelische Probleme des Mannes (Aiken hat als 17-jähriger Junge durch eine Familientragödie seine Eltern verloren). Weitere von Aiken veröffentlichte Bücher: „Great Circle“, 1933, „King Coffin“, 1935, die Geschichte eines neurotischen Mannes, „Conversation“, 1940, und die Kurzgeschichtensammlungen: „Bring! Bring!“, 1925, „Costumes by Eros“, 1928, „Among the Lost People“, 1934.

HERVEY ALLEN

Geboren 1889 in Pittsburgh, nimmt nach Besuch der Marineakademie in Annapolis und der Universität von Pittsburgh am ersten Weltkrieg teil und wird zweimal verwundet. Von 1920 bis 1922 dient er an der Harvard-Universität und lehrt danach Englisch

in Charleston und amerikanische Literatur in dem berühmten Frauen-College Vassar. Er gehört zum ersten Redaktionsstab der Saturday Review of Literature. Nach einer Reihe von Gedichtbänden schreibt er im Verlauf eines fünfjährigen Aufenthalts in Bermuda seinen ersten Roman, „Anthony Adverse“, der 1933 veröffentlicht und rasch zu einem der größten Best-seller Amerikas wird. 1938 erscheint der Roman „Action at Aquila“, 1940 „It Was Like This“, 1943 „The Forest and the Fort“ als erster Band einer geplanten fünfbandigen Romanreihe; diese soll den Sammelroman „The Disinherited“ tragen und wird die Geschichte Amerikas zwischen 1700 und 1840 behandeln. Der zweite Roman dieser Reihe, „Bedford Village“, ist 1944 erschienen.

SHERWOOD ANDERSON

lebte von 1876 bis 1941. Geboren in Camden, Ohio, trägt er vom zwölften Lebensjahr an durch Gelegenheitsarbeit zum Unterhalt seiner Familie bei. Mit sechzehn Jahren geht er als Arbeiter nach Chicago, nimmt am spanisch-amerikanischen Krieg 1897/98 teil, ist danach Leiter einer Farbenfabrik, dann Anzeigenagent in Chicago; bei seinem Bemühen, Schriftsteller zu werden, wird er von der sogenannten „Chicago-Gruppe“ — Dreiser, Carl Sandburg, Floyd Dell — unterstützt. 1918 geht er für ein Jahr nach Europa, erwirbt später eine Farm in Virginia und leitet dort in der kleinen Stadt Marion sowohl die demokratische wie die republikanische Zeitung. Anderson war viermal verheiratet. Die Romane Andersons bemühen sich vorwiegend um eine psychologische Erklärung der von inneren Konflikten zerrissenen Figuren. Die beiden ersten Bücher, „Windy McPherson's Son“, 1916, und „Marching Men“, 1917, werden beide von vielen Verlagen abgelehnt, bis sie schließlich angenommen und gedruckt werden. Es folgen der Geschichtenband „Winesburg, Ohio“, der gleich in seinem Erscheinungsjahr 1919 ein berühmtes Buch wird, „Poor White“, 1920, „Triumph of the Egg“, 1921, „Horses and Men“, 1923, aber nur „Dark Laughter“, 1925, nähert sich in seiner Auflagezahl dem Bestseller-Charakter. Weiter folgen die Geschichtensammlung „Death in the Woods“, 1933, die Romane: „Beyond Desire“, 1933, „No Swank“, 1934, „Kit Brandon“, 1936, außerdem Aufsätze und Betrachtungen in „Puzzled America“, 1935. Abgesehen davon, daß die meisten Bücher von Anderson ein starkes autobiographisches Element enthalten, veröffentlicht er 1924 das rein autobiographische „A Story-Teller's Story“ und 1926 „Tar, a Midwest Childhood“ mit autobiographischem Material. „Memoirs“ erschien 1942 aus Andersons Nachlaß. In deutscher Übertragung erschienen 1927 im Insel-Verlag „Vom Nirgend ins Nichts“, eine Novellensammlung, „Das Ei triumphiert“, und „Der Erzähler erzählt sein Leben“.

DOROTHY DODDS BAKER

geboren 1907 in Missoula, Montana, lebt nach Schul- und Universitätsbesuch in Kalifornien vorübergehend in Frankreich. Zurückgekehrt lehrt sie Latein an einer Privatschule in Kalifornien, während ihr Mann, der Dichter Howard Baker, Professor für Englisch an der Berkeley-Universität in Kalifornien ist. Dorothy Baker lebt jetzt in Massachusetts. Ihr erster Roman, „Young Man With a Horn“, 1938, über das Leben des Jazz-Musikers Leon Beiderbecke hat in Amerika großes Aufsehen erregt.

KAY BOYLE

geboren 1903 in St. Paul, Minnesota, hält sich in ihrer Kindheit häufig in Frankreich und in der Schweiz auf, heiratet mit 18 Jahren einen französischen Ingenieur, studiert Musik und arbeitet als Journalistin in New York, bevor sie 1922 mit ihrem Mann nach Frankreich übersiedelt. 1941 kehrt sie mit ihrem zweiten Mann nach den Vereinigten Staaten zurück und ist seit 1943 zum drittenmal verheiratet mit dem österreichischen Emigranten Joseph M. Frandenstein. 1945 geht sie als Kriegsberichterstatterin nach Frankreich und kehrt nach vorübergehendem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten im Herbst 1946 nach Europa zurück als Korrespondentin der Zeitschrift „New Yorker“, in der zahlreiche Kurzgeschichten von ihr veröffentlicht werden. Zwei ihrer Kurzgeschichten erhalten 1935 und 1941 den O'Henry-Preis für die beste amerikanische Kurzgeschichte des Jahres. Es erscheinen die Kurzgeschichten-Sammelbände: „Short Stories“, 1929, „Wedding-Day“, 1930, „First Lovers“, 1933, „White Horses of Vienna“, 1936, eine weitere Sammlung von 30 Kurzgeschichten im Herbst 1946 bei Simon & Schuster, sowie die Romane: „Plagued by the Nightingale“, 1931, „Year before Last“, 1932, „Gentlemen, I Address You Privately“, 1933, „My Next Bride“, 1934, „Death of a Man“, 1936, „Avalanche“, 1943, „A Frenchman Must Die“, 1946; ihr nächster Roman, „1939“, wird voraussichtlich im Frühjahr 1947 erscheinen. Übersetzungen von Kay Boyle aus dem Französischen und Deutschen schließen die „Amerikanische Elegie“ von Walter Mehring ein. — Ihre Bücher zeichnen sich durch gute Porträts, Präzision der Ausdrucksweise und spannungsreiche Handlung aus, die gelegentlich das Melodramatische streift. Den stärksten Einfluß haben nach ihrer eigenen Angabe Faulkner und Dostojewskij auf sie gehabt. Eine Kurzgeschichte von ihr ist in dem Band „Neu-Amerika. Zwanzig amerikanische Erzähler“ enthalten.

LOUIS BROMFIELD

geboren 1896 in Mansfield, Ohio, ist schottischer Abstammung. Mit 15 Jahren übt er seine erste journalistische Tätigkeit aus und besucht danach eine landwirtschaftliche Schule in der Absicht, als Landwirt die Farm seines Vaters zu übernehmen. Später Student an der Journalistenschule der Columbia-Universität in New York, verpflichtet er sich 1917, noch vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, freiwillig als Sanitäter in Frankreich. Nach dem Krieg bleibt er noch mehrere Jahre in Frankreich und kehrt später mit seiner Familie dorthin zurück. Seit 1939 lebt er wieder auf der Farm seiner Familie in Ohio, nebeneinander mit seinen Romanen und landwirtschaftlichen Versuchen beschäftigt. — Bromfield gilt unter den amerikanischen Autoren als der beste Vertreter einer reinen Erzählerkunst. Er ist der Verfasser verschiedener Schauspiele und einer großen Anzahl von erfolgreichen Romanen, die in viele europäische Sprachen und selbst ins Chinesische und Bengalische übersetzt worden sind: „The Green Baytree“, 1924; „Possession“, 1925; „Early Autumn“, 1926, mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet; „A Good Woman“, 1927; „Twentyfour Hours“, unter dem Titel: „Vierundzwanzig Stunden“ ins Deutsche übersetzt; „The Rains Came“, 1938, in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Der große Regen“ erschienen; „Night in Bombay“, 1939, in deutscher Übersetzung in der Schweiz erschienen; „Wild is the River“, 1941, dessen deutsche Übersetzung den Titel „Traum in Louisiana“ trägt; „Mrs. Parkinson“, 1943; „Pleasant Valley“, 1945; „What Became of Anna Bolton“, 1944. Bromfields Aufsätze über Politik, die verstärkte amerikanische Zivilisation, über Wirtschaft und Landwirtschaft sind in dem Sammelband „A Few Brass Tacks“ 1946 als 21. Buch von ihm erschienen.

PEARL BUCK, geb. Sydenstricker,

ist 1892 in Hillsboro, West-Virginia, als Tochter eines Missionar-Ehepaares geboren. Sie wächst in China auf, kehrt mit siebzehn Jahren nach Amerika zurück, studiert am Randolph Macon College, begibt sich darauf wieder nach China und heiratet dort den Missionar Dr. Buck. Ihr erster Roman, „East Wind, West Wind“, 1929, fällt nicht besonders auf, während der zweite Roman, „Good Earth“, 1931, ein großer amerikanischer Bestseller wird. 1934 kehrt sie endgültig in die Vereinigten Staaten zurück und hei-

ratet, inzwischen von Dr. Buck geschieden, Richard J. Walsh, Präsidenten des Verlagshauses John Day und Herausgeber der Zeitschrift „Asia“. Pearl Buck wird Redakteurin an dieser Zeitschrift und nimmt gleichzeitig an der Verlagsleitung teil. Sie lebt jetzt auf einer Farm in Pennsylvania mit zwei Töchtern und vier adoptierten Kindern. Sie schreibt acht Romane über China und zwei Biographien: eine über ihren Vater, „Fighting Angels“ und die zweite über ihre Mutter, „The Exile“. 1943 veröffentlicht sie „What America Means to Me“. Im Jahr zuvor, 1942, erscheinen der Roman „Dragon Seed“, der unter dem Titel „Drachensaat“ ins Deutsche übersetzt wurde, ferner „Die große Erde“, „Was mir Amerika bedeutet“, „Das Gelöbniß“ und andere.

BEN LUCIEN BURMAN

1895 in Covington, Kentucky, geboren, studiert an der Harvard-Universität und nimmt am Weltkrieg teil, wo er schwer verwundet wird. Er arbeitet als Reporter für „New York World“, bevor er beginnt, seine Romane zu schreiben, die den Mississippi, den Flussschiffer und das Leben der Menschen am Ufer des Flusses schildern: „Mississippi“, 1929, „Steamboat Round the Bend“, 1931, „Blow for a Landing“, 1938, „Big River to Cross“, 1940. Während des Krieges ist er Kriegsberichterstatter in Brazzaville, Afrika, Hauptquartier der französischen Vichy-Gegner, Das jüngste Buch „Rooster Crows for Day“, 1945, spielt in Afrika und schildert das Leben auf dem Kongo. Eine deutsche Übersetzung des Romans „Blow for a Landing“ ist unter dem Titel „Der große Strom“ 1939 erschienen. Alle Bücher Burmans sind verfilmt worden.

JAMES BRANCH CABELL

1879 in Richmond, Virginia, geboren, entstammt einer alten Virginia-Familie. Er studiert am berühmten William and Mary College, an dem er später auch zwischen verschiedenen journalistischen Anstellungen eine Zeitlang Französisch und Griechisch lehrt. Er arbeitet an der heimischen „Richmond Times“, dann zwei Jahre — 1899 bis 1901 — am „New York Herald“, kehrt darauf nach Richmond zurück, wo er sein Leben lang wohnbleibt und, nachdem er noch eine Zeitlang an den „Richmond News“ gearbeitet hat, das typische Leben eines „Virginia Gentleman“ führt — ohne Kontakt zu literarischen Kreisen, sehr zurückgezogen und im mäßigen Verkehr nur mit den alten Familien der Virginia-Gesellschaft, die von seiner literarischen Tätigkeit zumeist gar nichts ahnen. Leitgedanke seiner zahlreichen Romane ist, die Wirklichkeit des Lebens sei so unerfreulich, daß man Vergnügen und Glück nur finden könne, wenn man in der Reich der Phantasie flüchte, das nur durch dünne Fäden mit der Realität verknüpft zu sein brauche. Er erfindet zu diesem Zweck das Phantasieland Poictesme, in dem die meisten seiner Romane spielen, ein Königreich voller Anachronismen, in dem sich Menschen des Mittelalters mit denen späterer Jahrhunderte einschließlich des zwanzigsten Jahrhunderts, ebenso unbekümmert mischen wie Ironie und Romantik in der Erzählungsweise. Er nennt den Zyklus seiner Romane gleichzeitig einen Heldenepos und eine Komödie im Balzac'schen Sinne. In manchen Zügen erinnern seine Romane an Rabelais, Spenser, Voltaire und Anatole France. Bis 1932 schreibt er die lange Reihe seiner Poictesme-Romane, von denen der erste, „The Eagle's Shadow“, 1904 erschienen ist und „The Cream of the Jest“, 1917, und „Jurgen“, 1919, am meisten gelobt worden sind. Insbesondere „Jurgen“, die Geschichte eines Pfandleihers, der in einen Prinzen, einen Papst, einen Kaiser verwandelt wird, um sich am Ende wieder in seinem Laden zu finden, war einer der größten Bucherfolge des ersten Nachkriegsjahres in den Vereinigten Staaten von Amerika. Cabell bricht die Reihe nach 19 Romanen dieser Art ab — er hat im ganzen bis 1946 siebenundvierzig Bücher geschrieben — und veröffentlicht 1932 ein autobiographisches Buch, „These Restless Heads“, danach 1933 und 1934 „Special Delivery“ und „Ladies and Gentlemen“, zwei Sammlungen echter und erdachter Briefe. 1934, 1935 und 1937 folgen die Trilogie „Smirt“, „Smith“ und „Smire“, allegorische Handlungen, in denen er seine Lebensauffassung und Kunsttheorie bekräftigt. Danach folgen weitere Romane: „The King Was in His Country Home“, 1938, der wiederum in Poictesme spielt, „Hamlet Had an Uncle“, 1940; „The First Gentleman of America“, 1942, und „There Were Two Pirates“, 1946, eine Erzählung, die uns ins 18. Jahrhundert zurückführt.

JAMES M. CAIN

1892 in Annapolis, Maryland, geboren, ist im ersten Weltkrieg Redakteur einer Soldatenzeitung und arbeitet danach vierzehn Jahre lang als Journalist und Leitartikler, von 1919 bis 1923 bei der „Baltimore Sun“, ab 1923 bei der „New York World“. In H. M. Menckens „American Mercury“ veröffentlicht er eine Reihe von

tiren über den amerikanischen Regierungs- und Beamtenapparat, 1930 gesammelt in dem Band „Our Government“ erscheinen. 1934 veröffentlicht er seinen ersten Roman, der sogleich ein großer Erfolg wird: „The Postman Always Rings Twice“. Anschließend daran gibt Cain den Journalismus auf und lebt seitdem in Kalifornien; er überarbeitet für Hollywood eine Reihe von Drehbüchern, abgesehen von der Filmbearbeitung seiner eigenen Romane. Ähnlich wie Hemingway arbeitet er vornehmlich mit dem Dialog, das Hauptthema seiner Bücher ist der Krieg der Geschlechter gegeneinander. Seine Bücher sind voller Spannung, krasser Kontraste und Melodramatik, überaus geschickt in der Konstruktion. Nach dem ersten Roman sind neben einigen Kurzgeschichten Zeitschriften folgende Romane erschienen: „Serenade“, 1937, über einen alternden, mit sich zerfallenen Bariton, „Double Inmunity“, 1939, „Mildred Pierce“, 1941, und „Past All Dishonor“, 1946, die Geschichte eines konföderierten Spions im amerikanischen Bürgerkrieg, der über einer Liebesgeschichte seine Aufgaben vergißt.

ERSKINE CALDWELL

1893 bei White Oak, Georgia, als Sohn eines presbyterianischen Pastors geboren, lebt, da sein Vater von Kirche zu Kirche zieht, bis zu seinem zwanzigsten Jahr an keinem Ort länger als ein halbes Jahr. Er übt viele Berufe aus: berufsmäßiger Fußballspieler, Fabrikarbeiter, Baumwollpflücker, Bühnenarbeiter, Koch, Kellner, Vertreter für Grundstücksverkäufe, Bühnenarbeiter, Reisebegleiter eines Chinesen in Amerika, Journalist am „Atlanta Journal“, studiert zwischendurch an verschiedenen Universitäten — Virginia und Pennsylvania — und zieht sich schließlich nach Maine ins ländliche Land zurück, um „eine wirklich gute Kurzgeschichte zu schreiben“. Er bleibt dort, verheiratet, fünf Jahre und schreibt neben einer geplanten Kurzgeschichte „County Full of Swedes“, ausgezeichnet mit dem Kurzgeschichtenpreis der Yale Review, 1933, die beiden Romane „Tobacco Road“, 1932, dessen Bühnenbearbeitung einer der größten amerikanischen Theatererfolge wird, und „Gods Little Acre“, 1933. Zuvor hat Caldwell 1929 „The Bastard“ und 1930 „Poor Fool“ veröffentlicht, außerdem einen Band von Aufsätzen, „American Earth“, 1931. Weiter erscheinen von Caldwell, dessen Bücher von einem starken sozialen Sinn bestimmt werden, „We Are the Living“, ein Kurzgeschichtenband, 1933, „Journeyman“, 1935, der Kurzgeschichtenband „Kneel to the Rising Sun“, 1935, „Jackpot“, 1940, „Trouble in July“, 1940, „Tragic Ground“, 1944, ein Roman, der ebenso wie die meisten anderen Romane Caldwell unter den besitzlosen Weißen im amerikanischen Süden spielt. Außerdem erscheinen eine Reihe von Reportagen, in Buchform gesammelt, und soziale Aufsätze: „You Have Seen Their Faces“, 1937, „Southways“, 1938, „North of the Danube“, 1939, „Is This the U. S. A.?,“ 1941, „All-Out on the Road to Smoky“, 1942, ein Bericht über die ersten Kriegsmomente in Rußland, der Ertrag der Erfahrungen, die Caldwell und seine zweite Frau, die bekannte amerikanische Fotografin Alice Bourke-White, von Moskau aus sammelten, nachdem sie dort von dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges überrascht worden waren.

TAYLOR CALDWELL

1900 als Tochter schottischer Eltern geboren, wandert mit diesen 1907 in die Vereinigten Staaten von Amerika ein und wächst in Buffalo, New York, auf. Sie heiratet Marcus Reback und ist Autorin mehrerer amerikanischer Bestseller. Ihr erster Erfolg: „Dysty of Death“, 1938, trägt in deutscher Übertragung den Titel „Einst wird kommen der Tag“. Eine Fortsetzung dieser Geschichte über eine Multimillionärsfamilie aus der Munitionsindustrie bildet „The Eagles Gather“, 1940. Weiter erscheinen die Romane: „The Earth Is the Lords“, 1941, „The Strong City“, 1942, „The Final Hour“, 1944, „The Wide House“, 1945, und, auf der Bestsellerliste von 1946, „This Side of Innocence“, die Geschichte der reichen Lindsey-Familie, verfolgt durch drei Generationen, auf dem Hauptplatz einer kleinen Stadt im Staate New York.

ROBERT CANTWELL

geboren 1908 in Little Falls, Washington, entstammt einer armen Familie, die sich zu den Pionieren des „Wilden Westens“ zählt. Er gehört zu der Gruppe „proletarischer“ Autoren und wechselt viele von ihnen zunächst von einem Beruf zum andern, um dann als Redakteur für „New Republic“, „The New Outlook“ und „Time“ zu arbeiten. 1933 erscheint sein erster Roman „Laugh and Lie Down“, der das Leben in einer Sägemühle im Nordwesten der Vereinigten Staaten beschreibt. 1934 folgt der Roman „The Land of Plenty“, der einen Streik in ähnlicher Umgebung schildert.

WILLA CATHER

geboren 1895 in Winchester, Virginia, als Tochter einer alten, amerikanischen Familie englisch-irischer Abstammung geboren, kommt im Alter von acht Jahren in das damals noch kaum besiedelte Ne-

braska, wo sie in Red Cloud die Schule besucht. Ihr Studium an der Universität von Nebraska bezahlt sie mit dem Ertrag journalistischer Arbeit. Später ist sie abwechselnd Lehrerin und Journalistin in Pittsburgh, Allegheny und New York, wo sie von 1906 bis 1912 für McClure's Magazine arbeitet. Sie unternimmt ausgedehnte Reisen nach Europa, aber Heimweh nach dem amerikanischen Westen hindert sie, sich in Paris dauernd ansässig zu machen. Sie ist unverheiratet, eine große Virgil-Liebhaberin, begeistert für Musik; als Erwachsene tritt sie zum Katholizismus über. Ihre Bücher unterscheiden sich von dem größten Teil der amerikanischen Literatur durch große Ausgewogenheit und teilweise elegische Abgeklärtheit. Ihr erster großer Bucherfolg ist „O Pioneers!“, 1913. Zuvor sind erschienen: der Gedichtband „April Twilights“, 1903, „The Troll Garden“, 1905, „Alexander's Bridge“, 1912. Es folgen: „The Song of the Lark“, 1915, „My Antonia“, 1918, die Kurzgeschichtensammlung „Youth and the Bright Medusa“, 1920, „One of Ours“, 1922 — mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet —, „A Lost Lady“, 1923, „The Professor's House“, 1925, „My Mortal Enemy“, 1926, „Death Comes to the Archbishop“, 1927, „Shadows on the Rock“, 1931, der Kurzgeschichtenband „Obscure Destinies“, 1932, „Lucy Gayheart“, 1935, die Sammlung von Essays „Not Under Forty“, 1936, „Sapphira and the Slave Girl“, 1940. In deutscher Übertragung erscheinen von ihr „Antonia“, „Einer von uns“, „Frau im Zwielicht“ und „Der Tod kommt zum Erzbischof.“

JOHN DOS PASSOS

wird 1896 in Chicago als Sohn eines Rechtsanwalts geboren. Seine Familie ist teilweise portugiesischer Abstammung. Mit seinen Eltern unternimmt er Reisen nach Mexiko und Europa und wächst so teilweise im Ausland auf. Nach dem Abschluß seines Studiums an der Harvard-Universität geht er 1916 nach Spanien, um Architektur zu studieren, aber bald darauf ist er Freiwilliger in einer Ambulanz Einheit in Frankreich während des Weltkriegs. Nach abermaligen Reisen nach Spanien, dem Nahen Osten und Mexiko veröffentlicht er 1920 seinen ersten Roman, „One Man's Initiation“, eine teilweise autobiographische Schilderung des Lebens eines Ambulanzfahrers. Sein zweiter Romansroman, ein Buch skeptisch-desillusionierter Art, „Three Soldiers“, erscheint 1921. Aufsätze über die spanische Kultur werden gesammelt unter dem Titel „Rosinante To The Road Again“ veröffentlicht. „Streets of Night“, 1923, erzählt die Geschichte eines Jungen, der seiner Umwelt zu entinnen versucht. Seinen Ruf als Spezialist in Schilderungen des New Yorker Lebens erwirbt Dos Passos zuerst mit „Manhattan Transfer“, 1925, wovon eine deutsche Übersetzung unter dem gleichen Titel im S. Fischer-Verlag erschienen ist. 1927 kommt sein Reisetagebuch „Orient Express“ heraus, in dem sich sein später immer lebendiger gebliebenes Interesse an sozialen Problemen zum ersten Mal ankündigt. 1930 erscheint der erste Band seiner Trilogie „U.S.A.“ unter dem Titel „The 42nd Parallel“, 1931 der zweite Band, „1919“, 1936 der dritte Band, „The Big Money“, eine Trilogie, die das Leben in Amerika bis zur Wirtschaftskrise von 1929 in einer Technik schildert, die den fortlaufenden Bewußtseinsstrom in der Art von James Joyce und die Überblendungen des Films miteinander verbindet, unterbrochen von Kurzbiographien prominenter Amerikaner und Zeitungsschlagzeilen. Ein zweites Reisetagebuch, „In All Countries“, erscheint 1934; es behandelt den Sacco-Vanzetti-Fall, Kommunismus in Rußland und landwirtschaftlichen Sozialismus in Mexiko. Stücke aus „In All Countries“ und Eindrücke aus dem spanischen Bürgerkrieg sind vereint in „Journeys Between Wars“, 1938. Die Geschichte eines naiven jungen Kommunisten, der sich gegen die Parteilinie auflehnt und dafür bestraft wird, erzählt „Adventures of a Young Man“, 1939. „The Ground We Stand On“, 1941, gibt eine Analyse und Verteidigung der Fundamente der amerikanischen Demokratie. 1943 erscheint der Roman „Number One“, 1944 eine Sammlung von Reportagen über das Amerika der Kriegszeit, „The State of the Nation“. Nach dem Krieg unternimmt Dos Passos eine Reise nach Deutschland und ist als Berichterstatter längere Zeit beim Nürnberger Prozeß anwesend. Außer seinen Romanen und Sammlungen von Betrachtungen und Reportagen hat er eine Reihe sozialistischer Theaterstücke geschrieben.

JOHN ERSKINE

geboren 1879 in New York City, studiert an der Columbia-Universität, New York, wo er 1903 die Doktorwürde erwirbt. Im Lauf seines Lebens ist er nebeneinander ein gefeierter Professor für Englisch an der Columbia-Universität, ein Konzert-Pianist, der als Solist mit den New Yorker Philharmonikern spielt, und ein erfolgreicher Autor gepflegter, satirischer Romane, von denen die ersten, in den zwanziger Jahren erschienenen besonders geschätzt wurden: „The Private Life of Helen of Troy“, 1925, „Galahad“, 1926, „Adam and Eve“, 1927, „Penelope's Man“, 1928, „Cinderella's Daughter“, 1930, „Jack and the Beanstalk“,

1931, „Tristan and Isolde“, 1932, „Helen Retires“, 1934, „Solomon, My Son!“, 1935, „Mrs. Doratt“, 1941.

JAMES THOMAS FARRELL

1904 in Chicago als Sohn einer Arbeiterfamilie geboren, studiert nach dem Besuch katholischer Schulen drei Jahre lang an der Universität Chicago. Daneben ist er als Verkäufer, Büroangestellter und Zeitungsreporter tätig. Ab 1932 arbeitet er als Romanschriftsteller, Dramatiker und Kritiker; in seiner politischen Richtung ist er Sozialist und gehört zur „Proletarischen Literatur“. Er veröffentlicht eine Trilogie autobiographischen Charakters, „Young Lonigan“, 1932, „The Young Manhood of Studs Lonigan“, 1934, und „Judgement Day“, 1935. „Gas-House McGinty“, 1933, schildert das tägliche Leben und die Tätigkeiten der Angestellten in einem City Express Office. Eine literaturkritische Arbeit von Farrell erscheint 1936 unter dem Titel: „A Note on Literary Criticism.“ Eine zweite, wiederum weitgehend autobiographische Trilogie mit dem Helden Danny O'Neill erscheint ab 1936: „A World I Never Made“, 1936, „No Star Is Lost“, 1938, „Father and Son“, 1940. „Tommy Gallagher's Crusade“, 1939, erzählt die Geschichte eines amerikanischen Jungen, der unter den Einfluß eines bössartigen Pfarrers gerät, der einen antisemitischen Feldzug führt und einen amerikanischen Faschismus ausbreitet. Der erste Roman einer neuen Serie „Bernard Clare“ wird 1945 veröffentlicht, die Geschichte eines jungen Iren aus Chicago, der Schriftsteller werden will. An Kurzgeschichten-Bänden sind erschienen: „Calico Shoes“, 1937, „Fellow Countrymen“, 1938, „Counting the waves and other stories“, 1940, „To Whom It May Concern And Other Stories“, 1944. Die Bücher von Farrell verraten den Einfluß von James Joyce, Marcel Proust und Theodore Dreiser. Sie sind wenig übersetzt worden; vielleicht vorwiegend wegen seines schwerfälligen und mit Bildern und Einschüben beladenen Stiles; französisch liegt nur „Young Lonigan“ vor, und keines seiner Bücher wurde bisher ins Deutsche übertragen.

WILLIAM FAULKNER

1897 in Ripley, Mississippi, als Sohn einer ehemals reichen, durch den Bürgerkrieg ruinierten Familie geboren, wächst in Oxford, Mississippi, auf — sein Vater war Pferdezüchter. Nach kurzem Besuch der Staatsuniversität von Mississippi ist er zwischen 1914 und 1918 Flieger im englischen Fliegerkorps, wobei er abstürzt und schwer verwundet wird. Nach dem Krieg unternimmt er monatelange Wanderungen durch Mitteleuropa und besucht die englische Universität Oxford, bevor er 1921 in seine Heimat zurückkehrt, um dort zunächst als Bau- und Fabrikarbeiter seinen Unterhalt zu verdienen. Er befreundet sich mit Sherwood Anderson und wohnt mit ihm eine Zeitlang in New Orleans zusammen. Von ihm ermutigt, veröffentlicht er 1924 seinen ersten Gedichtband, „The Marble Faun“, und schreibt seinen enttäuschten Weltkriegsroman „Soldier's Pay“, 1926. Das Jahr 1925 bringt er wieder in Europa zu. Nach seiner Rückkehr schreibt er „Mosquitoes“, 1927, „Sound and the Fury“, 1929, und „Sartoris“, 1929, den ersten einer Reihe von Romanen, die in einer Kleinstadt des Südens, einem Abbild seiner Heimatstadt Oxford, spielen und in losem Zusammenhang — etwa in der Konstruktionsart von Balzacs „Comédie Humaine“ — den Niedergang der aristokratischen Familien des Südens und den Aufstieg der robusten Neu-Reichen beschreiben. Bis zum Erfolg des mit Skandalmaterial angefüllten bewußt chokierenden Romans „Sanctuary“ (1931), dem einzigen Buch Faulkners, das in U.S.A. eine hohe Auflage erreicht hat, ist er wegen Geldmangels immer wieder genötigt, als Arbeiter, als Zimmermann oder auch als Kohlenschaufler in einem Kraftwerk zu arbeiten. Weiter sind zu nennen die Romane: „I Lay Dying“ (1930), „Light in August“ (1932), als „Licht im August“ in deutscher Übersetzung erschienen, der Roman unter Fliegern „Pylon“ (1935), „Absalom, Absalom!“ (1936), unter dem gleichen Titel auch deutsch erschienen, „The Unvanquished“ (1938), eine Fortsetzung der Sartoris-Geschichten, „The Wild Palms“ (1939), die Geschichte von einer Überschwemmung im Süden und der Wirkung dieses Ereignisses auf die Leben verschiedener Menschen, „The Hamlet“ (1940), eine Schilderung der Emporkömmlinge in Jefferson, „Go Down, Moses“ (1942) und „Dollar Cotton“, ins Deutsche übersetzt unter dem gleichen Titel. Faulkner veröffentlicht daneben mehrere Kurzgeschichtenbände, unter anderem: „These Thirteen“ (1931), „Idyll in the Desert“ (1931), „Dr. Martino“ (1934), die einzelne Erzählung „Miss Zilphia Gaut“ (1934), den Gedichtband „A Green Bough“ (1933). Faulkner wohnt jetzt in Hollywood und überarbeitet Drehbücher.

F. SCOTT FITZGERALD

1896—1940, geboren in St. Paul, Minnesota, wird nach Beendigung seines Studiums Soldat, nimmt aber nicht mehr am Weltkrieg in

Europa teil. Im Ausbildungslager schreibt er die ersten Stadien des Romans „This Side of Paradise“, der durch seine rückfällige Beschreibung des amerikanischen Collegelebens und die Sanktionierung des beginnenden „Jazz-Zeitalters“ zur literarischen Sensation von 1920 wird. Fitzgerald, eine große schriftstellerische Begabung, ist durch sein Werk ganz und gar mit den turbulenten zwanziger Jahren verknüpft und geht später nach Hollywood, wo er in den dreißiger Jahren noch am ehesten die ihm vertraute Atmosphäre finden kann. Er ist fasziniert von der Welt der Filmsternen und porträtiert sie mit Staunen und großer Einfühlung. 1925 erscheint sein zweiter Roman, „The Beautiful and Damned“, sein bester Roman, „The Great Gatsby“ — deutsch: „Der große Gatsby“, erschienen bei Knauer 1928, 1926 der Roman „All sad young Men“, außerdem drei Kurzgeschichtenbände, „Fables and Philosophers“, 1920, „Tales of the Jazz Age“, 1922, „Taps et Reveille“, 1935. In seinen Kurzgeschichten und in dem Roman „Tender is the Night“, 1934, hat Fitzgerald auch das Leben der amerikanischen literarischen Kolonie im Paris der zwanziger Jahre geschildert. 1940 stirbt Fitzgerald an den Folgen übermäßigen Alkoholgenußes in Hollywood, dem Filmproduzenten in dem sein letzter, nach seinem Tod veröffentlichter Roman, „Last Tycoon“ spielt, der ebenbürtig neben „The Great Gatsby“ steht. Herausgegeben von dem bekannten amerikanischen Kritiker und Romanautor Edmund Wilson erschien 1945 eine Sammlung von Briefen, Aufsätzen und unveröffentlichten Arbeiten von Fitzgerald sowie von Aufsätzen über ihn unter dem Titel „Crack-up“.

ELLEN GLASGOW

1874—1945, geboren in Richmond, Virginia, bekannt als sachliche Schriftstellerin des amerikanischen Südens und hervorragende Stilistin, beginnt zu schreiben durchaus gegen die Tradition der alten Südstaaten-Familie, der sie entstammt, und verheimlicht ihre ersten Bücher vor ihrer Familie und ihrem Bekanntenkreis. Das Thema ihrer zahlreichen Romane, die 1938 in einer Gesamtausgabe erschienen, bilden vorwiegend Zersetzung und Untergang der Aristokratie der Südstaaten, die sie mit Sympathie und Objektivität zugleich beschreibt. Ihr Realismus trägt dazu bei, die Literatur des Südens aus traditionell gewordener romantischer Sentimentalität zu befreien. 1897 erscheint ihr erster Roman, „Descendant“. Der Roman „The Voice of the People“, 1900, ist der erste einer langen Reihe von Romanen, die die soziale und literarische Entwicklung in den Südstaaten seit 1850 schildern. Unter ihren tragikomischen Romanen der zwanziger Jahre sind hervorzuheben „The Romantic Comedians“, „They Stooped to Fool“, und „The Sheltered Life“. In „Vein of Iron“, 1935, kehrt sie von der Satire wieder ab und gibt eine realistische Schilderung des ländlichen Lebens in Virginia. Der Roman „In This Life“, 1941, eine Schilderung des gegenwärtigen Virginia, wurde mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet. In deutscher Übersetzung erschien der Roman „Rette mich nicht“ bei Zsolnay in Wien 1930.

ALBERT HALPER

1904 in Chicago als Sohn besitzloser, aus Litauen eingewanderten Eltern geboren, wechselt jahrelang von einer Tätigkeit zur anderen unter ständigem Bemühen, daneben Zeit und Kraft zum Schreiben zu finden. Nachdem er vierzehn Monate lang als Postarbeiter in der Nachtschicht auf dem Chicagoer Hauptpostamt gearbeitet hat, entschließt er sich 1928, das Leben in Chicago abzubrechen, und siedelt nach New York über, wo schließlich die vierte Romanmanuskript 1933 gedruckt wird: „Union Square“. 1934 erscheint die Kurzgeschichtensammlung „On the Shore“, es folgen die Romane „The Foundry“, 1934, „The Chute“, 1935, „Sons of the Fathers“, 1940.

ERNEST HEMINGWAY

1898 im Staat Illinois geboren, besucht eine Reihe von Privatschulen und unternimmt daneben häufige Fisch- und Jagdausflüge nach Nord-Michigan, einer Szenerie, die später in seinem ersten Buch mit teilweise autobiographischen Geschichten, „In the Time“, 1924, — Titel der deutschen Übersetzung „In unruhiger Zeit“ — geschildert wird. Mit siebzehn Jahren ist er Reporter der „Kansas City Star“, danach, noch vor Eintritt in die U.S.A. in den Weltkrieg, Freiwilliger in einer Ambulanzkolonne, zunächst in Frankreich, dann an der italienischen Front. Später wird er Kriegsberichterstatter im Nahen Osten für den „Toronto Star“. Mehrere Jahre lang lebt er in Paris als prominentes Mitglied der literarischen amerikanischen Kolonie, in seiner Entwicklung beeinflusst durch Gertrude Stein und Ezra Pound, T. S. Eliot und Sherwood Anderson. Er veröffentlicht die Romane: „The Sun Also Rises“, 1926, auf deutsch unter dem Titel „Fiesta“ erschienen, „Farewell to Arms“, 1929, ins Deutsche übertragen unter dem Titel „In einem anderen Land“, „Death in the Afternoon“, 1929.

„Green Hills of Africa“, 1935, mit Material von seinen Jagdexpeditionen in Afrika, „To Have and to Have Not“, 1937, den ersten Roman, der in Amerika spielt — Key West — und das zum ersten Mal erwachte Interesse für soziale Fragen spiegelt, 1940 den Roman aus dem spanischen Bürgerkrieg „To Whom the Bell Tolls“, der in deutscher Übertragung unter dem Titel „Wem die Stunde schlägt“ erschien. Hemingway veröffentlicht außerdem Sammelbände mit Erzählungen, „Men Without Women“, 1927, unter dem Titel „Männer“ in deutscher Übersetzung erschienen, „Winner Take Nothing“, 1933, „The Fifth Column“, einem realistischen Dreiaakter, der 1940 in einer Bearbeitung durch Benjamin Glazer aufgeführt und 1938 in dem Sammelband „The Fifth Column and the First Forty-Nine Stories“ veröffentlicht wird, der auch eine der besten Kurzgeschichten Hemingways, „The Snows of Kilimanjaro“, enthält. Der Verlag Scribner kündigte für Weihnachten 1946 einen neuen Roman von ihm an. Während des Krieges hat sich Hemingway als Kriegsberichterstatter in England und Europa aufgehalten.

JOSEPHINE HERBST

1897 in Sioux City, Iowa, als Tochter einer Familie geboren, die vor 1700 aus Deutschland und der Schweiz nach Amerika gekommen war, besucht zunächst vier verschiedene Colleges, um dann bis 1922 wechselnde Tätigkeiten auszuüben, unter anderem als Verkäuferin, Wohlfahrtspflegerin, Verfasserin von Reklametexten und als Mitarbeiterin von H. L. Mendon. Von 1922 bis 1925 unternimmt sie Reisen durch Deutschland, Italien, Frankreich, seit 1925 ist sie verheiratet. Danach nimmt sie ihren ständigen Wohnsitz wieder in Pennsylvania, wo ihre Familie bis zur Übersiedlung nach Iowa ansässig war. Zahlreiche Reisen begleiten ihre journalistische Tätigkeit: Mexiko, Rußland, Deutschland (1935 als Berichterstatterin für „New York Post“ und „Nation“), Spanien (während des Bürgerkriegs), Kuba und Südamerika. Josephine Herbst gehört zur linken Gruppe der proletarischen Schriftsteller, der Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft ist das Thema ihrer Romane: „Nothing is Sacred“, 1928, „Money for Love“, 1929, „Pity is not Enough“, 1933, „The Executioner W. S.“, 1934, „Rope of Gold“, 1939, „Satan's Sergeants“, 1941.

JOSEPHINE JOHNSON

1910 in Kirkwood, Missouri, als Kind einer Familie irisch-schottisch-englischer Abstammung geboren, kommt mit zwölf Jahren auf die Farm Webster Groves, Missouri, auf der sie aufwächst und die auch der Schauplatz ihres ersten Romanes „Now in November“, 1934, ist. Ihr schriftstellerischer Ruf ist mit diesem Roman, der mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wird, sogleich begründet. Josephine Johnson unternimmt weite Reisen im In- und Ausland, arbeitet in der Fürsorge, schreibt als Journalistin über Landarbeiterfragen, Streiks und Arbeitslose und lehrt an der Universität von Iowa. Sie ist zum zweiten Mal verheiratet. Neben den Romanen „Jordanstown“, 1937, und „Wildwood“, 1946, schreibt sie viele Kurzgeschichten, von denen eine Anzahl in dem Geschichtenband „Winter Orchard“ 1935 veröffentlicht werden; die Kurzgeschichte „The Glass Pigeon“ erhält 1943 einen O'Henry-Preis. 1937 wird auch eine Sammlung von Gedichten von ihr veröffentlicht: „Year's End“.

SINCLAIR LEWIS

wird 1885 im Staat Minnesota als Sohn, Enkel und Neffe von Ärzten geboren. Sein Studium an der Universität Yale wird unterbrochen von einer Reise nach Panama, wo er vergeblich Arbeit sucht. Nach Abschluß des Studiums in Yale, 1908, arbeitet er als Journalist an einer Iowa-Zeitung, für „Red Book“ in New York, für das er einen abenteuerlichen Fortsetzungsroman schreibt, in Kalifornien betätigt er sich als Mitarbeiter für Jack London, danach eine Zeitlang als Redakteur für Associated Press in San Francisco, als Redakteur der „Volta Review“ in Washington und zugleich als Redakteur für „Adventure“ in New York, danach für das „Publishers Newspaper Syndicate“ und endlich für die „Dorran Society“ bis 1916. Er schreibt zunächst eine Reihe von Abenteuerromanen: „Our Mr. Wrenn“, 1914, „The Trail of the Hawk“, „The Job“, „Free Air“, deren Erfolg ihm 1916 erlaubt, die journalistische Arbeit aufzugeben. Im ganzen veröffentlicht er bis 1946 neunzehn Romane, darunter: „Main Street“, 1920, „Babbitt“, 1922, „Arrowsmith“, 1924, „Mantrap“, 1925, „Elmer Gantry“, 1926, „Dodsworth“, „The Man who Knew Coolidge“, „Ann Vickers“, „It Can't Happen Here“, 1935, „The Prodigious Parents“, 1938, „Gideon Planish“, 1943, „Cass Timberlane“, 1945. In deutscher Übersetzung erschienen: „Babbitt“, „Sam Dodsworth“, „Die Hauptstraße“, „Unser Herr Wrenn“, „Die Benzinstation“, „Elmer Gantry“, „Der Mann, der den Präsidenten kannte“, „Mantrap“, „Arrowsmith“, „Der Erwerb“, „Falkenflug“, „Das Kunstwerk“, „Die verlorenen Eltern.“

ALBERT MALTZ

1908 in Brooklyn als Sohn eines aus Litauen eingewanderten, besitzlosen Vaters und einer aus Polen stammenden Mutter geboren, studiert an der Columbia-Universität in New York und in der Klasse für Dramaturgie von Prof. G. P. Baker in Yale. Er schreibt zunächst Theaterstücke mit stark sozialistischer Tendenz, außerdem einen pazifistischen Einakter, „Private Hicks“, 1935, danach Kurzgeschichten, von denen eine qualende Erzählung über einen Arbeitslosen, „The Happiest Man on Earth“, den O'Henry-Kurzgeschichtenpreis von 1938 erhält. „The Way Things Are“, 1938, ist eine Kurzgeschichtensammlung. 1940 erscheint der Roman „The Underground Stream“. Maltz wird in Amerika zu den jüngeren Autoren gezählt, die noch viel versprechen.

JOHN PHILLIPS MARQUAND

1893 in Wilmington, Delaware, geboren, ist ein Urgroßneffe von Margaret Fuller. Nach seinem Studium an der Harvard-Universität arbeitet er als Journalist am Boston Evening Transcript und muß mit sehr wenig Geld auskommen, da seine an sich begüterte und in Neu-England sehr angesehene Familie bei einem Börsenkrach 1907 ihr Vermögen verloren hat. Im Weltkrieg ist er Artillerieoffizier, kämpft in Frankreich und erklärt, daß er dort eine lebenslange Abneigung gegen alles Deutsche entwickelt habe. Nach schwerer Verwundung kehrt er in die Vereinigten Staaten zurück und arbeitet in einem Reklamebüro. Zwischen 1920 und 1944 schreibt er 125 Zeitungs- und Zeitschriften-Romane leichtester Unterhaltungsart. Der erste Roman von literarischem Wert, „The Late George Apley“, erscheint 1937 und erhält den Pulitzer-Preis. Dieser sowie die folgenden Romane behandeln in satirischer, aber zugleich sympathisierender Art das Leben der guten Gesellschaft in und um Boston. Marquand gilt heute als der finanziell erfolgreichste Schriftsteller in den Vereinigten Staaten. Er hat zahlreiche Reisen um die ganze Welt — teilweise in journalistischem Auftrag — unternommen; während des Krieges flog er im Regierungsauftrag nach Indien und Afrika. Marquand war zweimal verheiratet, beide Male mit Frauen aus der obersten, begüterten Gesellschaftsschicht, durch seine zweite Frau ist er mit der Familie Rockefeller verschwägert. Seine weiteren „literarischen“ Romane sind: „Wickford Point“, 1939, „H. M. Pulham, Esq.“, 1941, „Repent in Haste“, 1945, ein Roman über einen Marineflieger, der in Neu-England zu Hause und auf dem pazifischen Kriegsschauplatz eingesetzt ist. Marquands Romane sind zum größten Teil auch verfilmt worden, ebenso wie ein Teil seiner populären Detektivgeschichten, die um die Figur eines japanischen Agenten, Mr. Moto, herumgebaut sind. In deutscher Übersetzung erschienen von Marquand „Haus Wickford“ und „H. M. Pulham, Esq.“

CARSON McCULLERS

ist 1917 in Columbus, Georgia, geboren. Ihre Familie ist schottisch und französisch-hugenottischer Herkunft. Sie plant, Konzertpianistin zu werden, gibt aber diese Absicht nach einer schweren Krankheit auf und beginnt zu schreiben. Mit siebzehn Jahren faßt sie in New York den Entschluß, an der Columbia-Universität zu studieren, verliert aber ihr Geld und ist genötigt, sich den Lebensunterhalt in den verschiedensten Beschäftigungen zu verdienen, um in Abendkursen studieren zu können. Die ersten zwei Kurzgeschichten von ihr erscheinen 1936 in „Story“, 1942 und 1943 ist sie unter den Preisträgern im O'Henry-Kurzgeschichten-Wettbewerb. Schon ihr erster Roman, „The Heart is a Lonely Hunter“, 1940, erregt großes Aufsehen; der zweite Roman, „Reflections in a Golden Eye“, 1942, begründet ihren Ruf als ungewöhnliches Talent der jungen Schriftstellergeneration. Neben weiteren Kurzgeschichten veröffentlicht sie 1946 eine Novelle, „The Member of the Wedding“. Carson McCullers ist seit 1937 mit Reeves McCullers verheiratet.

HENRY MILLER

1891 in einem Armenviertel von New York als Sohn eines Schneiders deutscher Abstammung geboren, ist von Bitterkeit und Abneigung gegen alles Deutsche erfüllt. Seine geisteskranke Schwester spielt in seinem zweiten, autobiographischen Roman „Tropic of Capricorn“ eine große Rolle. Millers Bücher sind erfüllt von heftiger Feindseligkeit gegen das amerikanische Leben, und er berichtet, daß er sich wie neugeboren gefühlt habe, als er Amerika 1928 und nach der Rückkehr nach den Vereinigten Staaten endgültig 1930 verlassen habe, um nach Frankreich überzusiedeln. Dort begeistert er sich zunächst an der französischen Kultur, um sich später mit Enthusiasmus dem antiken Griechenland zuzuwenden. Nachdem er viel geschrieben hat, was unbekannt geblieben ist — ein Essay über Nietzsches „Anti-Christ“ und Erzählungen, die er selbst drucken ließ und auf der Straße verkaufte —, ist der

erste Roman von ihm, der bekannt wird, „Tropic of Cancer“ 1934. In Paris hungert er sich in Bohemekreisen durch und verbringt einen Winter als Lehrer an einem Lyzeum in Dijon, nachdem er schon zuvor die verschiedensten Handwerke ausgeübt hat, Zementarbeiter, Landarbeiter, Schneider, Totengräber, von 1920 bis 1924 Angestellter einer Gesellschaft für öffentliche Dienste in New York, auch Straßenbettler, wie er selbst angibt. Alle seine Bücher haben einen stark autobiographischen Charakter und sind rücksichtslose Enthüllungen seines Innern ebenso wie seiner Erlebnisse mit Frauen, vorwiegend Prostituierten. Der Druck seiner Bücher in den angelsächsischen Ländern ist wegen Obszönität verboten, sie kursieren in Privatdrucken, während sie offiziell in Englisch in der „Obelisk Press“, einem Pariser Verlag, gedruckt worden sind. Fast alle Bücher von ihm sind ins Französische übersetzt. Der erste Band, „Tropic of Cancer“, gibt ein autobiographischen Bericht vom Leben Millers in Frankreich, einschließlich der Zeit in Dijon. Der zweite Teil, mit dem französischen Titel „Max et les Phagocytes“, soll demnächst in Frankreich veröffentlicht werden (Editions du Chêne), der dritte Teil, „Tropic of Capricorn“, ist englisch 1939 veröffentlicht worden, französisch 1946, und behandelt Millers Kindheit und Jugend in Amerika. Dazwischen liegt der Erzählungs-Sammelband „Black Spring“, 1936. Bei Kriegsausbruch unternimmt Miller eine ausgedehnte Reise nach Griechenland und kehrt dann nach Amerika zurück. Dem ersten in Amerika von Miller erschienenen Buch, „The Cosmological Eye“, 1939, folgen „Wisdom of the Heart“, 1941, „The Colossus of Maroussi“, 1941, „Hamlet, a philosophical correspondence“, 1939/41, und „The Air-Conditioned Nightmare“, 1945/46, ein kritischer Bericht über eine ausgedehnte Autoreise durch die Vereinigten Staaten. Millers Bücher zeichnen sich durch eine ungewöhnlich eindringliche, fast prophetisch-mächtige Sprache aus.

MARGARET MITCHELL

wird 1900 in Atlanta, Georgia, als Tochter einer bekannten, alten Familie der Stadt geboren. Der Vater ist Präsident der Historischen Gesellschaft von Atlanta, und von früh auf hört sie durch ihn, ihre Mutter und ihren Bruder eine ungewöhnliche Fülle von Einzelheiten über den Bürgerkrieg und das Leben im Süden. Ihr Studium, das sie am Washington Seminary in Atlanta beginnt und am Smith-College fortsetzt, muß sie infolge des Todes der Mutter abbrechen. Nach einigen Jahren konventionellen gesellschaftlichen Lebens in Atlanta arbeitet sie von 1922 bis 1926 als Journalistin und verheiratet sich 1925. Eine Fußverletzung veranlaßt die Aufgabe der journalistischen Tätigkeit 1926. Im gleichen Jahr beginnt sie mit der Arbeit an dem Roman „Gone With the Wind“, der 1936 beendet wird. Der Roman und seine Verfilmung waren der größte Buch- und Filmerefolg, den Amerika je erlebt hat. 1936 wurden an einzelnen Tagen 50 000 Stück dieses Buches verkauft. Es ist in 18 Sprachen übersetzt worden, die höchste Auflage aller Übersetzungen hat die deutsche Übertragung „Vom Winde verweht“ mit über 500 000 Stück erreicht.

JOHN O'HARA

1905 in Pottsville, Pennsylvania, geboren, arbeitet in einer Fülle von Berufen, unter anderem als Steward, Gaskontrollleur, Angestellter in einer Soda-Bar, Wächter in einem Vergnügungspark, Streckenarbeiter, Arbeiter in einer Eisengießerei, Landarbeiter, und vervollständigt seine vielseitige Kenntnis des amerikanischen Lebens als Journalist für „New York Mirror“ und „Morning Telegraph“. Er ist Filmkritiker für „New York Herald Tribune“, Fußball-Redakteur für den „New Yorker“, Mitarbeiter von „Time“, „Editor and Publisher“ und betreut die Spalte „Veranstaltungen“ für „News Week“. Seine Romane sind in realistischem, spannungsreichem Stil geschrieben, der die Schule von Hemingway verrät: „Appointment in Samarra“, 1934, „Butterfield 8“, 1935, „Hope of Heaven“, 1938, „Pal Joey“, 1940. Das beste, was er geschrieben hat, findet sich unter seinen Kurzgeschichten, von denen zwei Sammelbände erschienen: „The Doctor's Son“, 1935, und „Files on Parade“, 1939.

KATHERINE ANN PORTER

ist 1894 in Indian Creek, Texas, geboren. Die Literaturkritik erklärt, daß sich selten ein Autor mit einer so geringen Zahl von Veröffentlichungen einen so hervorragenden Ruf geschaffen hat. Sie ist nahezu ausschließlich durch ihre Kurzgeschichten bekannt geworden, die sich durch Ausgewogenheit und Subtilität auszeichnen. Alle ihre Stoffe sind aus dem Süden der Vereinigten Staaten und Mexiko genommen, mit Ausnahme zweier 1944 veröffentlichter Erzählungen, von denen „The Leaning Tower“ die Anfänge des Nazismus, beobachtet von einem amerikanischen Künstler, schildert, während „A Day's Work“ während der amerikanischen Depression in New York spielt. Zu Anfang der dreißiger Jahre lebt Katherine Ann Porter eine Zeitlang in Frankreich, heiratet

dort zum ersten Mal und sieben Jahre später, nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, zum zweiten Mal. Kurzgeschichtenbände von ihr sind „Flowering Judas“, 1930, „Hacienda“, 1934, „Noon Wine“, 1937, „Pale Horse, Pale Rider“, 1939. Ihr erster Roman „No Safe Harbor“, erschien 1942, „The Leaning Tower“ und andere Kurzgeschichten 1943.

FREDERIC PROKOSCH

1908 in Madison, Wisconsin, geboren, wo sein Vater — österreichischer Herkunft — Universitätsprofessor war (später in Yale), wächst auf in Texas, Österreich, Deutschland und Frankreich. Er erwirbt den Dokortitel 1933 an der Universität Yale und studiert eine Zeitlang in Cambridge, England. Er lebt viel im Ausland und schreibt unabhängig von einer bestimmten Gruppe oder Schule. Bei Ausbruch des zweiten Weltkriegs lebt er in Portugal und kehrt 1941 nach den Vereinigten Staaten zurück. Er schreibt eine Reihe von Gedichtbänden. Sein erster Roman, „The Asiatics“, erscheint 1935 — deutsch unter dem Titel „Asiaten“, 1946 — 1937 „The Seven Who Fled“, 1939 „Night of the Poor“, „The Skies of Europe“, 1941 „The Conspirators“. Eine Übertragung von Hölderlin-Gedichten ins Englische erscheint 1943. Seine Bücher sind in zwölf Sprachen übersetzt worden.

KENNETH ROBERTS

1885 in Kennebunkport, Maine, seinem jetzigen Wohnsitz, geboren, ist in den zwanziger Jahren Mitarbeiter der „Saturday Evening Post“, sein Spezialgebiet: Europa nach dem ersten Weltkrieg. Er veröffentlicht seit 1930 historische Romane, die auf dem amerikanischen Schauplatz spielen: „Arundel“, 1930, „The Lively Lady“, 1931, „Rabble in Arms“, 1933, „Captain Caution“, 1934 „For Authors Only“, 1935, „Northwest-Passage“, 1937, „Trending into Maine“, 1938, „Oliver Wiswell“, 1940. In deutscher Übersetzung erschienen: „Nordwest-Passage“, „Oliver Wiswell“ und „Die Erneuerung des Westens“.

ELIZABETH MADOX ROBERTS

1886—1941, in Springfield, Kentucky, als Tochter einer Familie geboren, deren Vorfahren Pioniere in Kentucky gewesen waren, wächst in Kentucky und Colorado auf und schließt ihr Studium an der Universität von Chicago 1921 mit dem Dokortextamen ab. Sie lebt auch in New York und Kalifornien, behandelt aber in ihren Romanen vornehmlich das Leben in Kentucky. Sie bleibt unverheiratet. Nach der Veröffentlichung einiger Gedichtbände macht sie ihr erster Roman, „The Time of Man“, 1926, rasch berühmt; er wird in verschiedene Sprachen übersetzt. Der Roman behandelt das Leben der „Poor Whites“ in Kentucky, die vor ruhelosem Pionierdrang von einem Ort zum andern getrieben werden. Auch der nächste Roman, „My Heart and My Flesh“, 1927, spielt auf dem Lande; er erzählt die Geschichte einer Frau, die durch tragische Verwicklungen an den Rand des Irrsinns getrieben wird. „Jingling in the Wind“, 1928, eine satirische Phantastie, schildert die Reise eines Regenmachers zu einem Treffen mit Berufsgenossen. Es folgen „The Great Meadow“, 1930, ein historischer Roman, in dem Schönheit und Schrecken frühen Pionierlebens in Kentucky beschrieben werden, „A Buried Treasure“, 1931, eine humorvolle Erzählung von einem Farmer und seiner Frau, die im Boden einen Topf Gold finden, „The Haunted Mirror“, 1932, eine Kurzgeschichtensammlung mit dem Schauplatz Kentucky. „He Send Forth a Raven“, 1935, ist der einzige Mitternachtserfolg unter ihren Büchern, eine mystische Schilderung der Beziehung zwischen einem Farmer und seinem Land. „Black Is My True Love's Hair“, 1938, erzählt die zwei Liebesgeschichten eines Kleinstadtmädchens, die der ganze Inhalt ihres Lebens sind. Eine zweite Kurzgeschichtensammlung, „Not By Strange Gods“, 1941, hat wiederum vorwiegend Kentucky zur Szenerie.

WILLIAM SAROYAN

ist 1908 in Fresno, Kalifornien, als Sohn mittelloser armenischer Flüchtlinge geboren, die 1905 nach den Vereinigten Staaten emigriert waren. Sein Vater war Lehrer und schrieb auf armenisch Gedichte und einen unveröffentlichten Roman, während William Saroyan nie armenisch geschrieben hat. Gezwungen, sehr früh seinen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, ist er abwechselnd Telegraphenbote, Zeitungsausreißer, Landarbeiter, schließlich Journalist bis zum großen Erfolg seines ersten Buches „The Daring Young Man on the Flying Trapeze“, 1934. 1936 veröffentlicht er den Erzählungs-Sammelband „Inhale and Exhale“, 1937 „The Gay and the Melancholy Flux“, gleichfalls 1937 „The Little Children“, außerdem „Love, Here Is my Hat“, „The Trouble with Tigers“, „My Name is Aram“. Es folgen die Romane „The Human Comedy“, 1943, eine Schilderung seiner Erlebnisse als Telegraphenbote und später Angestellter des Telegraphenamtes

in San Franzisko, und „The Adventures of Wesley Jackson“, 1946, eine groteske und negative Beschreibung seiner Erlebnisse als Soldat. Vier seiner Kurzgeschichten sind mit dem O'Henry-Kurzgeschichtenpreis ausgezeichnet worden. Daneben schreibt er mehrere Theaterstücke: als erstes 1939 das sehr kurze „My Heart's in the Highlands“ (nach einer Kurzgeschichte von ihm), „The Time of Our Life“, das 1940 mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wird, außerdem „Love's Old Sweet Song“, „The Beautiful People“, „The Hero of the World“, „Something About a Soldier“, „Across the Board on To-morrow Morning“. Nach dem Erfolg seines ersten Buches unternimmt Saroyan ausgedehnte Reisen nach Europa, Rußland und Armenien und kehrt sodann nach Kalifornien auf die Farm seines Onkels als ständigen Wohnsitz zurück. Ins Deutsche übersetzt sind erschienen: „Menschliche Komödie“, die Kurzgeschichtensammlung „Das Eine und das Andere“ und zwei Kurzgeschichten in dem Band „Neu-Amerika — Zwanzig amerikanische Erzähler“.

UPTON SINCLAIR

Verfasser von 65 Romanen, Broschüren und Theaterstücken, schreibt auch unter den Pseudonymen Clarke Fitch, Frederick Garrison, Arthur Stirling. Geboren 1878 in Baltimore in einer vermögenden Familie von Marineoffizieren, verdient er während seiner College-Jahre sein Geld mit dem Schreiben von Groschen-Romanen. Der erste ernste Roman, „Spring Time and Harvest“, ist ein Mißerfolg. Er quartiert sich mit Frau und Kindern auf dem Lande in der Nähe von Princeton ein, lebt von geliehenem Geld, schreibt weitere Groschenromane — fünfzehn allein während des Studiums an der Universität von New York. Sein zweites Buch, „The Jungle“, 1906, eine Schilderung der Schlachthäuser und Lebensmittelfabriken von Chicago, bringt den ersten Erfolg. Mit den 4000 Dollar Honorar gründet er eine sozialistische Kolonie in New Jersey — Teilnehmer an dem Experiment sind Sinclair Lewis, John Dewey, William James —, aber ein Feuer zerstört die Kolonie; doch Sinclair baut sie neu auf und fährt anschließend nach England und Deutschland. Er kandidiert erfolglos für die Liberale Partei in einer Gouverneurswahl in Kalifornien. Zahlreiche seiner sozialen Romane, Schriften und Theaterstücke sind ins Deutsche übersetzt worden, unter anderem erschienen im Malik-Verlag vor 1933 die ersten zwölf Bände seiner gesammelten Werke: 1. Der Sumpf. 2. Hundert Prozent. 3. Jimmie Higgins. 4. Leidweg der Liebe. 5. Samuel, der Suchende. 7. König Kohle. 8. Petroleum. 9. Die goldne Kette oder die Sage von der Freiheit der Kunst. 10. Der Sündenlohn. Eine Studie über den amerikanischen Journalismus. 11. Boston. 12. Das Geld schreibt. Eine Studie über die amerikanische Literatur. Außerdem erschienen: „Der Industrieherr“, „Präsident der USA, Roman aus dem Weißen Haus“, „Wallstreet“, ein Roman in zwei Teilen: 1. „Die Metropole“, 2. „Die Wechsler“, „Das Buch des Lebens“, 3 Bände, „Das Haus der Wunder“, „Man nennt mich Zimmermann“, „Der Parademarsch, eine Studie über die amerikanische Erziehung“, „Sklaverei“, „Nach der Sintflut, Roman aus dem Jahr 2000“, „Religion und Profit, Versuch einer wirtschaftlichen Auslegung“, „Briefe an einen Arbeiter“, ferner die Dramen: „Singende Galgenvögel“, „Der Fassadenkletterer“, „Die Hölle“, „Die Maschine“. In Amerika sind, nachdem Upton Sinclairs Bücher in Deutschland nicht mehr übersetzt wurden, erschienen: „American Outpost“, eine Autobiographie, 1932, „Upton Sinclair Presents William Fox, A Study of High Finance in Motion Picture Industry“, 1933, „The Flivver King“, eine Schilderung der Arbeitsverhältnisse in der Automobilindustrie. 1940 wird der erste Band von Upton Sinclairs Lanny-Budd-Serie veröffentlicht, „World's End“, ein Roman, der während des ersten Weltkriegs und der anschließenden Friedensverhandlungen spielt und die Rolle der Munitionsindustrie, der Dollar-Diplomatie sowie den Konfusionshintergrund der Friedenskonferenz schildert. Die Serie, die 1946 den siebenten Band, „A World to Win“, erreicht hat, beschreibt in reportagehafter Form die Weltereignisse ab 1914, gesehen durch die Augen des Helden Lanny Budd, des vielseitig begabten Sprößlings einer reichen amerikanischen Familie, der Beziehungen und Freundschaften zu den Staatsmännern in aller Welt hat, als Vertrauensmann von Präsident Roosevelt von Land zu Land reist und mit Stalin, Hitler, Göring, Schuschnigg, Laval, Heß, Schacht, Jules Romain, Lindbergh usw. verhandelt. Lanny Budd, geboren 1900, im siebenten Band zum dritten Mal verheiratet, hat mit seinen Erlebnissen inzwischen 1942 erreicht. Zwischen dem ersten und siebenten Band liegen unter anderem „Between Two Worlds“, „Presidential Agent“, eine Schilderung der Ereignisse bis 1939, 1944 erschienen, und „Dragon Harvest“, der vorletzte Band, der 1939 und 1940 behandelt. Die ersten beiden Bände der Serie sind auf deutsch in der Schweiz erschienen: „Welt-Ende“ und „Zwischen zwei Welten“. Die Serie hat in Amerika und England sehr hohe Auflagenziffern erreicht; Übersetzungen in 15 Sprachen sollen geplant sein.

JOHN STEINBECK

ist 1902 als Sohn einer Familie deutscher und irischer Herkunft in Salinas bei Monterey in Kalifornien geboren, wo sein Vater Finanzverwalter des Landkreises und seine Mutter Lehrerin war. Von 1919 bis 1925 studiert er vorwiegend Biologie an der Stanford-Universität, zwischendurch ist er wiederholt tätig als Landarbeiter, Zimmermann und Maurer. Nach seiner Übersiedelung nach New York arbeitet er als Journalist, muß aber daneben doch sein Geld als Maurer verdienen. Bei seiner Rückkehr nach Kalifornien wird ihm die Hütung eines Hauses in der Sierra Nevada am See Tahore übertragen, und dort entsteht sein vierter Roman — die drei ersten sind unveröffentlicht geblieben — „A Cup of Gold“, 1929. Anschließend heiratet er und zieht nach Carmel an der pazifischen Küste. Er unternimmt später zahlreiche Auslandsreisen und nimmt am Krieg als Kriegsberichterstatter in Afrika und Italien teil. Neben den weiteren Romanen: „The Pastures of Heaven“, 1932, und „To a God Unknown“, 1933, ist besonders „Tortilla Flat“, 1935, zu nennen, ein großer amerikanischer Bestseller, der, ebenso wie der 1945 erschienene Roman „Cannery Row“, in den Armenvierteln von Monterey spielt und auch für das Theater bearbeitet worden ist; beide Romane sind eine Vereinigung von sozialem Realismus und komischer Groteske. 1936 veröffentlicht Steinbeck, der politisch weit links steht — der verstorbene russische Botschafter in Mexiko, Oumansky, war sein enger Freund —, „In Dubious Battle“, einen Streikroman, 1937 „Of Mice and Men“, gleichfalls für das Theater bearbeitet und viel aufgeführt, 1938 den Sammelband von Aufsätzen „Their Blood Is Strong“, im gleichen Jahr den Band von Erzählungen „The Long Valley“, 1939 den zweiten Best-seller über die Auswanderung einer armen Familie von Oklahoma nach Kalifornien, „Grapes of Wrath“, der mit dem Pulitzer-Preis von 1940 ausgezeichnet und auch verfilmt worden ist, 1942 „The Moon Is Down“, ein Buch, das in Norwegen unter deutscher Besatzung spielt, gleichfalls 1942 „Bombs Away“, einen Roman über die Ausbildung der Bombenflieger. Steinbeck hat mehrere Filmdrehbücher geschrieben, unter anderem „The Forgotten Village“ nach einer Reise in Mexiko, 1941, außerdem, in Zusammenarbeit mit Edward F. Ricketts, eine Studie über Meerpflanzen in Form eines Tagebuchs, „Sea of Cortez“, 1941. Steinbeck lebt jetzt in einem kleinen Ort an der mexikanischen Grenze, Cuernavaca. In deutscher Übersetzung sind erschienen: „Früchte des Zorns“, „Die wunderlichen Schelme von Tortilla Flat“, eine der Erzählungen aus „The Long Valley“, „Der rote Pony“ und „Der Mond ging unter“.

JESSE STUART

1907 in W-Hollow bei Riverton, Kentucky, geboren, entstammt einer Familie rastloser Pioniere; auch die Farm, auf der er geboren wird, ist neues Land, das er als Junge zu kultivieren mit-hilft. 1937 besucht er 21 europäische Länder und kehrt nach vierzehn Monaten auf die väterliche Farm zurück. Er ist bekannt für seine Anhänglichkeit an das ländliche Kentucky, dessen einfache Menschen er aus guter Kenntnis heraus schildert. „Head of W-Hollow“, ein Kurzgeschichtenband, erscheint 1936, die Autobiographie „Beyond Dark Hills“ 1938, die Romane „Trees of Heaven“ 1940, „Men of the Mountains“ 1941, „Taps for Private Tussie“ 1943.

EUDORY WELTY

1909 in Jackson, Mississippi, geboren, entstammt einer Familie schottisch-irischer und Schweizer Herkunft. Nach ihrem Studium an der Universität von Wisconsin schreibt sie zunächst Reklame-texte, Radiomanuskripte, Gesellschaftsnachrichten für kleinere Zeitungen; sie wird bekannt als Neger-Photographin und malt neben ihrer schriftstellerischen Tätigkeit. Ihre Veröffentlichungen bestehen bisher ausschließlich aus Kurzgeschichten und der längeren, 1946 erschienenen Erzählung „Delta Wedding“. Der Schauplatz der Geschichten ist stets der amerikanische Süden, die Erzählweise, insbesondere in den letzten Arbeiten, nach dem Urteil der Kritik fest zu kunstvoll und überfeinert in ihrer Sensibilität. Eudory Weltys erste Erzählung erscheint 1936 in „Manuskript“, der erste Sammelband „A Curtain of Green“ 1941 mit einer Einleitung von Katherine Ann Porter. 1942 folgt „The Robber Bridegroom“, 1943 die Geschichtensammlung „The Wide Net“. 1939 erhält sie mit „Petrified man“ und 1943 mit „Livvie is Back“ einen O'Henry-Preis.

GLENWAY WESCOTT

1901 in Kewaskum, Wisconsin, geboren, ist bekannt für die bittere und kritische Schilderung des Mittelwestens in seinen Romanen. Nach dem Abschluß seines Studiums lebt er fast ständig in Europa. Nach dem Roman „The Apple of the Eye“, 1924, und dem Gedichtband „Natives of the Rock“, 1926, veröffentlicht er 1927 seinen erfolgreichsten Roman, „The Grandmothers“, in England erschienen unter dem Titel „A Family Portrait“. Das Buch erzählt die Geschichte einer Familie aus dem Mittelwesten durch

den Mund eines Sohnes dieser Familie, der dem Mittelwesten entflohen und nach England gegangen ist und dort, von Heimweh gequält, in einem alten Fotoalbum blättert und die Lebensgeschichte der abgebildeten Vorfahren rekonstruiert. 1928 erscheint die Erzählungs-Sammlung „Good-Bye, Wisconsin“, 1932 eine Sammlung von Essays über die politische Krise und ihre Wirkung im Mittelwesten, „Fear and Trembling“. Ein weiteres Buch, „A Calendar of Saints for Unbelievers“, 1932, wird wegen eines etwas konfusen Mystizismus skeptisch aufgenommen. 1940 erscheint nach zehn Jahren ein weiterer Roman, „The Pilgrim Hawk“, der in einem Pariser Vorort spielt und drei Ehepaare schildert, die durch drei verschiedene Arten von Liebe miteinander verbunden sind. „Apartment in Athens“, 1944, spielt in Athen unter deutscher Besatzung.

EDITH WHARTON

1862–1937, ist in New York City als Tochter einer alten, in der Gesellschaft bekannten New Yorker Familie geboren. Sie lebt mit ihrer Familie abwechselnd in New York, auf dem Sommersitz in Newport und in Paris, ebenso auch nach ihrer Heirat. Da die Geisteskrankheit ihres Mannes trotz langjähriger Pflege hoffnungslos wird, siedelt sie ganz nach Frankreich über und schreibt angeblich sogar eine Reihe ihrer späteren Bücher auf französisch. Ihre Romane sind ungleichmäßig in der Qualität, einige von ihnen werden aber zu den besten Romanen der amerikanischen Literatur gezählt. Die Themen sind meist aus dem Leben der begüterten amerikanischen Gesellschaft genommen. Dank ihrem exakten Gedächtnis kann Edith Wharton auch nach jahrzehntelangem Aufenthalt in Frankreich fortfahren, ihre Romane in Amerika mit detailliert beschriebener Umgebung spielen zu lassen. Ihr erster Roman, der großen Erfolg hat, ist „House of Mirth“, 1905, spätere sind unter anderen „The Fruit of the Tree“, 1907, ein Kurzgeschichtenband „The Hermit and the Wildwoman“, 1908, „Tales of Men and Ghosts“, 1910, „Ethan Frome“, 1911, „The Age of Innocence“, 1920, „Old New York“, 1924, „The Writing of Fiction“, 1925, gibt eine Beschreibung ihrer Technik. Der Roman „Ghosts“ erscheint 1937 und aus ihrem Nachlaß „The Buccaneers“ 1938.

THORNTON WILDER

1897 in Wisconsin geboren, in China und Amerika aufgewachsen. übt nach dem Studium in Yale Lehrtätigkeit an der Lawrenceville-School und der University of Chicago aus. Sein erster Roman, „The Cabala“, behandelt in ironischem Stil das Leben der degenerierten italienischen Aristokratie in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Der zweite Roman, „The Bridge of San Luis Rey“, 1927, wird mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet. Beide Romane, ebenso wie der dritte Roman, „The Woman of Andros“ — basierend auf der lateinischen Komödie von Terenz „Andrea“ —, und „Heaven's My Destination“, 1935, sind in deutscher Übertragung erschienen unter den Titeln „Die Cabala“, „Die Brücke von San Luis Rey“, „Die Frau von Andros“ und „Dem Himmel bin ich auserkoren“. Der letztgenannte Roman spielt zum ersten Mal im zeitgenössischen Amerika. Der 1946 von Wilder erschienene Roman „Written on the Wind“ wurde rasch ein Best-seller. Thornton Wilder ist ebenso bekannt geworden durch seine Theaterstücke, von denen „Our Town“, 1939, gleichfalls mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde. Unter dem Titel „Unsere kleine Stadt“ ist dieses Stück ebenso wie „The Skin of Our Teeth“ — „Wir sind noch einmal davongekommen“ — in Deutschland häufig aufgeführt worden.

THOMAS WOLFE

1900 bis 1938, wächst in Ashville, North Carolina, als Sohn eines Steinmetzen auf und studiert an der Harvard-Universität in der als Schule amerikanischer Dramatiker berühmten Arbeitsgemeinschaft „47 Workshop“ von Professor G. P. Baker. Nach Abschluß des Studiums 1922 unternimmt er Reisen durch Frankreich und Deutschland. Eine mehrjährige Lehrtätigkeit als Dozent für Englisch an der New York-Universität gibt Wolfe nach dem Erfolg seines ersten Romans, „Look Homeward, Angel“, 1929, auf. Die Fortsetzung dieses autobiographischen Romans bringt 1935 das zweibändige „Of Time and the River“. Gleichfalls 1935 erscheint die Skizzen- und Kurzgeschichtensammlung „From Death to Morning“. Über seine Arbeitsweise berichtet Wolfe 1936 in „The Story of a Novel“. Nach Wolfes Tod, 1938, erscheinen 1939 und 1940 das zweite autobiographische Werk von Wolfe, „The Web and the Rock“, und „You Can't Go Home Again“. Die vier autobiographischen Bücher, in denen Wolfe auch seine Reisen in Deutschland vor und nach 1933 beschreibt, sind in deutscher Übersetzung erschienen unter den Titeln: „Schau heimwärts, Engel“, „Von Zeit und Strom“, „Strom des Lebens“ und „Es führt kein Weg zurück“, der Kurzgeschichtenband unter dem Titel „Vom Tod zum Morgen“. Aus Wolfes Nachlaß, der bisher noch nicht voll ausgewertet ist, wurden 1942 veröffentlicht: „The

Hills Beyond“, zehn Essays und Kurzgeschichten sowie die ersten zehn Kapitel eines unvollendeten Romans. Weiter erschienen 1943 „Letters to His Mother“ sowie ausgewählte Stücke aus seinen Werken, in Gedichtform angeordnet, 1945 unter dem Titel „A Stone, a Leaf, a Door“.

RICHARD WRIGHT

1909 in Natchez, Mississippi, geboren, ist der führende Negerautor in den Vereinigten Staaten. Autodidakt, in Natchez aufgewachsen, lebt er jetzt in Chicago. Seine Bücher haben einen stark autobiographischen Charakter und sind leidenschaftlich und melodramatisch im Ton; sie dienen zugleich Wrights Kampf gegen die Rassenvorurteile und für seine sozialistisch-kommunistischen Überzeugungen. Die Geschichtensammlung „Uncle Tom's Children“ erscheint 1938 und erweitert 1940, der Roman „Native Son“ 1940, ein amerikanischer Best-seller. Die Autobiographie „Black Boy: A Record of Childhood and Youth“, 1945, erzählt das Leben Richard Wrights bis zu seinem achtzehnten Lebensjahr.

Bibliographie

In deutscher Sprache:

Neu-Amerika. Zwanzig Erzähler der Gegenwart. Herausgegeben und eingeleitet von Kurt Ullrich. S. Fischer-Verlag, Berlin, 1937.
Régis Michaud, Amerikanische Literatur der Gegenwart. Dioskuriden-Verlag, Leipzig, 1931.
Alfred Kazin: Der amerikanische Roman. Overseas Editions, Inc. 1946.
Hans Habe: Was liest man in Amerika? Neue Zeitung, 26. August 1946.

In englischer Sprache:

The Oxford Companion to American Literature von James D. Hart. Oxford University Press, London, New York, Toronto, 1943.
Twentieth Century Authors. A Biographical Dictionary. Edited by Stanley I. Kunitz and Howard Haycraft. The H. W. Wilson Company, New York, 1942.
R. Blankenship, American Literature as an Expression of the National Mind. George Routledge and Sons, London, 1931.
Boas and Burton: Social Backgrounds of American Literature. Little, Brown and Co., Boston, 1933.
V. F. Calverton, The Liberation of American Literature. Charles Scribner's Sons, New York, 1932.
V. F. Calverton, American Literature at the Crossroads. University of Washington Book Store, Seattle, 1931.
Ludwig Lewisohn, Expression in America. Erschienen auch in französischer Übersetzung unter dem Titel „Psychologie de la littérature américaine“, Didier, 1934.
J. T. Farrell, A Note on Literary Criticism. Constable, London, 1935.
H. Hart: American Writer's Congress. Martin Laurence, London, 1936.
— The Writer in a Changing World, Laurence and Wishart, London, 1937.
R. D. Jameson: A Comparison of Literature, Kegan Paul, Trenchard, Trübner and Co., London, 1935.
H. M. Manly and E. Rickert: Contemporary American Literature. George Harrap and Co., London.
Carl Van Doren: The American Novel. The Macmillan Co., New York, 1921.
— Contemporary American Novelists. The Macmillan Co., New York, 1922.
— What Is American Literature? Routledge, London, 1935.
H. Walpole and others: Tendencies of the Modern Novel. George Allen and Unwin, London, 1936.

In französischer Sprache:

Régis Michaud: Panorama de la littérature américaine. Kra, Paris, 1928.
Les Romanciers américains. Eine Anthologie mit Einführungen zu den verschiedenen Autoren. Denoel, 1934.
La Littérature américaine von Charles Cestre. Armand Colin, 1942.
Pierre Brodin, Les Écrivains américains de l'entre-deux-guerres. Valiquette, Montreal, 1946.
Nelly Vaucher-Zananiri: Voix d'Amérique. Ed. Schindler, Le Caire, 1945.
Albert Baiwir: Le Déclin de l'individualisme chez les romanciers américains contemporains. Les Éditions Lumière, Brüssel, 1941.
Maurice-Edgar Coindreau (der französische Übersetzer von Hemingway, Faulkner, Caldwell, Steinbeck): Aperçus de littérature américaine. 1946.
Écrivains et poètes des États — Unis. Sonderheft der Zeitschrift Fontaine, 1945.
La Gazette des Lettres, 14. September 1946, ein Sonderheft über den amerikanischen Roman.

Die Zeitschriften in Frankreich

Die Hochflut der französischen Zeitschriften ist kaum noch zu übersehen. Einige von ihnen, die während der Besatzungsjahre nicht erschienen waren, tragen wieder den alten Namen. Eine Reihe bekannter Publikationen ist verschwunden, teils weil sie durch ihre Veröffentlichungen während der Besatzungszeit belastet waren, teils weil ihre Gründer der Herausgeber gefallen oder umgekommen sind. Manche unter einem neuen Namen erscheinende Publikationen gleichen ihren Vorbildern vollständig, wie etwa „France Illustration“ der früheren „Illustration“, während sich für andere, wie etwa die „Nouvelle Revue Française“, noch kein Nachfolger gefunden hat, obwohl sich eine Reihe von Zeitschriften um diesen Ruf bemühen.

Im Gegensatz zu den Zeitschriften in Deutschland überwiegen die rein literarischen Publikationen bei weitem. In der hier noch unbekannten Breite und Weitschweifigkeit werden bereits wieder subtilste ästhetische und allgemein philosophische Probleme diskutiert und dargestellt, bisher unveröffentlichte Briefwechsel erster und zweiter literarischer Größen abgedruckt, Gedichte veröffentlicht und sachliche und persönliche Streitigkeiten an die Öffentlichkeit gebracht. Dabei fällt auf, daß in der großen Zahl der Zeitschriften häufig dieselben Namen wieder auftauchen, wie sich schon aus der nachstehenden Liste entnehmen läßt¹⁾. Eine Reihe von Schriftstellern, die eine bestimmte Richtung propagieren, wie etwa Emmanuel Mounier (Personalismus) oder Jean Paul Sartre (Existentialismus), verfechten ihre Ansichten in eigenen Zeitschriften („Esprit“, „Les Temps Modernes“), während Autoren wie Aragon, Eluard, Vercors, Emmanuel, de La Tour du Pin, Bernanos, Monnerot, Naville oder Blin mit Aufsätzen oder Gedichten in zahlreichen Zeitschriften vertreten sind. Auch an ein bestimmtes Fach gebundene Autoren wie René Huyghe (Bildende Künste), Louis de Broglie (Physik) oder Le Corbusier (Architektur) schreiben für eine ganze Anzahl konkurrierender Zeitschriften.

Französische Zeitschriften, die sich vorwiegend mit politischer Materie befassen, dürfen zur Zeit noch nicht nach Deutschland eingeführt werden. Die aufgeführten Zeitschriften dieser Art sind daher meist nur durch Besprechungen und gelegentliche „Irrläufer“ bekannt. Die Titel dürften vollständig sein (und gehen an Zahl weit über die offizielle Liste der Messageries Françaises de la Presse hinaus), doch mag gerade für die Beurteilung des Gewichts, das manche der genannten politischen Publikationen besitzen, später noch eine Ergänzung notwendig werden. Obwohl ein exaktes Verfolgen dieser Publikationen kaum möglich war, zeichnete sich deutlich seit mehreren Monaten ein Erstarken und eine beträchtliche Zunahme an Zahl bei den linkssozialistischen und kommunistischen Zeitschriften ab. Neben populären Organen dieser Art nehmen auch die theoretisch-dogmatischen an Zahl und Umfang zu.

Eine Reihe von Luxuszeitschriften bieten bereits wieder ein so reiches Bild wie vor dem Kriege. Neben Kunstzeitschriften sind es insbesondere Modehefte, die einen solchen Aufwand treiben. Die Preise haben sich bei einigen Zeitschriften bereits wieder verändert. So stellen sich die Wochenzeitschriften, die bisher etwa 6 frs. kosteten, zum großen Teil auf einen Preis von 10 frs. um. Mit einem weiteren Ansteigen der hier genannten Preise muß gerechnet werden.

Im folgenden sollen nun die in Frankreich erscheinenden Zeitschriften zusammengestellt werden. Französische Zeitschriften schweizer oder belgischer Provenienz oder auch Zeitschriften der Besatzungsmacht in Deutschland wurden nicht miteinbegriffen.

ACCORDS. Monatsschrift für Literatur im Zeitungsformat. Preis 20 frs.

ACTION. Verlag: Paris, 3, rue des Pyramides. Preis 8 fr. Laut Anzeige die Wochenschrift für die politische und soziale Tat, die zugleich ein Panorama der Welt, Berichte über Literatur, schöne Künste, Theater, Film und Sport bringt; illustriert, im Zeitungsformat.

AGENT DE LIAISON. Halbmonatsschrift der Widerstandsbewegung. Preis 10 frs.

ALLIANCE FRANÇAISE. Verlag: Paris 6e, 101, boulevard Raspail. Ehrenpräsident: General de Gaulle; Vorsitzender des Direktionsausschusses: Georges Duhamel. Monatsschrift der nationalen Gesellschaft für die Propagierung der französischen Sprache in den Kolonien und im Ausland.

AMERICA. 14, avenue du Président Wilson, Paris 16e. Herausgeber: Pierre Seghers; Chefredakteur: René Huyghe. Preis verschieden, um 250 frs. Zeitschrift für den Kulturaustausch zwischen Frankreich und Lateinamerika. Zweisprachige Wiedergabe südamerikanischer Werke. Das dritte Heft ist Städten und Häusern gewidmet. Luxuriöse Aufmachung. Fotografien und Reproduktionen.

APOLLO. Verlag: Paris 8e, 160, boulevard Haussmann. Herausgeber: R. Girard. Preis 4 frs. Halbmonatsschrift zur „Verteidigung der Künste“. Eine illustrierte Zeitung, die sich ausführlich mit Ausstellungen befaßt.

ARCHIVES DE MÉDECINE SOCIALE. Redaktion: L. Dérobert, Paris 5e, 1, rue Clovis. Erscheint zehnmal im Jahr und bringt auch allgemein interessierende medizinische Artikel.

ART ET INDUSTRIE. Elegante Kunstzeitschrift. Erscheint unregelmäßig. Preis 150 frs.

ART POÉTIQUE SUR LA CÔTE D'AZUR. Erscheint unregelmäßig. Preis 25 frs.

ARTS. Redaktion: Paris, 140, Faubourg St.-Honoré. Schöne Künste, Literatur, Theater. Illustrierte Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 10 frs.

ARTS DE FRANCE. Verlag: Bibliothèque française, Paris, 33, rue St.-André des Arts. Herausgegeben unter dem Patronat der „Enzyklopädie der französischen Wiedergeburt.“ Monatsschrift für bildende Künste.

ARTS ET LETTRES. Künstlerisch-literarische Monatsschrift. Preis 80 frs.

ATOMES. Eine illustrierte Zeitschrift, laut Anzeige für „alle, die sich für den Fortschritt ihrer Zeit interessieren“.

AVANTGARDE. Politische Wochenschrift für die Jugend. Preis 4 frs.

AVANTI. Italienische sozialistische politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

AVIATION 46. Editions Paul Dupont. Preis 60 frs.

BONNE HUMEUR. Sammlung satirischer Beiträge. Erscheint unregelmäßig. Preis 20 frs.

BREF. Politische Echos. Wochenschrift. Preis 15 frs.

CAHIER FRANCE-ROUMANIE. Rumänische Autoren über französisch-rumänische kulturelle Beziehungen. Unter anderem ein Artikel über den Gelehrten Ovide Densusianu, der im französischen Symbolismus das Mittel zur Modernisierung seines Landes sah. Gedichte in beiden Sprachen.

CAHIERS D'ACTION. Politische Zeitschrift. Erscheint unregelmäßig. Preis 45 frs.

CAHIERS D'ART ET D'AMITIÉ. Unregelmäßig erscheinende Literaturzeitschrift. Preis 80 frs.

CAHIERS FRANCE-ITALIE. Literarische Monatsschrift. Preis 30 frs.

CAHIERS DE LA NOUVELLE ALLIANCE.

CAHIERS DE LA NOUVELLE ÉPOQUE. Die neue Publikation bekämpft den Rationalismus, den Positivismus und den Materialismus und will vor allem dem russischen Problem Aufmerksamkeit widmen. Nicolaus Berdiaeff klagt darüber, daß der Westen Rußland nicht kenne, und will nachweisen, daß der westliche Individualismus von der Kenntnis des Individuums weiter entfernt sei als der russische Gemeinschaftsgedanke.

CAHIERS DE LA RESTAURATION FRANÇAISE. Verlag: Éditions de la Nouvelle France. Die Mitarbeiter dieser Zeitschrift scheinen (nach „Paru“) hastige Verallgemeinerungen zu lieben.

CAHIERS DE L'ART SACRÉ. Leiter: zunächst Rouault, später Goerg. Untersuchungen und Reproduktionen zu den Haupttendenzen der religiösen Kunst.

CAHIERS DE NOTRE JEUNESSE. Literarische Monatsschrift. Preis 20 frs.

CAHIERS DU MONDE NOUVEAU. Verlag: Éditions Témoignages Chrétiens, Paris, 30, rue de Gramont. Preis 50 frs. Eine wichtige politische Monatsschrift, die die großen Probleme des Wiederaufbaues der Welt behandelt, wie sie „Ausländer sehen und Franzosen verstehen.“ Autoren sind unter anderen: Wilhelm Röpke, Walther Fritsch, Reymond Silva. Philosophische Themen, naturwissenschaftliche Themen (Louis de Broglie). Vor allem aber informatorische Beiträge über politische und finanzielle Zeitprobleme. Ein ganzes Heft befaßt sich mit der Problematik des Föderalismus in Theorie und Praxis.

CAHIERS DU NORD. Verlag: Paris 16e, 23, rue de Villejust; Charleroi, 5, rue de Bouchers; Bruxelles, 62, rue Cervantès. Herausgeber: Nestor Misercz. Gegründet 1927.

CAHIERS DU SUD. Verlag: Marseille, 10, cour du Vieux-Port; in Paris 7e, 15, avenue de la Bourdomais. Gründer und Herausgeber: Jean Baillard. Aus dem Inhalt: Erste vollständige Veröffentlichung des Faust-Fragmentes von Valéry. Pierre Naville untersucht den Versuch des Pater Sertillanges, Bergson zu bekehren (womit er keinen Erfolg hatte). Gedichte von Jiri Wolker, einem Tschechen. Gemeinschaftliche Arbeit zur Ehrung von Max Jacob, an der Jean Cassou, Maurice Morel, Léon-Gabriel Gros und Roger Lannes zusammen gearbeitet haben. Gedichte von Majakowskij und dem Chilenen Huidobro. Eine Studie von Alquié über Sartres „L'Être et le Néant“.

CAHIERS DU RHIN. Monatsschrift. Preis 12 frs.

CAHIERS POUR LA PAIX SCOLAIRE.

CAHIERS RATIONALISTES.

CALENDEAU. Revue de Langue d'Oc.

CAMPANULE. Verlag: Sens l'onne. Organ der Melodisten. „Keltische Tradition“. Wenig originelle Gedichte.

CANARD ENCHAÎNÉ. Satirische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 3 frs.

CARREFOUR. „Die Woche in Frankreich und in der Welt“. Redaktion: Paris 8e, 114, avenue des Champs Élysées. Allgemeine politische Wochenschrift. Preis 6 frs.

CARTE DU CIEL. Verlag Plon, Herausgeber: Daniel Rops. Preis 580 frs. „Hefte der Poesie“. Jedes Heft trägt den Namen einer besonderen Richtung. Erstes Heft: „Die Plejaden“ (ohne tiefere Beziehung zum Inhalt). Claudel über das Buch Hiob. Auszüge aus einem Roman von Bernanos, indische Gedichte, Untersuchungen über die Beziehungen des Surrealismus zum Mittelalter. Das zweite (Saturn-) Heft bringt neben Schriften aus dem sechzehnten Jahrhundert Texte von Unamuno, Garcia Lorca, Eliot, Thomas Moore und Gabriel Marcel.

CATHOLICITÉ. Unregelmäßig erscheinende allgemeine Schrift. Preis 25 frs.

CENTRES. Literarische Halbmonatsschrift. Preis 40 frs. Erscheint in Limoges. Redaktion: G. E. Clancier, Robert Margerit, René Rongerie. Stellt wie „Cahiers du Sud“ den Versuch einer intellektuellen und künstlerischen Dezentralisierung dar. Autoren sind unter anderen: Decannes, Tomskey, Tzara, Becker, Lorcia, de Freminville, Rongerie, Saint-Soline, Blin und de Langlade.

CHRONIQUE DE FRANCE. Allgemeine Monatsschrift. Preis 100 frs.

CHRONIQUE DE MINUIT. Verlag: Les Éditions de Minuit, Paris 6e, 41, rue St. Placide. Preis 50 frs. Die Zeitschrift, die etwa monatlich erscheint, ist in dem Geiste zusammengestellt, der die Éditions de Minuit zum wichtigsten Verlag der Résistance gemacht hat. Beiträge von Vercors, Eluard, Vacquin, Paulhan, Howard Spring und Roland Dupuy. Der englische Dichter Stephen Spender führt aus, der Schriftsteller dürfe sich weder dem Sozialen verschließen, noch den Parteien dienen. Er billigt zwei Strömungen des Kontinents: den Personalismus und den Geist der Widerstandsbewegung.

CIVILISATIONS. Aus dem Inhalt: Paul Duchêne über einen Ausspruch von Marx, daß man die Gleichheit nicht um den Preis der Freiheit erkaufen dürfe. Er spricht von der Gefahr der Verstaatlichung zum Zwecke des Staatsprofits.

CLARTÉS. Verlag: Paris 8e, 35, rue la Boétie. Wochenschrift; bringt Kommentare zu den Ereignissen in Politik, Literatur und Kunst.

CLIMATS. Koloniale Wochenschrift. Preis 8 frs.

CLOU. Wochenschrift. Preis 6 frs.

COLOMBA. Allgemeine politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

COLS BLEUS. Wochenschrift der französischen Marine im Zeitungsformat, Preis 5 frs.

COMBAT MAGAZINE.

CONCORDE. Allgemeine politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

CONFÉRENCIA. Journal de l'Université des Annales. Herausgeberin: Yvonne Sarzey; Redaktion: Paris 6e, 79, boulevard St. Germain. Beiträge von E. Herriot, R. P. Maxdiou und Louis Giles.

CONFLUENCES. Literarische Monatsschrift. Redaktion: Paris 8e, 23, rue Pasquier. Herausgeber: René Tavernier; Chefredakteur René Bertelé; in der Schriftleitung: Jean Beaufret, Jules Monnerot und Gaetan Picon. Preis 50 frs. Confluences ist eine der wichtigsten Zeitschriften für die geistige Auseinandersetzung mit Zeitfragen. Wenige eingelegte Bildseiten. Ein Artikel von Picon gegen Julien Bendas „La France Byzantine“; Jules Monnerot über Nietzsche, Mouvin über die Beziehungen der Intellektuellen zu kommunistischen Partei im Sinne des desillusionierten André Gide; Beaufret über die Philosophie Jean Paul Sartres: „Es handelt sich darum, zu wissen, ob nicht der echte Marxismus eigentlich etwas ähnliches wie der Existentialismus will, mit anderen Worten, ob der echte Marxismus eine Aufhebung der Freiheit bedeutet oder die entschlossenste Versicherung der Freiheit.“

CONTREPOINTS. Musikalische Monatsschrift. Verlag: Les Éditions de Minuit, Paris 6e, 41, rue St. Placide. Herausgeber: Frédéric Goldbeck. In der Schriftleitung (unter anderen): Henri Barraud, Frédéric Goldbeck, Charles Kochlin, Yvonne Lefébure, Max Pincherle. Preis 50 frs. Eine Musikzeitschrift, die neben Aufsätzen über zeitgenössische und ältere Musik eine Umfrage bringt, in der zahlreiche zeitgenössische Komponisten vier Fragen beantworten: „Was ist der Kanon Ihrer Ästhetik und der Technik, die Ihren Spiel zugrunde liegt? Sehen Sie ein Hauptprinzip, nach dem Sie in Ihrem Gesamtwerk vorgehen? Gibt es eine Kompositionsweise, die Sie systematisch anwenden oder verbannen? Wie sehen Sie in Ihrer Musik die Beziehungen zwischen Technik und Ausdruck? Die zum Teil recht wirren und irreführenden Antworten sind gleichwohl aufschlußreich.“

CORDES. Verlag: Paris 6e, 12, rue Dugay-Truin. Eine Zeitschrift für die Jugend unter zwanzig Jahren. Sport, Literatur, Theater, lebhaft Auseinandersetzung mit Zeitfragen.

COUP D'OEIL. Monatsschrift. Behandelt aktuelle Ereignisse. Preis 20 frs.

COSMOS.

COURRIER DIPLOMATIQUE. Preis 140 frs. Eine gut ausgestattete und illustrierte neue Monatsschrift mit kurzen Artikeln über internationale Fragen. Hat die Absicht, zur Kenntnis und zum Verständnis fremder Länder beizutragen.

COURRIER DE L'ÉTUDIANT. Allgemein unterrichtende Monatsschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

CRITIQUE. Éditions du Chêne. Kritische literarisch-philosophische Artikel. Preis 50 frs.

DEBOUT. Politische Echos. Wochenschrift. Preis 10 frs.

DELTA. Eine neue literarische Zeitschrift aus Anger.

DIALOGUE. Preis 150 frs. Eine neue Zeitschrift, die einen englisch-französischen Dialog unterhalten will. Aus dem Inhalt: Artikel über die englisch-französische Wissenschaft (Joliot-Curie); über britische und französische soziale Pläne (Ambroise Croizat); über die englischen Nationalisierungen (Walter Hill). Weiter Mitarbeiter Cendrars, Fargue, Elizabeth Bowen, Maryoux, Gillies.

DIEU VIVANT. Religiöse und philosophische Perspektiven. Verlag: Éditions du Seuil, Paris 6e, 27, rue Jacob. Will die religiösen Probleme auf philosophische Weise untersuchen, ohne einen der christlichen Bekenntnisse oder auch einige Ungläubige auszuschließen. Aus dem Inhalt: Über den Symbolismus der tauferischen Riten schreibt Jean Daniélou; Hans von Balthazar zieht einen Vergleich zwischen Kierkegaard und Nietzsche (für Nietzsche sei die Angst der Stachel zum Mut und für den Krieg, während bei Kierkegaard, der sich einer Dialektik des Unmittelbaren überlasse, das Leben als der dauernde Ausdruck des existentiellen Pathos dargestellt werde. „Das Kierkegaard'sche Paradox ist eine Tatsache, Nietzsches Utopie ist eine Idee“).

DIOGENE. Literarische und politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 8 frs.

DIX-HUIT JUIN. Politische und literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

DOCUMENTS DU CENTRE D'ETUDES ÉCONOMIQUES ET SOCIALES. Bernard du Vaulx: „Auch die beste Verfassung muß immer noch vor der Perversität der Menschen geschützt werden.“ **DROIT ET LIBERTÉ.** Politische jüdische Halbmonatsschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

EUX VIVES DE LUTÈCE. Preis 30 frs. Ein Teil ist den augenblicklichen Schwierigkeiten des französischen Theaters gewidmet und weist Beiträge von Hébertot, Cocteau und Salacrou auf.

ÉCHANGE. Verlag: Échange, Paris 1r, 9, rue du Beaujolais. Preis 150 frs. Internationale illustrierte Monatsschrift (gedruckt in der Schweiz), die den „Bund zwischen den Menschen auf internationaler Ebene“ herbeiführen will. Christliche Grundhaltung. Eine Reihe von Artikeln über England; eine Studie über das französische Problem der Lehrfreiheit; Gabriel Audisio über Algerien. Nummer 4 war dem Wiederaufbau gewidmet. Darin eine Verteidigung der traditionellen Architektur von Albert Laprade und ein Artikel von Le Corbusier über neue Architektur.

ÉCHO DE LA PRESSE. Halbmonatsschrift. Preis 20 frs.

ÉCOLE LAIQUE. Wochenschrift für Erzieher. Preis 5 frs.

ÉCONOMIE ET HUMANISME. Redaktion: La Tourette. Eveux par l'Arbresle (Rhône). Gründer: Lebret und Moreux; Herausgeber: Joseph Lebret. Zweimonatsschrift mit sozialistischer Tendenz.

ÉLITES FRANÇAISES. Verlag: Paris, 78, avenue des Champs Élysées. Die Zeitschrift wird herausgegeben von der Verlagsgesellschaft Les Élités Françaises unter Leitung von Pierre Guérin.

EN MARGE. Ein kleines Heft der Jungen, das eine Revision der surrealistischen Werte anstrebt.

ENSEIGNEMENTS. Halbmonatsschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

ENTENTE. Zweisprachige französisch-englische Monatsschrift. Preis 25 frs.

ESPAGNE RÉPUBLICAINE. Politische und literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

ESPRIT. Redaktion: Paris 6e, 27, rue Jacob. Herausgeber: Emmanuel Mounier. Preis 60 frs. Die Monatsschrift erscheint im vierzehnten Jahrgang. Organ des Personalismus, den Emmanuel Mounier in einer Reihe von Aufsätzen erläutert („Die Lage des Personalismus“). „Es ist wichtig, die Werte der Entscheidung und des Sich-Festlegens gegen die Herrschaft der Skrupel und der (mißverstandenen) Integrität zum Ansehen zu bringen. Wie soll man sich festlegen? Indem man die Bewegung der Geschichte direkt an einer gelebten und fortschreitenden Erfahrung analysiert, hat man das einzige Mittel, die Geschichte zu erkennen.“ Die Analyse geht mit Hilfe der „Connaissance engagée“ vor sich. Mounier in „Genickbruch des Westens“: „Wenn man den Frieden und die Zukunft der Zivilisation erhalten will, die uns teuer sind, wenn man selbst den Drohungen, die von Rußland kommen könnten, die Spitze abbrechen will, muß man nicht nur Rußland gerecht werden, sondern auch mit ganzem Willen seine Freundschaft suchen. Ohne die entscheidende Lehre, die Rußland erteilt, wird die europäische Revolution im sozialdemokratischen Sumpf ausbrechen oder eines gewaltsamen Todes sterben, der unmittelbar von der gefürchteten Gegenrevolution gefolgt sein wird...“ Ein Heft ist dem Problem der kommunistischen Partei gewidmet (Nummer 2, 46). Mounier gab in einer Artikelserie eine „Einführung in die Existentialismen“.

ESSAIS ET ÉTUDES UNIVERSITAIRES. Verlag: La Nouvelle Édition, Paris 213 bis, boulevard St. Germain. Eine Sammlung von Universitätsbriefen, die viermal jährlich erscheint. Fachlich und allgemein unterrichtend. Aus dem Inhalt: Forderung eines Neger-Studienrates (Senghor) nach Möglichkeiten einer Ausbildung der Neger, die ihren Fähigkeiten angepaßt sei.

ESSOR. Verlag: Paris 6e, 58, rue Notre-Dame-des-Champs. Politische Wochenschrift der kommenden Generation im Zeitungsformat. Preis 8 frs.

ESTUAIRES. Erscheint in Bordeaux. Preis 60 frs. Literarische Zeitschrift. Enthält eine Studie von Estang über das geistliche Drama in den Romanen von Bernanos.

ÉTUDE DE PRESSE. Politisch-literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 60 frs.

ÉTUDES. Verlag: Paris 7e, 15, rue Monsieur. Preis 40 frs. Halbmonatsschrift von betont christlicher Prägung, gegründet 1856. Artikel über die neue Religionspolitik in der Sowjet-Union, wo die orthodoxe Kirche gestützt, die katholische aber verfolgt werde. Pater Louis Beirnaert setzt sich für eine mächtige christliche Arbeiterbewegung ein und meint, daß die christliche Bürgerschaft sich vom liberalen Kapitalismus trennen werde. (Beirnaerts Theo-

rie von der christlichen Arbeiterbewegung wird vom „Esprit“ als Wirklichkeitsfern bezeichnet.) Rideau stellt die Behauptung auf, Valéry habe nie die Unruhe des Geistes gekannt, weil ihm die religiöse Unruhe unbekannt sei; so seien auch seine Gedichte bar jeden Gefühles. Eine Studie über Camus: „Pascal ohne Christ“. Vedel analysiert die juristische Freiheit der Liberalen und die erlebte Freiheit der Kommunisten und meint, daß sie sich im Christentum oder der unkirchlichen Form des Christentums, dem personalistischen Humanismus, einigen könnten. Von Beirnaert ein Artikel über Berlin und die undemokratischen Berliner. Bericht einer Reise von zwei französischen Jesuiten nach Yen-An, dem Zentrum des chinesischen Kommunismus.

ÉTUDES ET DOCUMENTS. Eine Zeitschrift, die von der Zentralstelle zur Koordinierung und Synthese der Studien zum Wiederaufbau veröffentlicht wird.

ÉTOILE. Politisch-literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 8 frs.

EUROPE. Herausgeber: Jean Cassou; erscheint in der Bibliothèque Française. Ehemals die Zeitschrift Romain Rollands, verteidigte Europe von 1923–1939 die Rechte des Geistes und die Aufgaben der Schriftsteller in einer Welt, die sich im Alarmzustand befand. Jean Cassou, Georges Friedmann und Jean Richard Bloch, die Mitarbeiter der alten Ausgabe, zeichnen auch in der neuen. Im Inhalt unter anderem: Tagebuchfragmente von Rolland; Aufsätze von Aragon und Eluard; Bloch definiert die Stellung des Schriftstellers, die nicht völlig außerhalb des Politischen zu fassen sei, folgendermaßen: man müsse außerhalb der reinen Literatur (littérature pure) ein reiner Schriftsteller bleiben. Reine Schriftsteller seien Schriftsteller mit Aufgaben. Der Historiker Jules Isaac („Junius“ in den „Éditions de Minuit“) kritisiert „Jesus in seiner Zeit“ von Daniel Rops, das die Tendenz habe, die These von der traditionellen Schuld und Strafe Israels zu unterstützen.

EVÈNEMENT. Politische, wirtschaftliche, literarische und Finanz-Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

EXISTENCES. Literarische Halbmonatsschrift. Preis 50 frs.

FAMILLES DE FRANCE. Monatliches Familienblatt im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

FÊTES ET SAISONS. Verlag: Éditions du Cerf, Paris 7e, 29, boulevard Latour-Maubourg. Eine Monatsschrift, die als Nachfolgerin von „La Vie Chrétienne avec Notre Dame“ bezeichnet wird. Sie ist illustriert und volkstümlich theologisch gehalten.

FONTAINE. Verlag: Fontaine, Paris 8e, 40, rue des Mathurins; Herausgeber: Max Paul Fouchet. Preis 60 frs. Eine Monatsschrift für Politik, Dichtung und schöne Literatur, erscheint im siebenten Jahrgang, eine der wichtigsten Monatsschriften. Aus dem Inhalt: „Übungen eines lebendig Begrabenen“ von Julien Benda, Georges Blin über Simone de Beauvoir; Gedichte von Micheaux, Patrice de La Tour du Pin, Eluard (Poésie ininterrompue). Claude Mauriac: „Malraux ou le mal du héros“.

FORCE OUVRIÈRE. Allgemeine politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

FORCES FRANÇAISES. Politische Provinzwochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

FORCES NOUVELLES. Allgemeine politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

FRANCE-AMÉRIQUE. Preis 60 frs. Diese allgemeine Zeitschrift ist aus der Zusammenlegung einer Reihe von Organen entstanden, die die Verbindung Frankreichs mit den verschiedenen Nationen des amerikanischen Kontinents fördern und darstellen wollen.

FRANCE-AMÉRIQUE-GRANDE-BRETAGNE. Politische Zeitschrift. Preis 25 frs.

FRANCE-AMÉRIQUE MAGAZINE. Allgemeine Zeitschrift des Comité France-Amérique.

FRANCE AU COMBAT. Allgemeine politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

FRANCE D'ABORD. Militärische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

FRANCE ILLUSTRATION. Leiter Georges Oudard, Paris 9e, 13 rue Saint-Georges. Die Nachfolgerin der „Illustration“, einer ehemals sehr einflußreichen illustrierten Wochenschrift.

FRANCE NOUVELLE. Politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

FRANCE ET MONDE. Allgemeine Wochenschrift. Preis 15 frs.

FRANCE-URSS. Politisch-literarische Monatsschrift. Preis 10 frs.

FRATERNITÉ. Politische Wochenschrift. Preis 5 frs.

FRONT DES BARBELES. Wochenschrift ehemaliger Kriegsgefangener. Preis 5 frs.

GAVROCHE. Redaktion Paris 9e, 8, boulevard Poissonnière, Preis 10 frs. Literarische, künstlerische, allgemein politische und soziale Wochenschrift im Zeitungsformat.

HILLEL. Preis 45 frs. Das Organ der Weltunion jüdischer Studenten. Anspruchsvoller literarischer Teil. Autoren unter anderen Tschernikovsky, Broïdo, Fumet, Mauriac, Henri Hertz.

HEURES NOUVELLES. Wochenschrift für die Frau; im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

HOMMAGE. Verlag: Monaco, 24 rue Emile-de-Loth; Herausgeber: Philippe Fontana. Erscheint vierteljährlich. Sehr kostbare Kunstzeitschrift in losen Blättern mit guten Reproduktionen und Faksimiliewiedergaben von Versen. Der Plan dieser Publikation ist es, Frankreichs Kunst in seinen großen Künstlern zu ehren.

HOMMES ET MONDES. Verlag Paris 8e, 4, rue du Général-Foy. Neue Monatsschrift. Aus dem Inhalt der ersten Nummer: „Das deutsche politische Problem“ von André François-Poncet; „Der Vatikan und die Verbote des Krieges“ von François Charles-Roux.

HOMMES ET TECHNIQUES.

HORIZON. Erscheint in Nantes; literarische Zeitschrift. Preis 54 frs.

IMAGES MUSICALES. Künstlerische Wochenschrift. Preis 15 frs.

INFORMATEUR COLONIAL. Halbmonatsschrift im Zeitungsformat. Preis 20 frs.

ITALIE LIBRE. Zweisprachige politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

JEUNE RÉVOLUTION. Zeitschrift der internationalen kommunistischen Studenten. Es wird darin festgestellt, daß die Intellektuellen, auch die Existentialisten, sich nur deshalb engagieren oder festlegen wollten (siehe *Esprit*), weil sie in Wahrheit außerhalb der sozialen und politischen Bewegung stünden. Jegliches Sich-Festlegen sei der Ausdruck von mangelnder Bewußtheit und Irrtum.

JEUNESSE. Politische Wochenschrift für die Jugend im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

JEUNESSE OUVRIERE. Wochenschrift des J.O.C. im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

JOURNAL DES COMBATTANTS. Politische Halbmonatsschrift im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

JUIN. Eine politisch-literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs. Redaktion: Paris, 21 rue de Berry; politischer Redakteur: Roger Hermann.

LA BATAILLE. Herausgeber: F. Quilice. Unabhängige politisch-literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

LA BOUTEILLE A LA MER. „Diese Hefte der Poesie setzen nach sechsjähriger Unterbrechung ihre Publikationen wieder fort.“

LA DICTATURE LETTRISTE. Organ einiger junger Leute, die den „Lettrismus“ propagieren und als die einzige künstlerische Bewegung bezeichnen, die auf Vorposten stehe. Methode: „nicht sehr kenntnisreiche, aber um so heftigere Angriffe“.

LA FEMME. Wochenschrift für Frauen. Preis 10 frs.

LA FRANCE INTERIEURE. Preis 30 frs. Allgemeine politische Monatsschrift, befaßt sich trotz dem Titel mehr mit Außen- als mit Innenpolitik. In drei verschiedenen Nummern Artikel über die Fünfte Kolonne in der Schweiz, in den Vereinigten Staaten, in Südamerika; über die großen Trustmagnaten als wahre Träger des Dritten Reiches.

LA GAZETTE DES LETTRES. Redaktion: Paris 8e, 89 rue de Moncau, Herausgeber: R. Juillard. Literarische Halbmonatsschrift.

L'AGE D'OR. Edition de la Revue Fontaine, Paris 8e, 49, rue des Mathurins; Leiter: Henri Parisot. Die neue Zeitschrift bringt eine Auswahl unzusammenhängender, doch guter Studien. Artikel von Louis de Broglie; C. de Grunwald über die historische Beständigkeit der russischen Außenpolitik; Claude Lévy-Strauß über die Wichtigkeit des Kollektivs und des Sozialen in der amerikanischen Mentalität und über die quasi Unmöglichkeit für den einzelnen, das Glück außerhalb der geltenden Normen zu finden oder auch nur zu suchen. Das Grundproblem heiße also, entweder die amerikanische Zivilisation als Ganzes zu akzeptieren oder ebenso abzulehnen; das Individuum sei dabei nicht vorgegeben; Masson-Oursel tritt für die vergleichende Philosophie ein.

LA GRIVE. Nr. 47 der Zeitschrift war fast ausschließlich der Geschichte der Résistance in den Ardennen gewidmet (Gustave Gobert).

LA MARSEILLAISE. Allgemeine politische Wochenschrift. Preis 6 frs.

LA MAISON DE DIEU. Religiöse Zeitschrift.

L'AMOUR DE L'ART. Édition Paul Dupont, Paris 1r, 4 rue du Bouloi; Herausgeber: Germain Bazain, Präsident: René Huyghe (Chefkonservator für Malerei am Louvre). Preis 100 fr. Diese wertvolle Kunstzeitschrift erscheint im sechszwanzigsten Jahrgang (einmal monatlich). Aus dem Inhalt: Ein Bericht über die Sicherung der Kunstwerke in den Museen während des Krieges. Die zweite Nummer ist der Ecole de Paris in New York gewidmet; Notizen von Germain Bazain und Charles Stirling über die Tätigkeit der französischen Künstler in den Vereinigten Staaten; wichtig für die Rolle des Surrealismus nach 1940. Baza über Entwicklung des bedeutenden Brasilianers Candido Portinari.

LA NATURE. Naturwissenschaftliche Halbmonatsschrift. Verlagsanstalt: Masson et Cie, Éditeurs, Paris 6e, 120, boulevard Saint-Germain; Herausgeber G. Masson.

LA NEF. Verlag Paris 11e, 22–24, rue Huyghens; Redakteur: Robert Aron, Lucy Fauste. Eine Monatsschrift der Nouvelle Équipe Française. Die wichtige Zeitschrift veröffentlicht in jeder Nummer literarische Texte, Schriften über die Gegenwart, schöne geistige Werke, Chroniken und Bemerkungen über die Außen- und Innenpolitik, die schönen Künste und Wissenschaften Frankreich und im Ausland. Aus dem Inhalt: Georges Izard mit einer neuen Wert-Theorie, einem Versuch, den Marxismus von der Ebene der materiellen Dialektik auf die der geistigen Dialektik zu übertragen. Auszüge aus den „Carnets“ von Roman Rolland über den Widerhall des Boulangismus in der Ecole Normale; Bemerkungen zum Nürnberger Prozeß von Edmond Vermeil (französischer Standpunkt), C. Fédine (russischer Standpunkt und doloristisch) und Anonymus (englischer Standpunkt, juristisch). Ein Essay von Jean Paulhan über Valéry, in dem der Autor zeigt, daß Valéry nur ein Rhetoriker sei. Die Nummer 2 ist den französisch-belgischen Beziehungen gewidmet. Die Nummer 25 befaßt sich insbesondere mit Charles Péguy. Péguy hat sich als Christ gegen die Einmischung der Kirche in die Politik und als Sozialist gegen die Parteipolitik und die Konzessionen an das Bürgertum gewandt (A. Marc und B. Vuyenne). Dubois-Dumée über Péguy als Bergson-Anhänger. Eine Sondernummer ist der Genfer Tagung „Europäischer Geist“ (siehe Europa-Archiv 316 ff.) gewidmet.

LA PENSÉE. Laut Anzeige die „einzige Zeitschrift des modernen Rationalismus“. Aus dem Inhalt: Paul Langevin über „An der Transmutationen“.

LA PENSÉE SOCIALISTE. „Die Monatsschrift für den kämpferischen Arbeiter“. Preis 20 frs. Ein Artikel von Harold Lasker über den dialektischen Materialismus.

LA PLUME. Kunst, Wissenschaft und Literatur.

L'ARCHE. Éditions Charlot, Paris 7e, 18, rue de Vermeil; gegründet unter dem Patronat von André Gide. Chefredakteur Jean Amrouche. Im Direktionskomitee: Maurice Blanchot, Albert Camus, Jacques Lassaing. Unter den Korrespondenten im Ausland wird Stephen Spender, England, genannt. Preis 60 frs. Die wichtige Monatsschrift erschien bis zu Nummer 7 in Algier. Aus dem Inhalt: Zwei Akte des neuen Stückes von André Gide „Robert ou l'intérêt général“; ein Artikel von Thomas Mann über Niemöller; eine Novelle von Bromfield über die Résistance (sämlich in Nummer 8); Gide über Valéry; aus dem Neugriechische übersetzte Gedichte; ein vollständiges Stück von Ignazio Silone nach seinem Roman „Brot und Wein“; Tagebuchblätter von Stephen Spender über Deutschland; Etienne bemüht sich, die Sinnlosigkeit der Verneinung von dialektischem Materialismus darzustellen. René Leibowitz über Anton von Webern; ein Artikel von Paulhan über den Beginn der Romantik. Ein Gedicht (offenbar das einzige) von Lenin. Dieses Gedicht war das Ergebnis einer Art Wette. Lenin hatte die Behauptung aufgestellt, „mit einer genügenden Dosis von revolutionärem guten Willen und Intelligenz“ könne man ein revolutionäres Gedicht machen. Der Beweis war das vorliegende Opus. Eine Studie von Camus, „De Minotaurus“, die von einer Kritik als der „letzte Saft einer trockenen Zitrone“ bezeichnet wird. Ein Essay über Stefan George von Capetanakis; eine unveröffentlichte Erzählung von Villiers de l'Isle-Adam; André Chastel über die alten Formen des Romans.

ANMERKUNGEN

1) Die Liste enthält alle wichtigen Zeitschriften, die gegenwärtig in Frankreich erscheinen. Sie führt dabei nicht auf: Mode-, Film- und reine Fachzeitschriften, wie etwa die sehr zahlreichen und kostbaren Architekturzeitschriften („Architecture d'aujourd'hui“ und ähnliche).

(Fortsetzung folgt)